Stenographischer Bericht

8. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

II. Periode — 26. April 1950.

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt sind die Abg. Adolf Thaller und Alfred Smolana (132).

Erteilung eines dreimonatigen Krankenurlaubes an Abg. Alfred Smolana (132).

Auflagen:

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 25, Gesetz, betreffend die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von 17 Millionen Schilling durch die Stadtgemeinde Graz zu Gunsten der protokollierten Firma „Gemeinde Graz, Stadtwerke“, für Betriebsinvestitionen (132).

Anträge:

Antrag der Abg. Dr. Elsnitz, Weinhandl, Kandutsch, Peterka, Strohmayer und Birchbauer, betreffend die Wahl eines dritten Präsidenten des Steiermärkischen Landtages (132).

Zuweisungen:

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 25, an den Gemeinde- und Verfassungsausschuß (132).

Verhandlungen:

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 18, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage des Jahres 1950 und über die Abänderungs-, Beschluß- und Bedekungsanträge des Finanzausschusses hiezu, Beilage Nr. 24.

Fortsetzung der Spezialdebatte:

Gruppe 5.

Berichterstatter: Abg. Taurer (132).

Redner: Abg. Stöffler (132), Abg. Sebastian (133), Abg. Plaimauer (134), Abg. Lackner (134), Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Machold (135), Abg. Wegart (137), Abg. Scheer (137), Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. Machold (137), Berichterstatter Abg. Taurer (137).

Annahme des Antrages (138).

Gruppe 6.

Berichterstatter: Abg. Stöffler (138).

Redner: Abg. Dr. Amschl (138), Abg. Hegenbarth (139), Abg. Schupfer (140), Abg. Kandutsch (142), Abg. Sebastian (146), Abg. Pölzl (147), Landeshauptmannstellvertreter Dipl. Ing. Udier (148), Berichterstatter Abg. Stöffler (150).

Annahme des Antrages (150).

Gruppe 7.

Berichterstatter: Abg. Wallner (150).

Redner: Abg. Schlacher (153), Abg. Egger (154), Abg. Stöffler (155), Abg. Scheer (156), Abg. Praßl (157), Abg. Schabes (158), Abg. Koller (159), Abg. Schupfer (159), Abg. Pötz (161), Abg. Edlinger (162), Abg. Ebner (165), Abg. Wolf (167), Abg. Hegenbarth (167), Abg. Plaimauer (170), Abg. Dr. Speck (171), Berichterstatter Abg. Wallner (172).

Annahme des Antrages (173).

Gruppe 8.

Berichterstatter: Abg. Ertl (173).

Redner: Abg. Hofmann (173), Landesrat DDDr. Illig (176), Abg. Hofmann (178), Abg. Dr. Speck (179), Abg. Stöffler (130), Landesrat DDDr. Illig (181), Abg. Stock-

bauer (182), Abg. Taurer (183), Abg. Hirsch (183), Abg. Hofmann (184), Berichterstatter Abg. Ertl (185).

Annahme des Antrages (185).

Gruppe 9.

Berichterstatter: Abg. Stockbauer (185).

Annahme des Antrages (185).

Außerordentlicher Haushaltsplan:

Berichterstatter: Abg. Stockbauer (185).

Redner: Abg. Wegart (185), Abg. Scheer (186).

Annahme des Antrages (186).

Dienstpostenplan:

Berichterstatter: Abg. Dr. Allitsch (186).

Annahme des Antrages (188).

Abänderungs-, Beschluß- und Bedekungsanträge des Finanzausschusses zur Gesetzesvorlage der Steiermärkischen Landesregierung über den Landesvoranschlag und die Landesumlage des Jahres 1950, Beilage Nr. 24.

Hauptberichterstatter: Abg. Dr. Speck (188).

Annahme des Antrages (188).

Mündlicher Bericht des Finanz-Ausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Z. 10, betreffend den Ankauf der beiden Grundstücke E.-Z. 47 und E.-Z. 59, KG. Feldbach.

Berichterstatter: Abg. Hofmann (188).

Annahme des Antrages (189).

Mündlicher Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 25, betreffend die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von 17 Millionen Schilling durch die Stadtgemeinde Graz zu Gunsten der protokollierten Firma „Gemeinde Graz Stadtwerke“ für Betriebsinvestitionen.

Berichterstatter: Abg. Dr. Speck (189).

Annahme des Antrages (189).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, E.-Z. 21, betreffend Erweiterung der Haftung für ein Darlehen der Steirischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft auf 15 Millionen Schilling.

Berichterstatter: Abg. Hofmann (190).

Annahme des Antrages: (190).

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 23, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 20. Dezember 1925, LGBl. Nr. 98, betreffend die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Landesverwaltungsabgabengesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 25. November 1947, LGBl. Nr. 7/1948, abgeändert wird.

Berichterstatter: Abg. Stockbauer (190).

Annahme des Antrages: (190).

Beginn der Sitzung 9 Uhr 5 Minuten.

Präsident Thoma: Ich eröffne die 8. Sitzung des Steiermärkischen Landtages und begrüße alle Erschienenen.

Entschuldigt sind: Abg. Adolf Thaller und Abg. Alfred Smolana.

Die Tagesordnung für die heutige Sitzung habe ich am Schlusse der gestrigen Sitzung verkündet. Es wurde hiegegen kein Einwand vorgebracht. Sie liegt allen Mitgliedern des Landtages vor.

Aufgelegt wurde die Regierungsvorlage, Beilage Nr. 25, Gesetz, betreffend die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von 17 Millionen Schilling durch die Stadtgemeinde Graz zu Gunsten der protokollierten Firma „Gemeinde Graz, Stadtwerke“ für Betriebsinvestitionen.

Diese Regierungsvorlage weise ich dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß zu. Wird dagegen ein Einspruch erhoben? (Nach einer Pause.) Mangels eines Einwandes bleibt es bei dieser Zuweisung. Da diese Regierungsvorlage einer dringlichen Behandlung bedarf, werde ich nach Erledigung des Punktes 2 der heutigen Tagesordnung die Sitzung unterbrechen, um dem Gemeinde- und Verfassungsausschuß Gelegenheit zu geben, diese Vorlage zu behandeln. Hernach ist beabsichtigt, den Bericht dieses Ausschusses im Landtag zu beraten und zur Abstimmung zu bringen.

Ich schlage daher gemäß § 27 Abs. 5 der Geschäftsordnung vor, den zu erwartenden Bericht des Gemeinde- und Verfassungsausschusses zur Regierungsvorlage, Beilage Nr. 25, Gesetz, betreffend die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von 17 Millionen Schilling durch die Stadtgemeinde Graz zu Gunsten der protokollierten Firma „Gemeinde Graz, Stadtwerke“ für Betriebsinvestitionen als Punkt 3 auf die heutige Tagesordnung zu setzen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen, eine Hand zu erheben. Der Vorschlag ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit angenommen.

Der Abg. Alfred Smolana hat in der gestern überreichten Eingabe vom 24. April 1950 wegen Verschlechterung seines Gesundheitszustandes um Gewährung eines 3monatigen Krankurlaubes angesucht. Ich beantrage, diesem Ansuchen stattzugeben und ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.) Der Antrag ist angenommen.

Eingebracht wurde der Antrag der Abg. Doktor Elsnitz, Weinhandl, Kandutsch, Peterka, Strohmayr und Birchbauer, betreffend die Wahl eines 3. Präsidenten des Steiermärkischen Landtages gemäß § 1 der Geschäftsordnung. Diesen Antrag werde ich der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführen.

Wir gehen zur Tagesordnung über, und zwar zu Punkt 1: Fortsetzung der Beratungen über die

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 18, Gesetz über den Landesvoranschlag und die Landesumlage des Jahres 1950 und über die Abänderungs-, Beschluß- und Bedeckungsanträge des Finanzausschusses hiezu, Beilage Nr. 24.

Wir sind gestern stehen geblieben bei Gruppe 4, die bereits verabschiedet worden ist und kommen nun zu

Gruppe 5.

Berichterstatter ist Abg. Taurer. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. Taurer: Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Gruppe 5 hat gestern in der Generaldebatte eine eingehende, fast detaillierte Würdigung gefunden. Das ermöglicht es mir, ohne weitere Einbegleitung folgende Anträge des Finanzausschusses dem Hohen Hause vorzulegen und zu bitten, diese Anträge anzunehmen.

Unter Post 50,51 ist eine Erhöhung des in der ersten Vorlage vorgesehenen Betrages um 50.000 S beantragt, unter Post 512,52 „Unterstützungen an arbeitsunfähige Hebammen“ eine Erhöhung um 14.000 S, unter Post 521/22 U 19 a, 91 „Gebäude und Anlagen, Instandsetzungen“ eine Erhöhung um 35.000 S, bei U 191,90 „Gebäude und Anlagen, Neubau und Erweiterungen“ eine Erhöhung um 100.000 S, unter Post 524 U 20 b,90 „Gebäude und Anlagen, Wiederaufbau und Erweiterungen“ eine Erhöhung um 1.121.000 S, bei 54,71 „Förderungsbeiträge für den Landesskiverband“ eine Erhöhung um 5000 S.

Der Finanzausschuß hat außerdem einige Beschlüßanträge vorzulegen, die zum Teil die Erhöhungsanträge erläutern, und zwar:

Zu 50,51: „Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, hinsichtlich der Scharlach-Schutzimpfung und der Bekämpfung der Rachitis mit den beteiligten Stellen (Krankenkassen) wegen Übernahme eines allfälligen Fehlbetrages Verhandlungen einzuleiten.“

Zu 521/22 (U 19 a,91): „Der bewilligte Mehrbetrag von 35.000 S dient zur Instandsetzung und zum Ausbau weiterer Liegehallen auf der Internen Abteilung des Kinderspitals in Graz.“

Zu 524 (U 20 b,90): „Der Mehrbetrag von 1.121.000 S ist als erste Rate für den Wiederaufbau des Kinderheimes auf der Stolzalpe vorgesehen.“

Ich stelle namens des Finanzausschusses den Antrag, die Gruppe 5 mit den eben behandelten Zusatzanträgen anzunehmen.

Abg. Stöffler: Hohes Haus! Durch den zweiten Weltkrieg hat die Volksgesundheit sicherlich in einem erheblichen Ausmaße gelitten. Es ist selbstverständlich, daß in den ersten Jahren nach diesem Krieg, nicht zuletzt verursacht durch die mangelnde Ernährung, die Gesundheit unseres Volkes sich nicht in dem Ausmaß gebessert hat, wie dies wünschenswert wäre. Es ist daher verständlich, daß die Kosten der Heilbehandlung die Kosten für das Sanitätswesen und die Gesundheitspflege verhältnismäßig hoch sind.

In den letzten Jahren hat sich aber die Ernährungslage doch in einem höheren Ausmaß gebessert, als dies bei der Kostenkurve für die Heilbehandlung usw. zum Ausdruck kommt. Diese Kostenkurve steht also nicht im Einklang mit der inzwischen

sicherlich eingetretenen Verbesserung der Lebenshaltung und damit auch der Volksgesundheit. Es wirkt sich hier sicherlich das Moment einer schon bestehenden Überversicherung aus. Es ist doch in erster Linie die Aufgabe der Versicherungsträger, die Kosten der Heilbehandlung zu decken. Dem Lande kommt es zu, mit seinen Mitteln dazu beizutragen, daß der medizinische Fortschritt bei uns gefördert wird, damit unsere Einrichtungen mit dem Fortschritt der medizinischen Wissenschaft möglichst in Einklang kommen, daß wir also Einrichtungen und Anstalten besitzen, die möglichst nach den modernsten Gesichtspunkten zum Wohl der Bevölkerung ausgestattet sind. Den Sozialversicherungsträgern steht ja ein großes Reservoir zur Verfügung. Man darf nicht vergessen, daß heute von den Gestehekosten, die letzten Endes kalkulatorisch als Lohn betrachtet werden müssen, mehr als 21% den Sozialversicherungsträgern zukommen, denn die Arbeitnehmer- und Arbeitgeberanteile betragen rund 21% des Bruttolohnes. Das ist ein großer Prozentsatz dessen, was wir an Volkseinkommen bezeichnen.

Aus diesem Titel — und das ist eine Aufgabe der Sozialversicherungsträger — müssen die Heilbehandlungskosten zur Gänze getragen werden. So aber trägt das Land ebenfalls Heilbehandlungskosten, und zwar in einem Ausmaß, wie es ihm keineswegs zukommt. Das Land hat bei der Einhebung und Einziehung der von den Sozialversicherungsträgern zu leistenden Kosten sicherlich keine rigorose Stellung eingenommen, denn sonst wäre es nicht möglich, daß verhältnismäßig große Rückstände vorhanden sind. Diese Rückstände gehen ja in die Millionen. Wir haben im Finanzausschuß feststellen müssen, daß eine nicht gerade auffallende Zahlungsfreudigkeit zu finden ist und die Auswirkung dieser einerseits lässigen Einhebung und andererseits geringen Zahlungsfreudigkeit wirkt sich nun de facto doch so aus, daß das Land auf sein Geld wartet und jene, die zu bezahlen haben, den Zinsenertrag für sich buchen, für jenes Geld, das sie dem Land vorenthalten. Die Zahler bekommen außerdem noch reichlichen Rabatt. Wenn sie den verlorenen Zinsenertrag und den Rabatt zusammenrechnen, werden sie feststellen müssen, daß ihre Summe jenen Betrag darstellt, den die Krankenversicherungsträger zum Bau von Konkurrenzunternehmungen unserer Sanitätsanstalten verwenden, nämlich zum Bau eigener Ambulatorien.

Es mag der Gedanke solcher Ambulatorien in einem gewissen Umfang seine Berechtigung haben, aber es erscheint mir widersinnig, daß das Land sich Gelder vorenthalten läßt, daß es noch Prozente gibt, um damit ausgerechnet Unternehmungen zu finanzieren, die ihm als Konkurrenten fühlbar entgegengetreten.

Wenn man sich das Verhältnis zwischen Bettenzahl und Zahl der Bediensteten in den Landeskrankenanstalten vor Augen führt, so findet man in einzelnen Spitälern sicherlich eine erträgliche Verhältniszahl. Man findet aber in einzelnen Anstalten auch ganz untragbare Verhältnisfiguren.

Ich glaube — und dies gilt vor allem für das Landeskrankenhaus Graz — daß die Schuld daran

nicht zuletzt der sogenannten Selbstbedienung zuzuschreiben ist. Das Land und seine Anstalten sollen gewiß die Selbstbedienung durchführen, aber dies darf nur in jenem Umfang geschehen, als es wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Solche Maßnahmen haben eine natürliche Grenze und diese Grenze scheint vielfach überschritten zu sein; vor allem aber dort, wo das Verhältnis der Bettenzahl zur Zahl der Bediensteten grotesk zu wirken beginnt. Es ist nicht zweckmäßig, zum Beispiel ein Heizkissen in eigener Regie zu reparieren und dabei soviel Lohnanfall feststellen zu müssen, daß um die Kosten der Reparatur mindestens ein neues Heizkissen gekauft werden könnte.

Zur Erhaltung der Kliniken hat das Land in der Vergangenheit mit Recht den sogenannten klinischen Beitrag vom Bundesministerium für Finanzen gefordert. Bei den Vorsprachen steirischer Regierungsmitglieder in Wien hat sich nun ergeben, daß verhältnismäßig lange Zeit kein Drängen des Landes Steiermark auf Erstattung des klinischen Beitrages zu bemerken war. Wir haben gehört, daß dies eine Taktik des Landes Steiermark darstellen sollte. Ich glaube aber doch, daß die Taktik allzu langen Wartens dort nicht richtig war. Es steht jedenfalls fest, daß die letzte Vorsprache, die über Antrag der ÖVP-Fraktion erfolgt ist und durch unser Drängen veranlaßt wurde, sich als günstigere Taktik erwiesen hat als das Zuwarten.

Es wird sich als unbedingt notwendig erweisen, daß in der Verwaltung der Landesanstalten kalkulatorische Erwägungen stärker beachtet werden und man wird dort den Sparsinn etwas stärker zum Ausdruck bringen müssen. Das Land Steiermark hat mit der Bereitstellung namhafter Mittel wirklich den aufrichtigen Willen zum Ausdruck gebracht, im Rahmen des Möglichen alles dazu beizutragen, daß dem Menschen das wertvollste, was er besitzt, die Gesundheit, erhalten wird bzw. wiedergewonnen werden kann.

Das Land hat auf diesem Gebiete seine Pflicht getan. Sei man sich dessen bewußt, daß jeder Schilling, der in der Verwaltung gespart wird, mithilft, unsere Einrichtungen mit dem Fortschritt der ärztlichen Wissenschaft im Schritt zu halten zum Wohle aller, zum Wohle des ganzen Volkes. (Bravorufe, Händeklatschen bei ÖVP.)

Abg. Sebastian: Hohes Haus! Im Zusammenhang mit der Gruppe 3 ist über die Kultur unseres Landes gesprochen worden und ich glaube, daß die Obsorge über die Gesundheit des Volkes mit ein wesentlicher Teil der Kultur ist. Es ist schon in der Generaldebatte und auch jetzt von meinem Vorredner festgestellt worden, daß es erfreulich ist, daß beträchtliche Mittel für diese Obsorge, für das Gesundheitswesen unseres Volkes zur Verfügung gestellt worden sind. Ich möchte hier im besonderen die Landesregierung und den Finanzreferenten bitten, auch fernerhin größere Beiträge für die Ausgestaltung der Krankenhäuser, insbesondere daüßen in der Provinz, zur Verfügung zu stellen. Sie können aus dem Untervoranschlag 52,19, Krankenhaus Leoben, feststellen, daß 499.800 S für den Verputz eines Neubaus, für Erweiterungen und Instandsetzungsarbeiten ausgegeben werden sollen.

Wenn jemand das Krankenhaus Leoben kennt, weiß er, daß an den begonnenen Erweiterungen, welche durch eine Sammlung und eine Gemeinschaftsaktion eingeleitet wurden, enorm viel Arbeit noch zu leisten ist. Ich brauche nur die Zentralheizung in Erinnerung zu rufen, die noch ausgebaut werden muß. Die Frauenabteilung ist viel zu klein. Es mußten Frauen, bei denen ein operativer Eingriff von außerordentlicher Notwendigkeit war, nach Hause geschickt werden. Die Kranken liegen unter den größten Schmerzen in den Baracken beisammen, wo es keine Zentralheizung gibt, sondern mit einfachen Kohlenöfen geheizt wird. Nicht nur, daß das dauernde Geräusch mit der Kohlschaufel stört und schmerzhaft auf die Erkrankten wirkt, sind diese Menschen auch großen Temperaturschwankungen im Winter ausgesetzt. Dazu kommt, daß wir die Bitte erheben müssen, daß gerade in Leoben, dem Zentrum der Obersteiermark, wo die Bevölkerung aus dem ganzen Murtales, aus dem Liesingtales, aus dem Ennstale zusammenkommt, um hier Hilfe zu finden, das Krankenhaus noch mehr ausgebaut werden möge. Es ist von außerordentlicher Wichtigkeit, daß auch in Leoben einzelne Primariate für Fachärzte eingerichtet werden. Es wäre von großer Wichtigkeit, in Leoben ein Primariat für Hals-, Nasen- und Ohrenleiden einzurichten. Die jetzige Tätigkeit beschränkt sich lediglich auf eine konsiliarärztliche Tätigkeit, welche aber vollkommen unzulänglich für weite Kreise der Bevölkerung ist. Die konsiliarärztliche Tätigkeit ist nur für die 1. und 2. Klasse vorgesehen, wo jeder Primarius, der bereit ist, dort mitzuwirken, eine Entschädigung dafür erhält. Für die dritte Klasse, für jene Klasse, wo die breiten Schichten der Bevölkerung liegen, wird für die konsiliarärztliche Tätigkeit, sofern sie überhaupt durchgeführt wird, der Primarius nicht bezahlt und es ist selbstverständlich, daß es dann nur auf dem sozialen Verständnis dieses Facharztes ankommt, ob er in die dritte Klasse geht oder nicht. Es wäre also von außerordentlicher Wichtigkeit, hier Abhilfe zu schaffen, gerade im Interesse der breiten Schichten der arbeitenden Bevölkerung.

Ganz besonders wichtig wäre diese fachärztliche Betreuung für die Kinderklinik. Denn nicht nur, daß es für die Eltern einen seelischen Schmerz bedeutet, wenn sie ihr Kind in ein Krankenhaus geben müssen, kommt noch in jenen Fällen, in denen das Kind in fachärztliche Behandlung kommen muß, also nach Graz in die Klinik geschickt wird, eine außerordentliche wirtschaftliche, durch die Besuchsfahrten bedingte Belastung dieses Arbeiterhaushaltes dazu. Es wäre von ganz besonderer Wichtigkeit, Vorsorge zu treffen, daß diese Primariate im Landeskrankenhaus Leoben untergebracht werden können. Dazu kommt, daß durch diesen Ausbau eine weitere Entlastung für das Landeskrankenhaus in Graz entstehen würde.

Wir wissen, daß jene jungen Ärzte, die die Aufnahme in den Turnus anstreben, oft 1, 2 und 3 Jahre warten müssen, bis sie termingemäß daran kommen, weil so viele junge Ärzte auf diesen Turnus im Landeskrankenhaus angewiesen sind. Wäre es möglich, Leoben weiter auszubauen, diese Primariate einzurichten, so könnte ein wesent-

licher Teil dieser jungen Ärzte, von denen viele, um nicht so lange warten zu müssen, als Gastärzte tätig sind, das heißt also, daß sie auf ihren Unterhalt verzichten müssen, um nur möglichst bald den Turnus beendet zu haben, in Leoben ihre Turnusausbildung erhalten. Es wäre somit nicht nur der Bevölkerung, sondern darüber hinaus auch diesen jungen Ärzten, die mit Recht darauf warten, als vollgültige Ärzte anerkannt zu werden, gedient. (Beifall, Bravorufe bei SPÖ.)

Abg. Plaimauer: Es hat gestern in der Generaldebatte der Herr Landesrat Illig den Anspruch getan, daß die Landeskrankenhäuser muster-gültig und mit allen technischen Neuerungen ausgestattet sind. Ich möchte hier feststellen, daß das vielleicht das Landeskrankenhaus in Graz betrifft, daß er sich aber sehr wenig umgesehen hat, wie die Landeskrankenanstalten in der Provinz draußen aussehen. Wenn man sich dafür interessiert, wie die Krankenhäuser draußen in der Provinz aussehen, dann müssen wir sagen, daß diese sehr viel zu wünschen übrig lassen. Immer wieder und bei allen Budgetberatungen, die wir in unserem Klub durchführen, haben wir die größte Sorge und müssen die größten Anstrengungen machen, daß es uns gelingt, nur das notwendigste draußen am Lande zu erreichen.

Wenn wir zum Beispiel Bruck nehmen, wo es nicht gelungen ist, den unbedingt erforderlichen Zubau durchzuführen, wenn wir uns Müzzuschlag ansehen, so liegt dort der Fall so, daß seinerzeit durch das Entgegenkommen der Gemeinde ein Teil des an das Landeskrankenhaus angrenzenden Altersheimes dem Krankenhaus zur Verfügung gestellt wurde und seit langem als Entbindungshaus in Verwendung steht. Nun würden wir aber unter allen Umständen das Altersheim zur Gänze selbst benötigen. Es ist uns aber trotz größter Bemühungen bisher nicht gelungen, dieses Altersheim wieder freizumachen. Wir müssen zuwarten, bis im Landeskrankenhaus in Müzzuschlag die notwendigen Räume bzw. Anbauten geschaffen sind. Ich möchte daher ersuchen, wenn es uns auch heuer nicht gelungen ist, draußen in den Landeskrankenanstalten die notwendigen Investitionen und Zubauten durchzuführen, daß Sie doch in der kommenden Periode mithelfen, um für die ja auch im Landeseigentum stehenden Krankenanstalten am Lande die notwendigen Geldmittel zu erhalten, damit auch die Krankenanstalten in den Bezirken draußen den Anforderungen, die an sie gestellt werden, entsprechen. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Lackner: Hoher Landtag! Es ist mir eine besondere Freude, daß ich hier hören konnte, daß auch der Wiederaufbau des abgebrannten Kinderpavillons auf der Stolzalpe, der vorerst zurückgestellt war, für dieses Jahr sichergestellt ist und die notwendigen Geldmittel für den Beginn der Arbeiten bereitstehen.

Eines verwundert mich sehr. Es wurde gestern sehr viel über den Fremdenverkehr gesprochen. Es wurde uns auch ein Reiseführer durch die Steiermark aufgelegt, jedoch sehe ich darin nur eine ganz kleine Notiz „Heilstätte Stolzalpe bei Murau“,

weiter nichts. Ich glaube, einer größeren Anzahl von Mitgliedern dieses Hauses ist die Stolzalpe zu wenig bekannt, umsomehr dem größten Teil unserer Bevölkerung. Wenn wir wissen, daß die Stolzalpe Kurgäste aus aller Herren Länder bei sich aufnimmt und damit ein Devisenbringer ist und auch für den Fremdenverkehr eine große Bedeutung hat, so wäre es wohl der Mühe wert gewesen, auch hier mit einem Lichtbild und näheren Daten auf dieses Kurhaus einzugehen.

Im übrigen möchte ich hier unserem Landesfinanzreferenten und dem gesamten Finanzausschuß den Dank für dieses Verständnis zum Ausdruck bringen. (Beifall bei SPÖ.)

Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. **Machold**: Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Über das Kapitel Gesundheitspflege und Krankenanstalten sowie Heil- und Pflegeanstalten ist im Finanzausschuß und auch später bei den Parteienverhandlungen schon so reichlich und erschöpfend gesprochen worden, so daß ich glaube, hier nicht alles wiederholen zu müssen, was ich dort in Erwiderung der an mich gestellten Anfragen und aus eigenem schon gesagt habe. Trotzdem will ich im einzelnen wegen der Wichtigkeit dieses Kapitels noch folgendes anführen:

Das Landeskrankenhaus in Graz ist heute nach 40 Jahren seines Bestandes leider nicht mehr auf der Höhe und genießt nicht mehr den gleichen geradezu europäischen Ruf, den es zur Zeit seiner Erbauung gehabt hat. In diesen 40 Jahren haben zwei Weltkriege die Menschheit erschüttert und es ist begreiflich, daß der Besiegte aus diesem Weltkriege einiges auf diesem Sektor vernachlässigen mußte. Selbst jetzt, fünf Jahre nach Kriegsschluß, ist das Landeskrankenhaus nicht völlig in unserem Besitz. Einen beträchtlichen Teil desselben hat noch immer die britische Besatzungsmacht und verwendet ihn für ihre Zwecke. Deswegen muß auch die III. Chirurgische Abteilung noch immer auswärtig untergebracht werden, nämlich im Taubstummeninstitut. Auch hier werden wir unentwegt gedrängt, dieses Institut frei zu machen, damit es wieder seinem eigentlichen Zweck, dem Unterricht taubstummer Kinder, zugeführt werden kann. Es ist aber ausgeschlossen, dies durchzuführen, solange die Engländer uns nicht das Landeskrankenhaus wieder zur Gänze zurückgeben. Wohl laufen gegenwärtig Verhandlungen, um wenigstens Teile des derzeit von der Besatzungsmacht benützten Traktes zurück zu erhalten und ich hoffe, daß diese Verhandlungen ein günstiges Resultat zeitigen werden.

Freilich sind so manche Einrichtungen unseres größten Krankenhauses nicht mehr auf der Höhe der Zeit und die Fortschritte, die die medizinische Wissenschaft inzwischen gemacht hat, bedürfen ständiger Neuerungen und Anpassungen. All dies kostet viel Geld. Und ich teile die Auffassung des Abg. Stöffler, daß man, wo immer es möglich ist, sparen soll, aber gerade auf diesem Gebiete erscheinen mir drakonische Sparmaßnahmen nicht am Platze. Wie kann man ernsthaft an Einsparungen denken, wenn uns unsere Fachleute sagen, daß die Schaffung dieser oder jener Einrichtungen, die Bestellung dieser oder jener Medikamente zur

Lebensrettung unserer Patienten unbedingt notwendig ist. Ich kann die Meinung des Abg. Stöffler, die Ambulatorien der Krankenkassen schädigen die Ambulatorien des Landeskrankenhauses, nicht teilen. Je mehr sanitäre Einrichtungen getroffen werden, um die Ansprüche, welche die Bevölkerung auf diesem Gebiete an die verschiedenen Faktoren der Öffentlichkeit stellt, zu befriedigen, um so besser. Die Einnahmen unserer Ambulatorien haben in ihrer gegenwärtigen Form gar keine gesetzliche Grundlage. Und es dürfte nicht zu umgehen sein, daß der in Krankenanstalten bis jetzt geforderte Zustand wieder hergestellt werden muß, nachdem in diesen Ambulatorien nur Unbemittelte behandelt werden dürfen. Die außerordentlichen Verhältnisse des letzten Krieges sind die Ursache, daß unter dem Zwang der Verhältnisse von den klaren gesetzlichen Bestimmungen abgegangen werden mußte. Sogar werden die Ambulatorien der Krankenkassen dem Landeskrankenhaus weniger eine Konkurrenz machen als eine Erleichterung und Entlastung darstellen.

In der Frage des klinischen Mehraufwandes habe ich im Finanzausschuß erschöpfend Auskunft gegeben und ich möchte hier nur mitteilen, daß zwischen Bund und Land in dieser Frage schwierige finanzielle Verhandlungen laufen. Der seinerzeit im Jahre 1926 abgeschlossene Vertrag mit dem Bunde hat sich für das Land als günstig erwiesen, wird aber jetzt vom Bunde angekämpft. Ich hoffe, daß die laufenden Verhandlungen auch wieder dem Lande bringen, was des Landes ist. Ich will jedoch erwähnen, daß auch die Stadt Wien und das Land Tirol, das in einer ähnlichen Lage ist, das Problem noch nicht lösen konnten. Wir haben die Absicht, mit diesen beiden Stellen eine gemeinsame Verhandlungsgrundlage gegenüber dem Finanzministerium zu beziehen.

Der Herr Abg. Sebastian hat sich im besonderen für das Krankenhaus Leoben eingesetzt. Ich muß dazu feststellen, daß die Steiermärkische Landesregierung seit dem Jahre 1945 besonders für dieses Krankenhaus außerordentliches geleistet und Summen aufgewendet hat, deren Ausgabe, gemessen an anderen dringenden Bedürfnissen, kaum mehr verantwortet werden kann. Die weitere Einrichtung von Spezialabteilungen beim Krankenhaus Leoben, wie Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung, kann ich gegenwärtig wegen der damit verbundenen Kosten nicht befürworten. Ich finde es aber durchaus verständlich, daß die Bevölkerung in der Provinz den Wunsch hegt, alle jene Einrichtungen, über welche das Landeskrankenhaus Graz verfügt, ebenfalls zu besitzen. Leider ist dies aus einer Reihe von Gründen nicht möglich. Auch der Hinweis auf die Unterbringung von jungen Ärzten ist wohl nicht stichhältig, denn schon im Jahre 1946 und in den folgenden Jahren sind über meinen Antrag die Posten für in Ausbildung stehende Ärzte so wesentlich vermehrt worden, daß wir die Bestimmungen des neuen Ärztegesetzes aus dem Jahre 1949 auf diesem Sektor vorweggenommen bzw. überboten haben.

Zu den Ausführungen des Abg. Plaimauer, der über die Krankenhäuser Mürzschlag und Bruck/Mur gesprochen hat, möchte ich hinzufügen, daß

auch in diesen Orten das Menschenmögliche geschehen ist. Erst vor kurzem wurde der Neubau in Mürzzuschlag beendet und damit diesem Krankenhaus wieder 40 Betten zugeführt. Für Bruck ist die Lösung der dringendsten Personalprobleme und damit auch des unzulänglichen Traktes für Frauenkrankheiten ins Auge gefaßt. Ich hoffe, daß die Beträge hierfür, obschon sie nur im außerordentlichen Budget aufscheinen, vom Finanzreferenten freigegeben werden können.

Es ist kein Zweifel, daß mein Referat in jedem Jahr mit hohen Beträgen rechnen muß. So wurden auch heuer an den Herrn Finanzreferenten Anträge zur Verbesserung der Krankenanstalten nach verschiedenen Richtungen gestellt. Ich erwähne die Fertigstellung der Wasserversorgungsanlage der Stolzalpe. Weiters die Fertigstellung des begonnenen Wiederaufbaues des Frauentraktes in der Heil- und Pflegeanstalt für Geisteskranke Am Feldhof bei Graz, wo wir durch Bomben einen ganzen Trakt verloren haben.

Weiterhin die Wiedererrichtung des abgebrannten Kindertraktes auf der Stolzalpe. Meine Damen und Herren! Niemand kann leugnen, daß dies ein vordringliches Projekt ist. Der durch den Brand verursachte Bettenausfall drückt selbstverständlich auf den ganzen Belag der Anstalt. Und es muß alle Beteiligten mißstimmen, wenn die Aufnahmen aus diesem Grunde nicht zeitgerecht für die leidenden Kinder erfolgen können. Wartezeiten bis zu zwei Jahren sind sicherlich ein Unding im Interesse der Patienten. Die Stolzalpe, die weit über den Rahmen unseres Bundeslandes einen außerordentlich guten Ruf hat, wirkt sicherlich so indirekt für den Fremdenverkehr. Gäste aus dem Ausland richten alljährlich Anfragen um Aufnahme. Entfernte Länder, wie Schweden und Norwegen, sind Interessenten. Die weitere Ausgestaltung der Stolzalpe wird daher in den nächsten Jahren Sie, meine Herren, auf Grund unserer Anträge beschäftigen.

Eine weitere Forderung des Referates war die Schaffung einer Krankenpflegeschule, die gleichzeitig der Unterbringung eines Teiles des Schwesternpersonales des Landeskrankenhauses Graz dienen soll. Das ebenfalls aus dem Jahre 1949 stammende neue Krankenpflegegesetz verpflichtet uns, die Krankenpflegeschule in entsprechender Weise zu führen. Und es verpflichtet uns auch, die Pflege der Kranken nur durch entsprechendes und diplomiertes Personal zu gewährleisten. Hiezu sind wir aber nicht in der Lage, wenn wir nicht im Rahmen der auszubauenden Krankenpflegeschulen für einen geeigneten Nachwuchs sorgen. Es ist daher notwendig, daß diese Krankenpflegeschule so rasch wie möglich in einem entsprechenden Neubau untergebracht wird. Mangels der notwendigen Mittel war es heuer nicht möglich, diese dringende Forderung durchzusetzen.

Damit komme ich wieder auf das Landeskrankenhaus Graz zurück und erwähne unseren Antrag auf den Zubau bzw. Erweiterung des Zentralröntgeninstitutes. Die Gesamtkosten hierfür werden 7.000.000 S betragen. Wer einmal den Betrieb dort gesehen hat, für den ist es klar, daß diese Arbeit nicht mehr hinausgeschoben werden kann. Der

Aufschwung der Röntgenologie ist schon dadurch bedingt, daß jeder behandelnde Arzt und jeder Leiter einer Abteilung immer wieder zur Sicherung der Diagnose einen Röntgenbefund benötigt. Aber auch die Behandlung mit Röntgen- und Radiumstrahlen hat sich wesentlich erweitert. Es wird daher über Antrag der Sanitätsabteilung die Landesregierung auch den Neubau des Röntgen- und Radiuminstitutes heuer auszuführen haben.

Wenn ich nochmals im Zusammenhang mit den Ausführungen des Abg. Sebastian darauf zurückkomme, daß für das Krankenhaus Leoben der Neubau der Zentralheizung mangels vorhandener Mittel heuer zurückgestellt werden mußte, so will ich doch nicht leugnen, daß auch diese Aufgabe nicht mehr allzu lange hinausgeschoben werden kann. Sicher wird uns dieses Problem das nächste Jahr befassen müssen.

Schon im vorigen Jahr ist es in langwierigen Parteiverhandlungen gelungen, einen Betrag für einen Neubau des Personalhauses in Voitsberg einzustellen, weil dort das Problem der Unterbringung des Personals der Ärzte und Schwestern besonders vordringlich ist. Es war nicht möglich, diese Aufgabe im vorigen Jahre durchzuführen, daher erwächst uns heuer diese Aufgabe neuerlich.

Ähnlich liegen die Verhältnisse im Landeskrankenhaus Rottenmann, wo aus denselben Gründen die Aufstockung einer Baracke nicht mehr zu umgehen ist

Immer wieder mußte in der letzten Zeit das Landeskrankenhaus Bruck vernachlässigt werden und es ist unsere Pflicht, heuer diese Versäumnisse, wenn sie auch nicht durch unser persönliches Verschulden entstanden sind, nachzuholen.

Ein langes Register wäre ich in der Lage, Ihnen noch vorzulegen, was wir beantragt haben und das zum Teil auch durchgeführt wurde. Aber mit dem Gesagten wollte ich nur demonstrieren, daß unsere Landeskrankenhäuser nicht beiseite geschoben werden können, daß die Steiermärkische Landesregierung und die Sanitätsabteilung alles im Bereiche des Möglichen tun, um die Krankenanstalten auf jener Höhe zu halten, auf der wir sie haben wollen. Wenn dies bisher nicht im vollen Umfange gesungen ist, so liegt dies selbstverständlich nur daran, daß es an den finanziellen Mitteln fehlt. In keinem anderen Lande von Österreich besteht das Problem der Landeskrankenhäuser in einem solchen Umfange als wie in Steiermark. Denn in den anderen Bundesländern finden wir nur vereinzelt öffentliche Landeskrankenhäuser. Meistens gibt es Gemeindekrankenhäuser oder Bezirkskrankenhäuser, deren Niveau sich mit unseren Landeskrankenhäusern sicherlich nicht messen kann. Es ist eine soziale Ehre des Landes Steiermark, daß es diese Unsumme an Geld und Mühe aufbringt, um seiner Bevölkerung im Falle der Krankheit das denkbar Beste in bezug auf Krankenanstalten zu bieten. Vergleichen Sie das Land Niederösterreich, das sicher reicher ist als Steiermark, so werden Sie finden, daß von den 21 Krankenhäusern nur drei Landeskrankenhäuser sind, während alle anderen vielfach kleine und unzulängliche Gemeindespitäler darstellen.

Ich möchte also meine Ausführungen damit schließen, daß ich alle, die die Mangelhaftigkeit

irgend eines Spitales hervorheben, bitte, darauf Rücksicht zu nehmen, daß das, was geschehen konnte, auch geschehen ist und daß alle in Betracht kommenden Stellen sich der großen Bedeutung der Kranken-Heil- und Pflegeanstalten bewußt sind und nach Kräften dazu beitragen, das Niveau der Anstalten ständig zu heben. (Allgemein lebhafter Beifall.)

Abg. Wegart: Hohes Haus! Bei der Durchsicht des Voranschlages kann mit besonderer Befriedigung festgestellt werden, daß fast ein Viertel unserer ordentlichen Ausgaben für die Erhaltung der Volksgesundheit ausgeworfen sind. Wenn wir uns allerdings etwas nach Süden begeben, so müssen wir feststellen, daß das Krankenhaus Wagna bei Leibnitz in seinen Baracken einen Zustand aufweist, der nur als skandalös bezeichnet werden kann. Es wird erforderlich sein, daß sich die verantwortlichen Herren der Landesregierung mit der Errichtung eines Krankenhauses in Leibnitz selbst beschäftigen. Die Statistik besagt folgendes: Es kommen ins Krankenhaus Wagna bei Leibnitz die Kranken aus den Bezirken Radkersburg, Leibnitz und Deutschlandsberg. Es sind das ungefähr 90.000 Einwohner, die auf dieses Krankenhaus kommen. Es werden auch diese 90.000 Menschen aus diesen unteren Grenzlanden berücksichtigt werden müssen und ich hoffe, daß im kommenden Haushalt und bei der kommenden Planung für die Errichtung eines Krankenhauses in Leibnitz die entsprechenden Mittel, und zwar die Mittel für ein wirklich tadelloses Krankenhaus in diesem südlichen Grenzlande ausgeworfen und zur Verfügung gestellt werden. (Allgemeiner Beifall, Bravorufe.)

Abg. Scheer: Hohes Haus! Ich möchte im Zusammenhang mit dem Landeskrankenhaus an Landeshauptmannstellvertreter Dr. Machold die Frage richten, welche Tatsachen sich in der Angelegenheit des Prof. Holzer ergeben haben, da zufolge der Pressemeldungen in der Öffentlichkeit Beunruhigung in diesem Zusammenhang eingetreten ist und es wohl notwendig wäre, im Rahmen des Hohen Hauses dazu Stellung zu nehmen, um diese Gerüchte in der Öffentlichkeit, hervorgerufen durch diese Zeitungsmeldungen, zu beseitigen.

Landeshauptmannstellvertreter Dr. h. c. **Machold:** Hohes Haus! Zunächst möchte ich jenen Teil der Ausführungen des Abg. Wegart bestätigen, in dem er behauptet, daß das gegenwärtige Krankenhaus in Wagna in seinen Einrichtungen und in seinem baulichen Zustand den Anforderungen, die an ein Krankenhaus zu stellen sind, nicht entspricht. Dieses Krankenhaus haben wir nämlich nach dem ersten Weltkrieg als ein Barackenspital des Roten Kreuzes übernommen und kein Mensch hätte daran gedacht, daß daraus ein Dauerzustand werden sollte. Zwischenzeitig sind eine Reihe von Baracken zugrunde gegangen und notdürftig immer wieder provisorisch durch andere ersetzt worden. Allerdings waren die Fachleute auch schon seinerzeit der Meinung, daß die Errichtung eines Spitales in Wagna beziehungsweise die Erhaltung desselben nicht notwendig sei. Es ist ja die nähere und weitere Umgebung ausreichend mit öffentlichen Krankenhäusern

versorgt. Ich nenne hier Radkersburg, Fürstenfeld, Hartberg und schließlich Feldbach. Deswegen war Wagna auch kein selbständiges Krankenhaus, sondern nur gleichsam eine Dependence des Grazer Allgemeinen Landeskrankenhauses. Die kurze Entfernung von Graz, die ausgezeichneten Verbindungsmöglichkeiten und die zunehmende Verdichtung des Verkehrs wurden ins Treffen geführt, um zu beweisen, daß Wagna kein eigenes Krankenhaus benötigt. Es ist mir bekannt, daß die Bevölkerung im Gegensatz zu den Fachleuten hierüber anders denkt. Und der allgemeine Mangel an Krankenhausbetten hat schließlich dieser Bevölkerung recht gegeben. Ich selbst teile deren Auffassung. Es wird daher an mir und an der Steiermärkischen Landesregierung gewiß nicht fehlen, wenn das Projekt eines Neubaus eines Krankenhauses für den Bezirk Leibnitz ins Auge gefaßt wird. Dies aber natürlich erst dann, wenn andere wichtigere und dringlichere Vorhaben ihre Erledigung finden.

Zur Anfrage in Angelegenheit des Vorstandes der Nervenlinik, Herrn Prof. Holzer, möchte ich mich heute nur ganz kurz fassen, da diese Sache sich durchaus noch im Stadium der Untersuchung befindet. Tatsächlich wurden bei einer Revision der Ambulanzgebühren, welche durch die Buchhaltung der Steiermärkischen Landesregierung vorgenommen wurde, Unstimmigkeiten festgestellt, an deren Aufklärung die Beteiligten nun arbeiten. Es scheint, daß Beträge, welche vereinnahmt wurden, nicht entsprechend verwendet worden waren. Jedenfalls sind die hierüber geführten Aufzeichnungen wegen ihrer Mangelhaftigkeit und Ungenauigkeit durch die Buchhaltung beanstandet worden. Da der Vorstand der Nervenabteilung des Landeskrankenhauses jedoch Leiter der Universitäts-Nervenlinik ist und die Ambulanzgebühren wenigstens zum Teil in dieses Ressort fallen, habe ich die für diesen Sektor zuständigen Stellen, und vor allem das Rektorat, mit dem Ergebnis der bisherigen Untersuchung der Landesbuchhaltung bekanntgemacht. Wie mir mitgeteilt wurde, hat das Professorenkollegium der medizinischen Fakultät daraufhin ebenfalls eine Disziplinaruntersuchung eingeleitet, weshalb Professor Holzer bis zum Ergebnis dieser Untersuchung von seinem Posten suspendiert werden wird. Es ist aber jetzt nicht möglich, ein abschließendes Urteil über diese Sache zu geben, da man natürlich auch dem Beschuldigten die Möglichkeit bieten muß, sich zu verantworten. Vom Ergebnis dieser Untersuchung werden auch die schließlichen Maßnahmen der Landesregierung abhängig sein. Sicherlich wird in dem ganzen Verfahren unabhängig von der Person getrachtet werden, Recht und Gesetz einzuhalten. (Bravorufe und Händeklatschen.)

Abg. Taurer: Es sind keine neuen Anträge gestellt worden, es ist daher eine Replik des Berichterstatters nicht erforderlich. Aber ich habe es unterlassen in der Einleitung, den Antrag des Finanzausschusses, der auf der Einnahmenseite liegt, vorzutragen, und zwar ist zu 521/22 U 19a, 52 „Beitrag der Unterrichtsverwaltung zum klinischen Mehraufwand“ eine Erhöhung von 2.000.000 S beantragt.

Ich bitte das Hohe Haus, die Gruppe 5 mit allen Zusatzanträgen des Finanzausschusses anzunehmen.

Präsident: Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die diesem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.) Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zur

Gruppe 6.

Berichterstatter ist Abg. Stöffler. Ich erteile ihm das Wort.

Berichterstatter Abg. **Stöffler:** Hoher Landtag! Die im Abschnitt 6 enthaltenen Posten waren ja im Finanzausschuß ebenfalls Gegenstand eingehender Beratungen. Es fallen hierher: das Wohnungs- und Siedlungswesen, der Straßenbau, verschiedene Wasserbauten usw. Hievon ist zunächst zu sagen, daß sich das Land sehr bemüht hat, mit der ausgeworfenen Ziffer von 4.000.000 Schilling für den Wohnungs- und Siedlungsfonds Hilfe zu schaffen. Es ist ja diese Aufgabe nicht eine verfassungsmäßig begründete Aufgabe des Landes. Aber das Land hat, der Not entsprechend, sich hier wirklich angestrengt.

Zu den Straßen wäre folgendes zu sagen: Straßen sind die Arterien, die Pulsadern des Landes. Wir haben in der Steiermark über 3000 Kilometer Landesstraßen. Dazu kommt noch, daß im heurigen Jahr durch ungünstige klimatische Verhältnisse große Schäden an den erst in letzter Zeit oft wiederhergestellten Straßen entstanden. Wir haben Gebiete in Steiermark, die durch Bahnen noch nicht entsprechend erschlossen, die also auf die Straßen als einzige Verkehrswege angewiesen sind. Aus diesem Grunde bedürfen unsere Straßen einer besonderen Sorge und eines zielbewußten Ausbaues. Zum Bau von Straßen kommt noch folgendes: Wenn heute schon von Arbeitsbeschaffungsprogrammen gesprochen wurde, so wird dabei ja immer in erster Linie an den Straßenbau gedacht, weil dieser eine überaus lohnbedingte Tätigkeit darstellt. Straßen bauen heißt also Menschen beschäftigen und es ist deshalb ganz besonders begrüßenswert, daß doch ein verhältnismäßig ansehnlicher Betrag für diese Art Arbeitsbeschaffung ausgeworfen werden konnte. Auch die unter „Wasserbauten“ vorgesehenen Ausgaben sind zweckmäßig eingesetzt. Es ist dabei auch der Bau in Hartberg einbezogen, der dazu beitragen soll, diesen Seuchenherd, der periodisch immer wieder Epidemien über die Bewohner bringt, zu beseitigen.

Ich bitte nun das Hohe Haus, die im Voranschlag festgesetzten Ziffern und auch die Beschlußanträge zum Landesvoranschlag, die auf Seite 20 der Änderungsanträge zu ersehen sind, zu genehmigen.

Abg. Dr. **Amschl:** Hohes Haus! Im Abschnitt 6, Wohnungswesen, ist im ursprünglichen Voranschlag ein Betrag von drei Millionen Schilling vorgesehen gewesen. Dieser Betrag erfuhr im Finanzausschuß eine Erhöhung um 1.092.000 Schilling, so daß derzeit diesem Kapitel und diesem Zweck ein Betrag von 4.092.000 Schilling zu Verfügung steht.

Diese Mittel, die hier zur Ausgabe vorgesehen sind, werden wie folgt verwendet:

1. Zur Gewährung niedrig verzinslicher Darlehen,
2. zur Gewährung einmaliger Zuschüsse,

3. zur Gewährung einmaliger und laufender Zuschüsse und zur Erleichterung des Zinsendienstes für aufgenommene Darlehen und

4. zur Bürgschaftsübernahme für Darlehen.

Bis zum Februar 1950 wurden insgesamt 815.000 Schilling hiefür verausgabt. Es handelt sich dabei um 53 bewilligte Vorhaben und die Antragsteller setzen sich nach Berufsschichten geordnet, wie folgt zusammen: Es befinden sich darunter 18 Arbeiter, 6 Privatangestellte, 20 öffentliche Angestellte, 8 Angehörige freier Berufe und eine Gemeinde. Bis zum Dezember 1949 sind 387 Ansuchen eingelaufen, seither erfuhr diese Zahl eine Erhöhung um 70. Die Darlehen wurden gewährt zu einem Zinsfuß von 2 Prozent mit einer Laufzeit von 10 bis 30 Jahren. Als Darlehen wurden verausgabt 745.000 Schilling, nicht rückzahlbare, einmalige Zuschüsse wurden gewährt im Betrag von 40.000 Schilling und Bürgschaften wurden übernommen für einen Betrag von 30.000 Schilling. Die durchschnittliche Hilfe, die für eine Wohnung gewährt wurde, beträgt 13.000 Schilling rund.

Hohes Haus! Es wurde gestern und heute wiederholt und richtig ausgeführt, daß die Leistungen des Landes auf dem Gebiete des Wohnungsbaues eigentlich nicht Landessache sind. Das Land hat aber über diesen Betrag von 4 Millionen Schilling hinaus, wie gestern der Finanzreferent und Herr Landesrat Dr. Illig bereits ausgeführt haben, noch eine beträchtliche Summe aufgewendet, um an der Lösung und zumindest Milderung des Wohnungsproblems mitzuwirken. Der bisher beschrittene Weg, Hohes Haus, scheint mir im Moment der einzig gangbare zu sein. Wir können uns den sozialen Wohnhausbau, wie er bisher durchgeführt wurde, mit einem nahezu 80prozentig verlorenen Bauaufwand nicht mehr leisten. Die Finanzen der einzelnen Gemeinden, die den Wohnhausbau bisher auf dieser Grundlage durchgeführt haben, gestatten es einfach nicht mehr.

Ich will hier absolut keine Mietendebatte entfesseln. Wir alle können nur an den Nationalrat appellieren, seine Kräfte anzuspannen, eine Lösung zu finden, zum Frommen unseres Landes und unserer Bevölkerung sowie zur Sicherung unserer demokratischen Einrichtungen. Herr Dr. Koref, der Bürgermeister von Linz, hat zu Beginn des Monats Dezember anlässlich einer Städtetagung in Wien ein umfangreiches und erschöpfendes Referat über das Wohnungsproblem gehalten. Aus diesem Referat möchte ich Ihnen nur einen oder zwei Sätze zur Kenntnis bringen, denen ich vorbehaltlos zustimme. Er sagte: „Wenn sich die Demokratie als nicht mutig genug oder unfähig erweist, ein solches Problem zu lösen, dann darf sich niemand wundern, wenn das Vertrauen in sie erschüttert werden sollte. Wem die Demokratie am Herzen liegt, kann hier nicht länger tatenlos zusehen.“ Ich habe gestern mit großem Vergnügen vernommen, daß der Herr Präsident Stockbauer erklärt hat, daß selbstverständlich dieses Problem nur nach sachlichen Gesichtspunkten überprüft und einer Lösung zugeführt werden soll. Wir alle wollen nichts anderes. Wir wollen alle, daß dieses Problem sachlich und nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten beurteilt und gelöst werden soll. Wenn dieser Wille in Öster-

reich einhellig ist, dann, Hohes Haus, legen wir damit das schönste Geschenk, das wir aufbringen können, auf den sonst sehr kargen Gabentisch des morgigen Geburtstagskindes, der Republik Österreich. (Bravorufe, Händeklatschen.)

Abg. **Hegenbart**: Hohes Haus! Wenn heute ein Landbürgermeister zu seinem Mandatar kommt, so ist 100 gegen 1 zu wetten, daß er irgend eine Sorge bezüglich einer Straßenverbindung oder bezüglich des Zustandes eines Wegstückes am Herzen hat und diese Sorge sich vom Herzen herunterreden will. Das Land Steiermark hat die Bedeutung fortschrittlich gebauter, instand gehaltener Straßen schon seit langem erkannt. Es vergeht wohl keine Sitzung des Steiermärkischen Landtages, in der nicht ein oder das andere Wegstraßenstück in die Landesverwaltung übernommen wird. Es wird Sie vielleicht interessieren, kurz gefaßt, die wichtigsten Ziffern darüber zu hören. Die in der Verwaltung des Landes befindlichen Straßen umfassen insgesamt eine Länge von 3000 Kilometern, das ist ungefähr so weit wie von hier bis zum Nordkap. Für diese 3000 Kilometer ist im heurigen Jahr ein Betrag von 20 Millionen Schilling an Instandhaltungskosten vorgesehen. Rund 960 Angestellte sind mit der Haltung und Pflege dieses Straßennetzes betraut. Einzig und allein die stets knappen Finanzverhältnisse des Landes tragen die Schuld daran, daß wir im Gegensatz zu anderen Ländern auf dem Gebiete der Asphaltierung und Betonierung unserer Straßen nicht sehr weit vorgeschritten sind. Sicherlich mag darin als Ursache auch noch ein böses Überbleibsel aus dem Kriege zu finden sein, wo besonders in den letzten zwei Jahren des Krieges bei mangelhafter Obsorge für die Straßen durch den gesteigerten Militärverkehr die Straßen oft samt dem Unterbau völlig zerstört wurden. Es gibt auch heute noch rücksichtslose Unternehmer, die das besorgen. Südlich von Graz, in der Straßanger Gegend, habe ich tagtäglich Gelegenheit zu sehen, wie ein Transportunternehmer aus Neu-Hart mit seinen Schlepplügen daher kommt. Er hat eine dreiaxlige Diesel-Zugmaschine mit einem Leergewicht von 10 Tonnen, zwei Anhänger mit Zwillingbereifung, auf jedem mindestens 5 Kubikmeter Schotter, das ergibt ein Gewicht von mindestens 32 bis 35 Tonnen. Daß unsere Landesstraßen einer derartigen Belastung nicht gewachsen sind und kaputt gehen, ist selbstverständlich. Bei trockenem Wetter geht es noch einigermaßen, wenn aber Regen fällt, so fährt so ein Schlepplügen wie ein Panzer übers Ackerfeld. Es wäre da zu erwägen, ob nicht die zuständigen Behörden eine gewisse Begrenzung des Gewichtes von Lastkraftwagen nach oben festsetzen sollen. Ich stelle mir eine obere Begrenzung von 10 Tonnen vor. Im außerordentlichen Budget des Landes ist ein Betrag von 5 Millionen Schilling vorgesehen. Dieser Betrag ist, falls er flüssig gestellt werden kann, mit einer Zweckbestimmung versehen, und zwar mit der, einmal in einem Zuge ein größeres Straßennetz nach modernsten Erkenntnissen der Straßenbautechnik zu bauen, eine Betonstraße nach den Grundsätzen, wie derzeit die Wechselstraße gebaut wird.

Da möchte ich nun eine Anregung geben: Die Mittel- und Weststeiermark ist auf dem Gebiete

des Straßenbaues in den letzten 2 bis 3 Jahren immer als Stiefkind behandelt worden. Die Ost- und selbst die Obersteiermark waren in dieser Beziehung etwas günstiger dran. Diese beiden Landesteile hatten in den letzten 20 Jahren das Glück, eine Anzahl sehr aktiver und agiler Mandatäre zu besitzen, welche es verstanden haben, die Verkehrswünsche ihrer Wähler an der zuständigen Stelle mit dem nötigen Nachdruck und Erfolg zu verfechten. Die West- und die Mittelsteiermark sind ein wenig ins Hintertreffen geraten. Sie haben nur die großartige Packstraße erhalten, die aber doch nicht diese Verkehrsbedeutung hat, die man ihr manchmal zuspricht. Sie läuft parallel mit der Graz-Köflacherbahn und man weiß nicht, macht die Bahn der Straße Konkurrenz oder umgekehrt. Sie hatte in einer Zeit, wo das autoritäre Österreich in inniger Freundschaft mit dem faschistischen Italien lebte, eine gewisse Bedeutung, da das strategische Moment eine Rolle spielte. Ich denke nun da an eine andere Möglichkeit. Es ist der Straßenzug Seiersberg—Unterpremstätten—Zwaring—Pöls—Preding über Gleinstätten ins Arnfelser Gebiet mehrfach erwähnt worden. Dieser Straßenzug ist in einem erbarmungswürdigen Zustand, doch ist er die Verkehrsschlagader dieser ganzen Gegend. Er führt in ein Gebiet mit einer reichen Industrie und großen gewerblichen Unternehmungen. Gleich zu Beginn dieses Straßenzuges, bei Kilometer 4, in Unterpremstätten, haben wir 3 große Betriebe, Ziegel- und Tonwarenfabriken, welche fast ihre ganze Produktion auf der Straße verfrachten. Weiters können wir mit dieser Straße auch unseren Dank abtaten an die brave Grenzlandbevölkerung. Die Leute im Leutschacher, Arnfelser und Eibiswalder Gebiet trotzen allen Sirenenrufen, die über die südliche Grenze hereinschallen und ließen an ihrer Treue zu Österreich niemals irgendwelche Zweifel aufkommen. Es sind dies Notstandsgebiete und das könnte mit einem Schlag behoben werden, wenn man ihnen einen Anschluß an ein absolut verkehrssicheres Straßennetz gewährt. Das sei nur eine Anregung, falls die 5 Millionen Schilling flüssig gemacht werden können. Irgendwelche Bedenken dagegen werden wohl kaum geäußert werden können. Und irgendwelche strategischen Momente wird nicht einmal der Abg. Pölzl anführen können, ich glaube, daß auch die neu aufzustellende Wehrmacht diese Straße kaum dazu benutzen wird, um „Tironien“ zu überfallen. (Heiterkeit.)

Noch etwas anderes muß ich erwähnen. Der Energie des Herrn Landesrates Dr. Illig ist es gelungen, die Straße Faßlwirt—Radegund in den Vorschlag einzubeziehen und ich glaube, das war auch eine unbedingte Notwendigkeit. Wir wissen ja, daß dort ein großes Projekt im Werden ist. Man will eine Fremdenverkehrsattraktion ersten Ranges schaffen durch die Seilbahn auf den Schöckel, von dort zu Fuß nach Semriach und mit dem Autobus zum Eingang der Lurgrotte, von dort in einem 5-km-Marsch durch die Lurgrotte hindurch und mit dem Schnellzug nach Graz. Ich glaube, daß es kaum eine Stadt gibt in ganz Österreich, die auf derart engem Raum eine solche Vielzahl fremdenverkehrsfördernder Möglichkeiten bietet.

Im Kapitel 6 sind noch andere Absätze enthalten. Zum Beispiel die Regulierung unserer steirischen

Flüsse. Da kommen wir auf ein Gebiet, das den Landtag immer wieder beschäftigt. Durch die geographische Lage von Steiermark besitzen wir eine Anzahl von Flüssen und Bächen, welche in trockenen Zeiten recht harmlos und sanft dahinfließen, sich aber bei Gewittern in kürzester Zeit in reißende Ströme verwandeln und alles zerstören, was Menschenhände, sei es an Uferbauten, sei es an Äckern und Wiesen, in langwieriger Arbeit mühsam aufgebaut haben. Es sind im Voranschlag sehr ansehnliche Beträge für die Regulierung der Sulm, Feistritz, Mürz, Raab und der Kainach, welche letztere inzwischen Bundesangelegenheit geworden sind, eingesetzt. Eine große Anzahl von Wildbächen, ungefähr 30 Prozent, soll ebenfalls heuer in dieses Regulierungsprogramm mit einbezogen werden. Den Obersteirern liegt heute noch die Lobminger Katastrophe im Blut. Wer damals in den ersten Wochen nach diesem Juli-Sonntag 1948 die Verwüstung gesehen hat, die der Lobminger Bach angerichtet hat, wird das wohl nie vergessen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß der Mensch oft selbst die Schuld trägt, wenn solche Naturkatastrophen ausbrechen. Man hat dann vielleicht in der Vergangenheit allzu sehr Raubbau betrieben an der Natur. Auch heute kommen solche Fälle immer wieder vor. Ich möchte sagen, daß in der Ober- und auch in der Weststeiermark überdurchschnittliche Holzschlägerungen durchgeführt wurden. Der Waldbauer, der Jahrzehnte hindurch ein armer Teufel war, weder leben noch sterben konnte, ergriff die Gelegenheit, um die Konjunktur bei den Holzpreisen auszunützen und sich etwas zu sanieren, seine Gebäude instand zu setzen und sich auf technischem Gebiete etwas der Neuzeit und dem Fortschritt anzupassen. Aber wir haben schon in der Volksschule ein Musterbeispiel vor Augen geführt bekommen dafür, was Raubbau im Bezug auf Wald anrichten kann, in dem man auf den Karst wies. Den haben auch die Venetianer durch Jahrzehnte hindurch schonungslos abgeholzt und nicht wieder nachgepflanzt. Diese große Gefahr der Verkarstung droht aber überall, wo man schonungslos seinen Waldbestand abholzt, ohne für entsprechende Neupflanzung Sorge zu tragen. Und diese Gefahr bedroht bereits manche Täler der Obersteiermark. Solange ein Waldbestand und dadurch ein Streubestand auf dem Waldboden vorhanden ist, können Wind und Wetter und Sturm den Boden nicht abschwemmen. Andernfalls, dort, wo man den Waldbestand rigoros entfernt hat, kann sich jedes Gewitter schutzlos auswirken, Sturm und Regen vollenden nach und nach ihr Zerstörungswerk, wenn die Humusschichte weggeschwemmt ist, der nackte Fels tritt dann zu Tage, dieser ist nicht mehr im Stande, die Wassermengen aufzusaugen, er läßt jeden Tropfen hinunterrinnen und die Bäche im Tal werden dann zu reißenden Strömen und verursachen Millionenschäden. Es wird im Kapitel Forstwirtschaft, das wir später behandeln, angeregt, daß unsere Forstbauschulen in der Steiermark ihre Produktion von Waldpflanzen so zu erhöhen haben, daß die Wiederaufforstung solcher Gebiete in aller kürzester Zeit erfolgen kann.

Wir kommen nun zu einem Kapitel, zu einer Sparte der Landwirtschaft bzw. der Agrikultur, das vor 20 Jahren ungefähr noch nahezu unbekannt war,

nämlich auf die Pflanzen-Soziologie. Vor einem Jahr ungefähr fand im Joanneum eine Ausstellung statt, bei der an Hand von Dioramen und Schaubildern die furchtbaren Folgen dargestellt wurden, die durch unvernünftige Eingriffe des Menschen in die Natur entstehen können. Da war auch genau bewiesen, daß der größte Teil aller Hochwasserschäden sich vermeiden läßt durch eine vernünftige Bewirtschaftung und Pflege des Waldes und der Hochlandflächen.

Wir haben schon das Kapitel „Regulierung von Flüssen und Bächen“ durchgenommen. Und nun kommen wir vom Wasserüberfluß zum Wassermangel. Eine große Anzahl von Gemeinden unserer Heimat leidet an Wasserknappheit. Vor allem sind dies unsere Bergbauergemeinden. Wir wissen dabei alle, wie hoch der Wasserbedarf einer Landwirtschaft ist, ja, daß das Vorhandensein von genügend Wasser dafür bestimmend ist, ob sich ein Betrieb halten kann oder nicht. Man ist darangegangen, durch genossenschaftliche oder gemeindemäßige Wasserleitungsbauten diesen Mangel zu beheben. Auch der Bund und das Land in letzter Zeit haben für diese Zwecke ERP-Mittel in ziemlich reichlichen Maße zur Verfügung gestellt. Da den Herren Kollegen selbst die Unterlagen hierüber in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen, will ich darauf verzichten, auf die einzelnen Projekte näher einzugehen. Ich beschränke mich daher darauf, festzustellen, daß im heurigen Jahr ein Kostenaufwand von fünfeinhalb Millionen Schilling dafür vorgesehen ist, zu dem das Land ungefähr ein Viertel beisteuert.

Eine Anzahl von größeren Gemeinden in der Steiermark ist auch darangegangen, zu kanalisieren. Ich erwähne da z. B. Hartberg, Voitsberg, Zeltweg, Feldbach, Trofaiach und Eisenerz. Es sind dafür rund 750.000 Schilling eingesetzt.

Hohes Haus! Ich glaube, mit den verschiedenen Ausführungen zum Verständnis der einzelnen Sparten in der Gruppe 6 beigetragen zu haben und weiters glaube ich auch, daß wir unserer schwer ringenden Landwirtschaft keinen besseren Dienst erweisen können, als daß wir ihr durch gute Fahrwege und Straßen den Anschluß an das übrige Verkehrsnetz ermöglichen. (Allgemeiner, sehr lebhafter Beifall.)

Abg. Schupfer: Hohes Haus! Die Wichtigkeit der Gruppe 6 im Landesvoranschlag geht schon daraus hervor, daß die Ausgabenseite die drittgrößte von allen Gruppen ist. Rund 57 Millionen Schilling sind vorgesehen und der Finanzausschuß hat noch weitere zusätzliche Erhöhungen von 4.317.100 S beschlossen, das ist gegenüber 1949 um rund 14 Millionen Schilling mehr. Trotzdem möchte ich behaupten, daß diese Summe für dieses große Aufgabengebiet: Wohnungen, Landesstraßen, Flußregulierungen, Wildbachverbauungen, genau genommen noch zu niedrig ist. Es ist eben so, daß man nicht für alle Belange, die notwendig sind, die nötigen Summen aufbringen kann. Ich möchte hauptsächlich über die Wildbachverbauung sprechen. Diese Bauten sind sehr umstritten. Ich bin der Ansicht — ich beschäftige mich mit diesen Dingen schon längere Zeit — daß man verschiedene

Verbauungen subventioniert, mit denen man zu warten könnte, weil noch viel wichtigere Projekte zu verwirklichen wären. Nach meiner Ansicht wird nicht immer das dringendste zuerst gemacht, sondern es ist dies auf irgendwelche Einflüsse von Gemeinden oder Personen zurückzuführen, daß manche Wildbäche, die es nicht so dringend haben, früher verbaut werden als andere, wo die Gefahr sehr groß ist. Infolge der letzten Berggüsse in Obersteiermark ist eine freiwillige Wildbachwache eingesetzt worden, damit die Bevölkerung rechtzeitig gewarnt, alarmiert werden und das Notwendige vorkehren kann. Der Strechaubach ist wieder aus den Ufern getreten, hat die Bundesstraße überspült und die Stützmauer weggeschwemmt. Beim Strechaubach ist nun das Merkwürdige eingetreten, daß die Mittel zwar bewilligt, vor 8 Tagen der Bau aber wegen Mangels an Geld wieder eingestellt wurde, trotz aller Gefahr. Es ist daher dringend notwendig, daß wirklich der Bund, Land und Gemeinden ihre Beiträge bereitstellen und sich einsetzen, damit diese Verbauung sobald als möglich gemacht wird. Es sind auch nach meiner Ansicht Bäche zur Verbauung bestimmt, die bisher von den Technikern für die Verbauung abgeschrieben wurden, weil der Aufwand in keinem Verhältnis zu dem steht, was erreicht wird oder weil diese Bäche nur ein kleines Gebiet gefährden und nur soweit schädigend wirken, als sie auf eine weitere Entfernung vorübergehend noch Einfluß haben. Es sind also ziemlich hohe Mittel für Bäche eingesetzt worden, die von den Technikern als zur Verbauung nicht geeignet abgeschrieben wurden, die Verwendung dieser Mittel ist daher zwecklos, der Erfolg stünde in keinem Verhältnis zu den aufgewendeten Mitteln. Ich glaube, in dieser Hinsicht soll der Landtag Einfluß nehmen besonders darauf, daß nur Verbauungen durchgeführt werden, die dringend sind, die minderwichtigen aber ablehnt. Es hat gestern ein Abgeordneter erklärt: „Gott sei Dank, die Bezirksvertretungen sind weg!“ Ich möchte das Gegenteil sagen und glaube, hierbei einer Meinung mit den Abgeordneten der ÖVP von Obersteiermark zu sein, es ist schade um die Bezirksvertretungen. Sie waren für größere Gebiete recht segensreich, sie haben unbedingt bei der Verbauung, bei der Entwässerung sehr viel geleistet, billig gearbeitet, der Verwaltungsapparat hat fast nichts gekostet. Die Leute, die dort selbsthaft waren, haben sich mehr dafür interessiert als dies durch die Landtagsabgeordneten geschieht, die nicht in so unmittelbarer Beziehung sind. Da war eben die Bezirksvertretung, die sich darum gekümmert hat ebenso wie um andere Belange, die Straßen usw. Ich glaube auch, es bedeutet eine große Gefahr, daß man so viele Gemeindestraßen und ehemalige Bezirksstraßen in Landeseigentum übernimmt. Wenn das so fortgeht, in keiner Gemeinde mehr über die Straßen entschieden wird und nur mehr das Land die Landesstraßen verwaltet, so wird es bald immer mehr Geld dafür ausgeben müssen. Hier müßten wohl neue Wege beschritten werden.

Nun zur Wildbachverbauung! Ich möchte nur anführen, daß z. B. bei einem Bach das Einbauen einer Stützmauer keinen Sinn hat, wenn das Ter-

rain rutschig ist und man kein Fundament auf Felsen findet. Machen wir den Versuch, wurde gemeint, oberhalb dieses Rutschterrains, wo noch festerer Grund ist, eine Stützmauer zu errichten und ein entsprechend großes Rohr anzuschließen, welches das Rutschgelände überbrückt, sodaß wir die Wassermassen durchschleußen könnten. Dieser Versuch kommt billiger. Die Wassermassen könnten dann, wenn sie das Rohr durchfließen, das Rutschgelände nicht mehr angreifen und dadurch keine Verheerungen mehr anrichten. Der Herr Kollege Hegenbarth hat da verschiedene Fragen berührt. Man kann nicht sagen, der Mensch ist selbst schuld, wenn ihn die Naturgewalten treffen, wie bei den Überschwemmungen in Obersteiermark. Ein Teil ist schon schuld, aber alle nicht. Ich bin nicht einer, der die Privatwirtschaft verteidigt, aber auch großen Forstbesitzern ist es nicht möglich, alle diese Maßnahmen, die dringend notwendig wären, um diese Katastrophen zu verhindern, durchzuführen. Viel Schuld daran trägt auch der Umstand, daß die Bäche nicht geräumt sind. Die meisten Überschwemmungen sind nicht durch Erdbeben entstanden, sondern durch das Grundholz, das in den Gräben liegt und absichtlich oft in die Gräben geworfen wird. Die Wurzelstöcke samt den Wurzeln, alles dies führt die Verkläuserungen herbei und dadurch entstehen diese Verheerungen. Fehler sind entstanden, obwohl durch die Bezirksvertretungen seinerzeit darauf hingewiesen wurde, daß es falsch sei, jedem Bach seinen alten Lauf zu lassen. Beim Strechaubach war es auch so. Inzwischen ist es gelungen, unsere Vorschläge durchzuführen und das Bachbett an die tiefste Stelle zu verlegen und nicht, wie dies beim Strechaubach der Fall ist, dessen Bett 2 Meter höher als die umliegenden qualitativ sehr guten Grundstücke liegt. Da konnte man sich nicht entschließen, weil sich die erforderlichen Grundablösungen nicht durchführen ließen. Es liegt nahe, den Bach an die tiefste Stelle zu verlegen, damit er nicht mehr so leicht austreten und alles überfluten kann. Beim Strechaubach ist das gelungen. Die Besitzer der Grundstücke haben sich bereit erklärt, diese für den Durchstich freizugeben, und zwar zum größten Teil unentgeltlich. So wird man auch bei der Wildbachverbauung neue Wege gehen müssen. Ich möchte die Landesregierung bitten, in dieser Beziehung Einfluß zu nehmen. Die Bevölkerung hat jetzt keinen Einfluß, der Vorschlag geht von der Bezirkshauptmannschaft an die Landesregierung, der Kredit kommt in den Voranschlag, aber man weiß im ganzen Bezirk nicht, was zuerst gemacht wird, obwohl man die Verhältnisse am besten kennt. Ich meine, Herr Abg. Egger, daß man weiß, welcher Bach am wichtigsten ist. Man kann sich ja vorstellen, wenn Hochwasser ist und Holz und Sand und Steine vom Berg herunterkommen, daß dann die ganze Ortschaft überschwemmt wird. Wenn man aber die Schlinge aufmacht und durchsticht, dann geht es schnell durch. Ich glaube, es wäre wohl wichtig, so zu arbeiten und es müßte wohl möglich sein, für so wichtige Vorhaben noch mehr Mittel einzusetzen und diese Mittel bei weniger wichtigen Vorhaben einzusparen. (Beifall, Händeklatschen bei SPÖ.)

Abg. Kandutsch: Hoher Landtag, meine Damen und Herren! Daß durch die relativ günstige Lage des Budgets heuer eine relativ hohe Summe für die gesamten Bauvorhaben aufgewendet werden kann, ist außerordentlich erfreulich. Ganz besonders wenn wir bedenken, daß die Bauwirtschaft in großem Maße in der Lage ist, Arbeit zu schaffen und wir haben ja im Laufe der verschiedenen Ausführungen aller Fraktionen gehört, daß es die große Sorge aller Parteien in Österreich ist, durch Arbeitsbeschaffung die Vollbeschäftigung endlich zu erreichen und sie als dauernd zu garantieren. Natürlich ist auch die hier aufgewendete Summe im Verhältnis zu den ungeheuren Schäden, die unser Straßennetz in den letzten Jahren erlitten hat, nicht ausreichend, um große Strecken zu reparieren und in Ordnung zu bringen. Doch hat sich diese Tatsache bei allen Posten des vorliegenden Voranschlags gezeigt und man muß eben bei der Festsetzung der einzelnen Posten nach dem Kriterium der größten Notwendigkeit vorgehen.

Was die Ausführungen meiner Vorredner über die Dringlichkeit der Wildbachverbauung sowie einer planmäßigen Forstwirtschaft zur Vermeidung weiterer Wasserkatastrophen anlangt, meine ich nichts hinzufügen zu müssen, da sie einleuchtend, erschöpfend und mit viel Fachwissen dargelegt wurden. Ich möchte nur ein besonderes Kapitel aus der vorliegenden Gruppe behandeln, und zwar die Frage der Wohnbauförderung. Gestern haben hier in diesem Hause schon die beiden großen Parteien zu dieser Frage ausführlich Stellung genommen und es sei auch mir gestattet, unseren Standpunkt darzulegen, der in erster Linie dadurch charakterisiert ist, daß uns niemand eine Festlegung nach politischen Doktrinen vorwerfen kann. Es gibt zwar viele und zwar auch hier im Hause, die es uns als Schwäche vorwerfen, weil wir einerseits ein durchaus soziales Programm hätten aber auch auf der anderen Seite die Belange der Wirtschaft wahrnehmen möchten. Sie glauben aus einem solchen Konglomerat könne nicht viel Positives herauskommen. Gerade nun die hier diskutierte Frage der Wohnbauförderung zeigt aber, daß es gar nicht schlecht ist, wenn man eine Koordination von Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik nach durchaus vernünftigen Gesichtspunkten vornehmen will. Eine Sozialgesetzgebung nämlich, die auf die ehernen Gesetze der Wirtschaftspolitik und, allgemein gesprochen, auf die Wirtschaftslage keine Rücksicht nimmt, führt zu schönen Gesetzen auf dem Papier, deren Effekt jedoch ausbleiben muß.

Die Frage der Wohnungsnot ist kein allein österreichisches Problem, sondern ein gesamteuropäisches, was schon aus der Tatsache allein bestätigt wird, daß wir im Bezug auf die Notlage im Wohnraum in Europa erst an 4. Stelle rangieren. So ist es also notwendig, diese Dinge leidenschaftslos und jenseits von Parteipolitik zu betrachten und zu erörtern, weil uns nur eine gemeinsame Anstrengung aus dieser katastrophalen Notlage herausführen wird.

Die Grundfragen für die nächste Zeit sind folgende: Wer soll in Zukunft bauen und mit welchen Mitteln soll gebaut werden? Bevor ich in diese

speziellen Fragen eingehe, muß ich auf ein sehr wichtiges sozialpolitisches und volkswirtschaftliches Problem eingehen, nämlich den Mieterschutz, von dem hier gestern behauptet wurde, daß es ihm in erster Linie anzulasten sei, wenn heute und in nächster Zukunft nicht im ausreichenden Maße gebaut werden würde. Wenn in weiterer Konsequenz daher gefordert wird, daß der Mieterschutz abzuschaffen sei, so stellen wir unsere gegenteilige Auffassung fest. Der Mieterschutz ist aus der Zeit der Not geboren worden und diese Notlage hat sich von seiner Gründung bis heute nur noch verschärft. Daß der Kündigungsschutz nicht aufgehoben werden kann, auch wenn dadurch die Freizügigkeit des Staatsbürgers eingeschränkt wird, ist so selbstverständlich, daß man darüber nicht weiter zu sprechen braucht. Wir sind aber darüber hinaus der Auffassung, daß in der heutigen Zeit eine freie Mietzinsbildung nach Angebot und Nachfrage ebenfalls unmöglich wäre. Schließlich würden bei dem ungeheuren Bedarf Mietzinse verlangt werden, die für die breite Masse der Mieter als untragbar bezeichnet werden müssen. Daher stehen wir vor allem zu dem Prinzip des Mieterschutzes, kennen aber auch seine Ungerechtigkeiten, die zu revidieren wir uns unter dem Begriff der Mietzinsgerechtigkeit vorgenommen haben. Es war Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Machold, der in der Generaldebatte des Finanzausschusses selbst erklärt hatte, daß auch die SPÖ sich zur Mietzinsgerechtigkeit bekennt und wörtlich ausführte, daß es einfach eine soziale Ungerechtigkeit darstelle, wenn zwei Menschen mit demselben Einkommen für dieselbe Wohnung völlig verschiedene Zinse bezahlen müssen, so z. B. der eine 30 Schilling und der andere 90 Schilling. Wer nun von Gerechtigkeit spricht, muß auch den Hausherrn miteinbeziehen und sagen, daß es ebenfalls nicht gerecht ist, wenn der Mietzins nicht einmal die Reparaturkosten von den Häusern deckt, weil die weitere Folge davon ist, daß — wie wir das überall beobachten können — die Wohnhäuser schließlich in einen desolaten Zustand gelangen und letzten Endes verfallen müssen. Der Plan, einen Hausherrn zu zwingen, aus privaten Mitteln die Reparaturkosten zu tragen, ist als undurchführbar abzulehnen. Ich kenne Fälle, in denen der Hauptzins, der also beim Hausherrn bleibt, pro Wohnung im Monat 5 Schilling ausmacht, während eine Maurerstunde heute 5-80 S kostet. Nun wird es nicht allzu schwierig sein, mit dem steigenden Realeinkommen solche Mietzinse stufenweise auf jene Höhe zu bringen, daß die Deckung der Reparaturkosten erreicht wird. Heute müssen wir uns, solange eine erhöhte Miete nicht durch einen erhöhten Lohn gedeckt ist, gegen eine Mietzinserhöhung wenden, weil die breite Masse der arbeitenden Bevölkerung eine weitere Belastung nicht aushalten würde. Mit Recht verlangen verschiedene Berufszweige kostendeckende Preise. Mit eben demselben Recht verlangen wir aber kostendeckende Löhne für den Lohn- und Gehaltsempfänger. Wenn wir anerkennen, daß die Frage der gerechten Miete eine Frage der Löhne und der Lohn- und Preisrelation darstellt, so werden auch alle Vergleiche mit dem Ausland illusorisch, in welchem die Mietzinse ein Fünftel bis ein Viertel des

Einkommens betragen. Von dem Einkommen eines österreichischen Angestellten und Arbeiters solche Mietzinse zu verlangen, wäre gleichbedeutend, ihren Lebensstandard unter das Existenzminimum herabzudrücken. Der Hausbesitzer von heute muß eben die Opfer auf sich nehmen, die aus der Zeit der Not unumgänglich sind. Schließlich müssen wir uns als gesamtes Volk zu dem Grundsatz bekennen, daß die Not unteilbar ist und wenn hier Forderungen erhoben werden, welche eine weitere Verelendung der breiten Masse bedeuten, so würde sich niemand darüber mehr freuen, als die Sendboten aus dem kommunistischen Osten. Dann könnte einmal der Zeitpunkt kommen, wo der Hausbesitzer nicht nur zu geringe Mieten erhält, sondern seinen Besitz überhaupt vollkommen verliert.

Nun ist eine 2. Frage anzuschneiden, die gestern von Landesrat Dr. Illig des Langen erörtert wurde, nämlich, daß die öffentliche Hand niemals in der Lage sein wird, die riesigen Summen aufzubringen, um die Wohnungsnot zu lindern. Zur Illustration folgende Zahlen: Es sind im ganzen Bundesgebiet, als Minimum anzunehmen, 200.000 dringendst Wohnungssuchende gemeldet. Bedenken wir, daß die 150.000 Menschen, welche heute noch in Baracken leben müssen, in einigen Jahren aber doch die österreichische Staatsbürgerschaft erhalten und dann ebenfalls ihren Anspruch auf eine Wohnung anmelden werden, bedenken wir weiters, daß wir jährlich etwa 12.000 Neuvermählte zählen können, so ergibt sich eine progressive Verschärfung der Gesamtsituation. Um nun die augenblicklichste ärgste Notlage zu beheben, wären rund 10 Milliarden Schilling notwendig, also das gesamte österreichische Staatsbudget dieses Jahres. Dabei ist nur an den Bau von Kleinstwohnungen gedacht, die natürlich entsprechend unserem sozialen und hygienischen Standart keine Lösung darstellen, wie etwa Wohnungen ohne Bad oder Wohnungen ohne den separaten Raum für Kinder usw.

Die ÖVP hat nun einen Plan entwickelt, der besagt, daß, wenn man die Mietzinse soweit erhöhen würde, daß nicht nur die Reparaturen gedeckt werden, sondern auch das in das Haus gesteckte Kapital — wenn auch in bescheidenem Ausmaße — verzinst würde, die private Wohnbautätigkeit in großem Maße angekurbelt werden könnte und das Problem in einigen Jahren gelöst sein würde. Ich glaube nicht daran. Legt man nämlich die steigenden Baukosten zugrunde und bedenkt man, daß z. B. 1 Kubikmeter Mauerwerk 250 Schilling kostet, so ergibt sich ein Mietzins für eine kleine Wohnung von etwa 200 Schilling, soll sich der Hausbesitzer zu Lebzeiten amortisieren oder gar einen Gewinn abwerfen.

Das ist ja ein Problem, das aus dem gesamten Komplex der volkswirtschaftlichen Fragen nicht herauszulösen ist. Die gesamte Wohnbaufrage kann ja erst eine Lösung finden, wenn es mit der Wirtschaft wirklich wieder aufwärts geht und sich jene Annahme, daß unsere Staatswirtschaft einer allgemeinen Prosperität entgegengeht, auch tatsächlich erfüllt. Wir glauben nicht daran, daß die private Hand auch dann vorerst wesentliche Geldbeträge in den Wohnbau hineinstecken würde, wenn eine

Neuregelung der Mietzinsfrage in ihrem Sinne beschlossen werden würde, weil sie sich sagen würde, eine solche Regelung könnte nur 2, 3 Jahre dauern. Hoffen wir, daß eine Zeit kommt, wo die private Tätigkeit wieder aktiviert werden kann, doch in der augenblicklichen Lage ist sie unrentabel und wird für die nächsten Jahre nicht sonderlich in Frage kommen. Haben wir das erkannt, so gilt es, die schon anfangs von mir gestellte Frage zu beantworten, wer denn zukünftig bauen soll. Immer wieder hört man, daß der Wohnbau nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sei. Und doch wird auf der anderen Seite festgestellt, daß mit dieser Frage eine eminent sozialpolitische, kulturelle, volksgesundheitliche und politische Wirkung verbunden ist, weshalb sich die öffentliche Hand dieser Aufgabe nicht einfach verschließen darf, auch wenn sie verfassungsmäßig bis heute nicht dazu berufen ist. Alles muß hier zusammenhelfen, der Bund, Länder und Gemeinden, sei es durch Bereitstellung von Mitteln in Form von zinsenlosen Darlehen, aber auch von allen möglichen Steuerbegünstigungen zur Förderung des gemeinnützigen Wohnbaues, der für uns als der am meisten in Frage kommende für die nächste Zeit betrachtet wird, also Wohnbau nicht auf spekulativer sondern auf gemeinnütziger Basis. Hier hat die öffentliche Hand reichhaltigste Möglichkeit zu helfen, indem sie, um nur ein Beispiel aus der Fülle heraus zu nehmen, die Aufschließungskosten der Baugründe übernimmt, die Gebühren- und Stempelfreiheit für den gemeinnützigen Wohnbau wieder herstellt. Sie kann auch der Industrie einen wesentlichen Anreiz zum Bau von weiteren Siedlungen durch Steuerbegünstigungen geben und ich bin überzeugt, daß sich viele Unternehmer finden werden, hier Wohnräume für ihre Belegschaft zu schaffen. Es ist schon so, daß die öffentliche Hand, wenn sie dazu den ersten Willen hat, viel und Entscheidendes beitragen kann, besonders aber auch in der Frage der Baukostensenkung. Die Baukosten sind heute viel zu hoch und hier ist die Herstellung einer Preisdisziplin erforderlich, welche notwendigerweise auch mit der Handhabung der Preisregelungsgesetze erreicht werden soll — sogleich durch die Herabsetzung der Gewinnspannkosten. Man kann bei Ausschreibung von Bauvorhaben immer wieder feststellen, daß die Kostenvoranschläge auf keinen Fall in Ordnung sind, da es sonst unmöglich wäre, daß solche Angebote bei großen Bauarbeiten, besonders in der Industrie, gleich um 7000 bis 8000 Schilling differieren. Bei einer generellen Ankurbelung der Bauwirtschaft ist die Regelung dieser Fragen primäre Notwendigkeit. Schließlich müssen auch dann durch den großen Umsatz kleinere Gewinnspannen als bisher ausreichen.

Eine weitere wesentliche Aufgabe für den Staat liegt in der Rationalisierung und Intensivierung der gesamten Bauwirtschaft durch Lenkung der Bau- und Rohstoffverteilung, durch Einführung bewährter neuzeitlicher Baumethoden. Wir haben davon gehört, daß der Herr Sozialminister mit unserem Landesrat Matzner Deutschland besucht hat, um die Methoden der Messerschmitt-Bauweise und ihre Rentabilität zu studieren. Auch der Finanzausschuß hat sich mit dieser Frage beschäftigt und vorge-

schlagen, eine Kommission von Fachleuten einzusetzen, welche die modernen Baumethoden zu begutachten hätte, um ihre kostensparende und zeitverkürzende Wirkung festzustellen. Kein Zweifel besteht darüber, daß gerade die Verkürzung der Bauzeit eine wesentliche Verbilligung der Kosten nach sich zieht, ein Ziel, das nur zu erreichen sein wird, wenn durch die Gewährung eines gesunden Leistungslohnes der Arbeiter, ohne irgendwie ausgedehnt zu werden, zu einer höheren Leistung angeregt wird.

Das wesentliche Endziel dessen, was wir uns im Rahmen der gesamten Wohnbautätigkeit vorstellen, ist nicht die Sozialisierung des Wohnungsbaues schlechthin, sondern der Bau von Eigenheimen, kurz der Eigenbesitz, auch in Form des Stockwerkeigentums. Das Zeitalter der Mietkasernen ist vorbei. Die Menschen von heute streben nach der Entfaltung ihrer Persönlichkeit, möchten ein Stück Grund und Boden ihr Eigen nennen und ein Haus haben, das für ihre Familien ihre Welt darstellt. Derjenige, der am Abend vor seinem Hause Rosen züchtet, geht nicht zu politischen Veranstaltungen auf die Straße, der ist entradikalisiert und entpolitisiert. Das ist auch das Endziel unserer Sozialpolitik und deshalb bekennen wir uns zum Eigenheim. Wir müssen uns im 20. Jahrhundert klar werden, daß die Einstellung zum Besitz eine Neuordnung erfahren muß, daß es dem Menschen nicht genügt, wenn man ihm ein marxistisches Schlagwort vom allgemeinen Besitz vorerzählt, so daß also, wenn alles dem Staat gehört, der Einzelne ja doch Mitbesitzer sei. Dieser anonyme Begriff vom Staat für alle hat heute seine Wirkung verloren. Wir stellen fest, daß das 20. Jahrhundert nur Besitzende oder daß das kollektivistische System besitzlose und ausgebeutete Menschen kennen wird. Was den steirischen Wohnbauförderungsfonds anbelangt, können wir die darin zum Ausdruck kommende Absicht, den Bauwilligen zu einem Eigenheim zu verhelfen, als vorbildlich bejahen. Wir haben gehört, daß es 60 Arbeitern und kleinen Angestellten durch diese Fondshilfe gelungen ist, zu einem Eigenheim zu gelangen. Dieser beschrittene Weg muß auch für den Staat Richtschnur werden, indem er zinsenlose oder niedrig verzinsliche Darlehen gibt und vor allem den Wohnbauförderungen großzügigste Unterstützung gewährt. Nun ergibt sich allerdings die schwierigste Frage dieses gesamten Problems, nämlich die Aufbringung der notwendigen Mittel. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die Ausführungen des Herrn Abg. Oberstaatsanwalt Dr. Amschl und halte es mit ihm für durchaus richtig, diese Dinge nicht vom Standpunkte einer festgelegten politischen Überzeugung zu betrachten, sondern alle Möglichkeiten zu studieren und gemeinsam Wege zu suchen, damit Wohnungen rasch und genügend geschaffen werden, denn dieses, kann man mit Fug und Recht sagen, dringendste innerpolitische Problem darf nicht an den Meinungsverschiedenheiten der Parteien scheitern.

Die Sozialisten haben in diesem Zusammenhang einen Vorschlag gemacht, durch Erhöhung der Einkommen- und Umsatzsteuer um 10% eine reichhaltige Dotierung des Wohnbauförderungsfonds zu

forcieren. Dieser Vorschlag ist auf die heftigsten Widerstände der ÖVP gestoßen. In unseren Reihen wird dieser Vorschlag diskutiert. Allerdings sind wir sehr skeptisch und stellen auch die Ohren auf, wenn wir wieder etwas von einer neuen Steuererhöhung hören. Wir haben oft zum Ausdruck gebracht, daß die Steuerlast in Österreich längst eine oberste Grenze überschritten hat und daß die Wirtschaft eine weitere Steuerbelastung nicht mehr verträgt. Zuerst muß hier einmal die Frage geprüft werden, ob nicht eine Abzweigung von Summen aus schon vorhandenen Steuermitteln die Durchführung der gewiß weitreichenden Bauprojekte ermöglicht. Wir wissen, daß zum Beispiel die Steuermehrerträge sehr beträchtlich sind und der Herr Finanzreferent hat uns mitgeteilt, daß der Bundesfinanzminister allein bei der Warenumsatzsteuer eine Mehreinnahme von insgesamt 133 Millionen erwartet. Wir haben ebenfalls Überschüsse aus der Besatzungssteuer, wir denken an die Verwendung des Aufbauszuschusses aus dem Tabakmonopol und stellen uns vor, daß man auch von allen Staatslotterien 10% für den Wohnhausbau abzweigen könnte und überhaupt eine großzügige Wohnbaulotterie einführen müßte. Entscheidend wird aber sein, daß erst die sparsamste Geparung des öffentlichen Haushaltes, die eben durch eine vernünftige Verwaltungsreform und Einsparung auf allen Sektoren eine Ausstattung der Förderungsfonds gestatten wird. Natürlich sind alle diese Fragen sehr schwierig und äußerst kompliziert. Sie können nur dann befriedigend gelöst werden, wenn man sich vor allem über die Grundzüge einigt. Dann wird auch diese letzte Frage der Finanzierung entschieden werden können. Auf die Frage, wer im Moment bauen soll, soll man sich nicht auf den Standpunkt stellen, nur die öffentliche Hand oder nur der Privatmann darf es sein, so daß schließlich vor lauter theoretischen Erörterungen am Ende überhaupt keine Entscheidung getroffen wird. Vergessen Sie niemals, daß die Elendsquartiere, in denen heute Tausende unserer Staatsbürger vegetieren müssen, nicht nur die Bazillen vieler vererblicher Krankheiten bergen, sondern auch zu Brutstätten für die kommunistische Verseuchung werden müssen.

Gestatten Sie mir, noch ein Problem aufzurollen, in dem einfach unhaltbare Zustände eingerissen sind. Es ist die Lage der Untermieter. Was sich hier in Österreich tut, ist geradezu eine Katastrophe. In diesem Zusammenhang kann ich Ihnen eine traurige Begebenheit erzählen. Vor einigen Tagen kam ein Blinder zu mir, der zwar während des Krieges im Wehrdienst erblindete, dessen Invalidität jedoch vom Sozialministerium nicht anerkannt wurde. Er bezieht daher nur 170 Schilling Landesfürsorge und 35 Schilling von der Stadt Graz. Dieser bedauernswerte Mann zahlt für eine Schlafstelle hier in der Landeshauptstadt 50 Schilling und sein Hauptmieter für die ganze Wohnung nur 40 Schilling. Da er eine Erhöhung auf 70 Schilling nicht bezahlen wollte und konnte, nahm ihm die Quartierfrau die Matratzen weg und schläft er seither auf dem Einsatz. Dieselben Mieter, die bei der Erwähnung einer eventuellen Mietzinserhöhung von Ausbeutung schreien, schämen sich nicht, ärmste

Untermieter bedenkenlos auszubeuten. Hier muß ein Ausweg gefunden werden, indem auch die Untermieter Schutz erhalten. Gegen die Gefahr, daß nicht mehr vermietet wird, wenn die geforderte Höhe des Untermietzinses nicht bezahlt werden kann, muß die richtige Handhabung des Wohnraumanforderungsgesetzes in Aktion treten. Auf keinen Fall aber kann der Staat zusehen, wie hier eine jeder sozialen Empfindung hohnsprechende Ausbeutung ärmster Bevölkerungskreise um sich greift.

In diesem Zusammenhang sei es mir gestattet, auch etwas zur Sprache zu bringen, was über den Rahmen der augenblicklich zur Diskussion stehenden Materie hinausgeht. Wenn der Abg. Pölzl gestern den VdU schärfstens angegriffen hat und der Abg. Wegart von der ÖVP in einer Replik ausführte, es wäre interessant, die Frage beantwortet zu hören, warum die KPÖ den VdU nicht schon vor dem 9. Oktober angegriffen hat (Abg. Wegart: „Das ist eigenartig!“), so kann ich dazu erklären, daß für uns diese Tatsache nicht überraschend ist. Damals hatten die Kommunisten eine andere Vorstellung von uns und auch mit uns Wünsche und Hoffnungen verbunden, die wir ihnen nicht erfüllt haben. Sie meinten, wir würden als 2. bürgerliche Partei nur die ÖVP schwächen und als wir in eben demselben Maße auch den Sozialisten Mandate abnehmen und in unserer Zusammensetzung bewiesen, daß wir eine Partei des kleinen Mannes sind, kam ihnen über Nacht die Erleuchtung unserer faschistischen Gesinnung. Im übrigen weiß Herr Pölzl ganz genau, daß wir keine Faschisten sind, aber er hat ja hier nur das weiterzukauen, was ihm höheren Ortes eingepaukt wurde. Es wäre für ihn überhaupt besser, weil zeit- und kraftsparend, hier ein Grammophon einzubauen, das ferngelenkt alle Platten abspielen lassen könnte, was er als Ferngelenkter stereotyp vorzutragen hat. Gegen etwas will ich mich aber ganz und gar verwehren, nämlich, wenn der Herr Abg. Pölzl sagt, daß der VdU aus Faschisten bestehe, die unsere Jugend in einen neuen Krieg hineinhetzen will. Ich weiß ja nicht, wo Sie sich während des Krieges herumgetrieben haben. Wir haben den Krieg und seine Schrecken an unserem eigenen Leib kennen gelernt. Wir hassen ihn daher auch und lieben den Frieden, aber einen Frieden, den wir selbst bestimmen und der uns nicht von der asiatischen Steppe diktiert wird. (Bravorufe und Händeklatschen.) In diesem Hause haben Sie einen Eid auf die Verfassung abgelegt und wenn Sie nur den Hauch eines Beweises in Händen haben, daß wir Faschisten sind, dann haben Sie als österreichischer Mandatar die Verpflichtung, uns dem Staatsanwalt zu übergeben. Können Sie das aber nicht, so halten Sie in Zukunft gefällig den Mund. Die Wut der Kommunisten ist uns im übrigen verständlich. Wir sind in die Betriebe und in die Arbeiterkammer viel stärker eingedrungen, als sie es in den letzten Jahren vermocht haben. Und weil Sie uns nun mit den Waffen des Geistes nicht zu schlagen vermögen, versuchen Sie — als der Weisheit letzter Schluß — uns mit Gewalt zu treffen und unsere Versammlungen zu sprengen. Wir haben diese Entwicklung bedauert, weil wir uns sagen, daß es in Österreich endlich eine Zeit geben müsse, wo nicht die Faust, sondern die Ver-

nunft und Tolleranz die Politik beherrscht. Der Nationalrat Fischer hat vorige Woche in Leoben eine Rede gehalten, welche von Friedensbeteuerungen nur so trieffte, in der er vom Abbau des Parteienhasses sprach und davon, daß man überzeugen nur mit geistigen Mitteln könne. Seine eigenen Mitarbeiter haben diesen bestimmt nicht unbedeutenden Funktionär 2 Tage später Lügen gestraft, als sie die VdU-Versammlung mit 300 Mann zu sprengen versuchten. Wir haben es nun gewagt — und das ist in den Augen der KP natürlich eine unerhörte Frechheit —, nicht die linke Wange hinzuhalten, als uns die Sendboten Moskaus auf die rechte schlugen, sondern haben uns zur Wehr gesetzt und mit ein paar Polizisten zusammen den Saal in wenigen Minuten von der KP befreit. Ich kann Ihnen hier nur zurufen, daß, so sehr wir diese Methode ablehnen, wir uns zur Wehr setzen werden, so oft Sie uns dazu zwingen, heute und künftighin.

Hoher Landtag, eines glaube ich noch feststellen zu müssen, und zwar mit großer Befriedigung: Der Herr Abg. Pölzl ist nicht zuletzt auch deshalb so ungehalten, weil es ihm nicht wie seinem großen Kollegen Fischer im Parlament gelungen ist, die Parteien immer wieder auf den VdU zu hetzen. Es ist ja wirklich beschämend, daß dann, wenn Ernst Fischer als Dirigent des Parlaments zum Tanz gegen den VdU seinen Taktstock hebt, das ganze Haus in ein wüstes Pfeifkonzert ausbricht. Hier in der Steiermark liegen die Dinge anders und wenn es gegen den Kommunismus geht, vergessen alle Parteien ihre Differenzen, politische Gegensätze und verschiedene Weltanschauungen. Das ist aber nur allzu verständlich, denn bei aller Verschiedenheit unserer politischen Überzeugung verbindet uns doch als gemeinsames Band unsere Liebe zu dieser Heimat. Die ÖVP behauptet gelegentlich von uns zwar das Gegenteil. (Zwischenruf: Das haben wir nie behauptet!) Nun so haben Sie sich inzwischen korrigiert und es ist die Zusammenarbeit innerhalb der Parteien dadurch wesentlich besser geworden. Zudem würden nur die Kommunisten von einem Kampf der wahrlich freiheitsliebenden und heimatverbundenen Österreicher ihr dunkles Kapital schlagen und ich darf nochmals betonen, daß ich von der öffentlichen Dokumentation des Steiermärkischen Landtages, in Fragen des Antikommunismus eine wahre Solidarität aufkommen zu lassen, freudig bewegt war. Verzeihen Sie mir bitte, Hoher Landtag, meine Exkursion, wenn ich hier vom Wohnungsproblem ausgehend, auf diese Dinge zu sprechen kam. Es besteht aber ein starker innerer Zusammenhang. Denn den Kommunismus überwinden wir nicht mit physischer Gewalt, sondern als Idee dadurch, daß wir dem Arbeiter eine gesicherte Existenz in einem sozial gesicherten Staat geben. So möchte ich meine Ausführungen über die Probleme der Wohnbauförderung mit einem Appell an alle schließen: Hier nicht mit Theorien und nach doktrinären Gesichtspunkten an eine Lösung dieser dringlichen Aufgabe heranzutreten, sondern in konstruktiver Zusammenarbeit alle Anstrengungen zu machen, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Wohnraum zu schaffen, um das furchtbare Elend weitester Bevölkerungskreise zu

lindern zum Wohl und Glück unseres Landes und des gesamten Volkes. (Händeklatschen und Bravorufe bei VdU und ÖVP.)

Abg. **Sebastian**: Wir haben jetzt die Ausführungen des Herrn Abg. Kandutsch gehört, der zum Wohnungsproblem gesprochen hat. Jeder einzelne Anwesende hat am Ende seiner Ausführungen das Gefühl gehabt, er befinde sich in einer Wählerversammlung des VdU. Trotzdem möchte ich feststellen, daß sich in keinem anderen Punkte die anwesenden Parteien so einig sind, wie in diesem Punkt der Wohnbauförderung. Es ist ein vordringliches Problem, welches sofort gelöst werden muß. So einig wir uns in der Tatsache sind, daß der Wohnungsbau forciert und in Angriff genommen werden muß, so uneinig sind die Parteien in der Frage der Mittelaufbringung für diesen Wohnungsbau. Wenn wir die „Wahrheit“ zur Hand nehmen und sie lesen, so ist es immer dasselbe, was sie schreibt, wenn der Nationalrat über das Problem spricht oder wenn wir in der steirischen Landstube über dieses Problem verhandeln. In dicken Lettern wird geschrieben: „Baut Wohnungen statt Kasernen.“ Ich glaube, jeder Steirer und Österreicher kann weit und breit gehen in unserem Lande, bis er auf eine Kaserne stößt. Jeder Einzelne, gleichgültig, wohin er geht, wird auf einen Wohnungsneubau stoßen. Wir wissen, daß die Mittel, die die Gemeinden, das Land und der Bund aufbringen, außerordentlich bescheiden sind. Trotzdem muß jeder, der Österreicher ist und objektiv urteilt, feststellen, daß Wohnungen gebaut werden. Es hat mich außerordentlich interessiert und ich bin dem Zufall dankbar, daß Abg. Kandutsch von mir gesprochen hat und das Programm des VdU hier entwickelt hat, wie er sich vorstellt, daß das Problem gelöst werden kann. Als ständiger Abonnent der „Neuen Front“, die das Zentralorgan des VdU ist, wenigstens es war, hatte ich Gelegenheit, das 52-Punkteprogramm, das der VdU entwickelt hat, kennen zu lernen. Ich hatte schon damals das Gefühl, daß hier ein Plagiator am Werke war, der die Programmpunkte der Sozialistischen Partei auf sozialpolitischen Gebiete und darüber hinaus jenen Teil des ÖVP-Programmes — soferne man überhaupt von einem Programm der ÖVP sprechen kann — (Ohrrufe bei der ÖVP), welches die wirtschaftliche Seite betrifft, abschrieb. So wurde erst das Programm des VdU zurecht gezimmert. Jeder Zuhörer in diesem Hause muß zugeben, daß dieses Kaugummiprogramm im VdU immer wieder zurechtgelegt wird und so auch jetzt wieder bei Behandlung der Frage, wie der Wohnhausbau durchgeführt und die Mittel aufgebracht werden sollen. Auf der einen Seite, wo es darum geht, populär zu wirken, ist man für den Mieterschutz, für den Kündigungsschutz, ist man dafür, daß die Öffentlichkeit für den Wohnungsbau Mittel aufbringt, damit Wohnungen gebaut werden. Damit diese drückende Last von unserem Volke genommen wird, bekennen sie sich zur Art, wie sie von uns Sozialisten zur Lösung vorgeschlagen wird, und um bei der anderen Seite der Bevölkerung auch Wohlgefallen erregen zu können, sind sie dafür, daß jene Mittel, die von der Gesamtheit des Volkes aufgebracht werden, dazu verwendet wer-

den, um privatkapitalistischem Eigenbesitz zugeführt zu werden. Wiewohl sie sich in Zeiten der Not zum Kollektiv, zum Sozialismus bekennen, zum Zusammenschluß aller Kräfte, sind Sie dann, wenn die Not gebannt ist, bereit, das Individuum in den Vordergrund zu stellen. (Abg. **Wegart**: „Jawohl, wir sind Persönlichkeiten, wir sind keine Kollektivmenschen.“) Von Ihnen bin ich überzeugt, daß Sie es nicht sind, Herr Abg. Wegart. Nachdem Landesrat Illig sich schon gestern in der Generaldebatte berufen fühlte, gegen den Mieterschutz und für die Hausherrenrente zu sprechen, gestatten Sie, daß wir uns auch eine Walze zurechtlegen. Von den Kommunisten sind wir sie gewohnt, von Ihnen kennen wir sie im Falle des Mieterschutzes auch, warum sollten wir es nicht auch einmal so machen? Landesrat Illig hat gestern eine Lanze für die Hausherrenrente und gegen den Mieterschutz gebrochen. Er hat seinen Worten einen weiten und breiten Raum gewidmet. Mit keiner Silbe wurde aber von ihm der grandiose Plan der ÖVP gestreift oder entwickelt. Es ist bezeichnend für die ÖVP, daß jene Vorschläge, die in allen ihren Zeitungen von allen ihren Parteiorganen gelobt und gepriesen wurden, jetzt ist die große Erkenntnis über die ÖVP gekommen, jetzt haben wir den Weg gefunden, dieses brennende Problem zu lösen, daß dieses Programm, wie Sie es nannten, gestern von Herrn Dr. Illig nicht gestreift wurde. Es ist bezeichnend, daß Herr Landesrat Illig selbst sich beschränkt hat, zu sagen, daß es eine Fleißaufgabe von Fachexperten oder einem Parteisekretär war. Warum schämt sich heute die ÖVP ihres ledigen Kindes, wenn sie am Tage der Geburt so gejubelt hat über die grandiose Idee ihrer Parteiorgane und ihrer Mitglieder?

Ich glaube, es ist wichtig, auch hier noch einmal darauf hinzuweisen, welche Härten dieses Programm mit sich gebracht hätte. Abgesehen davon, daß bei der Lösung, bei welcher 1 m² des Wohnraumes mit einer bestimmten Quote berechnet wird, welche dann pro Jahr um 30 Groschen gesteigert wird, sich Härten ergeben, kommt noch das Zerrbild dazu, daß der Hausbesitzer und der Mieter ständig mit dem Maßstab in der Hand und einem Rechenstift durch das Haus rasen würden, denn der Hausherr ist bestrebt, eine möglichst große Wohnfläche zu errechnen, während der Mieter im Gegensatz dazu einen möglichst kleinen Raum zusammenbringen will. Es ist begreiflich, daß der Hausherr nicht nur den Keller und die Holzlage und das Klosett dazurechnen wird, während der Mieter jedes kleine Fleckchen in Abzug bringen will. Zu dieser Dissonanz, die sich hier ergibt, kommt noch folgender Schönheitsfehler, daß, wenn heuer im Jahre 1950 der Quadratmeter 1,96 S kosten würde, derselbe Quadratmeter 4 Jahre später 4,96 S kosten würde. Das würde bedeuten, daß die gangbare Art des Mietraumes, ein Sparherdzimmer, welches heute 15 bis 20 S kostet, in 10 Jahren 70 bis 80 S kosten würde. Das würde weiter bedeuten, daß die Wohnungen, bestehend aus Küche und Zimmer, welche heute 37 bis 40 S kosten, in 10 Jahren 300 S kosten würden, und nicht nur, daß der einzelne Mieter ausgebeutet würde, kommt noch dazu — und selbst die Leute in ihren Reihen laufen dagegen Sturm — der völlige Zusammenbruch der Kleingewerbetrei-

benden. Denn sie würden für ein Lokal, welches sie heute innehaben und für welches sie 120 S bezahlen, nach diesem grandiosen Plan der ÖVP 700 bis 800 S zahlen müssen. Daß dies kein Schustermeister oder Schneidermeister ertragen kann, ist selbstverständlich. Nachdem die ÖVP dies erkannt hat, schämt sie sich ihres grandiosen Planes und bereut es bitter, mit solchen Vorschlägen in die Öffentlichkeit gegangen zu sein.

Wir als Sozialisten haben in der Erkenntnis der Wichtigkeit dieses Problemes einen Vorschlag unterbreitet, und zwar sieht er vor, daß auf die Lohnsteuer, Gewerbesteuer und Körperschaftssteuer je 10 % aufgeschlagen werden sollen. (Zwischenrufe bei der ÖVP und VdU.) Es würde möglich sein, mit diesen aufgebrauchten Mitteln jährlich 6600 Wohnungen zu bauen. Wohnungen mit einem sozialen Mietzins, Wohnungen, die es ermöglichen würden, auch dem wirtschaftlich Schwächeren ein Dach über den Kopf zu sichern. Der Mietzins beläuft sich nicht auf 300 bis 350 S. (Landesrat Dr. Illig: „Wie hoch ist denn der Mietzins, lüftet das Geheimnis!“) (Abgeordneter Wurm: „84 S bei 50.000 S Kosten für Wohnungseinheit.“) (Landesrat Dr. Illig: „Das ist auch eine ganz kräftige Erhöhung.“) Aber nicht 300 bis 350 S! In der Erkenntnis der Wichtigkeit dieses Problems und in der Erkenntnis dessen, daß man hier mitwirken soll bei diesem Programm, hat sich schon gestern Herr Abg. Scheer und heute Herr Abg. Kandutsch dahingehend geäußert, da sich die beiden großen Parteien als Gegensätze gegenüberstehen, in der Auffassung über Privatinteresse, Privathausbesitz und Förderung des Wohnhausbaues durch die öffentliche Hand, daß sie sich als Mittelsmänner einschalten wollen. Ich glaube, die beiden großen Parteien — obwohl sie grundsätzlich verschiedene Meinungen in vielen Dingen haben — werden, wenn sie auch angefeindet werden von den Kommunisten und dem VdU, in der Lage sein, dieses Problem zu lösen. Selbst wenn sie sich, wie so schön gesagt, zu diesem Zweck in der Laube zusammensetzen.

Ich möchte den Herrn des VdU nur eines sagen. Es ist außerordentlich unzweckmäßig, wenn Sie sich gerade jetzt, wo Sie so große Stimmenverluste aufweisen (Abg. Wegart: „Stimmt ja nicht, nach der ‚Neuen Zeit!‘“ — Heiterkeit), wo ein Mitgliederschwund in ihren Reihen ist, wenn Sie sich da unter die großen Parteien mischen. Nichts ist undankbarer als sich zwischen streitende Ehepartner zu stellen. Und wenn die ÖVP, so wie sie schon in vielen Dingen erkennen mußte, daß sich das Rad der Zeit nicht aufhalten läßt, daß aus der Not der Zeit heraus geborene Maßnahmen getroffen werden müssen, die selbst der Herr Landesrat Illig vor 10 und 15 Jahren noch auf das schärfste abgelehnt hat. (Landesrat Dr. Illig: „Da haben Sie noch Schnellfeuerhosen angehabt!“) (Stürmische Heiterkeit.) Jugend ist ein Übel, welches sich von Tag zu Tag bessert. Diese Besserung können Sie, Herr Landesrat, nicht mehr für sich in Anspruch nehmen. (Landesrat Dr. Illig: „Für Euch habe ich noch immer genug Temperament.“)

Es wird jedenfalls ein Weg gefunden werden müssen, damit diese Probleme gelöst werden können. (Starker Beifall bei der SPÖ.)

Abg. Pözl: Schon vor 20 Jahren hat es manche Leute gegeben, die gesagt haben, daß die Entproletarisierung des Proletariats die große Aufgabe sei. Ich stehe nicht an zu erklären, daß auch wir Kommunisten der Auffassung sind, daß wir eine Gesellschaft erstreben, in welcher es keine Klassen gibt. (Abg. Wegart: „Nur Sklaven.“) Also faktisch keine Kapitalistenklasse, keine Arbeiterklasse im heutigen Sinn, sondern eben eine vollwertige menschliche Gemeinschaft ohne Klassenunterschiede. (Abgeordneter Scheer: „Und die Tatsache?!“) Unsere Vorstellungen von der menschlichen Gesellschaft sind von Karl Marx und Friedrich Engels absolut klargestellt worden und ich bedaure es, daß ich in diesem Landtage der einzige bin, der eigentlich nach den Gesichtspunkten von Karl Marx und Friedrich Engels den Standpunkt der Arbeiterklasse, den Standpunkt des Marxismus vertritt. (Landesrat Dr. Illig: „Ja, mit einem Wort, der letzte Mohikaner!“) (Gelächter.) In diesem Landtag saßen einmal Vertreter der sozialdemokratischen Partei, die sich mit Stolz Marxisten nannten. Heute verkünden sie mit Stolz, daß sie mit der ÖVP, mit der Vertreterin der privatkapitalistischen Interessen (Zwischenruf bei VdU: „In die Laube geht!“) in die Laube geht (Heiterkeit), eine Ehe auf Gedeih und Verderb eingegangen ist und ich bedaure es vor allem, daß einer der jüngsten Vertreter der Sozialistischen Fraktion diese Ehe als das Um und Auf der Politik der Sozialistischen Partei heute in dieser Landtagssitzung gefeiert hat.

Ich glaube, die sozialistischen Arbeiter werden ihm dafür wenig Dank wissen, denn sie sehen mit Sorge der Entwicklung der Politik der sozialistischen Partei entgegen, sie haben ja die Zeche für diese Ehe zu bezahlen. (Abg. Wegart: „Einer muß zahlen!“) Ich möchte ganz kurz die konkrete Frage zur Diskussion stellen, die Frage der Wohnbauförderung durch das Land Steiermark. Da werden große Töne geredet wegen der paar Millionen Schilling, die für die Subventionierung der Eigenheimbauten aufgewendet werden sollen. Ich habe gestern schon gesagt, es handelt sich insgesamt um die Förderung von 160 bis 200 Wohnungen bei einem Wohnbedarf, der in viele Tausende von Wohnungen geht, der an die 20- bis 30.000 Wohnungen in der Steiermark allein als dringender Bedarf heranreicht. Es hat niemand Ursache, hier in weiß Gott was für großen Tönen von dieser bescheidenen Förderung, die das Land den Eigenheimbauten durch begünstigte Kredite einräumt, zu reden. Hier aber sich zu der Lächerlichkeit zu versteigen und, ausgehend von dieser bescheidenen Dotierung und Subventionierung für die Siedlungsbauten, von einer Entproletarisierung zu sprechen, das blieb allerdings dem Vertreter des VdU vorbehalten. (Abg. Kandutsch: „Die Steuern der USIA-Betriebe hätten mehr ausgegeben!“) Auf der einen Seite spricht er davon, daß er das Proletariat entproletarisieren will, auf der anderen Seite feiert er die ÖVP mit ihren Programmpunkten (Abg. Scheer: „Das hat Kandutsch nie behauptet!“) (Abg. Kandutsch: „Gerade das Gegenteil!“), die sie im Bezug auf die Mieter wiederholt geäußert hat, die einfach und schlicht darauf hinauslaufen, wieder den alten Zu-

stand herzustellen, wo die Arbeiterfamilien zusammengedrängt auf die kleinste Wohnfläche in einem Sparherdzimmer zu wohnen hat, die darauf hinauslaufen, Wohnraum dadurch zu schaffen, daß man Arbeiter und Angestellte mit kleinem Einkommen auf den kleinsten Wohnraum zu teuren Preisen zusammendrängt. Es ist bekannt, daß Adolf Hitler die Entproletarisierung versprochen hat und im Programm des VdU, das sich nur in seinen Punkten etwas vergrößert hat, aber im wesentlichen Punkte der ehemaligen NSDAP aufgenommen hat, wird alles versprochen, was gut und schön ist und womöglich allen Klassen dieses Landes versprochen, weil eben darin die Politik des Faschismus besteht. Denn jede faschistische Bewegung ist darauf aus, eben alles zu versprechen und allen gegenüber aber schon gar nichts zu halten. (Abg. Scheer: „Und der rote Faschismus?“) Der braune Faschismus eines Adolf Hitler hat nichts anderes zusammengebracht, als das deutsche und österreichische Volk und die Völker Europas in das maßlose Elend des zweiten Weltkrieges zu führen. Glauben Sie ja nicht, meine Herren vom VdU, daß die österreichische Arbeiterklasse den Wolf im Schafspelz des VdU nicht erkennt. (Abg. Kandutsch: „Sie sind das Schaf im Wolfspelz, das ist viel schlimmer!“) Die österreichische Arbeiterklasse, nicht nur die kommunistische, auch der sozialistische Arbeiter, aber auch alle wirklich ehrlichen demokratischen Leute in unserem Lande wissen, was sich hinter dem VdU verbirgt. Sie haben ja die entsprechenden Leute herausgestellt. Ein Hartleb an Ihrer Spitze ist eben nichts anderes als ein bekannter Faschist, der sich kalt und rücksichtslos zum Arbeitermord bekannt hat. Aber die Leobner und Donawitzer Arbeiter werden gegen diesen Hartleb, wenn er nach Leoben kommt, aufstehen und sagen: Dieser Mann, der sich zum Arbeitermord bekannt hat, wird hier nicht sprechen. (Abg. Scheer: „Er hat gesprochen!“) Es ist das ihr gutes demokratisches Recht und sie werden von ihrem Rechte in zunehmendem Maße Gebrauch machen. (Zwischenruf: „Jeder kann sprechen, das ist ein demokratisches Recht!“) Alle Demokraten, nur die Faschisten nicht in einer demokratischen Republik! (Abg. Kandutsch: „Sie sind der einzige Faschist hier in diesem Saal!“) Wir sind eine demokratische Republik und diese ist erstanden im Kampf gegen den Faschismus. Sie wollen im Wege des Faschismus in einen neuen Krieg und in eine neue Katastrophe gehen. (Abg. Kandutsch: „Die Ihr herbeiführen wollt!“) Wenn Landesrat Elnitz in Leoben erklären konnte, der VdU denkt daran, eine neue Sturmtruppe aufzustellen. (Abg. Kandutsch: „Kein Wort ist wahr!“), so wird er sich schwer irren. Er hätte sie ruhig mit dem alten Namen „Sturmabteilung“ nennen können, um daran zu erinnern, daß der VdU sich einbildet, von neuem eine zweite faschistische Welle über Österreich bringen zu können. Bilden Sie sich ja nicht ein, daß wir den VdU fürchten, bilden Sie sich ja nicht ein, daß wir den VdU überschätzen. Wir wissen schon sehr gut zu unterscheiden zwischen der Tragödie des braunen Faschismus und zwischen der Farce des braunen Faschismus, die sich im VdU dokumentiert. Wir glauben, daß unser Land

genug gelitten hat durch den schwarzen und braunen Faschismus und daß es jetzt an der Zeit ist, mit dem Faschismus in Österreich für alle Zeit Schluß zu machen. (Abg. Kandutsch: „Daher hinaus mit den Kommunisten aus den öffentlichen Körperschaften!“)

✓ Landeshauptmannstellvertreter **Dipl.-Ing. Udier:**

Zum Kapitel 6 hat sich heute gegenüber früheren Jahren die Debatte wesentlich geändert. Ich bin darüber glücklich, denn bis jetzt bin ich nur wegen der schlechten Straßen im Landtag angegangen worden. Die Debatte hat sich wesentlich geändert, es sind andere Probleme aufgetaucht. Wenn jetzt verschiedene Theoretiker der Fraktionen zum Wohnbauproblem gesprochen haben, darf ich, kurz zusammenfassend, auch zum Kapitel 6 übergehen. Mit Recht ist behauptet worden von einem der Vorredner, daß das Kapitel sehr reich dotiert ist, an dritter Stelle steht, aber trotzdem bei weitem nicht ausreicht, um die Aufgaben zu erfüllen, die wirklich zu erfüllen wären vom Abschnitt „Bauwesen“ im Lande. Eines steht fest, was ja schon aufgezeigt wurde, daß das Land in diesem Budget die Straßen ein wenig zurückgedrängt hat. Es wurde bei den Verhandlungen im Finanzausschuß, wofür ich allen Abgeordneten nur danken kann, eine Aufbesserung zugebilligt, denn es dreht sich darum, unser Straßennetz im Vergleich zu 1946 bis 1947 wesentlich besser zu gestalten. Es bedarf aber noch vieler Mittel, um ein Straßennetz entstehen zu lassen, von dem man sagen kann, es werde den Anforderungen einigermaßen gerecht. Das ist allen ebenso bekannt wie mir selbst, der ich das Referat führe. Es ist aber immerhin nicht zu übersehen, daß für das gesamte Straßennetz im Lande ein Betrag von rund 95 Millionen Schilling mit den Mitteln, die auch der Bund zur Verfügung stellt, bereit ist. Wenn wir hinzurechnen die gesamten übrigen Mittel, die für Wasserbauten, aber auch für Hochbauten mit den Bundesmitteln irgendwie wieder hereinkommen, so kommen wir auf insgesamt rund 126 Millionen Schilling. Sie sehen daraus, welche Bedeutung der Post „Straßenwesen“ im Lande zukommt. Wir wollen nicht verhehlen, daß das Kapitel „Wasserbau“ mit allen seinen Sparten „Fluß- und Bachregulierungen“ und „Wildbachverbauungen“, auch „Wasserleitungs- und Kanalisationsbau“ unbedingt von größter Bedeutung ist. Nicht nur wegen der Schaffung oder Erneuerung von solchen Einrichtungen im Lande selbst, sondern vor allem deshalb, weil es dazu beitragen soll, unsere Kulturen zu schonen, andererseits aber auch, um die gesundheitlichen Voraussetzungen in unseren Städten, Märkten und Dörfern zu schaffen. Daß auch hier ein wesentlicher Fortschritt zu verzeichnen ist, ist dankenswert anzuerkennen. Wie Sie aus dem Voranschlag, der Ihnen ja allen vorliegt, ersehen, sind beachtliche Zuteilungen, die im Jahre 1948 200.000 S, 1949 700.000 S betragen, im Jahre 1950 mit 1.000.000 S vorgesehen. Das sind ganz beachtliche Steigerungen vom Jahre 1948 auf 1950. Diese Steigerung im Landesbudget bewirkt eine kräftige Infiltration von Geldmitteln des Bundes herein ins Land und eine merkliche Aktivierung der Interessentengelder, die ja dazu auf-

gebracht werden müssen. Merken Sie hier, welche Steigerung der Wirtschaftskraft in diesen Mitteln liegt, die das Land für diese Dinge aufbringt? Das Land wirkt dadurch erstens arbeitsbeschaffend und trägt zweitens dazu bei, die Voraussetzungen zu schaffen, daß das Leben in unserem Lande sich angenehmer gestaltet. Ich glaube hier wohl sagen zu können, daß alle Menschen, die damit beschäftigt sind, und alle diejenigen Kräfte, die am Werk sind, diese Mittel zweckmäßig anwenden, wenngleich, das gebe ich ohne weiteres zu, auch da und dort einmal vielleicht Kritik am Platze ist. Wenn etwas nicht so zweckmäßig aussieht, wie es vielleicht doch ist, dann dürfen wir nicht übersehen, daß die Notwendigkeit oft der Zweckmäßigkeit vorzuziehen ist. Wenn ich einen großen Raum zu versorgen habe, so ergeben sich oft andere Aspekte, als sie sich bei einem kleinen Raum ergeben würden, das heißt also, daß sich vom Gesichtspunkte eines Bezirkes aus vielleicht andere Notwendigkeiten ergeben, als vom Gesichtspunkte des ganzen Landes.

Dabei ist noch folgendes zu berücksichtigen: Herr Abg. Schupfer, Sie wissen ganz genau, daß gerade beim Hochwasser im Jahre 1949 im Bezirke Liezen bei jedem Bach Hochwasser war, daß man damit also nicht sagen kann, daß der Ausbau oder die Regulierung des einen oder anderen Flusses mehr oder weniger notwendig ist, denn diese Notwendigkeit liegt überall vor. Man darf nicht übersehen, daß wir gerade bei der Wilbachverbauung im wesentlichen nur Bruchteile der Mittel aufwenden, weil das wesentliche der Bund aufbringen muß. Ich glaube, daß sich Ihre Kritik darauf bezogen hat, daß der Strechenbach neuerlich überflutet ist, obwohl er noch nicht in Arbeit war. Ich darf dazu festlegen, daß das Hochwasser vom Jahre 1949 im Spätsommer war. Es ist diese Zeit seither nicht ungenützt vorübergegangen, aber daß das erste Gewitter dort wieder ein Überfluten bringt, ist darauf zurückzuführen, daß die Schäden vom Vorjahre noch nicht beseitigt werden konnten, daß die Vermurungen noch dort sind. (Abg. Schupfer: „Warum aber die Arbeitseinstellung?“) Eine Arbeitseinstellung ist beim Strechenbach gar nicht erfolgt. Vielleicht einen Tag oder eine Woche, aber dafür wird es sicher Gründe gegeben haben. Vielleicht sind vom Bund die Mittel nicht rechtzeitig flüssig gemacht worden. (Abg. Pölzl: „Die Arbeit ist eingefroren!“) Es mag sein, daß es inzwischen so kalt gewesen ist, daß vielleicht der Herr Abg. Pölzl eingefroren ist. Es ist jedenfalls Tatsache, daß diese Dinge so erfaßt werden, wie es notwendig ist. Wir sind im Bezirke Liezen daran, die richtige Koordinierung herbeizuführen zwischen Wasserbau und Wilbachverbauung, so daß wir in gemeinsamer Aufwendung der Mittel, die der einen oder anderen Sparte zur Verfügung gestellt werden, möglichst den größten Effekt herausholen können. Sie wissen, wie es im Untertal und Sölltal aussieht. Überall versuchten wir die Mittel so anzuwenden, daß wir möglichst zweckmäßig arbeiten und bei Beachtung der günstigsten Bedingungen zum besten Erfolg kommen. Es ist sicher notwendig, daß wir Sorge tragen dafür auch weiterhin, und zwar nicht nur, wenn wir ein Hochwasser be-

kommen, daß wir auch vom Bund die notwendigen Mittel erhalten für die Wilbachverbauung, denn diese sind ebenso in Obersteiermark wie auch im Unterland eine Notwendigkeit. Die Bachregulierungen und Wasserlaufregulierungen sind Gott sei Dank schon zum größten Teil auf den Bund übergegangen.

Ich darf hier zusammenfassend sagen, daß wir von den Mitteln für Bauten, das sind rund 93 Millionen Schilling, einen beträchtlichen Teil für die Straßen aufwenden müssen und wir trotzdem überzeugt sind, daß diese Mittel bei weitem nicht ausreichen, um ein Straßennetz zu schaffen, so daß es für jeden Straßenbenützer eine Freude ist, diese Straße zu benützen.

Auf die Erwähnung des Herrn Abg. Pölzl, daß es zweckmäßig wäre, wenn der Herr Landeshauptmann öfter übersiedeln würde, um ein anständiges Straßennetz zu erreichen, brauche ich gar nicht einzugehen, denn das würde sicher auch nicht dazu beitragen, ein wirklich gutes Straßennetz zu erhalten. Wenn dem so wäre, dann würde ich dafür plädieren, denn ein schönes Straßennetz ist wichtig, aus welchem Grunde es entsteht, das ist gleichgültig.

Ich muß noch sagen, daß alle Arbeiten auf diesem Gebiet gründlich geschehen und gründlich überlegt sind. Ich weiß, daß häufig Mängel vorliegen — es ist dies allerdings im Hohen Hause nicht zum Ausdruck gekommen —, aber es ist schon sehr oft Kritik geübt worden. Es wird sehr oft gegen Beamte des Bauamtes da und dort vorgegangen. Ich kann dazu nur sagen, daß wir zufrieden sein können, daß wir solche Beamte haben. Ich möchte von dieser Stelle aus allen jenen, die in diesem Bauamt beschäftigt sind, meinen Dank aussprechen, der ihnen gebührt vom Land aus. Denn die Tätigkeit aller dieser, die dort im Bauamt tätig sind, ist zum Nutzen der Allgemeinheit und es sind auch beachtliche Mittel, die durch dieses Amt zum Verbrauch kommen. Wir dürfen nicht übersehen, daß im heurigen Jahre insgesamt mit den ERP-Mitteln rund ein Betrag von 211 bis 220 Millionen Schilling zur Verbauung kommt. Daß diese Mittel eine scharfe Kontrolle sowohl nach der technischen, als auch nach der verwaltungsmäßigen Seite brauchen und hier eine wirklich große Aufgabe zu leisten ist, das ist von jedem anzuerkennen, der überhaupt einigermaßen weiß, wie es in einem solchen Amte zugeht und was dort zu tun ist.

Wir dürfen nicht übersehen, daß sämtliche öffentlichen Bauten auch überprüft, und zwar genau überprüft werden bis zum letzten Groschen. Nicht einmal, sondern häufig ist es schon vorgekommen, daß mancher Bauunternehmer mit unliebsamen Bemerkungen unseres Bauamtes, angehängt seiner Rechnung, darauf gebracht werden mußte, daß er sich bei seiner Rechnungslegung etwas zu seinen Gunsten verrechnet hat. Das zeigt, wie notwendig eine genaue Kontrolle bei allen Arbeiten, die die öffentliche Hand vergibt, ist. Diese Arbeit wird vom Landesbauamte mit aller Energie und mit Eifer geleistet und dafür möchte ich ihm heute Dank sagen. (Sehr lebhafter Beifall.)

Berichtersatter Abg. **Stöffler**: Hohes Haus! Es ist nicht meine Aufgabe, festzustellen, wer alles viel versprochen und nichts gehalten hat, das ist Aufgabe der Wählerschaft. Im Zusammenhang mit dem Landeswohnbaufonds ist einiges gesagt worden, was eine sachliche Aufklärung verdient. Es ist vor allem festzustellen, daß das Land sich äußerst bemüht hat, an der Lösung der Frage der Wohnraumbeschaffung mitzuhelfen. Das Land hat so tief als es möglich war, in die Tasche gegriffen. Man darf nicht vergessen, daß es ja auch noch andere Aufgaben zu erfüllen hat und es hat die Verwendung dieses Betrages in durchaus gesunder Weise gewährleistet. Der ausgeworfene Betrag wird so verwendet werden, daß die größtmögliche Zahl von Wohnungen geschaffen wird und es ist diese Art der Verwendung der bereitgestellten Mittel ein Eingeständnis dafür, daß die öffentliche Hand allein diese Frage nicht zu lösen vermag. Es ist überaus begrüßenswert, daß durch die Förderung des Landes auf diesem Wege Eigenheime entstehen. Wir können in Österreich nicht genug Besitzer von Eigenheimen haben. Dem Herrn Abg. Kandutsch ist ein Gedankenfehler unterlaufen, wenn er der Ansicht ist, daß die öffentliche Hand die gesamten Mittel für solche bereitstellen soll, die ein Eigenheim bauen wollen. Das Land kann nicht in diesem Ausmaß Mittel verschenken, es kann nur helfen und die Möglichkeit fördern, daß sich der Einzelne durch seine Arbeit und seinen Fleiß einen Besitz schaffen kann. Es wäre ganz und gar unbillig, wenn man beginnen würde, Bauten, die aus öffentlichen Mitteln aufgeführt wurden, zu verschenken.

Zum Kapitel Straßenbau darf ich das Hohe Haus auf die Dotation für Konkurrenzstraßen hinweisen. Damit schlägt das Land einen neuen Weg im Straßenbau ein. Diese Absicht entstand aus einer Anregung des Herrn Landeshauptmannes Krainer und es ist vorgesehen, daß nicht nur Landesmittel verwendet, sondern auch verschiedene andere Quellen eröffnet werden sollen und so gemeinsam Mittel für den Straßenbau zur Erschließung des Landes bereitgestellt werden.

Nun noch ein Wort zur Verschiedenheit von Offerten, die bei Privatfirmen eingeholt werden. Die Verschiedenheit der Offerte liegt nicht darin, daß der eine oder andere mehr oder weniger versucht, unlautere Absichten in die Tat umzusetzen, sondern sie beruht vielfach auf der verschiedenen Auffassung der technischen Durchführung der Projekte. Durch die verschiedene Art des Materialeinsatzes und die Verschiedenheit des Materials selbst, je nach Plan und Auffassung des Offertstellers ist natürlich auch eine Verschiedenheit der Kosten gegeben. Man kann diese Dinge nicht von dem Standpunkt aus betrachten, daß jeder, der der öffentlichen Hand seine Dienste anbietet, irgendwie versucht, diese zu betrügen. Eine derartige Unterschiebung sei von dieser Stelle aus schärfstens zurückgewiesen. Ich glaube, damit zu diesem Kapitel ergänzend alles gesagt zu haben und bitte nun das Hohe Haus, den beantragten Beschlüssen zuzustimmen.

Präsident: Ich bitte die Abgeordneten, die der Gruppe 6 in der vom Herrn Berichtersatter vorge-

schlagenen Form ihre Zustimmung erteilen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 6 ist angenommen.

Wir kommen nunmehr zur

Gruppe 7.

Berichtersatter ist Abg. **Wallner**, dem ich das Wort erteile.

Berichtersatter Abg. **Wallner**: Hohes Haus! Es ist mir zur Aufgabe gestellt, über Gruppe 7 des Landesvoranschlages zu berichten. Diese beginnt mit den Dauerunterstützungen an die Hinterbliebenen verunglückter Feuerwehrmänner, enthält den Aufwand für Förderungsbeiträge für die Landesfeuerwehrschule, das Landestierspital und die Hufbeschlags-Lehrschmiede, behandelt dann die gesamten Beiträge zur Förderung der Landwirtschaft und endet mit der Förderung der gewerblichen Wirtschaft und dem Fremdenverkehr.

Der Voranschlag, wie er dem Finanzausschuß zugewiesen wurde, sah in diesem Kapitel einen Gesamtaufwand von . . . . . 14,598.100 S
Gesamteinnahmen von . . . . . 1,428.300 S

somit einen unbedeckten Abgang von 13,169.800 S vor. Ich darf mit Befriedigung feststellen, daß die Mitglieder des Finanzausschusses zur Überzeugung kamen, daß es notwendig ist, gewisse Beträge, die zur Förderung der Landwirtschaft eingesetzt waren, entsprechend zu erhöhen. So wurde die Gruppe 7 insgesamt um den Betrag von 1,932.500 S erhöht. Ich darf nun kurz zu den einzelnen Erhöhungsvorschlägen Stellung nehmen, ich will nur die wichtigsten herausgreifen, weil sie ja so jedem einzelnen Mitglied des Hohen Hauses vorliegen.

Zur Ent- und Bewässerung, für Meliorationen, ist eine Erhöhung von 200.000 S durch den Finanzausschuß beantragt worden.

Es ist zur Förderung der Forstwirtschaft, das soll vor allem der Wiederaufforstung in Kriegsschadensgebieten dienen, eine Erhöhung von 100.000 S beantragt.

Für die Selbsthaftmachung des landwirtschaftlichen Personals, für den Ausbau von Dienstbotenwohnungen und Eigenheimen ist eine Erhöhung um 200.000 S vorgesehen.

Für die Bekämpfung der Tuberkulose bei den Rindern — hier sollen im heurigen Jahre umfassende Aktionen mit Hilfe der ERP-Mittel durchgeführt werden — ist eine Erhöhung von 100.000 S eingesetzt.

Der Beitrag zu den Güterwegbauten hat eine Erhöhung um 470.000 S erfahren. Über die Wichtigkeit dieser Aktion glaube ich, brauche ich nicht allzuviel auszuführen. Gerade durch die Güterwege werden Gebiete, die bisher fast vollständig entlegen waren, dem Verkehr erschlossen.

Dann haben wir noch Maßnahmen für den Pflanzenschutz mit einer Erhöhung von 100.000 S, Behebung von Schäden höherer Gewalt 440.000 S. Hier begrüße ich ganz besonders, daß entsprechende Beträge eingesetzt wurden, denn die Entwicklung der Bergbauernschaft wird eine der größten Sorgen sein, die in den nächsten Jahren an uns herantritt.

Es sind dies die Betriebe, die wirtschaftlich am schwächsten, am schwersten produktiv tätig sind und am ehesten in Schwierigkeiten kommen.

Unsere Aufgabe ist heute, die Produktionssteigerung einerseits und andererseits die Existenzsicherung unserer Landwirtschaft durchzuführen. Ich habe oft die Vorstellung, daß man gerade in städtischen Kreisen eine ganz falsche Vorstellung von einem bäuerlichen Betrieb hat. Wenn die Leute so am Sonntag hinauskommen aufs Land und einen bäuerlichen Betrieb sehen, dann kommen sie oft zur Auffassung, daß so ein Bauer ein ausgesprochener Kapitalist ist mit seinen Grundstücken, Gebäuden und verschiedenen Anlagen. Das ist aber für den Bauer nichts anderes als das Handwerkzeug für einen Gewerbetreibenden, das sind seine Betriebsmittel, ohne die er ja nicht arbeiten, seinen Beruf nicht ausüben, nicht produzieren kann.

In den letzten Jahren hat sich die Kammer in erster Linie auf die Aufgabe verlegen müssen, genug Lebensmittel zu produzieren, die Ablieferung zu organisieren und ist damit oft gezwungen gewesen, sehr undankbare und unpopuläre Maßnahmen im Interesse des Volksganzen durchzuführen. Ich darf zum Beispiel erwähnen, daß unser Rinderbestand von 1938 bis 1945 um rund 13% abgenommen hat und daß wir diesen Abgang nicht nur nicht aufgeholt, sondern nach 1945 noch um weitere 2% gesteigert haben, daß also unser Rinderbestand nunmehr um rund 15% kleiner ist als vor dem Krieg. Dies zeigt deutlich, daß wir seit 1945, nur um die Ablieferung zu gewährleisten, oft auf die Substanz greifen mußten.

Nun treten aber immer mehr und mehr die eigentlichen Aufgaben der Kammer an uns heran, nämlich die Förderung der Landwirtschaft. Wir unterscheiden dabei zwei Arten der Förderung, nämlich die Selbsthilfemaßnahmen aus den bäuerlichen Kreisen heraus und die Hilfsmaßnahmen seitens der öffentlichen Hand. In der Selbsthilfe haben wir unsere Hauptaufgabe in der Ausbildung und fachlichen Schulung unseres Nachwuchses erblickt. Es ist eine Tatsache, daß an die Landwirtschaft Aufgaben herantreten, die sich nicht so von heute auf morgen lösen lassen. Uns standen in der Vergangenheit zur fachlichen Ausbildung junger Bauernburschen 4 landwirtschaftliche Schulen zur Verfügung, die im Laufe eines Jahres ungefähr 200 Burschen aufnehmen konnten. Bei den rund 77.000 Betrieben in der Steiermark übernehmen aber jedes Jahr rund 3000 Jungbauern den väterlichen Hof. Es war bisher nur einem Bruchteil der bäuerlichen Jugend möglich, eine gute fachliche Ausbildung zu genießen. Um diesem Übelstand abzuwehren, ist die Kammer daran gegangen, neben den bäuerlichen Fortbildungsschulen, die so segensreich schon gewirkt haben, noch eigene Kurse einzurichten, die es uns ermöglichen, in verhältnismäßig kurzer Zeit einen großen Teil der bäuerlichen Jugend und ganz besonders die Heimkehrergeneration zu erfassen, um ihnen auf diesem Wege die nötigen Grundlagen einer modernen Landwirtschaft zu vermitteln. Wir haben im Jahre 1948 mit 12 Kammer-Fachkursen begonnen, im vorigen Jahre waren es bereits 34 Kurse mit 1688 Teilnehmern. Weiters hielten wir 39 Haushaltungskurse mit

1650 Teilnehmerinnen ab, so daß wir über den ganzen Winter hin 2338 junge Bauernburschen und -mädel geschult haben. Wir haben dann noch verschiedene andere Kurse eingerichtet, zum Beispiel die Waldbauernschule im Mürztal, die Melkerschule im Schloß Kornberg, wo besondere Wochenkurse für Viehpfleger und Melker abgehalten werden. Ich darf dem Hohen Hause berichten, daß in der Abteilung für Tierzucht und Milchwirtschaft 68 Kurse im Laufe des heurigen Winters abgehalten wurden mit 666 Teilnehmern. Weiters hatten wir Kurse in der Abteilung für Pflanzenschutz und Pflanzenbau. Es waren dann noch 27 Kurse für Traktorfürer mit 1674 Teilnehmern. In der Abteilung für Weinbauförderung hielten wir Kellerwirtschaftskurse und Schädlingsbekämpfungskurse in einer Zahl von 84 mit 1208 Teilnehmern ab. Auf dem Gebiet des Obstbaues haben wir 163 Kurse geführt mit 3711 Teilnehmern, auf dem Gebiete des Gartenbaues 5 Kurse mit 159 Teilnehmern, über Betriebswesen und Statistik hielten wir 8 Kurse mit 450 Teilnehmern und in der hauswirtschaftlichen Abteilung hatten wir 53 Webkurse und Lehrlingsschulungen mit 1139 Kursteilnehmerinnen, in der Forstabteilung waren 34 Kurse mit 753 Teilnehmern, so daß wir insgesamt im Laufe des heurigen Winters in 442 Kursen 9760 Bauernburschen und -mädel einer Schulung zugeführt haben. Ich darf dann noch erwähnen, daß wir darüber hinaus daran gegangen sind, Einrichtungen zu schaffen, die es uns ermöglichen, die Bauernjugend, wenn sie diese landwirtschaftlichen Schulen und Kurse verläßt, in einer Organisation zusammenzuhalten und hier eine große Gemeinschaft des Fortschrittes in der Landwirtschaft zu pflegen. Aus diesem Grunde haben wir den Bund steirischer Landjugend geschaffen, über den vor einigen Monaten eine Anfrage gestellt wurde, ob da nicht öffentliche Mittel für Zwecke ausgegeben werden, die abzulehnen wären. Ich kann Ihnen nur sagen, in diesem Bund steirischer Landjugend haben wir uns eine Organisation geschaffen, von der ich mir sehr viel erwarte, die es ermöglicht, die für den Fortschritt begeisterten jungen Leute zusammenzufassen und zusammenhalten und ihnen unter Aufsicht erfahrener Lehrer und Betriebsberater immer wieder die neuesten Erfahrungen auf landwirtschaftlichem Gebiete nahe zu bringen.

Wir haben zum Beispiel für das heurige Jahr eine große Anzahl Leitsungswettbewerbe ausgeschrieben. Und es wurden uns schon eine Unzahl von Versuchen angemeldet, die alle im heurigen Jahr unter unserer Kontrolle abgeführt werden. Es ist zum Beispiel eine Art solchen Wettbewerbes, wenn ausgeschrieben wird, wer von 100 m² Bodenfläche den größten Ertrag an Kartoffeln herausbringt. Dieser Versuch ist zum Beispiel 1000mal gemeldet worden. Sie können sich vorstellen, was es heißt, wenn im ganzen Land verteilt 1000 junge Leute sich außerordentlich anstrengen, den größten Ertrag herauszuwirtschaften. Dann haben wir wieder Wettbewerbe ausgeschrieben, wer ein Schwein in der kürzesten Zeit von 20 kg auf 100 kg lebend bringt. Unsere Betriebsberater sind immer damit beschäftigt, alle diese angemeldeten Versuche zu kontrollieren, damit sie wirklich in aller Exaktheit

gewährleistet sind. Wir haben zum Beispiel auch eine große Anzahl von Versuchen gemeldet erhalten, wo junge Bauern versuchen, aus 100 m² den größten Maisertrag herauszuwirtschaften usw. usw. Wenn dann der junge Bauernbursche nach der Ernte eifrig seine Kolben zählt und wiegt, so haben wir ihn auf diese Weise wesentlich besser und mehr dazu aufgestachelt, sein Bestes zu leisten, als wenn wir ihm dies in hundert Kursen und Vorträgen eintrichtern. Wir haben auch Versuche für vorbildliche Obstbaumpflege, Forstwesen u. dgl., so daß hier über diese Organisation wirklich eine Fortschrittsbewegung in der Landwirtschaft zu verzeichnen ist. Ich kann dem Hohen Haus auch berichten, daß vor 14 Tagen ungefähr eine Studienkommission von der Vereinigung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der europäischen Staaten in Steiermark war. Es waren dabei der Landwirtschaftsminister von Schweden, ein Universitätsprofessor einer landwirtschaftlichen Hochschule aus USA, Vertreter Frankreichs und Englands, die einige Tage in der Steiermark zugebracht haben und sich unsere Tätigkeit in der Kammer auf dem Gebiete der Landwirtschaftsförderung und der Berufsausbildung angesehen haben. Und es ist für uns eine erhebende Tatsache, daß zum Abschluß der Vertreter aus USA erklärt hat, er sei schon in vielen Ländern gewesen, habe aber nirgends eine so vorbildliche Organisation zur Landwirtschaftsförderung gefunden, wie bei uns seitens der Landesregierung und der Landwirtschaftskammer.

Wir haben 35 Wirtschaftsberater angestellt, die im Laufe dieses Winters die Kammerfachkurse geführt haben und die zur Zeit bei einer Arbeitstagung in St. Martin versammelt sind, wie hauswirtschaftliche Beraterinnen und Lehrerinnen bei einer Tagung in der Kammer sind. Dort werden die Erfahrungen der Winterarbeit besprochen und die Richtlinien und die Weisungen für die Sommerarbeit herausgegeben. Ich muß zur Aufklärung erwähnen, daß Dänemark auf 200 Betriebe einen Betriebsberater hat und wir heute 1 auf 2000 Betriebe. Auf diesem Gebiete ist noch sehr viel Arbeit zu leisten. Aber auch auf dem Gebiete der Förderung der Landwirtschaft wurden beachtliche Fortschritte erzielt. Sie wissen, daß das Hohe Haus jedes Jahr Beträge bewilligt für den Landeskontrollverband, durch den wir die Leistung unserer Rinder und Schweine von amtlichen Organen feststellen lassen. Im Jahre 1939 haben wir 2426 landwirtschaftliche Betriebe unter amtlicher Kontrolle gehabt. Es betrug die Zahl der Kontrollkühe 13.144, das ist 6% des gesamten Kuhbestandes. 1945 waren es 2560 Betriebe mit 19.000 Kühen, das ist 9% des gesamten Kuhbestandes und jetzt 1949 haben wir 4158 Betriebe mit 29.000 Kontrollkühen, das ist 15,1% des gesamten Kuhbestandes. Wir haben auch in dieser Zeitspanne von 10 Jahren in der Steigerung der Milchleistung so zugenommen, daß wir die Förderung der Tierzucht als etwas begrüßen, was mit allen Mitteln angestrebt werden muß. 1939 hatten wir einen jährlichen Durchschnittsertrag von 2428 kg, 1945 von 2327 kg und 1948 von 2803 kg, so daß die Durchschnittsleistung von 1000 Kühen in der Steiermark von 1939 bis heute um 375 kg zuge-

nommen hat. Das ist nicht allein auf die Förderung des Futtermittelbaues zurückzuführen, sondern auf planmäßige Leistungszucht, auf die Aufstellung guter Vattertiere, so daß wir in der Lage sind, die Anlagen unserer Haustiere immer wieder zu verbessern. In der gleichen Zeit hat die Fettleistung von 92 kg im Jahre 1939 auf 109 kg im Jahre 1949 zugenommen. In Prozenten ausgedrückt von 3,79 auf 3,88. Sie sehen also daraus, daß die bäuerliche Förderungstätigkeit hier jene Wege beschritten hat, die es uns ermöglichen, in der Leistungssteigerung der Landwirtschaft beachtliche Fortschritte zu erzielen.

Wir haben auch im Pflanzenschutz, vor allem in der Bekämpfung der San-José-Schildlaus, in den letzten Jahren sehr gute Erfolge erzielen können, so daß wir mindestens ihrer weiteren Ausbreitung entgegentreten konnten. Wir haben den Kartoffelkäfer, diesen gefährlichen Schädling der Kartoffeln, der im Ausland, in Westdeutschland und Frankreich große Gebiete vernichtet hat, auf einige kleine Fundstellen beschränken können.

Wir haben noch sehr viel Arbeit in der Bekämpfung der Unfruchtbarkeit unseres Rinderbestandes durch Seuchen zu leisten. Sehr viele Rinder haben die Trichonomaden-Seuche, das sind Rinder, die nicht aufnehmen und auch nicht abkalben. In einzelnen Genossenschaften haben wir nur mehr 57% Abkaltungen zu verzeichnen. Wir haben mit Unterstützung der öffentlichen Mittel eine künstliche Besamung eingeführt als Mittel zur Bekämpfung dieser an der Unfruchtbarkeitskrankheit erkrankten Tiere. Ich kann aber auch feststellen, daß die Förderungstätigkeit sich auswirkt dahingehend, daß wir soweit gekommen sind, daß die Fleischmisere, mit der wir uns durch Jahre hindurch beschäftigt haben, soweit beseitigt ist, daß man sagen kann, jetzt ist genug Fleisch vorhanden, ja man kann feststellen, daß die Konsumenten in der Auswahl des Stückes sehr wählerisch werden. Wir haben keine Fettnot mehr im Lande, die Milchleistungen von ungefähr 75.000 bis 80.000 Tonnen im Jahre 1946 sind angestiegen zu einer Ablieferungsleistung von 130.000 bis 140.000 Tonnen. Es ist das nicht soviel als wir schon einmal leisten konnten. Im Jahre 1943 waren es schon 180.000 Tonnen Milcherzeugnisse, die abgeliefert wurden.

Ein anderer Umstand spielt noch eine Rolle, die Verringerung des Rinderbestandes und Fehlen geeigneten Personals. Es ist Tatsache, daß heute dem Landwirt draußen nicht jene Hilfskräfte zur Verfügung stehen, die notwendig wären, um die besten Leistungen herauszuwirtschaften und erbringen zu können. Ich muß in diesem Zusammenhang erwähnen, daß meiner Auffassung nach jeder, der keine Arbeit hat und sich im Elend befindet, unbedingt von der öffentlichen Hand unterstützt werden soll, ich muß aber feststellen und die Wahrnehmung immer wieder machen, daß die Handhabung der Arbeitslosenunterstützung dazu beiträgt, daß die Landwirte keine Arbeitskraft mehr bekommen, weil ja am flachen Lande die Söhne der Kleinbauern, die früher als Hilfsarbeiter zum Bauern gegangen sind, heute im Laufe des Sommers als Tagelöhner zum Straßenbau, zur Ziegelei, zu einer Bauunternehmung gehen, dort leisten sie ihre 26 Wochen ab und

kommen dann im Laufe des Winters in den Besitz der Arbeitslosenunterstützung. Wenn man in den Gemeinden sieht, wer die Arbeitslosenunterstützung bezieht, so muß man sagen, daß sie hier nicht mehr den Zweck erfüllt, zu dem sie geschaffen worden ist. Wenn die Maurer abgemeldet sind bei der Bauunternehmung, gehen sie im Laufe des Winters der eigenen Arbeit nach und beziehen daneben die Arbeitslosenunterstützung. So mancher, der als Hilfsarbeiter zum Bauern gegangen ist, bleibt nun zu Hause sitzen und bezieht im Winter die Arbeitslosenunterstützung. Ich bin dafür, daß jeder, der ohne Arbeit ist, unterstützt werden muß, das darf aber nicht soweit gehen, daß die Arbeitsunlust prämiert wird. Unsere Aufgabe ist es, dafür zu sorgen, daß die Mittel so verwendet werden, wie es gedacht ist.

Ich darf noch erwähnen, daß wir mit Hilfe der ERP-Mittel viele Aktionen tätigen. 1000 Düngestätten, mehrere 100 Silo wurden errichtet, einige 100 Ställe werden verbessert, da wirkt sich unsere Schulungstätigkeit aus, der Appetit ist so angeregt, daß wir die Befürchtung haben, ob wir alle Absichten verwirklichen können. Allein an Düngestätten sind 3000 Vorhaben für das heurige Jahr gemeldet. Die entsprechenden Eigenmittel fehlen, eine Vielzahl der bäuerlichen Betriebe ist nicht in der Lage, die Mittel aus eigenem aufzubringen, um diese notwendigen Betriebseinrichtungen zu schaffen. Am liebsten wäre es mir, wenn wir diese Investitionen unseren Produktionskosten zuschlagen könnten, die man den Bauern verwehrt. Wir müssen daher immer wieder dafür eintreten, daß wir die öffentlichen Mittel auch dazu verwenden, für den Bauernstand entsprechende Hilfe zu leisten.

Ich möchte abschließend hier feststellen, daß der Finanzausschuß dieser Argumentation ein williges Ohr geliehen hat, was dadurch zum Ausdruck kommt, daß die Mittel, die für Landwirtschaftsförderung verwendet werden sollen, eine entsprechende Erhöhung erfahren haben, wenn sie auch leider noch immer viel zu gering sind, um alles das in die Wege zu leiten, was notwendig wäre, um die Produktion im Interesse unserer ganzen Volkswirtschaft wirklich entsprechend zu steigern. (Allgemeiner sehr lebhafter Beifall.)

Präsident: Zum Wort gemeldet haben sich die Abg. Schlacher und Hegenbarth. Ich werde diese Wortmeldungen nach Wiederaufnahme der Sitzung befriedigen.

Es wird jetzt der Finanzausschuß zusammenberufen im Zimmer 56, um die 2 Vorlagen zu behandeln, und zwar Einlagezahl 21, Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Erweiterung der Haftung für ein Darlehen der Steirischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-A.-G. auf 15 Millionen Schilling und die Beilage 21, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 20. Dezember 1925, LGBl. Nr. 98, betreffend die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Landesverwaltungsabgabengesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 25. November 1947, LGBl. Nr. 7/1948, abgeändert wird.

Das Ergebnis der Ausschlußberatung soll dann noch im dringlichen Wege auf die Tagesordnung der Sitzung gestellt werden.

Ich unterbreche die Sitzung bis 14 Uhr 30 Minuten.
Unterbrechung der Sitzung: 12 Uhr 30 Minuten.
Wiederaufnahme der Sitzung: 14 Uhr 35 Minuten.

Präsident Thoma: Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Entsprechend den Ankündigungen sind auf die Tagesordnung zu setzen als

Punkt 4) Einlagezahl 21, Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung, betreffend Erweiterung der Haftung für ein Darlehen der Steirischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft auf 15 Millionen Schilling — Berichterstatter Abg. Hofmann — und als

Punkt 5) Beilage Nr. 23, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 20. Dezember 1925, LGBl. Nr. 98, betreffend die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Landesverwaltungsabgabengesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 25. November 1947, LGBl. Nr. 7/1948, abgeändert wird — Berichterstatter Präsident Stockbauer.

Ich bitte die Abgeordneten, die der Dringlichkeit der Behandlung der Gegenstände die Zustimmung geben wollen, eine Hand zu erheben. (Nach einer Pause.) Die Zweidrittelmehrheit ist gegeben.

Ich habe ferner erhalten eine Anfrage der Abgeordneten Strohmayer, Dr. Elsnitz, Weinhandl, Scheer und Kandutsch an den Herrn Landeshauptmann, betreffend die Wahlen in die Kammer der gewerblichen Wirtschaft. Die Anfrage ist entsprechend unterstützt. Ich werde sie daher der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zuführen.

Wir schreiten nunmehr in der Abwicklung der Tagesordnung fort. Als erster Redner hat sich zum Wort gemeldet der Abg. Schlacher. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schlacher: Wenn ich die Ehre habe, zu dem Unterabschnitt 617 das Wort zu ergreifen, so mache ich das mit einer besonderen Befriedigung deshalb, weil in diesem Voranschlag seitens des Finanzreferenten Herrn Landesrat Horvatek vorgesehen wurde, daß die Beträge für diese Zwecke nennenswert erhöht wurden. Man hat eingesehen, daß es ein vollkommen untragbarer Zustand war, daß im Jahre 1948 und 1949 die Feuerschutzsteuer, die ja die Landesregierung als solche vom Bund erhält, nicht zur Gänze für Feuerschutzzwecke, sondern ein Teil für andere Zwecke verwendet wurde. Die Feuerwehren, speziell die freiwilligen Feuerwehren, gehören zu den sozialsten Institutionen, die wir haben. Die Feuerwehren könnten auf verschiedenen Gebieten unser Vorbild sein, denn da kennt man gewissermaßen nur eines, nämlich den Schutz des Volksvermögens. Bei den Feuerwehren gibt es keinen Unterschied der Klassen, keinen Unterschied der Berufe und auch keinen Unterschied der politischen Parteien und Einstellungen. Die freiwillige Feuerwehr hat nur ein Ziel, nämlich zu retten, wo

gerettet werden kann. Das ist ein sehr edler Zug und dieser Institution gebührt seitens des Landtages die größte Unterstützung. Sie werden ja aus eigener Erfahrung wissen, daß selbst dann, wenn zum Beispiel um 10 Uhr nachts Alarm ist, der Feuerwehrmann ungeachtet dessen, daß er vielleicht schon 8 bis 10 Stunden am Tage gearbeitet hat, seine Pflicht erfüllt. Der Feuerwehrmann rückt aus, ohne zu fragen, wem das Objekt gehört, das er zu schützen hat, für wen er seine Arbeitskraft, seine Gesundheit, ja sogar sein Leben einsetzt. Die Feuerwehren sind eine Institution, die auf das weitestgehende gefördert und gestützt werden müßte. Wenn heuer ein Betrag von 1,836.000 S von allem Anfang an vorgesehen wurde und leider keine Erhöhung mehr erfahren hat, so ist doch als sehr befriedigend hervorzuheben, daß dieser Betrag den Feuerwehren auch wirklich zur Verfügung steht.

Wenn ich noch etwas sagen darf zum Feuerwehrwesen, so ist es die Genugtuung darüber, daß sich der ganze Landtag geschlossen dafür schon aus dem Grunde ausspricht, weil es hier keine Parteipolitik gibt, sondern, wie ich früher schon erwähnt habe, es sich hier um das Volksvermögen handelt. Die Feuerwehrleute sind in erster Linie da, um das Volksvermögen zu schützen und deshalb begrüße ich die Erhöhung im Voranschlag des Jahres 1950. (Allgemein Bravorufe und Händeklatschen.)

Abg. Egger: Hoher Landtag! Es ist schon gestern in der Debatte des öfteren die Landwirtschaft gestreift worden. Wie wir aber jetzt zu dem Kapitel „Land- und Forstwirtschaft“ übergegangen sind, glaube ich feststellen zu können, daß die Landwirtschaft in eine neue Entwicklungsphase getreten ist. Ich erinnere mich auch noch sehr daran, daß in der vergangenen Legislaturperiode das Kapitel „Landwirtschaft“ das größte Interesse deshalb gefunden hat, weil die Landwirtschaft in diesen vergangenen Notzeiten immer und immer wieder und von allen Seiten dazu aufgefordert wurde, ihre Pflicht gegenüber der hungernden Stadtbevölkerung bis ins Letzte zu tun. Alle Vertreter bäuerlicher Organisationen haben mit stärkstem Nachdruck immer darauf verwiesen, daß die Landwirtschaft alles daran zu setzen, ja selbst unter Hintansetzung der Forderung auf Erreichung der Gestehungskosten alles zu tun hat, um der Ablieferungspflicht nachzukommen und die hungernden Städte mit Nahrungsmitteln zu versorgen. In diesen Zeiten, Hohes Haus, ist die Landwirtschaft interessant gewesen und heute ist sie, wie ich schon erwähnt habe, in ein neues, anderes Stadium eingetreten. Der Konsument sagt heute nicht mehr: „Her mit diesem Kilo Butter oder diesem Kilo Fleisch, gleich welcher Qualität und welcher Preis!“ Heute ist schon wieder die Qualitätsware maßgebend. Und seit dieser Zeit, meine Damen und Herren, ist es im Bauernstand wesentlich anders geworden. Der Bauernstand ist heute schon wieder in gewissem Sinne in seiner Existenz bedroht durch die Konkurrenz aus dem Auslande. Und nun ist es außerordentlich wichtig, nachdem die ärgste Not gebannt ist, dem Bauern, um die Wirtschaft aufrecht zu erhalten, auch in der heutigen Zeit noch das Seine zu geben. Es ist auch besonders anerkennenswert, daß in diesem Hohen

Haus jederzeit und von allen Parteien und allen Berufsständen immer und immer wieder auf die Notwendigkeit der Förderung der Landwirtschaft hingewiesen wird. Diese Notwendigkeit der Landwirtschaftsförderung hat nun im Kapitel 7 ihren Niederschlag gefunden.

Wenn wir Steiermark betrachten, so finden wir, daß unser Land mehr als zur Hälfte mit Wald und Bergen bedeckt ist und daher ist es begreiflich, daß ein großer Teil unserer bäuerlichen Bevölkerung dem Bergbauernstande angehört. Das Bergbauertum ist ein besonderes Kapitel. Es befindet sich heute in Not. Es besteht in vielen Bergbauerngebieten die Gefahr der sogenannten Entsidelung und es ist deshalb sehr erfreulich, zu diesem Kapitel 7 feststellen zu können, daß für diesen Zweck ein ansehnlicher Betrag eingesetzt wurde.

Wenn ich mir den Bergbauern speziell betrachte, so dürfen wir nie vergessen, daß ich ihn niemals vergleichen darf mit einem Bauern des flachen Landes, der vielleicht nur wenig abseits der Verkehrsstraße liegt. Der Bergbauer, der droben auf dem Berge sein Dasein fristet, hat ungleich mehr und größere Lasten zu tragen als das Bauerntum am flachen Lande. Es ist nicht meine Aufgabe, den Bauern des Berglandes gegen den Bauern des Flachlandes auszuspielen, das sind aber Tatsachen, die festgestellt werden müssen. Es ist schon während der Nazizeit eine Einführung getroffen worden, die sogenannten Rollkosten. Es ist das keine neue Einführung, schon vor 1938 hat es auf dem Gebiete der Milchwirtschaft den Milchausgleichsfonds gegeben, der den Zweck hatte, dem Milcherzeuger im Gebirge den gleichen Preis zu sichern, als dem Bauern des Tales, der in der glücklichen Lage ist, sein Anwesen in der Nähe einer Molkerei zu besitzen. Dieser Transportausgleich, der auf dem Gebiete der Milchwirtschaft vor 1938 durchgeführt wurde und jetzt wieder eingeführt ist, hat sich gut bewährt, weil die Bauern auf dem Berge den gleichen Preis erhalten für ihre Produkte wie die Bauern im Tale. Es wäre zu empfehlen, diesen Transportausgleich auch auf andere Gebiete, auf andere Produktionsmittel auszudehnen, auf Kunstdünger, Futtermittel, Holz und dergleichen mehr.

Ein besonderes Kapitel im Bergbauertum ist das Bildungswesen. Es ist statistisch nachgewiesen, daß nur 9% der Bergbauernbevölkerung eine sogenannte höhere Bildung besitzt. Es ist aber auch statistisch nachgewiesen, daß 80% der Volksschulen im Gebirge ein- und zweiklassige Schulen sind. Es ist von eminenter Wichtigkeit und Bedeutung, daß der Ausbildung des Bergbauernstandes die größte Aufmerksamkeit geschenkt wird. Heute ist öfter von den Kammerfachkursen gesprochen worden und den sogenannten bäuerlichen Fortbildungsschulen, die sich äußerst segensreich in diesen Gebirgsgegenden ausgewirkt haben. Ich möchte darauf verweisen, daß es den Bauernsöhnen oder -töchtern, den ledigen Landwirtschaftsarbeitern und Landarbeiterinnen gerade im Gebirge nicht möglich ist, irgend eine landwirtschaftliche Schule zu besuchen, und zwar, weil die notwendigen finanziellen Mittel für den Besuch einer solchen Schule nicht vorhanden sind, oder die betreffende Person bei der Arbeit nicht entbehrt werden kann. Ich bin der Auffassung,

daß für die Bildung der Jugend des Bergbauerntums, ganz besonders auf ihre Eigenart abgestellt, entsprechende Bildungsmöglichkeiten durch diese bäuerlichen Fortbildungsschulen oder Kammerfachkurse geschaffen werden müßten.

Im innigen Zusammenhang mit dem Bergbauerntum ist die Almwirtschaft. Fast jeder Bergbauer zieht mit seinem Vieh in den Sommermonaten auf die Alm, um seine Futtergrundlagen daheim für den Winter aufzusparen, um dadurch eine größere Anzahl von Tieren erhalten zu können und seine wirtschaftlichen Unterlagen zu verbessern. Die Almwirtschaft besitzt in Österreich eine Gesamtfläche von 1 Million Hektar, das sind rund 26% der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Österreich. Wenn wir diese Fläche uns vor Augen führen, kommen wir zum Bewußtsein, welche Bedeutung die Almwirtschaft in unserem Gebirgslande Steiermark hat. Der Ertrag, der auf diesen Almen durch die gesömmerten Tiere zuwächst, beträgt rund 370 Millionen Schilling. Es ist daher durch diese Zahl besonders unterstrichen, welche Bedeutung das Bergbauerntum und die Almwirtschaft für die Volkswirtschaft im Lande Österreich besitzt. Bevölkerungspolitisch gesprochen ist es das Bergbauerntum, das immer frisches gesundes Blut in die Industriezentren und Städte abgibt und wenn heute in der Landwirtschaft speziell das Landarbeiterproblem ein sehr schwieriges geworden ist und, meine Herren, zu einer Katastrophe zu werden droht, möchte ich darauf hinweisen, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung und alle jene Menschen, die aus dem Bauernhaus hervorgegangen sind, so zahlreich wären, daß der Bauernstand sie nicht erhalten könnte. Dieser und besonders das Bergbauerntum sind dazu da, frisches Menschenmaterial in andere Gebiete abzugeben und diese Entwicklung ist heute bereits soweit gediehen, daß die Bauernhäuser leer geworden sind an Arbeitskräften, so daß es zu einer Katastrophe führt. Es wurde gestern in der Debatte vom Herrn Abg. Ertl darauf hingewiesen, daß man vielleicht nicht darüber wird hinwegkommen können, unter Zuhilfenahme von Gesetzen und Anordnungen, für den Bauernstand wenigstens die notwendigsten Arbeitskräfte zu schaffen. Diese Anregung hat eine gegenteilige Meinung auf Seite der SPÖ ausgelöst, die sich auf den Standpunkt gestellt hat, nicht mit Zwangsmaßnahmen derartige Ziele verfolgen zu dürfen. Ich möchte dazu folgendes sagen: Rein auf dem Standpunkte der Freiwilligkeit ist es nicht möglich in der heutigen Zeit, genug Arbeitskräfte ans Bauernhaus zu fesseln. Auf Seite der SPÖ wurde darauf verwiesen, es sei ganz klar, daß im Bauernhaus die Arbeitskräfte fehlen, weil die Arbeitszeit viel zu lang und die Verdienstmöglichkeit nicht die sei, wie in Industrie und Gewerbe. Um all dem entgegenzutreten zu können, ist es von hervorragender Wichtigkeit und Notwendigkeit, daß auf diesem Gebiete, um einer Katastrophe auszuweichen, rasch gehandelt werden muß. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß nicht mit Druck und Zwangsmaßnahmen, wie sie in der vergangenen Ära bestanden haben, nach dem Rechten gesehen werden muß, sondern daß eine wohlbedachte Lenkung einsetzen muß auf Seite der Arbeitsämter, um der Landwirt-

schaft die notwendigen Arbeitskräfte zu erhalten und aufs neue zuzuführen. Es ist natürlich leicht zu sagen, daß der Mensch bei seinen sozialen Bedürfnissen, in seiner Einstellung zu sozialen Erregenschaften immer dorthin wandern wird, wo es ihm besser geht. Der Bauernstand in seiner heutigen Lage ist nicht imstande, jene sozialen Einrichtungen seinen Landarbeitern zu geben, die die Industrie in der Lage ist, zu leisten. Wenn heute in der Industrie die Arbeiterschaft irgendwelche Lohnforderungen zu stellen hat und diese Forderung auch zum Durchbruch bringt, ist es natürlich logisch auf der anderen Seite, daß eben diese Industrieartikel und Produkte entsprechend im Preise steigen, weil man unter solchen Umständen, wenn man mehr ausgibt, auch mehr einnehmen will.

Was geschieht aber beim Bauernstand? Dort ist es so, daß der Bauer, wenn er sich bemüht, für seine Produkte wenigstens die Gestehungskosten hereinzubekommen, es nicht eigene Berufskollegen, Leute aus seinen eigenen Reihen sind, die über diese Forderungen und Belange der Bauern beraten und beschließen. Da sind bei solchen entscheidenden Sitzungen und Beratungen Arbeiterkammer, Gewerkschaftsbund und alle möglichen Organisationen vertreten. Sehen Sie, meine Damen und Herren, das ist der Unterschied auf der einen und auf der anderen Seite.

Es ist aber, wenn ich vom Bergbauerntum spreche, von größter Wichtigkeit, daß man sich bewußt wird, was das Bergbauerntum eigentlich darstellt. Es stellt nichts anderes dar, als das Bollwerk der Zivilisation gegen das Vordringen der Wildnis im Gebirge. Es ist daher außerordentlich wichtig, für die Erhaltung dieses bäuerlichen Berufsstandes Sorge zu tragen. Ich möchte nur darauf verweisen, daß erst in den letzten Monaten davon gesprochen wurde, man soll bei der Förderung der Land- und Forstwirtschaft auch des Bergbauerntums durch die Beistellung entsprechender ERP-Mittel gedenken. Es haben solche Verhandlungen stattgefunden und ich will nur hoffen, daß diese bald und günstig zu Ende geführt werden. Die Elektrifizierung, Anlage von Seilbahnen, Herstellung von Fahr- und Güterwegen, das sind so einige der brennendsten Wünsche, die das Bergbauerntum hat, Wünsche, die man ihm heute oder morgen erfüllen muß, damit es auf seinem Posten auch weiterhin ausharren kann. Man wird im übrigen selten einen Berufsstand finden, der mit solcher Liebe und Treue an seiner oft kümmerlichen Existenz und an seiner Scholle hängt, wie das Bergbauerntum in seiner Einfachheit und gesunden Kraft. Die Erhaltung des Bergbauerntums und des Bauerntums überhaupt ist mit ein Garant für die Aufrechterhaltung eines Staatswesens, denn mit dem Bauerntum steht und fällt auch die Demokratie. (Lebhafter Beifall, Bravorufe.)

Abg. Stöffler: Hoher Lantag! Ich möchte mir erlauben, zu den Abschnitten 75 und 77 das Wort zu erheben und vor allem zuerst den Abschnitt 75 „Förderungsbeiträge für das Gewerbeförderungsinstitut 100.000 S“, behandeln. Das Gewerbeförderungsinstitut der Kammer der gewerblichen Wirtschaft ist eine überaus segensreiche Einrichtung.

Dieses Institut ist bemüht, der heranwachsenden gewerblichen Jugend jene Kenntnisse zu vermitteln, die sie dann später im Berufsleben braucht. Das Gewerbeförderungsinstitut wird nun ganz neue Wege beschreiten, um den Lehrlingen solche Kenntnisse zu vermitteln, die sie in den Betrieben selbst nicht erlangen können und es werden somit durch eine sinnvolle Kombination von Meisterlehre und Berufsschule den Lehrlingen erschöpfende Berufskennnisse vermittelt.

Zum Unterabschnitt 77, Fremdenverkehr, sei gesagt, es ist wohl eine Binsenweisheit, daß der Fremdenverkehr für Österreich von ausschlaggebender Bedeutung ist. Es wurde bereits in der Generaldebatte von Landesrat Dr. Illig darauf hingewiesen, daß der Fremdenverkehr einst wesentlich dazu beigetragen hat, unsere Handelsbilanz zu verbessern. In Österreich war der Fremdenverkehr einmal schon so lebhaft, daß die Schweiz mit Besorgnis auf diese Entwicklung geblickt hat und wir waren bereits ein ernsthafter Konkurrent für dieses Land, das doch als das Fremdenverkehrsland Europas gegolten hat. Österreich hat natürlich durch den Krieg auf diesem Gebiet schwerste Einbußen erlitten. Dazu kommt noch, daß besonders die Steiermark heute fremdenverkehrstechnisch und verkehrstechnisch betrachtet, in keiner rosigen Situation ist. Wir dürfen nicht übersehen, daß sich der Hauptverkehr in Österreich und durch Österreich auf der Ost-Westachse abspielt und daß die Steiermark abseits dieser Lebenslinie liegt. Dieser Umstand wirkt sich natürlich sehr nachteilig aus. Bei unseren Konkurrenzländern wie Tirol, Vorarlberg, Salzburg, Oberösterreich, die alle auf dieser Achse liegen, wird der Fremde schon bei einer Durchreise aus eigener Anschauung auf die Schönheiten dieser Länder aufmerksam gemacht und er ist dann auch gerne bereit, seinen Sommerurlaub dort zu verbringen. Wir in Steiermark aber müssen uns jeden Fremden suchen, ihn heranziehen, ihn durch Reklame auf die Schönheiten unseres Landes aufmerksam machen, denn auf der Durchreise durch unser Land befinden sich nur wenige. Nun hat die Steiermark aber außerdem dadurch, daß sie teilweise Kriegsgebiet war, auch schweren materiellen Schaden erlitten. Die Träger des Fremdenverkehrs, die Gast- und Beherbergungsbetriebe, haben schwerste Einbußen erlitten, sie sind heute noch nicht in der Lage, Fremde in gleicher Menge aufzunehmen, wie ehemals. Dies bezieht sich nicht nur auf die Ausländer, die uns Devisen bringen, sondern vor allem auf die Inländer. Für Steiermark war besonders der innerösterreichische Fremdenverkehr immer von großer Bedeutung. Ich möchte in diesem Zusammenhang gerade auf ein Gebiet hinweisen, von dem oft behauptet wird, es sei bezüglich des Fremdenverkehrs nicht gerade im Vordergrund und dieses Gebiet ist die Oststeiermark. Die Oststeiermark mit über 1000 Fremdenverkehrsbetrieben hat z. B. im Jahre 1937 zirka 30.000 Fremde beherbergt, davon rund 6500 Ausländer aus 36 verschiedenen Staaten. In diesem Gebiet hat der Krieg ganz besonders große Verheerungen angerichtet und nicht nur der Krieg selbst, sondern auch die sogenannten Nachwirkungen des Krieges. Es blieb kaum ein Fremdenver-

kehrsbetrieb davon verschont, von seinem Bettzeug, seinen Handtüchern, Geschirr usw. befreit worden zu sein. Der Schaden geht in die Millionen. Nun hat gerade die Oststeiermark früher einen Großteil der Wiener Großstadtbevölkerung aufgenommen. Zur Zeit aber wandern viele Fremde aus Wien in andere Bundesländer ab, weil unser Land sie nicht aufzunehmen vermag und besonders Oberösterreich versucht sehr stark, die Bevölkerung Wiens an sich zu ziehen. Die Ausgaben, die im ordentlichen Haushalt für den Fremdenverkehr vorgesehen sind, dienen in erster Linie der Erschließung unserer Naturschönheiten. Die Projekte, die geplant sind, erscheinen wirklich geeignet, den Fremden anzusprechen und sie werden bestimmt dazu beitragen, uns populärer zu machen und diejenigen an uns binden, die diese Schönheiten einmal gesehen haben. Auch der Sport ist ein wesentlicher Faktor im Fremdenverkehr geworden. Die Ausgaben, die in diesem Zusammenhang im Budget vorgesehen sind, werden sich bestimmt amortisieren. Je mehr es uns gelingt, sportliche Veranstaltungen großen Stils in unserem Land abzuhalten, desto beliebter und bekannter wird dieses Land werden, denn die Besucher solcher Veranstaltungen werden bei dieser Gelegenheit die Schönheit unseres Landes feststellen können und um so eher wiederkommen. Mit den Maßnahmen, die im außerordentlichen Budget für den Fremdenverkehr vorgesehen sind, wird darüber hinaus aber auch eine weitgehende Arbeitsbeschaffung verbunden sein. Besonders durch die Flüssigmachung von Krediten, wie dies im außerordentlichen Haushalt vorgesehen ist, werden hunderte von Menschen Brot und Arbeit finden und wenn wir diesen Weg der Förderung des Fremdenverkehrs zielbewußt fortsetzen, werden wir sicher in die erste Reihe der Fremdenverkehrslander aufrücken können. Nicht zuletzt wird durch diese Maßnahme auch der Landwirtschaft unseres Landes gedient. Es ist nicht übertrieben, wenn man behauptet, daß jeder Schilling, den man für den Fremdenverkehr investiert, vielfach zurückfließt und daß daher diese Investitionen durchaus gerechtfertigt erscheinen.

Darüber hinaus ist aber noch ein Moment zu beachten. Österreich hat es dringend notwendig, in der Welt besser bekannt zu werden und es wäre gut, wenn die Welt über unsere Verhältnisse und über die Menschen, die hier wohnen, ein besseres und deutlicheres Bild haben würde, als wir es leider oft wahrnehmen müssen. Jeder Fremde, den wir in unserem Lande beherbergen und der sich hier wohl fühlt, wird aus diesem Land in seine Heimat zurückkehren als ein Apostel für unser Land und er wird jedenfalls dazu beitragen, daß die Welt in zunehmendem Maße für unsere Sorgen, für unsere Not und für unsern harten Existenzkampf Verständnis findet. (Bravorufe und Händeklatschen.)

Abg. Scheer: Hohes Haus! Ich kann mich auf Grund der Ausführungen des Vorredners und der in der Generaldebatte gemachten Äußerungen gerade auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs kurz fassen. Wir müssen uns zwei Umstände vor Augen halten, wenn wir den Fremdenverkehr beleben wollen: Erstens die Fremdenverkehrsbasis, das Fremden-

verkehrshinterland, das uns durch das Auslands- und Inlandspublikum gegeben erscheint und zweitens die Aufnahmefähigkeit, die wir sowohl für das ausländische als auch für das inländische Publikum haben sollen und müssen. Nun haben gerade durch den Krieg unsere Fremdenverkehrsbetriebe erhebliche Einbuße erlitten. In vielen Fremdenverkehrsorten waren Lazarette einquartiert, dadurch ist die Einrichtung nicht besser geworden und es wurden während dieser Zeit erhebliche Schäden verursacht. Während der Kriegszeit, die an und für sich eine inländische Hochkonjunktur im Fremdenverkehr hervorgerufen hat, ist natürlich der Verdienst für diese durch Lazarette oder sonstwie belegten Quartiere weggefallen, so daß neue Investitionen von diesen Fremdenverkehrsbetrieben nicht haben durchgeführt werden können. Nun habe ich schon in der Generaldebatte erklärt, daß wir in Steiermark in dieser Hinsicht hinter den Fremdenverkehrsbetrieben Tirols, Salzburgs und zum Teil auch Kärntens um 10 bis 20 Jahre zurückliegen. Das ist ein enormer Vorsprung der anderen Bundesländer, den wir aufholen müssen. Es wird uns dies um so schwerer fallen, weil das Fremdenverkehrshinterland vor allen im Ausland eine außergewöhnliche Einschränkung erfahren hat. Besonders die Oststaaten, die Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, alle diese Länder sind für den Fremdenverkehrsbetrieb praktisch in Fortfall gekommen, sei es daß die Bedürfnisse in diesen Ländern so abgenommen haben, daß sie es nicht mehr notwendig haben, auf Urlaub zu gehen, sei es, daß die Grenzen durch die Systeme jener Länder gegen uns gesperrt sind und es keine Möglichkeit gibt, hierherzukommen. Vielleicht, daß der Staatsvertrag auch die Grenzen gegen Osten in dieser Hinsicht uns eröffnet, so daß dieses Publikum, das wir früher aus dem Osten begrüßen konnten, wieder in unser Land kommt, vor allem, wo das Gesicht der Steiermark nach Osten gewendet ist. Ferner leidet unser Fremdenverkehr stark darunter, daß die Grenzen nach Deutschland noch immer geschlossen sind und nur ganz wenige Besucher aus Deutschland zu uns hereinfahren können. Aus diesem Grunde also ist unsere Basis im Fremdenverkehr derart zusammengeschrumpft, daß wir nicht mehr in der Lage sind, entsprechende Preise halten zu können, die normalerweise in Fremdenverkehrsorten verlangt werden. Es ist ja nicht so, daß man glauben könnte und wie man gemeiniglich hören kann, daß die Preise in diesen Orten horrent und ungerechtfertigt hoch seien, wenn man bedenkt, daß die meisten Orte als Saisonorte anzusprechen sind, die in der kurzen Zeit von zwei bis drei Monaten die Erfordernisse eines ganzen Jahres zu decken haben. In dieser Hinsicht ist es nicht so, wie man vielfach hört, daß es unnötig wäre, einen derartigen Preis zu fordern. Man wird daher — und da hat heute Berichterstatter Präsident Wallner bereits erklärt, daß in der Landwirtschaft die kostendeckenden Preise nicht erreicht werden konnten und deshalb die landwirtschaftlichen Betriebe subventioniert werden müssen — um eine entsprechende Basis für die Aufnahme fremden Auslandspublikums schaffen zu können, bei den notleidenden Fremdenverkehrs-

betrieben und den Fremdenverkehrsorten um entsprechende Subventionen nicht herumkommen können, wenn es uns wirklich damit ernst ist, den Fremdenverkehr auf die Beine zu stellen und ihn gegenüber anderen Ländern überhaupt konkurrenzfähig zu machen. Darum möchte ich die Anregung vorbringen, daß wir uns noch weit mehr mit dem Gedanken beschäftigen müssen, den Fremdenverkehrsbetrieben durch Subventionen die Möglichkeit zu bieten, ihre Betriebe so auszugestalten, daß sie am internationalen Konkurrenzmarkt überhaupt bestehen können. Dann erst wird es möglich sein, daß wir eine Zwischenstation auch für die Reisenden aus Übersee bilden können, die in der heutigen Zeit nicht, wie früher, 14 Tage oder 3 Wochen an einem Ort verbleiben, sondern durch die Länder zu reisen pflegen, um sich überall nur einen oder zwei Tage aufzuhalten, hier und dort die Schönheiten oder Besonderheiten der verschiedenen Orte zu genießen und dann weiterzufahren. Wir müssen in dieser Hinsicht über entsprechende Stützpunkte verfügen, die auch dem verwöhnten Auslandspublikum gerecht werden können. (Bravorufe, Händeklatschen bei VdU.)

Abg. Prassl: Hohes Haus! Wenn ich zu diesem Kapitel 7 das Wort ergreife, will ich in erster Linie jener Menschen gedenken, die in der Landwirtschaft unsere treuen Helfer sind, unserer Arbeitnehmer. Es freut mich, daß der Finanzausschuß über Vorschlag der ÖVP-Fraktion einen namhaften Betrag eingesetzt hat für die Selbsthaftmachung landwirtschaftlichen Personals. Diese Menschen sind genau so wie alle übrigen, auch sie wollen einmal ein Heim besitzen und eine Familie gründen. Das können und wollen wir diesen Menschen auch nicht vorenthalten. Weiters sind es Treueprämien für die langdienenden Landarbeiter, jene braven Menschen, die wohl das schwerste Opfer der Nachkriegsjahre infolge der Währungsreform bringen mußten, weil sie ihr Ersparnis zum größten Teil verloren haben und die nun durch die Treueprämie, die ihnen mit Liebe gegeben wird, einen kleinen Teil zurückerhalten. Dies ist ein Beweis dafür, daß die heutige Generation des landwirtschaftlichen Arbeiters jederzeit gedenken wird.

Ich will jetzt noch zu einem Kapitel sprechen, das nicht nur die Bauernschaft, sondern das ganze Land interessiert. Das ist der steirische Obstbau. Dieser hat in den letzten Jahren schon durch die Kriegsereignisse und besonders durch die San-José-Schildlaus so sehr gelitten, daß es schon in Frage stand, ob der Obstbau in diesen Gebieten überhaupt noch zu retten ist. Besonders hier ist die öffentliche Mithilfe notwendig, damit die Pflegemaßnahmen wirklich entsprechend durchgeführt werden. Man hat heuer im Winter feststellen können, daß die Pflegemaßnahmen, die Winterspritzungen, fast restlos schon durchgeführt wurden. Dazu hat es besonderer Aufklärung bedurft, denn das war die Bauernschaft früher nicht gewohnt. Auch die öffentliche Hand hat die Aufgabe, den Obstbau zu erhalten, der für die ganze Bevölkerung von größter Bedeutung ist.

Auch der Weinbau darf nicht vernachlässigt werden, wenn dieser auch nur 5 % der nutzbaren

Fläche in Steiermark beträgt. Es ist ein Gebot der Stunde, daß wir gerade dem Weinbau besondere Sorgfalt widmen, damit wir in Zukunft jedem Steirer steirischen Wein vorsetzen können. Der Weinbau leidet besonders durch die pflanzlichen und tierischen Schädlinge so sehr, daß er steter Beobachtung bedarf und ihm stets Aufmerksamkeit gewidmet werden muß. Der Einzelne vermag dies nicht, sondern verschiedene Stellen müssen sich darum bemühen. Es ist wichtig und notwendig, daß oft und oft an Beispielen gezeigt wird, wie man den Weinbau betreut. Wir haben Gott sei Dank in Steiermark eine Stätte, wo die Weinbauern und Weinbauersöhne herangebildet werden und das ist Silberberg. Aber Silberberg kann das allein nicht machen, da es nur eine beschränkte Anzahl von Schülern aufnehmen kann. Darum ist es notwendig, daß auch gewisse Weinbauerkurse abgehalten werden und auch Beispiel-Anlagen geschaffen werden. Eine solche haben wir. Die ist aber in Mißkredit gekommen. In Stradenfels, mitten im Weinbaugebiet, hat das Land eine Beispiel-Anlage geschaffen, um zu zeigen, daß auch dort Edelweinbau möglich ist. Künftig müssen wir, wie bei allen übrigen Produzenten, nur Edelprodukte schaffen und wir haben schon schöne Fortschritte in dieser Richtung erzielt. Beim Weinbau ist es nicht so, daß man dies in ein paar Monaten erreichen kann, denn der Weinbau braucht viele Vorbereitungen und es dauert vielleicht vier bis 5 Jahre, bis ein Erfolg beschieden ist. Und darum möchte ich dem Hohen Hause wirklich empfehlen, dieses Defizit, das hier im Budget steckt, hinzunehmen, es wird sich gewiß segensreich auswirken für die Zukunft. (Beifall, Händeklatschen bei ÖVP.)

Abg. **Schabes**: Hohes Haus! Es wurde heute schon vom Kollegen Egger und vom Berichterstatter auf die Not der Bergbauern hingewiesen. Ich glaube, darüber darf man sich keiner Täuschung hingeben. Ich komme selbst aus einem Gebiet, wo ich reichlich Gelegenheit habe, die große Not der Bergbauern kennen zu lernen. Ich möchte darauf hinweisen, daß schon seit 20 Jahren von der Not der Bergbauern gesprochen wird. Eine nennenswerte Hilfe haben aber die Bergbauern im gewissen Sinne bis heute nicht erhalten. Nun erst ist da wirklich ein Betrag eingesetzt, der einigermaßen diesem Wunsche Rechnung trägt. Aber damit ist es nicht getan, meine Damen und Herren. Das Problem liegt viel tiefer. Es liegt darin, daß der Bauernstand am Berg oben und auch die übrigen Bewohner in der Entwicklung weit zurück sind. Wenn man durch die Schluchten geht im Korallengebiet und man kommt dann zu den Bauern, dann glaubt man nicht, daß man in Österreich, in einem fortgeschrittenem Land ist. Da kann man seine Wunder erleben, welcher Lebensstandard dort bei den Menschen vorhanden ist. Ich bin zu wenig auf dem Gebiete bewandert, um sagen zu können, welche Möglichkeiten momentan bestehen und was man unternehmen könnte, um dort Abhilfe zu schaffen. Es muß ein Hilfsprogramm aufgestellt werden. Man darf nicht vergessen, daß ganz besonders die entlegenen Bauern, die Bergbauern, mangels der notwendigen Straßen für Holz keine entsprechenden Preise erhalten. Es hat sich da eine gewisse Wendung voll-

zogen, indem man wirklich mit Ernst den Güterwegbau und den Straßenbau betrieben hat, aber es bleibt noch reichlich viel zu tun, um diese Gebiete durch Güterwege zu erschließen, damit auch diese entlegenen Bauern für ihr Holz einen entsprechenden Preis bekommen.

In Verbindung damit möchte ich darauf hinweisen, daß z. B. ein Bergbauer mit 100 Joch Grund vor einigen Wochen zu mir gekommen ist, verzweifelt, weil er unbedingt einen Knecht und eine Melkkraft braucht. Die Frau und der Mann sind allein auf dieser Wirtschaft und dazu sind noch drei kleine Kinder zu betreuen, 15 Stück Vieh zu füttern usw. Der Bauer war nicht in der Lage, sich eine Kraft aufzutreiben. Ich habe den Bauer gefragt, wieviel er bereit ist, für den Knecht zu zahlen. Er sagte, er könne höchstens 90 S im Monat bezahlen. Ich habe natürlich erwidert, daß es dann ganz ausgeschlossen ist, daß er jemals jemanden finden wird für diese ganze Arbeit und habe darauf hingewiesen, daß er seine Wirtschaft auf eine höhere Stufe bringen muß, um besonders auf dem Gebiet der Viehwirtschaft höhere Einnahmen zu erzielen. Aber aus dieser Ursache ist eben das Problem der Landflucht zu erklären. Wenn man nicht in der Lage ist, den bei sich arbeitenden Menschen etwas bezahlen zu können, kann man dieser Landflucht nicht Einhalt gebieten. Die landwirtschaftliche Bevölkerung rekrutiert sich zum Großteil aus Mittelbauern, Keuschlern, Pächtern usw. Und gerade von dort aus — ein Teil der Kräfte wird vom Forst aufgesaugt — sind die Menschen bemüht und bestrebt, irgendwo in einem Betrieb unterzukommen. Ich kenne Fälle, in welchen der Bauer arbeiten geht in den Betrieb und für seine Wirtschaft hat er sich einen Knecht genommen. Das ist natürlich ein unmöglicher Zustand. Der Bauer muß in die Lage versetzt sein, daß er aus der Wirtschaft so viel Ertragnis bekommt, daß er seine landwirtschaftlichen Arbeiter anständig bezahlen kann. Das ist die Voraussetzung.

Noch etwas im Zusammenhang mit den Pächtern! Es ist Unvernunft, wenn jemand glaubt, von einem Pächter für eine kleine Stube, die mit Brettern vernagelt ist — also ein Loch, das man nicht als Wohnraum bezeichnen kann — und ein Stück Grund, das so steil ist, daß sich der Pächter eine Seilwinde montieren muß, damit er überhaupt pflügen und eggen kann, verlangen zu können, daß er dafür zwölf Tage im Monat abdienen muß. Diese zwölf Tage kann er nur im Sommer abdienen, im Winter kann er nichts arbeiten, er kann nur arbeiten vom März bis Oktober, 12 bis 16 Tage muß er abdienen, also einen halben Monat und da ist nun freilich die Frage, wovon lebt der Pächter, wo soll er das Geld hernehmen, daß er davon leben kann. Aus dieser Ursache haben sich schon des öfteren Konflikte ergeben und es laufen auch Prozesse der Bauern mit den Pächtern und mit dem übrigen Personal. Der Pächter geht dann und der Bauer läßt die Pachtkeusche verfallen, so daß niemand mehr einziehen kann oder er reißt sie weg. Ich will damit gegenüber den Bauern keinen Vorwurf erheben, es ist begreiflich, daß beim Bauern die Notwendigkeit besteht, Arbeitskräfte zu erhalten, aber damit schafft er keine Arbeitskräfte. Er muß bestrebt sein, seinen

Arbeitskräften ein guter Vorgesetzter, ein guter Arbeitgeber zu sein, damit die Leute zufrieden sind. Wenn das nicht ist, gehen sie, zumal die Jugend, in die Stadt, besonders wenn ihnen dort ein Platz sicher ist, wo sie entsprechend bezahlt werden. Wo die Kost gut ist, dort sind nie Beschwerden, mancher Bauer hat immer Arbeitskräfte zur Verfügung, besonders wenn er die Wirtschaft gut führt, während viele Bauern, die rückschrittlich sind, keine Arbeitskräfte aufreiben und niemand dorthin geht. Auf dem Gebiete muß den Leuten draußen eine Aufklärung gegeben werden. Ich möchte sagen, daß man gerade auf diesem Gebiete nicht mit Zwangsmaßnahmen irgendwie arbeiten kann, das ist ausgeschlossen, vor allem deshalb, weil die Kinder des Besitzers selbst abwandern, nur einer bleibt zu Hause, die andern wandern in die Stadt, in die Ämter, in die Gendarmerie usw. Die Keuschler und die Pächterskinder bleiben draußen. Man muß ihnen das Leben angenehmer gestalten, niemand ist daran interessiert, daß die Industrie immer mehr Arbeitskräfte aufsaugt, weil keine Möglichkeit besteht, diese Leute aufzunehmen.

Dann möchte ich auch ein Wort richten an die Kollegen vom VdU. Gerade im Gebirge oben wird heute ziemlich viel Propaganda gemacht bei der Bergbauernbevölkerung, da werden große Versprechungen gemacht, die Leute hören auf die Versprechungen, es ist nichts leichter, als wenn man den Bergbauern etwas verspricht, diese Menschen in die Irre zu führen. Man soll keine Demagogie mit diesen armen Teufeln betreiben. Schon vor 1938 ist viel geredet worden, ist dasselbe geschehen und was war die Folge? Eine Exekution nach der anderen. Im Jahre 1938 hat man auch aus der Begeisterung dieser Leute erkennen können, daß sie annahmen, es werde ihnen geholfen werden und in dieser Annahme sind sie schlagartig alle zur NSDAP gegangen. Geholfen ist ihnen nicht worden während des Krieges. Man hat die Verpflichtung, wirklich auf dem Gebiete endlich ernst zu machen.

Ich will darüber nicht viel reden sondern ich bitte den Hohen Landtag, daß man wirklich diese Frage einer ernsten Betrachtung unterwirft, bevor es zu spät ist. Die Leute sind nicht in der Lage, sich den Zucker kaufen zu können, nicht nur der Arbeiter und der Keuschler, sondern auch der Bauer. Die Leute leben in einer Situation, die wirklich keinen Vergleich aushält mit Menschen, die die Arbeitslosenunterstützung beziehen. Ich habe viel Einblick auf dem Gebiete, ich kann meiner Befriedigung Ausdruck geben, daß man hier diese Beträge eingesetzt hat und möchte bitten, auch in Zukunft auf die Bergbevölkerung nicht zu vergessen. (Bravorufe, Händeklatschen.)

Abg. **Koller** : Hohes Haus ! Ich muß leider sagen, daß die Post 731.706, Technisierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft, von 120.000 S nicht die Erhöhung um den von meiner Fraktion vorgeschlagenen Betrag von 80.000 S gefunden hat. Die Technisierung in der Landwirtschaft ist infolge des Landarbeitermangels unbedingt erforderlich. Ich möchte hier Beispiele anführen, wo der erforderliche Betrag als Beihilfe am notwendigsten anzuwenden ist. Da ist : Erstens die Elektrifizierung der Land-

wirtschaft. Es gibt zahlreiche entlegene Bergbauern ohne elektrisches Licht und Kraft, es sind die Kosten für den Anschluß derart hoch, daß mancher Landwirt sich auch in einer elektrifizierten Gemeinde ohne Beihilfe das elektrische Licht nicht einleiten lassen kann. Die Beihilfen, die man bisher nur für die Freileitungen gegeben hat, wären unbedingt auch für die Haus- und Hofinstallationen zu gewähren.

Zweitens die Wasserversorgung. Es gibt Betriebe, bei den meisten Bergbauernbetrieben und auch in der Ebene ist das der Fall, die ständig Wasser zuführen müssen. Man kann nicht glauben, welche Mehrarbeit damit verbunden ist. Es wäre möglich, Einzel- oder Gemeinschaftsanlagen zu errichten, wenn die öffentliche Hand hier helfend eingreifen würde. Der einzelne Landwirt oder auch mehrere Landwirte gemeinsam sind nicht in der Lage, dies allein zu machen.

Drittens die Düngerstätten, Gülleanlagen. Wo Gelegenheit dazu gegeben ist, bedeuten sie eine große Arbeitersparnis, wodurch auch Mehrproduktion an Futtermitteln gewährleistet wird.

Viertens landwirtschaftliche Maschinen. Dreschmaschinen sind notwendig, viele Silos und Häckselmaschinen sind derart alt und ohne Schutzvorrichtung, daß sich dadurch die landwirtschaftlichen Unfälle bedeutend erhöhen. Noch andere Geräte sind da zu erwähnen : Grasmäher, Hackgeräte, Motormäher, besonders für Bergbauernbetriebe : Kartoffelroder. Wenn schon die Anschaffung aller dieser Anlagen und die Beschaffung all dieser Maschinen durch den einzelnen Besitzer allein nicht möglich ist, soll das mit Hilfe einer Beihilfe geschehen. Ich möchte da den Herrn Landesfinanzreferenten Horvatek bitten, wenn es auch heuer noch nicht möglich war, daß der Finanzausschuß für derartige Anlagen einen erhöhten Beitrag bewilligen konnte, vielleicht doch im nächsten Jahr einen höheren Beitrag für diese Zwecke einzusetzen.

Nun zu einem weiteren Unterabschnitt 731.708, „Beihilfe für Tierschäden“, die nicht durch die Tierseuchenkasse vergütet werden. Hier ist mit Befriedigung festzustellen, daß der im Voranschlag zuerst präliminierte Betrag von 60.000 S um 90.000 S erhöht wurde. Der ganze Betrag, der 150.000 S ergibt, kommt als Beihilfe für Tierschäden, die nicht durch die Tierseuchenkasse vergütet werden, den Kleinbesitzern zugute. Es kommt vor, daß kleine Besitzer im Stalle Unglück haben und ein Tier verlieren und nicht mehr in der Lage sind, ein eigenes Fuhrwerk zu halten und schwer auf eine Hilfe des Landes warten. Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß der Betroffene, wenn es irgendwie notwendig ist, so schnell wie möglich eine Hilfe vom Land erhält. Die Beträge, die für Tierschäden von der Tierseuchenkasse gezahlt werden, beinhalten auch Brandkatastrophen usw.

Ich bitte den Hohen Landtag, zu diesem Kapitel die Zustimmung zu geben. (Bravorufe, Händeklatschen.)

Abg. **Schupfer** : Hohes Haus ! Ich möchte auch einige Worte zum Kapitel 7 sprechen, und zwar zu den Meliorationen. Ich möchte da nur ein Beispiel anführen. Es ist der Paltanfluß vor zirka 20

Jahren entwässert worden — da sind riesige Beträge hineingepumpt worden — die Fortsetzung aber, die Meliorationen, sind dann zum Großteil unterblieben, weil einerseits das Geld nicht da war, andererseits die verschiedenen politischen Umwälzungen und schließlich auch der Krieg dazwischen gekommen sind. Und so ist dann in dieser Beziehung gar nichts geschehen und das Paltental ist jetzt fast genau so versumpft, wie vor dem Beginn der Entwässerung. Im Jahre 1949 war hiefür nichts vorgesehen. Im Jahre 1950 sind für die Entwässerung insgesamt 150.000 S vorgesehen. Aber diese 150.000 S sind natürlich auch hinausgeworfen, wenn es nicht gelingt, tatkräftige Wassergenossenschaften ins Leben zu rufen, die auch die Zuflüsse der in die Tiefe gelegten Palten regulieren. Es muß alles Hand in Hand gehen. Es ist bei der Tieferlegung seinerzeit ein Fehler unterlaufen. Man hat geglaubt, wenn man das Bachbett einige Meter tiefer legt, werde das Wasser allein ablaufen und die Entsumpfung durchgeführt sein. Nun hat sich aber das Merkwürdige ergeben, daß auch nach der Entwässerung tatsächlich viel Wasser abgeflossen ist, das Wasser hat im Grund gefehlt und die Wurzeln sind nicht mehr im Wasser gestanden und sind verfault, so daß der Grund um einen halben Meter und mehr gesunken ist und das Grundwasser ist wieder gleich hoch gestanden wie vorher. Ich glaube, diese Dinge sind auch die Ursache, daß man eigentlich keinen Plan hat und sich nicht an die Sache herantraut und das Ennstal nicht entwässert wird. Es sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, aber jeder scheint mir unbrauchbar. Der älteste Vorschlag ist der, daß man die Enns am Gesäuseeingang um 7 Meter tiefer legen sollte. Das birgt natürlich auch Gefahren in sich, denn ob das auf eine so lange Strecke — bis Mandling sind es doch 90 km — wirksam sein wird, das weiß man nicht. Es werden auch Bedenken von anderen Fachleuten erhoben gegen diese Tieferlegung der Enns um 7 Meter, weil dann alle anderen Schutzbauten zwecklos geworden sind, weil das Flußbett dann tiefer und breiter wird. Auch die Brücken müßten dann alle erneuert werden. Ob das volkswirtschaftlich tragbar ist, das weiß man nicht.

Man hat jetzt angeblich neue Pläne, und zwar dahingehend, daß man Dämme aufführen und das Wasser von den Sumpfgebieten in die Enns pumpen will, damit es dort abfließt. Auch bei dem Elektrifizierungsprojekt fürchten die Ennstaler, daß dann, wenn eine Aufstaung stattfindet, der Abzug noch schlechter und die Versumpfung im Ennstal noch ärger wird. Es wird Aufgabe der Landesregierung sein, daß sie einschreitet und ein Projekt erstellt, das nicht nur der Energiewirtschaft hilft, sondern das auch verhütet, daß das Ennstal noch mehr versumpft wird als bisher. Landtag und Finanzausschuß haben anerkannt, daß dies notwendig ist und hohe Beträge in den Voranschlag eingesetzt. Es ist allerdings notwendig, daß diese Beträge auch wirklich für diesen Zweck verwendet, daß Wassergenossenschaften gebildet werden, daß in den Gebieten, wo schon die Flußregulierung und die Entwässerung durchgeführt wurde, anschließend gleich die Meliorationen durchgeführt werden. Es wird vielleicht die Ausrede gebraucht, daß die Besitzer kein Geld hätten. Aber ich muß sagen, so wie

in den Jahren 1930 bis 1934 sind die Zeiten noch nicht und selbst damals sind viele Meliorationen mit den Mitteln der Besitzer durch die Wassergenossenschaften durchgeführt worden. Heute stehen sich die Besitzer bestimmt noch besser als früher, sodaß es noch leichter möglich sein wird.

Das nächste Kapitel ist die Forstwirtschaft im allgemeinen. Es sind verschiedene Kredite eingesetzt, mit denen man der Forstwirtschaft helfen soll. Es ist richtig, daß man Kulturpflanzen zur Verfügung stellt, aber es darf nicht soweit gehen, daß dann Forstgärten und Baumschulen — ob sie vom Land oder vom Staat betreut werden — Pflanzen liefern zu einem Höchstpreis, den dann der Waldbesitzer zum größten Teil nicht aufbringt. Denn nicht einmal ein größerer Besitzer kann es sich leisten, Waldpflanzen um diesen hohen Preis anzukaufen. Das ist klar. Er wird es sich überlegen, solche Pflanzen zu kaufen, wenn er weiß, daß die Hälfte umsonst ist.

Bezüglich des Nachsetzens sind auch schon Vorschläge gemacht worden, die der Förderung der Besitzer von Kahlschlägen dienen soll. Es ist nicht Aufgabe des Landes, sondern des Bundes, daß solche Flächen, die schon länger ohne Schuld der Besitzer brach liegen, weil in den letzten Jahren keine Waldpflanzen und kein Samen zu haben war, wieder aufgeforstet werden. Es ist dies auch vor dem Jahre 1934 geschehen, und zwar entweder, indem Prämien bezahlt wurden oder daß solche Schläge von Staats wegen aufgeforstet wurden. Den einzelnen Besitzern ist das nicht möglich. Eine solche Kultur, wo der Boden schon 10 und 20 Jahre brach liegt, wieder aufzuforsten, das kann der Einzelne nicht leisten. Das kostet so viel Mühe und Plage, daß hier nur der Staat eingreifen kann, denn wenn der Staat zugesehen hat, wie riesige Flächen geschlägert worden sind und wie mit dem Aufforsten so lange zugewartet wurde, bis die Erde schon ganz ausgetrocknet war, dann ist der Staat schon verpflichtet, dies wieder gutzumachen. Wir haben auch in Obersteiermark solche Gebiete. Es sind nicht sehr viele, aber es ist doch gefährlich. Wir haben auch das Kalkgebirge, wo überhaupt nichts wächst und daher das Wasser gleich abschießt. Noch manch andere Dinge wären dort zu machen. Die Gräben müssen ausgeräumt werden. Es wird nicht beachtet bei den Gräben, wenn das Erdreich zu weich ist, daß man das Holz nicht zu alt werden läßt. Es ist gar nicht zu glauben, wie viel Wasser und Feuchtigkeit dieses Holz in sich birgt und was das dann für ein Gewicht hat. Und durch einen bloßen Regen stürzt das ein und reißt dann alles mit. Dies bedeutet eine große Gefahr, man muß daher schauen, daß rechtzeitig geschlägert wird.

Es gibt natürlich viele andere Dinge, die man anregen sollte. In dieser Beziehung ist es notwendig, daß man noch weiter schaut, daß eine Kulturplanung Platz greift. Ich bin der Ansicht — vielleicht begreift das mancher nicht — daß bei manchem Grundstück, das als Weide und Wiese verwendet wird, es besser wäre, es als Wald zu verwenden und umgekehrt. Wo Wald ist, wäre es richtiger, eine andere Kulturart zu betreiben. Eine Kulturplanung sollte also durchgeführt werden. Es wird übrigens nicht so genutzt, wie es in der Grundbuchkatastermappe angeführt ist, daß 26 % des

landwirtschaftlich genutzten Bodens Almbetriebe sind, 26 %, das ist eine große Fläche, die in keinem Verhältnis steht zu dem Nutzen, den sie abwirft. Die Summe, die ich genannt habe, die verblüfft im ersten Moment, wenn es aber nicht ein kalter Sommer ist, ist der Zuwachs an Vieh bedeutend, aber für die 26 % der Nutzungsfläche ist der Ertrag viel zu gering. Das ist wieder ein Beweis, daß die Almen nicht in dem Stand sind, wie sie sein sollen, daß die Almen viel zu klein sind, daß es sich da nicht rentiert, wenn die Besitzer mit ihrem Vieh hinkommen. Man soll Almgensschaften machen, nur größere Almen auf diese Weise nutzen, die kleinen aber aufforsten. Auf diesen größeren Almen kann man mit der fünf- bis sechsfachen Viehmenge hinfahren, das rentiert sich. Es sind viele Bauern schon gescheitert worden, sie treiben ihre Tiere, wenn es halbwegs möglich ist, auf die Genossenschaftsalmen. Es gibt Gebiete, wo mit nicht zu großen Kosten Genossenschaftsalmen herzurichten wären, die einzelnen Almen sind als Privatalmen viel zu klein, sie stehen in keinem Verhältnis zu dem, was sie tragen. Wir begrüßen es sehr, daß das Almgesetz geschaffen worden ist. Es liegt an der Handhabung und Beistellung der notwendigen Mittel, daß es durchgeführt wird, daß man es programmäßig macht und nicht Gelder hineinwirft, die nicht zurückkommen. Es ist überhaupt so, man muß nachdenken, ob die Subventionswirtschaft das richtige ist, ob man nicht eine neue Form finden soll, wie man der Land- und Forstwirtschaft unter die Arme greift. Vielleicht findet man eine neue Form, vielleicht findet sich einmal einer, der dies fertig bringt. Damit kann man auch dem Bergbauern helfen, womit dem ganzen Volke geholfen wäre.

Beiträge für Arrondierungen mit 40.000 S. Ich crachte diese Subvention für viel zu gering oder es ist das Interesse dafür nicht vorhanden. Ich habe die erste Arrondierung als Bub mitgemacht im Ennstal bei Aigen. Da war eine große Aufregung, nicht nur in den betroffenen Orten wurde davon gesprochen, sondern auch die weitere Umgebung, die Presse hat sich damit beschäftigt. Ich habe da wahrhaftig Illusionen gehabt, ich habe geglaubt, es ist irgend etwas, was der Bauernschaft auf die Beine helfen und daß diese mit Händen und Füßen zugreifen wird. Später bin ich eines anderen belehrt worden. Ich bin sehr oft in andere Gegenden gekommen, zum Beispiel ins Mürztal; um das Haus herum hat er nichts, dort ein Fleckerl, da ein Fleckerl, im Norden und im Süden wieder ein Fleckerl. Was man da an Gespannzeit und an Zeit für die Leute verliert und was durch die Witterungsverhältnisse verdirbt, kann man sich gar nicht vorstellen. Um 2 Uhr ist es noch schön und um 3 Uhr regnet es und das Heu ist kaputt. Daß der Bauer hier selbst anstrebt, daß arrondiert wird, daß sie Bifang machen, da müssen die Genossenschaften einschreiten und wenn es nicht anders geht, mit Zwang zum Wohl der Bauern. Bei einer Arrondierung fürchtet eben jeder, er sei benachteiligt und doch ist es notwendig im Interesse des Bauern selbst, daß sie geschieht.

Ein Beitrag ist eingesetzt worden für Waldwirtschaftspläne. Auch da ist es so: Es gibt Bauern — ich habe vor kurzem mit einem gesprochen in Hall bei Admont — die sich einen Wirtschaftsplan erstellen lassen. Er wurde ausgelacht. Er hat sich in-

zwischen darnach gehalten, es hat sich aber nicht rentiert, es kostet zu viel. Er muß für einen Waldwirtschaftsplan 2- bis 3000 S bezahlen, der Bauer kann nicht soviel herausholen, infolgedessen kann er sich das nicht leisten. Viele steirische Gemeinden können sich auch keinen Wirtschaftsplan mehr leisten, weil er zu teuer ist. Die Gemeinden kommen in Konflikt und werden bedrängt von den Bezirksforstinspektionen, Waldwirtschaftspläne zu erstellen. Viele Gemeinden haben angesucht um Zuschüsse, sie werden natürlich auch zu gering sein und dringend notwendig wäre es, daß dieser Ansatz höher dotiert würde.

Das sind die Nebenzweige in der Landwirtschaft. Niemand hat darüber gesprochen, es ist aber doch ein besonders wichtiger Teil der Landwirtschaft, in Bauerngebieten in der Obersteiermark fallen diese Dinge schwer ins Gewicht. Vielleicht können wir in diesen Belangen neue Wege finden, so daß in Zukunft ein Fortschritt erzielt wird. (Bravorufe, Händeklatschen bei SPÖ.)

Abg. Pötz: Hohes Haus! Ich möchte vorweg zum ersten Redner der sozialistischen Partei Stellung nehmen. Er hat recht getan, wenn er sagt, er sei in Belangen der Bauernschaft nicht recht bewandert. Seine Ausführungen haben dies voll bestätigt. Er hat ausgeführt, daß mit Zwangsmaßnahmen die Landflucht nicht zu verhindern sei, er hat aber zu betonen vergessen, wie und wo dem Bauern die Möglichkeit gegeben wird, den Landarbeitern oder den Pächtern soviel zu geben, daß es dem Einkommen eines Industriearbeiters gleichkommt. Ich möchte das nur kurz festgestellt haben.

Über verschiedene Sparten der Gruppe 7 ist schon viel gesprochen worden, aber zur Förderung der Forstwirtschaft möchte ich noch einiges ausführen. Steiermark ist bekanntlich das walddreichste Land in Mitteleuropa. Es hat 800.000 ha Waldbesitz, es sind in den Bezirken Bruck, Leoben und Mürzzuschlag weite Teile der Kulturlächen mit Wald bedeckt, sogar im kleinsten Bezirk Radkersburg ist mehr als ein Viertel der Kulturläche mit Wald bedeckt, im Gerichtsbezirk St. Gallen neun Zehntel. Das bedeutet, daß der Waldwirtschaft wirklich die Bedeutung zugemessen wird, die sie in unserem Lande hat. Es ist da erfreulich, daß im Finanzausschuß ein zusätzlicher Betrag von 100.000 S bewilligt wurde. Dieser Antrag ist von unserer Fraktion, von der ÖVP, gekommen in der Erkenntnis, daß es unbedingt notwendig ist, auf diesem Gebiet neue Wege zu beschreiten. Dieser Beitrag ist hauptsächlich für das Kriegsschadensgebiet gedacht, um Abhilfe zu schaffen, da gerade in der Oststeiermark, wo die Kämpfe am härtesten tobten, die größten Schäden im Wald entstanden sind. Die Besitzer befinden sich in einer finanziellen Notlage und sind deshalb nicht imstande, ohne Zuschüsse des Landes wieder ihren Wald — den sie ausschlagern mußten auf Grund seiner vielfachen Beschädigung — aufzuforsten. Wir müssen auch dazu kommen, daß wir unsere Erträge aus dem Wald bedeutend steigern. Von den 800.000 ha Wald, die ich einangs erwähnte, sind 50.000 ha bäuerlicher Besitz. Und aus diesem riesigen bäuerlichen Besitz müssen wir trachten, das herauszuwirtschaften, was andere Länder auf Grund der Entwicklung ihres Forstwesens getan

haben. In anderen Ländern wurde bereits erreicht, daß 7 bis 8 Festmeter per ha herausgewirtschaftet werden konnten. Es wird auch weiter notwendig sein, daß wir durch Schulungskurse und Broschüren den Waldbesitzern die Möglichkeit geben, sich zu schulen. Es ist weiter notwendig, daß wir unsere Leute in die Waldbauernschule in Pichl im Mürztal schicken. Gerade auf diesem Gebiet ist es notwendig, daß wir die technischen Errungenschaften, die auch auf diesem Gebiet erreicht worden sind, den Leuten klar machen.

Es ist erfreulich, daß die Landeskammer für Land- und Forstwirtschaft darangegangen ist, aus ERP-Mitteln für diese Zwecke Waldwege zu bauen. Es ist erfreulich, daß bereits 150 Kilometer Waldwege, welche mit dem Auto befahrbar sind, gebaut wurden und nun wirklich die Möglichkeit gegeben ist, aus den entferntesten Waldgebieten, wo bisher der Waldbestand vermodert ist oder vernichtet wurde, das Holz der Volkswirtschaft nutzbringend zuzuführen. Dies war früher nicht möglich — in einigen Gebieten ist es ja auch heute noch so — weil die Transportkosten zu hoch waren. Es ist auch weiters eine Notwendigkeit, daß sich auch die kleinen Waldbesitzer zu Waldgenossenschaften zusammenschließen. 20.000 ha Wald sind auf diese Weise schon zusammengeschlossen worden. Es ist dies außerordentlich rentabel, weil die Bringung von kleinen Quantitäten Holz sich für den Besitzer nur ungünstig auswirkt. Im Rahmen der Ertragssteigerung des steirischen Waldes ist auch von besonderer Bedeutung die Bildung von Waldbauerngenossenschaften, das ist eine Vereinigung von vielen kleinen Waldbesitzern zu großen Waldbauerngenossenschaften, die es ermöglichen, einen höheren Ertrag zu erzielen. Denn es ist dadurch möglich, Verfahren anzuwenden, die den einzelnen Besitzern allein viel zu kostspielig sein würden.

Es ist daher anzustreben, daß auf dem Gebiete der Forstwirtschaft auch in Zukunft viel geleistet wird, daß das Land entsprechende Mittel zur Verfügung stellt in Anbetracht der volkswirtschaftlichen Wichtigkeit unserer Waldbestände. Und ich möchte feststellen — es ist dies ja auch allseits anerkannt worden — daß die Beträge, die bereits ausgegeben wurden, sich nutzbringend gezeigt haben und Anerkennung nicht nur von uns aus, sondern von allen, die unser Land besucht haben, gezollt wurde. Und daß diese Förderung, die auf diesem Gebiete bereits begonnen hat, auch fortgesetzt wird, das möchte ich hier wünschen. (Bravo, Händeklatschen bei ÖVP.)

Abg. Edlinger: Hoher Landtag! Als ich die Unterlagen zu diesem Landesvoranschlag erhalten hatte, da hat mich natürlich die Gruppe 7 am meisten interessiert. Aber ich muß sagen, ich war enttäuscht, und zwar deshalb, weil ich daraus ersehen habe, daß bei vielen Kapiteln ein viel zu niedriger Betrag eingesetzt ist, während auf der anderen Seite Beträge eingesetzt sind, die nicht gerechtfertigt sind. Ich habe schon in der Klubsitzung darauf hingewiesen und ich muß sagen, daß der ganze Klub für diese Dinge Verständnis gehabt hat. Es ist unrichtig, wenn die ÖVP immer sagt, daß wir kein Verständnis für die Landwirtschaft aufbrächten und wir der Landwirtschaft nicht helfen

wollten. Aus dieser Klubsitzung habe ich gesehen, daß es der gesamte Klub für notwendig findet, die beantragten Forderungen der Landwirtschaft anzuerkennen und vor allem auch die erforderlichen Mittel bereit zu stellen. Wir haben Umschreibungen und Umstellungen beantragt, wir haben auch in gewissen Sachen Erhöhungen festgelegt, so daß Sie wohl sehen müssen, daß die Sozialistische Partei absolut gewillt ist, für die Landwirtschaft etwas zu leisten. Der Herr Präsident Wallner hat in seiner Rede bereits hingewiesen, daß es möglich war, in der Finanzausschuß-Sitzung bzw. bei den Parteienverhandlungen, einen Betrag von beinahe 2 Millionen Schilling für Landwirtschaftsförderung dazu zu bekommen und wie aus seiner Rede hervorging, war dies leicht und ohne besondere Schwierigkeiten möglich. Dies ist wohl ein Zeichen, daß wir gewillt sind, für die Landwirtschaft alles zu tun, was möglich ist.

Wir müssen die Förderung aber doch einer Kritik unterziehen. Es sind da Beträge ausgeworfen, die wir nicht akzeptieren können, weil sie individuell verteilt werden. Schon vor dem Jahre 1934 und auch in der nationalsozialistischen Zeit hat sich immer wieder gezeigt, daß sich die individuellen Unterstützungen und Subventionen nur ärgernisierend bei uns draußen ausgewirkt haben, und zwar deshalb, weil diese Beihilfen vielfach nach der Richtung verteilt worden sind, wie die damals herrschende Regierung gerade eingestellt war und ob die Bauern eben dazu gehört haben oder nicht. Wir fordern deshalb, daß die Förderung im allgemeinen auf eine breitere Basis gestellt wird.

Ich möchte dann noch über den Pflanzenbau etwas sprechen und unsere Wünsche und Forderungen dazu bekanntgeben. Es geht nicht an, daß wir für die Saatgutvermehrung einzelne Betriebe subventionieren und bevorzugen, solange es sich nicht gezeigt hat, daß diese Einzelbetriebe richtig und vor allem das abgeliefert und ausgegeben haben, was wir erwartet haben und was sie vertraglich verpflichtet gewesen wären. Ich verweise auf den Kartoffelanbau im Vorjahre. Durch die Landeskammer sind von Frankreich 450.000 kg prima „Ackersegen“ und „Woxan“ hereingekommen und wurden einzelnen Betrieben zur Vermehrung zugewiesen. Jeder Vermehrer hat die Verpflichtung übernommen, das Vierfache des ihm zugewiesenen Saatgutes wieder als Saatgut abzuliefern. Für dieses Saatgut hat er 20 Groschen pro Kilogramm Subvention bekommen, außerdem für Pflanzenbestandskontrolle 200 Schilling pro Hektar; zur Ablieferung war vorgesehen das vierfache. Fast 50 Prozent der Vermehrer sind vertragsbrüchig geworden, den Vertrag, den sie mit der Landeskammer eingegangen sind, haben sie nicht eingehalten. Es waren Vermehrer dabei, die nicht ein Kilogramm von dem ihnen von der Landeskammer zugewiesenen Saatgut abgegeben hätten. Ist es der Landeskammer nicht möglich, daß sie einschreitet? Sie hat scheinbar nichts gemacht, weil diese Saatgutvermehrter sich nicht gerührt haben. Da möchte ich folgendes sagen: Bei dieser Sache hat die Landeskammer über 100.000 Schilling ausgegeben, die den Vermehrern zu Gute gekommen sind, aber nicht nur diese 100.000 Schilling, sondern auch der Saatgut-

mehrertrag. Auf diese Weise war der Förderung nicht der erwartete Erfolg beschieden, es war gut gemeint, ist aber nicht zur Auswirkung gekommen. Wir haben landeseigene Güter, vor allem auch Landeskammereigentümer und ich kann mir vorstellen, daß wir dieses Saatgut diesen Gütern und zum Teil den anständigen, vertragseinhaltenden Besitzern in Zukunft zur Vermehrung übergeben. Nun würde man sagen, es hat der Bauer nicht das Geld, das teure Saatgut zu kaufen. Das ist richtig, aber wenn alle Vermehrer das Saatgut abgeliefert hätten, hätten wir einen Überschuß gehabt, und zwar nicht deswegen, weil es nicht gebraucht worden wäre, sondern weil der Bauer es nicht zahlen kann. Er kann sich kein Kartoffelsaatgut mit 70 bis 80 Groschen pro Kilogramm leisten, das kann er nicht ausgeben. Er müßte da für ein Hektar Kartoffelanbau 2000 bis 2500 Schilling ausgeben. Das hat gewöhnlich so ein Kleinbauer nicht zum hernehmen, auf dem Kreditwege kann er es auch nicht kriegen, so kann er den Saatgutwechsel eben nicht durchführen. Ich kann mir vorstellen, daß man dieses Saatgut im gegenseitigen Umtausch den Besitzern gibt, 100 Kilogramm Kartoffel hergibt und um 100 Kilogramm Saatgut bekommt ohne jeden Verlust. Durch eine gute Ernte eines guten Saatgutes hat der Bauer einen schönen Mehrertrag und wenn das noch dazu vom Lande und der Landeskammer unterstützt wird, kann ich mir schon vorstellen, daß zumindest jedes dritte oder jedes vierte Jahr jeder Einzelne sein Saatgut erneuern kann. Die Schüler in der Ackerbauschule haben eine Fleißaufgabe gemacht und ausgerechnet, was Steiermark durch verbessertes Saatgut an Kartoffeln allein an Mehrertrag haben könnte bei dem gleichen Arbeitsaufwand und sind da zur richtigen Zahl von 60.000 Kilogramm Schweinefleisch gekommen. (Zwischenruf: „Zu wenig“.) Wenn es mehr wird, desto besser. Das ist nur ein einziger Fall, eben von den Kartoffeln.

Wie schaut es mit dem Futterbau aus? Da ist es ganz ähnlich. Die Anlage einer Wechselwiese oder Dauerwiese kostet, wenn auch nur der allernotwendigste Kunstdünger beigegeben wird, 1000 Schilling. Da hat er noch immer nicht die Gewähr, daß die Ansaat gelingt. Jeder Landwirt wird wissen, daß es da vielfach Rückschläge und Mißerfolge geben kann durch die Trockenheit, aber auch durch übermäßige Nässe kann die Ansaat kaputt gehen. Die kleineren, mittleren oder auch größeren Betriebe können es sich nicht leisten, alle Jahre 1 bis 2 Hektar Wechselwiese oder Dauerwiese um diesen Preis anzulegen. Das Saatgut muß vom Auslande hereinkommen. Es ist kaum nennenswert, was von den eigenen Sämereien im Inlande an Wiesengräsern erzeugt wird. Ich kann mir vorstellen, daß die Landeskammer mit ihrem großen Förderungsapparat, den sie zur Verfügung hat und dazu mit die landeseigenen Güter oder ein Privater, der Interesse hat, es möglich machen könnten, daß wir diese Gräser im eigenen Lande erzeugen, so daß wir genügend Gräser zur Verfügung haben und wir dadurch unseren Futterbau durch den Kunstfutterbau wirklich fördern könnten. Haben wir genügend Futter, so ist damit, das weiß jeder praktische Landwirt, die Grundlage zur Tierzucht gegeben. Wenn genügend

Futter für die Tiere ist, da werden uns die neuen Aufstellungen und Düngerstätten Erfolg bringen. Da muß man von der Wurzel anfangen und da kommt mir vor, daß das der richtige Weg ist, zuerst der Futteranbau, der Hackfruchtanbau und dann für die Tierzucht sorgen. Es ist da ein Betrag darin, der uns nicht paßt, Ankauf von weiblichen Zuchtrindern 59.000 Schilling. Das ist eine Bagatelle, ist gar nichts, wenn man bedenkt, daß eine gute Zuchtkuh sechs, acht bis zehntausend Schilling kostet, wir müssen sie ja vom Ausland hereinbringen. (Zwischenruf: „Viel zu hoch!“) Wenn ein Stier 14.000 bis 15.000 Schilling kostet. (Zwischenruf: „Das dürfen Sie nicht als Maßstab nehmen. Eine Herdebuchkuh kostet 6000 Schilling“.) Dann nehmen wir 6000 Schilling. (Abg. Ertl: „Ich stelle Ihnen zur Verfügung soviel Sie wollen mit 6000 Schilling“.) Gut, sehr angenehm, wir alle sind froh, wenn wir heute gutes Material kriegen, wir werden uns dann an Sie wenden, sagen wir also 5000 Schilling. (LR. Dr. Elsnitz: „Herr Kollege, 10 Prozent Provision für den VdU!“ — Abg. Kandutsch: „Also ein Kuhhandel“ — Gelächter, Lärm.) Zwölf Kühe können wir dann kaufen, wir wollen das aber ernst nehmen, ich will ja hier im Landtag nicht Kuhhändler werden. Wir wissen aus dem Bericht des Präsidenten Wallner, daß wir kaum die Fleischkrise überwunden haben, wir wissen genau, wie wir aus dem Berichte des Präsidenten Wallner gehört haben, daß wir von den 13 Prozent des uns fehlenden Viehstandes nichts aufgeholt haben, sondern sogar 2 Prozent unseres gesamten Viehstandes zugesetzt haben, das heißt, mehr abgeliefert haben als zugewachsen ist. Nun wissen wir ganz genau, daß in der Rinderzucht die Sache nicht so schnell geht wie bei der Schweinezucht. Da ist es notwendig, daß wir den Hebel ansetzen, und zwar deswegen, weil wir im letzten Jahrzehnt nie irgend eine Blutauffrischung oder eine Rassenzucht vorgenommen haben, so daß es ganze Gebiete gibt — nachdem sich die Tiere ja stark vermehrten — in denen Inzucht herrscht. Die großen Seuchen haben Lücken in den Bestand gerissen und durch die Inzucht ist auch die Vermehrung, das heißt, große Würfe sind ausgefallen und die große Ferkelsterblichkeit ist eingetreten. Darum glaube ich, sollten wir den vorgeschlagenen Betrag für Kleintierzucht erhöhen. Das sind unsere beantragten Vorschläge, die wir auch begründen können.

Pflanzenschutz ist wohl eines der wichtigsten Kapitel für unsere Landwirtschaft und — das ist übrigens heute schon von einem Debattenredner gesagt worden — eines der wichtigsten Kapitel darunter ist der Obstbau. Wir sind in einer Gegend in der Untersteiermark, wo sehr viel Obst erzeugt wird, denn die Gegend ist dort wie geschaffen für den Obstbau. Nun hat aber die San-José-Schildlaus in unsere Bestände große Lücken gerissen. Wir sind daran, diese Gefahr wirklich obligat zu bekämpfen. Es ist unmöglich, daß der einzelne Besitzer das durchführen kann, wenn der Nachbar absolut nicht mittut, dann hat er überhaupt keinen Erfolg, wenn nicht überhaupt doppelten Schaden. In dem Vorschlag sind hierfür 200.000 Schilling präliminiert, 200.000 Schilling sind blutwenig. Wer weiß, was die Bespritzung und die Behandlung nur eines einzigen Gerichtsbezirkes oder einer Gemeinde kostet, der

weiß, daß dieser veranschlagte Betrag nicht einmal für einen Gerichtsbezirk ausreichen würde.

Nun möchte ich noch folgendes sagen: Wir Sozialisten stehen auf dem Standpunkt, daß in solchen Fällen eben alles zusammenhelfen muß. Der Herr Finanzreferent hat 200.000 Schilling für diesen Zweck vorgeschlagen, ohne daß er dazu von irgend einer Seite gedrängt worden wäre. Ich muß annehmen, daß er Verständnis hat für solche Pflanzenschutzmaßnahmen, für die große Gefahr, die unserem Obstbau droht. Wir haben aber einmal eine Kammersitzung gehabt und als dort beantragt wurde, und zwar schriftlich — denn das ist so vorgeschrieben, daß man die Anträge vor der Eröffnung schriftlich einbringt — man solle eine zweckbestimmte Umlage einheben für die Bekämpfung der San-Joesé-Schildlaus, wurde dafür kein Verständnis aufgebracht. Es ist traurig, ich muß es aber doch sagen, daß dort lauter Bauern gesessen sind, die kein Verständnis für diese Umlage aufgebracht haben, scheinbar delhalb, weil der Antrag von einem „Roten“ gestellt worden ist. Ich muß das hier öffentlich im Landtag sagen. Der Sekretär hat mich angeschnauzt, der hat gesagt: „Sie sind Landtagsabgeordneter, beantragen Sie doch beim Landtag eine Erhöhung um 200.000 Schilling“. Können Sie sich denken, daß ich und nicht nur ich, sondern auch unser Klub sich darüber geärgert hat, wenn man sieht, daß die Bezirksbauernkammer für ihr Gebiet selbst gar nichts leistet. Unser Gebiet in Leibnitz ist eines der gefährdetsten Gebiete, da ist es doppelt schwer, wenn man sieht, daß die eigene Ständesvertretung gar kein Verständnis für so eine große Sache hat.

Hoher Landtag! Der Herr Kammerpräsident Wallner hat uns unter anderem auch die Erfolge der Tätigkeit in punkto Schulen und Lehrhöfen usw. bekanntgegeben. Ich kann nur sagen, es freut uns ganz besonders, daß in punkto Schulen so viel geleistet wurde. Es freut uns, daß wir im letzten Winter beinahe 50 neue Fortbildungsschulen errichten haben können im Land. Es sind jetzt 262 Fortbildungsschulen in der Steiermark aktiv. Es ist das sehr lobenswert und dankenswert. Aber eines ist nicht gut, nämlich, daß die Schülerzahl in den Schulen durchschnittlich nur 18 ist. Es wäre hier der Hebel anzusetzen, denn die Kosten für die Vortragenden sind dieselben, ob nun die Schülerzahl 18 ist oder viel mehr, denn die Vortragenden werden ja nach Stunden entschädigt. Es wäre daher dort einzusetzen, daß diese Fortbildungsschulen auch richtig beschickt werden. Wir haben eine neue Einrichtung, das sind die Ortsbauernausschüsse. Diese unterstehen den einzelnen Bezirkskammern. Der Ortsbauernausschuß soll aufgeklärt und vor allem verpflichtet werden (Zwischenruf bei ÖVP: „Das ist ja dann ein Zwang!“) unsere Jugend in diese Fortbildungsschulen zu schicken. Schauen Sie, wenn man denkt, daß wir 77.000 landwirtschaftliche Betriebe in der Steiermark haben und im vergangenen Winter 4500 Fortbildungsschüler die Schulen besucht haben, so muß man sagen, daß das nicht einmal 6 Prozent aller Betriebe sind. Von jedem Betrieb soll doch mindestens eine Person eine Fortbildungsschule machen. Es ist das ohnedies ein ganz geringer Satz und kein Stand und kein Beruf hat wahrscheinlich so einen niedrigen

Satz bei der beruflichen Fortbildung wie gerade die Landwirtschaft. Dann kommen noch dazu die Kammerkurse, die sehr segensreich sind, dann kommen wir auf 9000 insgesamt, das sind aber immer erst 12 Prozent. Ich glaube daher, daß auf diesem Gebiete noch sehr viel zu fördern ist. Die Kammer hat sich schon seinerzeit bemüht, landwirtschaftliche Lehrhöfe aufzustellen in den einzelnen Kammerbereichen. Es ist aber traurig, wenn man sieht, wie wenig Zuspruch die Lehre in der Landwirtschaft hat. Wir haben 261 Lehrhöfe in der Steiermark und davon sind nur 38 Prozent ausgenützt, also nur ein Drittel der vorhandenen Lehrhöfe, ein Drittel der vorhandenen Lehrstellen, die es ermöglichen würden, daß auch Nichtlandwirtschafttreibende dort die Lehre bzw. die Landwirtschaft erlernen können. Es ist dies ein Zeichen, wie schlecht wir stehen und wie wenig Zulauf unser Beruf hat. Und da muß ich wohl sagen, es ist das nicht die Schuld der Kammer oder des Landtages oder sonst einer Berufsgruppe, es ist vielfach die Erziehung daran schuld. Schon in der Schule — wie ja auch schon die Frau Abg. Wolf gesagt hat — soll bei den Kindern die Liebe zur Heimerde und zur Scholle gepredigt und eingepflanzt werden. Es sollen aber schon in der Lehrerbildungsanstalt die Lehrkräfte darauf hinweisen, daß die Lehramtskandidaten und -kandidatinnen dann, wenn sie hinauskommen in die Praxis, den Kindern nahelegen, wie der Beruf schön, wie erhehend er ist, wenn man ihn richtig versteht, wenn man richtig eingeschult wird, theoretisch auch etwas versteht von der Landwirtschaft. Das macht Freude, aber die Arbeitsämter und vor allem die Berufsberatungsstellen sind nicht imstande, diesen Lehrhöfen, für welche Lehrlinge vorgesehen sind, die Lehrlinge auch wirklich zuzuweisen. Wenn sie auch schon wirklich nicht bei der Landwirtschaft bleiben, so haben sie wenigstens dort etwas gelernt. Die Lehrhöfe sind auserkorene Betriebe und wie ein besonders geprüfter Lehrmeister in einem anderen Berufe verpflichtet und befähigt, die Lehrlinge richtig in die Landwirtschaft einzuführen. Aber es fehlt in der Landwirtschaft nicht nur an männlichen, sondern auch an weiblichen Lehrlingen. Es würde keinem Mädelschaden, wenn es zwei bis drei Jahre in der landwirtschaftlichen Lehre durchmacht, denn wenn es dann einmal heiratet, kann es richtig kochen und wirtschaften und vor allem den Haushalt richtig zusammenhalten. Das wäre vielleicht für unsere Mädchen tausendmal gescheiter, wenn sie da in die Schule gehen würden, aber nicht dorthin, wo die Ganserln herauskommen (Heiterkeit), die Entenschule, sondern in der Landwirtschaft, wo viel häuslicher und wirtschaftlicher gearbeitet wird und die Mädchen richtig geschult werden.

Nun, von den kostendeckenden Preisen ist auch schon gesprochen worden. Das ist eine komplizierte Angelegenheit, kompliziert deswegen, weil sie nicht so im Bausch und Bogen erledigt werden kann. Ich kann mir vorstellen, wenn die interessierten Gruppen der Produzenten und Konsumenten sich einmal richtig zusammensetzen und einmal über dieses Problem Sitzungen abhalten würden, so bin ich hundertprozentig überzeugt, daß diese Sitzungen zu einem Erfolg führen und ihr Ziel erreichen

würden. Es gibt sehr viele Sachen zu regeln und zu beschließen, was man natürlich in einer kurzen Debatte nicht machen kann. Es wäre notwendig und ich glaube, unser Klub wäre sofort damit einverstanden, auch die Gewerkschaften, auch die Arbeiterkammer, unsere Berufsgruppen werden selbstverständlich einverstanden sein, wenn man sich zusammensetzen würde. Wenn Präsident Wallner gleich am Anfang gesagt hat, daß es in Steiermark mit der Preisbildung noch leidlich geht, während in Wien das viel härter ist, können wir in der Steiermark noch einen Schritt weiter gehen und können den Wienern sagen, bei uns in Steiermark ist es gegangen. Das gute Beispiel wird Nachahmung finden, bei dieser Besprechung wird auch die Genossenschaftssache aufgerollt werden müssen. Der Genossenschaftsgedanke ist bei den Arbeitern und Bauern überall rege, ich kann mir vorstellen, daß unsere Genossenschaft in der Landwirtschaft mit der der Konsumenten in enge Verbindung kommt. Dieser Gedankengang würde bei dieser Besprechung über die kostendeckenden Preise eine große Rolle spielen und wenn es richtig gemacht wird, glaube ich, daß wir bei den kostendeckenden Preisen schon Erfolg haben würden. Auf der einen Seite müßten wir uns verpflichten, noch mehr zu produzieren, auf der anderen Seite, bei gleicher Arbeit so die Gestehungskosten zu senken, dann weiß ich genau, daß wir bei den Konsumenten Verständnis haben. Wir wollen und brauchen nicht Arbeitssklaven zu sein und wenn man Verständnis hat, wird man uns die kostendeckenden Preise bei richtiger Anwendung und richtiger Ausnützung aller Möglichkeiten zugestehen. Es ist nicht geholfen, wenn in den Versammlungen draußen gegen die Roten lamentiert wird, daß diese schuld sind, wenn wir nicht bessere Preise kriegen, das ist nicht wahr. Ich habe eingangs erwähnt, daß meine Stellungnahme zu diesen Förderungsmaßnahmen in unserem Klub vollen Anklang gefunden hat. Das ist ein Beweis dafür, daß viele ein Verständnis für die die Gestehungskosten deckenden Preise haben. Wenn wir den Weg gehen, werden wir den richtigen Weg gehen, davon bin ich überzeugt. (Bravorufe, Händeklatschen bei SPÖ und VdU.)

Abg. Ebner: Hoher Landtag! Es wurde im Rahmen der Gruppe 7 viel gesprochen und sehr detailliert. Ich möchte zunächst meiner Befriedigung Ausdruck verleihen darüber, daß die Mitglieder des Finanzausschusses restlos Verständnis dafür aufgebracht haben, im vorgelegten Voranschlag die Summen in Gruppe 7 um ein Beträchtliches zu erhöhen. Es hat schon der Berichterstatter ausgeführt, daß diese Erhöhung erfreulich ist, aber sie ist leider auch nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Die Lage der Landwirtschaft ist so, daß sie zu schwerster Besorgnis Anlaß gibt, ganz besonders in den Gebirgsgegenden des Landes.

Darf ich da nur ein paar Posten vom Voranschlag herausgreifen. Es ist mir unverständlich, daß man dem Beitrag zur Förderung des Baues von Kleinkraftanlagen und Elektrifizierungen nicht jene Erhöhung zugebilligt hat, wie es der Antrag der Volkspartei war. Damit wäre jenen Bergbauern wesentlich unter die Arme gegriffen, die nicht die

Möglichkeit haben, einen elektrischen Anschluß von einer Starkstromleitung oder einem größeren Werk im eigenen Tale zu bekommen, bei welchen aber wohl das Wasser vorhanden ist für eine kleine Anlage. Andererseits gibt es aber auch Gebirgsbauern, welche doch an bestehende Leitungen sich anschließen könnten, wo aber die Kosten derart enorm sind, daß es so einem Bauern unmöglich ist, aus eigenen Mitteln die Kosten zu decken. Wir wissen, daß irgendwelche Finanzierungsmittel im Bauernhaus nicht vorhanden sind, weil die Landwirtschaft noch vor nicht allzulanger Zeit gezwungen war, weit unter den Gestehungskosten ihre Produkte abzuliefern.

Ein weiteres Kapitel, wo wir vielleicht etwas ersparen könnten, betrifft die Erhöhung der Beihilfen für Tierschäden, die nicht durch die Tierseuchenkasse gedeckt sind. Es hat schon ein Kollege darüber gesprochen. Es wäre möglich, daß man diese Post fast überhaupt wegbringen könnte, wenn auf der anderen Seite wiederum die Möglichkeit zur Schaffung eines bäuerlichen Selbsthilfevereines gegeben wäre. Hier müßte allerdings ein versicherungsähnlicher Verein geschaffen werden, bei Tierschäden müßte eine gegenseitige Versicherung möglich sein und unser österreichisches Vereinsgesetz aus dem Jahre 1867 beinhaltet, daß wohl alle Arten und Gattungen von Vereinen geschaffen werden können, welche nicht einen versicherungsähnlichen Charakter haben. Es ist daher notwendig, dieses erwähnte Vereinsgesetz einer Novellierung zu unterziehen durch Hinzufügen eines einzigen Satzes, der müßte lauten: „Als Vereine, die nach ihren Statuten als Vereinszweck versicherungsähnliche Leistungen erbringen, sind landwirtschaftliche Selbsthilfevereine nicht anzusehen.“ Das wäre hinreichend. Ich möchte daher die Landesregierung ersuchen und bitten, an den Nationalrat heranzutreten mit dem dringenden Ersuchen, dieses Bundesgesetz der erwähnten Novellierung zu unterziehen.

Weiters ist mir im Voranschlag aufgefallen, daß eine Post eigentlich vernachlässigt wurde. Denn, obwohl die ganze Gruppe gegenüber 1949 eine Erhöhung aufweist, und zwar um 14 Prozent, wie wir erfahren haben, und auf Grund der Erhöhung im Finanzausschuß um 24 Prozent, ist eine Post darin, welche einen um zweieinhalb Prozent verminderten Ansatz aufweist gegenüber dem Jahre 1949 und das ist die Förderung der Tierzucht und Tierhaltung. Mir ist das deshalb unverständlich, weil ich weiß, daß der Großteil der steirischen Bauernschaft ausschließlich von der Tierzucht sein Leben fristet. Was die Tierzuchtförderung an sich bedeutet, hat der Berichterstatter im Bericht über die Verwendung dieser Gelder durch die Landeslandwirtschaftskammer bereits dargetan, besonders bezüglich der Steigerung der Milchleistung. Es muß aber nicht nur die Milchleistung allein gesteigert werden, es kommt den Konsumenten bestimmt auch eine Steigerung der Fleischqualität zugute. Qualitätsmäßig der Konsumentenschaft und quantitativ dem gesamten österreichischen Wirtschaftsleben käme das zugute, denn seit Österreich nach dem Jahre 1918 besteht, hat es sich noch nie aus eigenem mit Fleisch versorgen können und war immer auf Einfuhr angewiesen. Wir könnten also nicht nur unserer Be-

völkerung dienen, sondern auch noch Devisen sparen, worauf gestern Herr Vizepräsident Stockbauer bereits hingewiesen hat. Ich wollte, daß der Herr Finanzreferent nicht ganz zugeknöpfte Taschen zeigt und diese öffnet und schließlich doch noch einen beträchtlichen Betrag für diese Zwecke zur Verfügung stellt.

Ein Redner von der sozialistischen Fraktion hat angeregt, es mögen Gedanken und Vorschläge ausgearbeitet werden, wie man die Lebensmöglichkeit der Bauernschaft überhaupt verbessern und sichern kann. Daß in der sozialistischen Fraktion die Absicht besteht, die Landwirtschaft wirklich rentabel zu gestalten, sie krisenfest zu machen, hat in der Generaldebatte bereits Präsident Stockbauer zum Ausdruck gebracht und das ist sehr erfreulich. Wie man das machen kann? Es ist nur folgendes möglich: Produktionssteigerung und Kostensenkung. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man die Agrarpreise auf eine Höhe wird bringen können, damit sie die derzeitigen hohen Kosten endlich decken. Eine solche Preissteigerung würde die Konsumentenschaft nicht ertragen. Daher geht es nur so, Produktionssteigerung mit erheblich reduzierten Kosten. Wichtig und notwendig zur Erreichung dieses Zieles in der Landwirtschaft ist auch der Güterwegbau, die Technisierung und Elektrifizierung der Landwirtschaft usw. usw. Das alles würde meiner Meinung nach zehnfache Zinsen bringen. Natürlich wird es uns nicht in ganz kurzer Zeit gelingen, die Landwirtschaft auf allen Linien dorthin zu bringen, wo wir sie schließlich haben wollen. Die wichtigste Voraussetzung zur Produktionssteigerung ist die fachliche Ausbildung der bäuerlichen Jugend. Das gibt dann die richtigen Grundlagen für eine gute und praktische, neuzeitliche Betriebsführung auf dem Lande. Man muß sich bewußt werden, daß der landwirtschaftliche Betrieb einen ewigen Kreislauf darstellt. Und wie mein Freund Edlinger bereits ausgeführt hat, muß ich einmal irgendwo anfangen mit der beseren Wirtschaft, mit dem Fortschritt. Er ist der Meinung, beim Pflanzenbau, bei der Wurzel müsse man anfangen. Ich sage aber, noch früher muß ich anfangen, nämlich schon beim Dünger. Und die wichtigste Voraussetzung für den richtigen Dünger ist wiederum eine gute Düngerstätte. Was nützen uns die besten Samen, die besten Kleearten ohne richtige Düngung. Daher muß man vor allen Dingen den Düngerstättenbau finanzieren. Herr Präsident Wallner hat ausgeführt, daß im vorigen Jahr durch aktive Arbeit bereits 1000 errichtet wurden. Für das laufende Jahr 1950 sind 3000 Ansuchen um Zuschüsse für den Düngerstättenbau vorliegend. Soweit ich über die Zuschüsse aus ERP-Mitteln informiert bin, wird es wohl kaum möglich sein, diese 3000 Bauvorhaben für Düngerstätten zu subventionieren. Daher ist es für mich bedauerlich, daß man den Düngerstättenbau nicht entsprechend berücksichtigt und nicht eine Erhöhung des Ansatzes vorgenommen hat.

Erst wenn wir die richtigen Düngerstätten und damit den richtigen Dünger haben, können wir auch hoffen, die richtigen Pflanzen zu bekommen. Und erst, wenn wir richtige Pflanzen haben, können wir eine richtige Tierzucht aufzäumen. Wir dürfen zwar mit Befriedigung feststellen, daß der Futtermittel-

bau in der Steiermark in den letzten Jahren seit Ende des Krieges einen erfreulichen Aufschwung erfahren hat. Es sind heute auch gute Ergebnisse in der Tierzucht zu verzeichnen. Mit der Tierzuchtförderung hat sich schon Herr Kollege Edlinger auseinandergesetzt. Sie hier mit noch weiteren Details zu belasten, wäre unnützlich. Wir werden das bei anderer Gelegenheit machen, vielleicht in der Landwirtschaftskammer.

Eine weitere Notwendigkeit auf dem Lande ist die Technisierung. Auch darüber wurde heute schon gesprochen. Es ist sicher bedauerlich, daß dafür so wenig Mittel zur Verfügung stehen. Mir liegt eine Zusammenstellung vor, die in der Landwirtschaftskammer gemacht wurde über die Lage der Dinge auf diesem Gebiet im vergangenen Jahr und heute. Es wurden im Vorjahr aus allen der Kammer zur Verfügung stehenden Mitteln, also Landeszuschüssen, Bundeszuschüssen und ERP-Mitteln rund drei Millionen Schilling für Maschinenbezuschung ausgegeben. Trotzdem lagen Ende 1949 noch Ansuchen vor, die einen Zuschuß von 3,9 Millionen erfordert hätten. Die Landwirtschaftskammer ist gezwungen, diese Ansuchen abzustoppen. Es ist ja heute noch nicht bekannt, welches Ausmaß die ERP-Mittel für 1950 erreichen werden und daher ist es nicht möglich, noch neue Ansuchen entgegenzunehmen.

Jedenfalls ist das eine Einengung und Verzögerung der Technisierung, die nach meinem Dafürhalten im Interesse nicht nur der gesamten Landwirtschaft, sondern auch der Volkswirtschaft nicht zu verantworten ist.

Wenn ich noch auf etwas hinweisen darf, so ist es die bedrängte Lage der Bergbauern. Sie sind nicht nur im Kriegsgebiete in einer sehr bedrängten Lage, sondern auch in ganz Obersteiermark und in der nordöstlichen Steiermark, es ist im Kriegsgebiet und im Nichtkriegsgebiet dasselbe. Es gibt im Kriegsgebiet Bauern, welche von der Kriegsfurie soweit verschont geblieben sind, daß ihre Gebäude nicht abgebrannt sind. Vielleicht wäre es ein Glück gewesen, wenn dieses alte „Gramuri“ weggebrannt wäre, dann wären die Besitzer wenigstens im Wege des Wiederaufbaues zu einem Gebäude gekommen, womit die Wirtschaft einigermaßen lebensfähig geworden wäre, wenn der nötige Fleiß vorhanden ist. Die Leute sind fleißig, haben aber kein Holz, in den meisten Fällen kaum das nötige Bauholz für den Aufbau und haben auch kein Geld. Wenigstens das Wirtschaftsgebäude und das Haus dazu aber müssen sie haben. Sie haben von ihrer Wirtschaft keinen Geldertrag, bekommen auch heute das notwendige Geld im Kreditwege nicht zur Verfügung, da sie der Kredit durch die hohe Zinsenzahlung nur von der Wirtschaft vertreiben würde. Daher ist eine Besitzfestigungsaktion größeren Umfanges unbedingt notwendig und man müßte da an den Bund herantreten. Die Aufwendungen, die Steiermark dafür macht, sind absolut unzulänglich. Es wurden im Vorjahre 662 diesbezügliche Ansuchen eingebracht, zur Verfügung standen aus Bundesmitteln 700.000 S. Von diesen 662 Ansuchen konnten 102 Ansuchen erledigt werden, 560 blieben übrig. Bis Ende März dieses Jahres sind weitere Ansuchen eingelaufen, so daß mit Ende März ein offener Stand

von 773 Ansuchen vorlag. Es sind an den Einzelnen Beträge gegeben worden, die absolut nicht gar so groß erscheinen. Es sind im Vorjahre im Durchschnitt 7000 S pro Ansuchen gewährt worden; wenn man nun bedenkt, daß ein Wirtschaftsgebäude durchschnittlich 40.000, 50.000, ja 100.000 S kostet, sind 7000 S nicht viel. Diese Beträge werden aber nicht bedenkenlos hinausgegeben, sondern individuell, was nach meiner Ansicht richtig ist. Fürs erste fällt natürlich ins Gewicht, daß der Besitz belastungsfähig ist, und zwar im Ausmaße des Einheitswertes. Weil es nun bei der heutigen Lage der Landwirtschaft undenkbar ist, daß die Bergbauern die Zinsen für diese Beträge aufbringen, wird so gerechnet: Ist schlagbares Holz vorhanden, so wird der Wert des Holzes in Abzug gebracht, was übrig bleibt, bekommt der Gesuchswerber, es ist das dann etwas weniger. Wenn man die 773 Ansuchen zu 7000 S berechnet, so werden etwa fünfeinhalb Millionen Schilling erforderlich sein. Es ist erfreulich, daß erstmalig im steiermärkischen Landesvoranschlag ein Betrag für diese Zwecke, und zwar von 440.000 S aufscheint. Der Bundeszuschuß dürfte für diesen Zweck auf eine Million Schilling kommen, immerhin gehen noch vier Millionen Schilling ab, das heißt, es können bis zu 30 Prozent der Ansuchen erledigt werden. Ob inzwischen diese armen Teufel von Bergbauern dort oben bereits wirtschaftlich verkommen müssen, weil sie eine Möglichkeit zum Weiterwirtschaften nicht mehr haben, da sie die Last erdrückt, die Gebäude zusammenfallen, muß dahingestellt bleiben.

Einer meiner Vorredner, ich glaube es war Abgeordneter Edlinger, hat den schwachen Fortbildungsschulbesuch bemängelt und nach meiner Überzeugung auch richtig erklärt, worauf das zurückzuführen ist. Die Bezirkskammern arbeiten seit vorigem Jahr, um die Landwirtschaft für den Besuch der Fortbildungsschule und ganz besonders dieser Kammerfachkurse zu interessieren. Das große Übel ist aber der Arbeitskraftmangel, die Leute haben nicht einmal im Winter Zeit, sich einen Tag freizumachen. Dieser Fortbildungsschulbesuch wäre besser, wenn es gelingen würde, den Arbeitskraftmangel in irgendeiner Form zu beheben. Sicher ist das eine nach meinem Dafürhalten, daß wir bestrebt sein müssen, um jeden einzelnen landwirtschaftlichen Betrieb erhalten zu können, daß da irgendwie die öffentliche Hand mit Geldmitteln einschreiten, aber auch von jedem einzelnen Bauern verlangen muß, daß er die Wirtschaft nicht übernimmt, bevor er sich nicht einer fachlichen Ausbildung unterzogen hat. Gleichzeitig ist es aber auch notwendig, daß wir der Landwirtschaft irgendwie Arbeitskräfte zuführen. Das wäre auch möglich in der Form, daß man sagt: „Junge Leute, jetzt geht hinaus auf ein Jahr und studiert, wie das Stückchen Brot erzeugt wird.“ Ich glaube, es würde dem gesamten Volke sehr zum Vorteile gereichen, wenn man diese beiden Anregungen zur Durchführung bringen würde, wir hätten damit der Landwirtschaft und der gesamten Volkswirtschaft sehr, sehr geholfen. (Bravorufe, Händeklatschen bei ÖVP.)

Abg. Wolf: Hohes Haus! Ich möchte nur eine kurze Erklärung zu den Ausführungen des Herrn

Abg. Edlinger geben. Er hat der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß in der Lehrerbildungsanstalt dem Gedanken der Landschule nicht Rechnung getragen werde. Ich will bemerken, daß dem nicht so ist. Die Lehramtskandidaten und -kandidatinnen — ich kann das sagen, weil in meiner Schule ein Teil der Übungsschule untergebracht ist — gehen monatlich einmal in eine der Landschulen. Einmal ist die Gruppe bei mir in Niederschöckl gewesen, jetzt knapp vor der Reifeprüfung werden die Kandidaten und Kandidatinnen als sogenannte Hospitantinnen in einer Landschule untergebracht, eine Tätigkeit, die als Landschulpraktikum bezeichnet wird. Eine Reihe tüchtiger Lehrkräfte ist da am Werke und man trägt sich auch schon mit dem Gedanken, die Landschule um ein Jahr zu verlängern. Oberlehrer Müller aus Tressengraben und Oberlehrer Weider aus Judendorf, die die besonderen Bannerträger dieser Idee sind, teilten mit, daß im Unterrichtsministerium volles Verständnis dafür herrscht. 1947 war einer der ersten Kongresse zu dem Zweck, diesen Landschulgedanken zu pflegen, im Vorjahre waren es die zwei Herren und andere, die zu einem Studienlehrgang in die Schweiz entsendet worden sind. Es ist heute noch in den Kinderschuhen, aber mit viel gutem Willen wird daran fleißig gearbeitet, diese Idee in die Wirklichkeit umzusetzen. Unter Führung der beiden Direktoren der Lehrerinnenbildungsanstalt in Graz wurde auch ein musterhaft angelegter Versuchsgarten, der sich hinter dem Gebäude der Lehrerbildungsanstalt befindet, angelegt. (Bravorufe, Händeklatschen.)

Abg. Hegenbarth: Hohes Haus! In der Welt gehen seltsame Dinge vor. Vor einigen Tagen habe ich in der Zeitung gelesen, daß wir einer neuen Eiszeit entgegengehen. Jeden Tag werden fliegende Untertassen gemeldet (Heiterkeit) und vor kaum einer halben Stunde hat der Herr Kollege Schupfer laut meinen Aufzeichnungen gesagt, daß die Entwässerung im Paltental wohl durchgeführt sei, aber daß das Wasser nicht mehr abrinnt. Es scheinen also auch die Gesetze der Schwerkraft und der Kommunikation zu versagen. (Erneute Heiterkeit.) Ich glaube allerdings, daß der Herr Kollege Schupfer sich nur unklar ausgedrückt hat. Er wollte wohl sagen, daß die Entwässerungen im Paltental in Obersteiermark vielleicht unsachgemäß gemacht wurden, oder, was ich für noch wahrscheinlicher halte, daß man auf die Instandsetzung dieser entwässerten Flächen vergessen hat. Denn jedermann, der einmal mit Entwässerung zu tun gehabt hat, der weiß, daß es bei einer Entwässerung so ist wie bei dem Bau eines Hauses. Es genügt nicht, wenn man sich das Haus hinbaut und glaubt, nun aller Sorgen enthoben zu sein, man muß das Haus auch pfleglich behandeln. Wenn der Sturm einen Dachziegel herunterwirft, dann muß ich eben wieder einen anderen hinauftun. So ist es auch mit den Meliorationen im Paltental. Wahrscheinlich haben die betreffenden Interessenten auf die Instandhaltung der Anlage, auf die Säuberung der Vorflut und des Schlammes vergessen. Daß unter diesen Umständen die Anlage wieder restlos versumpft, ist selbstverständlich. Der Herr Kollege Schupfer hat auch Beschwerde geführt darüber, daß für Entwässerung

bloß ein Betrag von 150.000 S präliminiert ist. Ich weiß nicht, ob er andere Unterlagen hat als ich, aber in meinen Unterlagen ist der Beitrag des Landes zu diesem Kapitel mit 1.360.000 S veranschlagt, wobei ich bemerken möchte, daß das nur ein Teilbetrag ist, weil ja bekanntlich auch der Bund und die Interessenten selbst einen Teil der Kosten zu tragen haben.

Auf das Problem der Senkung des Wasserspiegels der Enns will ich nicht weiter eingehen, denn das ist Sache der Ingenieure.

Eine weitere Sache, nämlich daß das Holz da oben zu lange wächst und dadurch eine Gefahr bedeutet, ist, wenn ich ihn richtig verstanden habe, wohl so aufzufassen, daß, wenn die Bäume zu hoch werden, diese eine Gefahr bedeuten. Es würde zu weit führen, wenn ich das weiter ausführen würde.

Zum Kapitel „Waldwirtschaftspläne“ möchte ich sagen, daß diese Pläne richtig angelegt und richtig verwertet, einen Segen für jeden Waldbauern sind. Denn diese Pläne sagen ihm nicht nur, wieviel er alle Jahre schlagen darf und wo er schlagen darf, sondern die sagen ihm auch — der Forstmann hat ja doch die Kenntnisse und den Einblick — welche Holzarten er darauf anzupflanzen hat, um den Waldboden wieder zu sanieren, denn — um mit einem Fachausdruck zu sprechen — 80 Prozent unseres Waldbodens sind heute krank. Es hat eine Zeit gegeben — das mag vielleicht ein halbes oder ein dreiviertel Jahrhundert zurückliegen — da haben die Forstingenieure ihren Stolz darin gesehen, lauter Nadelholzwaldungen zu pflanzen. Die standen da wie die Soldaten bei der Wehrmacht. Die machten, wenn man nicht Fachmann ist, einen wunderschönen Eindruck. Aber ein wirklicher Fachmann weiß, daß das ein Unheil für den Waldboden ist, weil die Nadelbäume nur ganz seicht in den Boden hineinwachsen. Dadurch sind die oberen Bodenschichten restlos von Nährstoffen entblößt, die Bodenschichten dadurch verhärtet und das Prinzip der Lockerhaltung der obersten Bodenschichten umgangen. Heute lehnt jeder pflichtbewußte Forstmann diese reine Nadelholzpflanzung ab. Und diese Pläne geben eben dem Besitzer die Richtlinien, wie er seinen Wald zu bewirtschaften hat.

Der Herr Kollege Edlinger hat sich beschwert, daß zu wenig für die Landwirtschaft geschieht, daß zu wenig Mittel bereit gestellt wurden. Ich kann ihm sagen und er hat es ja auch selbst erlebt, daß gerade die jungen Abgeordneten der ÖVP bei den Sitzungen des Finanzausschusses einen wahren Heldenkampf geführt haben, um erhöhte Beiträge für die Landwirtschaft zu erreichen. Der Herr Landesrat Horvatek hat sich selbst mehrfach zu Äußerungen des Unmuts hinreißen lassen, denn er wollte sein wohlgefügtes Budget nicht in Unordnung bringen lassen.

Bezüglich der Äußerung, daß zu wenig Grassamen bei uns gebaut wird, möchte ich dem Herrn Kollegen Edlinger beipflichten, denn heute ist der Grassamen mit 45 S oder gar 47 S tatsächlich schon beinahe unerschwinglich geworden. Ein Kilogramm Luzerne-Samen, der früher 2 S bis 2,20 S gekostet hat, kostet heute 29 bis 32 Schilling pro Kilogramm.

Sie werden gemerkt haben, daß im Landesvoranschlag auf Seite 19, Band 2, mehrere Posten vor-

handen sind, welche den Grassamenbau im Inland fördern sollen. Es sind da Prämien für Grassamenvermehrung in der Höhe von 10.000 S eingesetzt. Das wirkt sich praktisch so aus, daß ihnen die Fracht für die Hin- und Herbeförderung des Grassamens aus öffentlichen Mitteln ersetzt wird. Das ist aber nur ein kleiner Teil der Mittel, die für diesen Zweck zur Verfügung stehen. Den Löwenanteil trägt die Kammer, der Bund und auch aus ERP-Mitteln werden Beträge bereitgestellt.

Bezüglich der Bekämpfung der San-José-Schildlaus möchte ich sagen, daß, wenn heute irgend ein Obstgarten durch die San-José-Schildlaus vernichtet wird, meist der Besitzer selbst daran schuld ist. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen. Ich spritze meinen Garten sachgemäß und ich kann sagen, daß ich bisher noch nicht erlebt habe, daß ich einen einzigen Baum hätte ausgraben müssen, während das Ausgraben von Bäumen bei meinen Nachbarn schon zur Haupt-Winterbeschäftigung geworden ist. Also auch hier kommt es auf die Initiative des Einzelnen an. Dazu möchte ich noch sagen, daß auch die Kosten dieser Schildlausbekämpfung nicht allzu hoch sind. Mit 10 bis 15 Liter Spritzflüssigkeit kann man schon einen ausgewachsenen Baum spritzen. (Abg. Dr. Speck: „Und merkt das der Nachbar nicht?“) Pro Baum brauche ich ungefähr ein halbes Kilogramm oder einen halben Liter von diesem konzentrierten Spritzmittel. Das entspricht einer Barauslage von 2,50 S pro erwachsenen Obstbaum. Diesen Betrag muß ich riskieren, wenn ich Wert darauf lege, einen Obstgarten zu besitzen.

Abg. Edlinger hat eine Beschwerde vorgebracht bezüglich eines angeblichen Mißstandes bei der Kartoffelvermehrung. Mir ist wohl bekannt, daß im Frühjahr vorigen Jahres aus Frankreich erhebliche Mengen von Saatkartoffeln der Sorte „Ackerseggen“ hereingebracht worden sind als Futterkartoffel-Sorte. Es ist das die einzig mögliche Kartoffelsorte, die sich durchgesetzt hat, sie ist eine deutsche Züchtung, durch die Kriegereignisse ist die deutsche Züchtungsstation ausgefallen, sie ist restlos zugrunde gegangen. Nun hat man in Frankreich noch recht schöne Bestände dieser Sorte gefunden, und die Bauernkammer hat da etwas sehr vernünftiges gemacht, als sie aus Frankreich einige Waggon von dieser Sorte „Ackerseggen“ hereingeht hat. Sie hat diese Saatkartoffeln in die Vermehrungsbetriebe weitergegeben. Abg. Edlinger hat sich beschwert, daß die Vermehrer ihrer Ablieferungspflicht bezüglich dieser Saatkartoffeln nicht nachgekommen seien. Ich habe nicht die Möglichkeit, die Richtigkeit oder Unrichtigkeit dieser Behauptung nachzuurufen, maßgebend und entscheidend ist für mich die Tatsache, daß wir heuer im Frühjahr Saatkartoffeln praktisch in jeder Menge bekommen haben. Vor zwei Tagen ist mir der Geschäftsführer unseres Lagerhauses nachgelaufen und wollte mir Saatkartoffeln der Sorte „Ackerseggen“ anhängen, er lebt in der Angst, daß er die Saatkartoffeln nicht los wird. Der Zweck, den die Bauernkammer verfolgt hat, ist der, den Bedarf an gutem Saatgut zu decken. Das ist jedenfalls gelungen und das ist nach meiner Auffassung das primäre. (Abg. Schupfer: „Wir habens von Niederösterreich teuer kaufen müssen.“) Zur Frage, ob der Ankauf von Kartoffelsaatgut unrentabel ist, möchte ich sagen: Abg. Edlinger hat eine Berech-

nung aufgestellt, der ich nicht ganz folgen kann. Er hat gesagt, für ein Hektar sind an Geldaufwand zwei bis zweieinhalb Tausend Schilling notwendig, um den Acker mit einer hochwertigen Saatkartoffelpflanze vollzupflanzen. Diesen Luxus, gleich im ersten Jahr den Acker mit hochwertigen Saatkartoffeln vollzupflanzen, kann sich praktisch kein Bauer leisten. Ich persönlich mache es so, ich kaufe mir alljährlich 150 bis 200 Kilogramm erstklassige Saatkartoffeln, setze diese auf einen gut gedüngten Acker und habe im Herbst bei einigermaßen normalen Verhältnissen mindestens eine schwere Fuhre Kartoffeln und kann dann im nächsten Jahr den Kartoffelacker mit erstklassigem Kartoffelsaatgut vollbepflanzen, und zwar mit einem geringen Aufwand an Geld, um auf dem Gebiete der Sorte auf der Höhe zu bleiben. Zur Berechnung, daß 60.000 Kilogramm Schweinefleisch mehr erzeugt werden könnten, wenn unser Kartoffelbau auf höhere Tourenzahl kommen könnte, möchte ich folgendes sagen: Ich nehme an, daß von 80.000 landwirtschaftlichen Betrieben in Steiermark doch 20.000 Hektar mit Kartoffeln bebaut werden und wenn ich annehme, daß durch eine Verwendung besseren Saatgutes — welches nicht für alle Betriebe in Frage kommt — im Durchschnitt bei allerbescheidensten Ansprüchen mit einer Hektar-Ertragssteigerung von mindestens 3000 Kilogramm pro Hektar zu rechnen ist, das hat sich in 100 und 1000 Fällen ergeben, so komme ich bei 20.000 Hektar auf einen Mehrertrag von 60.000 Tonnen Kartoffeln. Eine einfache feste Regel, die sich mit der Fütterungsstatistik beschäftigt, sagt uns, daß dem Bauern mit 25 Kilogramm Kartoffeln ein Kilogramm Schweinefleisch zuwächst; das ist eine richtige Schätzung, die den allgemeinen Tatsachen entspricht. 60.000 Tonnen zu 25 ist 2400, also nicht 60, sondern 2400 Tonnen Schweinefleisch könnten im Lande Steiermark mehr erzeugt werden, wenn sämtliche Bauern auf ihren Feldern nur hochwertiges Kartoffelsaatgut anpflanzen würden. Das sind Berechnungen, die schon Jahrzehnte hindurch gemacht wurden und deren Stichhaltigkeit sich bewiesen hat.

Es hieße Wasser in die Mur tragen, wollte ich des langen und breiten Worte verlieren über die Notwendigkeit und Bedeutung unseres landwirtschaftlichen Schulwesens. Begriffe wie Grottenhof und Grabnerhof sind schon selbstverständliche Begriffe geworden. Bei Grottenhof haben wir drei Betriebe, das alte Grottenhof in Wetzelsdorf, das den größten Teil seines Grundes verloren hat, das Gut Hart, ein Gutsbetrieb mit 300 Joch Grund in allerdings klimatisch ungünstiger Lage und das dritte Gut Hafendorf, das ehemalige Gut des Ökonomierates Kraft in Kapfenberg, welches für das Müürztal die längst ersehnte landwirtschaftliche Schule darstellt. Präsident Wallner hat in seinen einleitenden Worten darauf hingewiesen, daß beim heutigen Stand des landwirtschaftlichen Schulwesens nur 8 oder 10 Prozent aller Jungbauern und Landarbeiter die Möglichkeit haben, beziehungsweise sie ausnützen, sich eine vollständig abgeschlossene landwirtschaftliche Bildung anzueignen. Tatsächlich reichen die bestehenden landwirtschaftlichen Schulen im großen und ganzen aus. Sie verzeichnen alljährlich rund 250 Absolventen. Wir sind aber nicht zufrieden, weil da bloß der achte bis zehnte Teil der Bauern eine landwirt-

schaftliche Fachschulbildung genießt. Direktor Steinberger ist vor 30 Jahren darangegangen, von Sankt Martin über die ganze Steiermark ein Netz von landwirtschaftlichen Fortbildungsschulen zu ziehen, von denen wir heute rund 200 haben. Diese sind im Bezug auf Schulplan und Einteilung des Unterrichtes mit Grottenhof oder Grabnerhof oder Silberberg in keiner Beziehung zu vergleichen. Sie vermitteln in kurzen Unterrichtsstunden die primitivsten theoretischen Kenntnisse, die der junge Mensch auf dem Lande besitzen muß, um überhaupt heute mitzukommen. Um eine Lücke zu schließen, die sich von früher her störend bemerkbar gemacht hat, hat die Kammer vor zwei Jahren die Errichtung der sogenannten Fachkurse geschaffen. Es sind diese Kammerfachkurse keine Schulungen, kein Ersatz für die landwirtschaftlichen Schulen, keine Konkurrenz für die bestehenden Fortbildungsschulen, sondern nur Perfektionskurse möchte ich sagen für jene jungen Menschen vom Lande, die über eine jahrelange berufliche Praxis verfügen und denen es darum geht, ihre Kenntnisse auf diesem oder jenem Wissensgebiet zu ergänzen. Der unerhört starke Andrang — die Anmeldung zu diesen Kursen konnte in keinem Fall voll entgegengenommen werden, voll befriedigt werden — zeigt, daß die Kammer auf diesem Gebiete Schritte gegangen ist, die zum Erfolg führten.

Ich halte es für überflüssig, über dieses Kapitel noch weitere Worte zu verlieren. Ich möchte nur noch kurz bemerken, daß auch das Land Steiermark 120.000 S an Stipendien für die landwirtschaftlichen Lehnanstalten bewilligt hat, so daß auch den weniger Bemittelten heute die Möglichkeit offen steht, sich die gewünschten landwirtschaftlichen Berufskennnisse anzueignen.

Wir haben im Lande Steiermark, und zwar in Graz in der Burggasse 2, eine landwirtschaftlich-chemische Versuchsstation, die wohl vielen nur vom Hörensagen bekannt ist oder überhaupt nicht, die aber in den vergangenen Jahrzehnten unsagbar großen Nutzen für die Landwirtschaft gebracht hat. Alljährlich werden tausende von Bodenproben in dieser Station untersucht und welche große Bedeutung diese Untersuchung hat, das habe ich schon aus eigener Erfahrung erkannt. Ich darf als bekannt voraussetzen, daß unsere Kulturpflanzen Pflanzennährstoffe brauchen, und zwar Stickstoff, Kali, Phosphor und Kalk. Bisher hat man die Düngung der Kulturpflanzen so durchgeführt, daß man zum natürlichen Dünger noch einen Kunstdünger gegeben hat. Das hat man so rezeptmäßig gemacht. Die Fachleute waren schon früher der Meinung, daß man dabei in vielen Fällen verschwendet, weil die Wahrscheinlichkeit besteht, daß in vielen Fällen der Boden den einen oder mehrere Nährstoffe selbst in so reichlichem Maße besitzt, daß eine weitere Düngung wenn schon nicht schädlich, so doch überflüssig ist. Ich habe vor zwei Jahren selbst eine solche Bodenuntersuchung durchführen lassen und ich kann sagen, ich war angenehm erstaunt, als mir der Befund mitgeteilt und gesagt wurde, daß in unserer Ortslage der Boden einen befriedigenden Kalkgehalt und außerdem einen sehr hohen Kaligehalt aufweist. Das erspart mir nun all-

jährlich die Mittel für so und so viel 100 Kilogramm Kalisalz und Düngekalk.

Über Entwässerung und Meliorationen möchte ich kurz noch folgendes sagen: Es ist ein Schlagwort in das Volk geworfen worden, und zwar das Schlagwort vom zehnten Bundesland. Immer wieder liest man davon in den Zeitungen. Es soll damit gesagt werden, daß, wenn alle die Flächen in Österreich, die heute infolge der Versumpfung nur einen ungenügenden Ertrag liefern, entwässert werden würden, wir so viel neuen Acker- und Wiesenboden gewinnen würden, als der Fläche eines 10. Bundeslandes entspricht. Es wäre sicher auf diesem Gebiete schon Entscheidendes geschehen, wenn nicht die finanzielle Frage wäre. Die Kosten für die Entwässerung sind nämlich sehr hoch. Ich habe Gelegenheit gehabt, den finanziellen Vorschlag für einige solche Entwässerungsprojekte zu studieren und ich kann Ihnen verraten, daß man im Durchschnitt mit einem Aufwand von 10.000 bis 14.000 S pro Hektar versumpfter Wiese rechnet. Mag auch bei dem einen oder anderen Hektar mit einer niedrigeren Summe das Auslangen gefunden werden, im großen und ganzen wird unter 10.000 S kaum die Sache durchgeführt werden können. Das ist aber eine Summe, die der Bauer selbst aus eigener Kraft nicht aufzubringen imstande ist. Gegenwärtig wird eine Entwässerung durchgeführt in der Weststeiermark beim Zusammenfluß des Södingbaches mit der Kainach. Es soll eine Fläche von 75 ha, also 130 Joch, hier nutzbar gemacht werden. Das ist eine Fläche von 2 großen Bauernhöfen. Diese Entwässerung ist im Kostenvoranschlag mit rund 1 Million Schilling präliminiert. In den meisten Fällen wird die Entwässerung und die nachfolgende Kultivierung einen höheren Kostenaufwand erfordern, als das Grundstück nach erfolgter Melioration überhaupt Verkehrswert besitzt. (Landesrat Dr. Elsnitz: „Freiwilliger Arbeitsdienst! Ist sofort gelöst!“) Man darf daher diese Entwässerung nicht allein vom Standpunkt des Bauern betrachten, sondern vom volkswirtschaftlichen Standpunkt. Denn vom Standpunkt des Bauern allein ist die Sache absolut unrentabel. Das hat man auch schon in anderen Ländern erkannt. Wenn wir daran denken, daß gerade Holland auf dem Gebiete der Entwässerung der Lehrmeister für alle Staaten der Welt ist und daß gerade in Holland 90 % der Entwässerungskosten vom Staate getragen werden, so kann man glauben, daß die als sehr genau, sorgsam und sparsam verschrienen Holländer das sicher nicht umsonst gemacht haben.

Über das Kapitel Pflanzenbau wäre folgendes zu sagen: Wir haben im Lande Steiermark keine irgendwie bemerkenswerte eigene Saatgutzücht. Alle Versuche, eigene bodenständige Getreidesorten zu züchten, sind in der Vergangenheit gescheitert. Es sind gegenwärtig einige bescheidene Ansätze vorhanden. Es wurde in Admont der Weizen Sorte Lassers Dikkopf, genannt Sorte 92, gezüchtet. Er macht noch einen ziemlich unausgeglichenen Eindruck. Die Züchtung scheint noch nicht abgeschlossen zu sein. Wenn aber der Weizen das hält, was seine Züchter von ihm halten, so soll uns das freuen. Vorläufig können wir im großen und ganzen nur jene Sorten weiter vermehren, die ein-

mal schon vor Jahren eingeführt wurden und die dann züchterisch weiter behandelt wurden.

Wir haben hier in Steiermark als Roggensorte den Melker-Roggen. Das ist eine Kreuzung zwischen niederösterreichischem Landroggen und Petkuser-Roggen.

Beim Weizen haben wir mehrere Sorten je nach der Landlage. Wir haben den Bayernkönig, den Tassilo-Weizen und als neue Züchtung den Lassers Dikkopf aus Admont, den man übrigens im Vorjahre schon auf mehreren Vermehrungsbetrieben sehen konnte.

An Gerstensorten hat sich die Isaria und die Imperial-Gerste hier durchgesetzt und bei den Hafersorten die Gelbhafersorten.

Bezüglich des Saatkartoffelanbaues möchte ich sagen, daß keine andere Investition in der Landwirtschaft sich so rasch auswirkt, wie die Verwendung von hoch gezüchtetem Kartoffelsaatgut. Die Statistik sagt uns, daß um das Jahr 1900 der Durchschnittskartoffelertrag 700 kg pro Hektar betrug und heute haben wir schon tausende Betriebe in der Steiermark, die Jahr für Jahr durchschnittlich 2000 kg pro Hektar erzielen können. Und alles das wurde nur erzielt durch die Einfuhr, Weiterverwertung und Weitervermehrung bewährter Zuchtsorten.

Ein weiteres Kapitel, das im Laufe der letzten Jahre in der Steiermark modern wurde, ist der Zuckerrübenbau. Man hat jahrzehntelang daran gezweifelt, ob die Zuckerrübe in der Steiermark überhaupt gedeiht. Heute weiß man, daß sie es tut. Die einzige Sorge ist heute nur die Möglichkeit des Absatzes.

Gegenwärtig raufen sich noch die Zuckerrübenfabriken um die Zuckerrüben, sowohl Enns als auch Siegersdorf treten als Interessenten auf. Im Burgenland und in Niederösterreich steigt die Produktion von Zuckerrüben von Jahr zu Jahr an, so daß wir mit unseren Zuckerrüben eines Tages dastehen werden. Das wirkt sich bei uns sehr schwer aus, weil auch noch der Transport zu den Zuckerrübenfabriken zu berücksichtigen ist.

Meine Ausführungen haben sich in ungebührliche Länge gezogen und ich muß die Geduld der Abgeordneten bewundern. Ich glaube aber doch, daß sie in meinen Ausführungen einiges gefunden haben, das sie interessiert und wenn das der Fall ist, sind meine Worte nicht umsonst gesprochen worden. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Abg. Plaimauer: Hohes Haus! Ich werde Sie nicht so lange aufhalten, ich will nur zu den Ausführungen des Präsidenten bzw. Abgeordneten Wallner Stellung nehmen, wonach er eigentlich das Personal oder besser gesagt, die Arbeitsämter beschuldigt, daß sie nicht die notwendige Kraftanstrengung aufbringen, Arbeitskräfte in die Landwirtschaft zu vermitteln bzw. daß sie zusehen, wie man den landwirtschaftlichen Arbeitern, die im Sommer in die Bauwirtschaft aufgenommen wurden, im Winter die Arbeitslosenunterstützung zahlt. Ich möchte das richtigstellen und sagen, daß gerade heute die Arbeitsämter diejenigen Kräfte sind, die alle ihre Kunst, ihre Redegewandtheit aufwenden müssen, um diese landwirt-

schaftlichen Kräfte der Landwirtschaft zu erhalten. Wir waren seinerzeit überrascht, als die Arbeitsplatzwechselverordnung noch bestanden hat, daß es unter anderen auch die Bauern waren, die der Aufhebung der Arbeitsplatzwechselverordnung zugestimmt haben. Unsere spätere Erfahrung hat uns zwar gelehrt, daß sie richtig gehandelt haben, denn wenn jemand in der Landwirtschaft nicht bleiben will, so ist es ausgeschlossen, ihn mit Zwang zu halten. Andererseits in der Zeit, wo es der Industrie und dem Gewerbe gerade nach der Aufhebung der Arbeitsplatzwechselverordnung gelungen ist, Arbeitskräfte zu bekommen, sind natürlich gerade die Bauernsöhne in die Industrie geströmt. Es gibt heute Betriebe, wo vier bis fünf Söhne von einem Bauern in einem Industriebetrieb arbeiten und auf diesem Bauernhof arbeiten zwei landwirtschaftliche fremde Arbeitskräfte. Es ist das einerseits begreiflich, weil sie eben in der Industrie mehr verdienen, andererseits hat aber die Landwirtschaft alles Interesse, zu trachten, daß die Söhne der Bauern zuerst versuchen, auf dem eigenen Hof mit voller Kraft ihren Dienst zu versehen. Ich möchte zusammenfassend sagen, daß gerade auf dem Gebiete der Rückführung von Arbeitskräften in die Landwirtschaft von Seite der Arbeitsämter alles Erdenkliche unternommen wurde. Es wurden mit den Industrieunternehmungen und mit den gewerblichen Betrieben Verträge abgeschlossen, womöglich landwirtschaftliche Kräfte nicht einzustellen und es geschieht das jetzt zum größten Teil in der Form, daß die Arbeitgeber alle landwirtschaftlichen Arbeiter an das Arbeitsamt verweisen, so daß von diesen jetzt niemand in die Industrie oder auf einen Bau vermittelt wird, wenn er eine landwirtschaftliche Arbeitskraft ist — es sei denn, daß es sozial begründet ist — weil wir alles daran setzen müssen, die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte der Landwirtschaft zu erhalten. Das habe ich zur Richtigstellung der Ausführungen des Herrn Präsidenten Wallner für notwendig befunden, zu sagen. (Bravorufe, Händeklatschen bei SPÖ.)

Abg. Dr. Speck: Hoher Landtag! Ich bin an sich nicht berufen, zu landwirtschaftlichen Dingen zu sprechen. Aber als Bürgermeister der Stadt Graz habe ich doch einiges Interesse daran. Es sind über 1500 Bauern, die auf dem Gebiete der Stadt Graz leben und arbeiten. Wenn Abg. Hegenbart so lange gesprochen hat, so kann ich doch seine Frage, ob seine Ausführungen die Mitglieder des Hohen Hauses interessiert haben, für mich bejahen. Ich habe ihm in einem Zwischenruf eine Frage zugeworfen, er scheint sie aber nicht richtig gehört oder nicht richtig verstanden zu haben. Abg. Hegenbart hat über den Kampf gegen die San-José-Schildlaus gesprochen und darauf verwiesen, daß die Spritzmittel, die Kosten und Arbeit verursachen, doch auf Grund seiner eigenen Erfahrung einen großen Erfolg bedeuten. Der Beweis ist, daß sein Nachbar, der sich einen Teufel um das Spritzen gekümmert hat, im Winter seine Hauptarbeit in dem Herausarbeiten von zugrundegerichteten Bäumen sehen mußte. Nun habe ich ihn gefragt: Lernen die Nachbarn nichts von Ihnen? Es ist diese Frage ernstlich aufzuwerfen. Es ist natürlich klar, daß die Verwendung aller

solcher Mittel Geld und Arbeit kostet und man außerdem noch mißtrauisch ihrer Wirkung gegenübersteht, dem Sprichwort folgend: Der Bauer ißt nur, was er kennt. Es ist die Eigenschaft vieler Menschen, allem Neuen mißtrauisch gegenüberzustehen. Die Gegenwart ist allerdings auch ein Beispiel für das Gegenteil; sie ist allem Neuen zugewendet und bereit, Versuche dort zu machen, wo der Erfolg nicht von vornherein feststeht. Die Bekämpfung der San-José-Schildlaus ist von sehr großer Wichtigkeit für Steiermark und auch für Graz als Beherberger von 225.000 Konsumenten. Und da nun diese Frage für uns von so großer Wichtigkeit ist, erlaube ich mir meine frühere Frage zu wiederholen, ob nicht das Ergebnis war — und ich glaube, es werden auch andere sein, die dieses Bekämpfungsmittel mit Erfolg verwendet haben — daß der Nachbar am Schaden lernt, daß er verstehen lernt, wie er mit seiner mißtrauischen Auffassung sich und andere schädigt. Ich meine, ob das nicht nach ein oder zwei Jahren eine gewisse Lehrwirkung hat. Ich kann darauf verweisen, daß wir auf anderen ähnlichen Gebieten vor derselben Situation stehen, daß wir z. B. die künstliche Befruchtung der Rinder in Graz durchführen mußten. Seit Dezember v. J. sind 13 Stationen errichtet und bei verschiedenen Bauern rund um Graz verteilt. Nun wird durch Tierärzte der Landesregierung diese künstliche Befruchtung mit dem Samen, der aus der Oststeiermark stammt, durchgeführt. Viele Bauern sind mißtrauisch und dieses Mißtrauen ist solange berechtigt, solange nicht ein Erfolg da ist. Da die Rinder dieselbe Tragzeit haben wie der Mensch, werden die Kälber im Herbst dieses Jahres in Erscheinung treten müssen und wenn sie gesund, lebendig und rassisch besser sind, weil ja diese künstliche Befruchtung von Vattertieren erster Klasse stammt, müßte das Mißtrauen der Bauern aufhören; die Bauern der Grazer Umgebung hätten die Möglichkeit, davon Gebrauch zu machen, und müßten davon auch wirklich Gebrauch machen. Ich möchte nun den Abg. Hegenbart fragen, ob er glaubt, daß in allen diesen Dingen der Erfolg dieser praktischen Lehre rasch und bald eintritt, oder ob man sagen muß, der es verwendet, der hat Erfolg, die anderen kümmern sich nicht darum.

Es klingt immer wieder aus einer Reihe der bäuerlichen Vertreter die Klage durch, daß im Landesvoranschlag für die landwirtschaftlichen Schulen zu wenig getan wird, daß die bezüglichen Beträge zu wenig erhöht wurden. In sämtlichen Kapiteln ist gesteigert worden, auch dort, Sie dürfen nicht vergessen, daß diese Beträge nicht bloß in der ordentlichen Gebarung aufscheinen, sondern auch in der außerordentlichen Gebarung eine Reihe von Beträgen eingesetzt sind, die berechtigterweise mitberücksichtigt werden müssen. Hiezu eine Frage an die Abteilung 8:

Was geschieht in Wirklichkeit mit den Absolventen der landwirtschaftlichen Fachschulen? Ich würde bitten, daß man einmal eine ernste Statistik aufstellt, woraus zu ersehen ist, was ist aus den Absolventen, die im Jahre X die Schule verlassen haben, geworden, wie viele von ihnen sind wirklich in der Landwirtschaft verblieben und in welcher Art sind sie beschäftigt, sind sie Landwirte oder

was sonst und wie viele von ihnen gehen dann doch in einen städtischen oder Industrierberuf? Denn, wenn wir das einmal haben, dann werden wir von einem anderen Gesichtspunkt aus sehen, inwieweit diese landwirtschaftlichen Fachschulen ihrem wirklichen Zweck entsprechen oder bis zu welchem Prozentsatz sie in ganz anderer Richtung sich ausgewirkt haben als dies eigentlich geplant ist. Ich glaube, es wäre die Abteilung 8 hierfür zuständig, daß man einmal diese Klarstellungen macht und uns darüber berichtet. Dies wäre für uns alle, sowohl für die Vertreter der Landwirtschaft, wie auch für alle anderen von großem Interesse. (Bravorufe, Händeklatschen bei SPÖ.)

Berichterstatter Abg. **Wallner**: Hohes Haus! Die Vielzahl der Debattenredner hat unter Beweis gestellt, daß das Kapitel 7 eines der wichtigsten ist, das wir zu behandeln haben. Ich kann feststellen, daß die einzelnen Punkte in diesem Kapitel durch die Debattenredner bereits so ausführlich behandelt wurden, daß ich nicht auf die einzelnen Details zurückzukommen brauche. Ich darf feststellen, daß die Mehrzahl der Redner positiv zu dem Voranschlag Stellung genommen hat und daß immer wieder zum Ausdruck gekommen ist, daß die Mittel noch viel zu gering sind, um die Aufgaben zu erfüllen, die erfüllt werden müssen.

Ich darf von rückwärts beginnen und gleich Herrn Bürgermeister Dr. Speck antworten. Die San-José-Schildlaus-Bekämpfung, die heute immer mehr um sich greift, scheitert bei vielen Besitzern daran, daß die Spritzmittel sehr hoch im Preise sind. Es ist uns — der Kammer — schon sehr oft der Vorschlag gemacht worden, diese doch zu verbilligen. Ich war selbst im Landwirtschaftsministerium, um hier eine Hilfe zu erhalten und man hat mir dort gesagt, daß es wohl in der Lage sei für Spritzen und Geräte, die dabei Verwendung finden, Zuschüsse zu geben, aber die Verbilligung der Spritzmittel macht derartige Millionenbeträge aus, daß es unmöglich ist, hier zu helfen. Ein Bauer, der heute den Obstbau fortschrittlich betreibt und aus diesem die entsprechenden Einnahmen hat, der wird auch die Mittel aufbringen, um die Bekämpfungsmaßnahmen richtig durchzuführen. Wir haben aber auch dadurch vielleicht, daß man in den vergangenen Jahrzehnten die Notwendigkeit der Ausbildung der bäuerlichen Jugend viel zu wenig erkannt hat, mit Bauern zu tun, die den Obstbau auch heute noch nicht so betreiben, wie es sein sollte und daher auch nicht die Mittel und das Interesse aufbringen, um die Bekämpfungsmaßnahmen durchzuführen.

Bezüglich der künstlichen Besamung haben wir uns auf den Standpunkt gestellt, daß wir nicht mit Zwang vorgehen wollen. Es ist so bei unserer Bauernschaft, daß nur das faßbar ist, was in der Auswirkung als richtig erkannt wird. Wir können heute feststellen, daß die künstliche Besamung im letzten Jahr bedeutend zugenommen hat und wir haben zu Beginn des Jahres 1949 in Gleisdorf noch drei Stiere stehen gehabt, während es heute schon 10 Stiere sind. Der Samen von ihnen wird in die ganze Steiermark verschickt. Wenn diese künstliche Besamung bei vielen noch nicht jenen

Anklang findet, der notwendig wäre, dann deshalb, weil vielfach irrtümlicherweise die Bauern die künstliche Besamung als das Allheilmittel betrachten und der Meinung sind, daß Tiere, die auf natürliche Befruchtung nicht reagieren, durch die künstliche Befruchtung ohne weiteres ansprechen. Die künstliche Befruchtung braucht genau so als Voraussetzung ein gesundes Tier wie die natürliche Befruchtung und deshalb ist auch bei der künstlichen Befruchtung in erster Linie notwendig, daß das Tier auch tierärztlich untersucht und wenn es krank ist, vorher behandelt und dann erst künstlich besamt wird.

Bezüglich der landwirtschaftlichen Fachschulen — ich bin nicht ganz genau im Bilde — darf ich eines feststellen, daß es in der Vergangenheit so war, daß die Besucher der Landes-Ackerbauschule Grottenhof vielfach nicht mehr in die bäuerlichen Betriebe gegangen, sondern alles mögliche andere geworden sind. Aber heute, glaube ich, ist das in dem Maße nicht mehr festzustellen, weil viel zu viel Angebot ist bei den einzelnen Berufsständen. Wir können sagen, daß der größte Teil der Besucher dieser Schulen Bauernburschen und wenn auch nicht, so doch bereit sind, als Wirtschaftler oder Verwalter in landwirtschaftliche Betriebe zu gehen.

In Beantwortung verschiedener Anfragen muß ich feststellen, daß der Herr Abg. Edlinger bedauerlicherweise Kritik geübt hat in einer Art und Weise, wie ich sie ablehnen muß. Ich muß es ganz energisch ablehnen, weil er der Meinung Ausdruck gegeben hat, daß öffentliche Förderungsmaßnahmen irgendwie parteiisch verwendet werden. Es soll mir ein einziger Fall nachgewiesen werden, daß die Landwirtschaftskammer in der Zuweisung öffentlicher Mittel nach irgend einem parteiischen Standpunkt vorgegangen ist.

(Abg. Edlinger: „Das habe ich nicht gesagt“.) Ich habe es mir vermerkt. Ich möchte nur bemerken, daß die Mittel nur nach sachlichen Gesichtspunkten verteilt worden sind.

Bezüglich der Erzeugung von Saatgut möchte ich folgendes sagen: Vor dem Kriege war es nicht üblich in der Steiermark, daß wir auf den verschiedenen Gebieten so weitgehend Saatgut erzeugen mußten wie heute. Wie schon der Herr Abg. Hegenbarth mitgeteilt hat, haben wir das Saatgut bei Kartoffeln meist aus Schlesien und Pommern bezogen, Leinsamen war der beste aus Riga, Burgunder aus Norddeutschland und Holland, Grassamen aus Belgien, Frankreich und teilweise auch aus Italien, weil bei uns hier vielfach mit den vielen Niederschlägen nicht die notwendige Voraussetzung vorhanden ist. Die Grassamen kommen heute verhältnismäßig teuer durch die Einfuhr. Wir haben aber in der Landeskammer auf dem Gebiete der Saatgutvermehrung in den letzten Jahren entscheidende Erfolge erzielt. Es waren im vorigen Jahre Pflanzenbauer und Saatzüchter aus allen Ländern bei uns in Kornberg, um zu sehen, wie wir diese Züchtung organisieren. Wie schon der Herr Abgeordnete Hegenbarth erwähnt hat, wird bei uns Lassers Dikkopf gezüchtet und wir haben Erträge bis 53 Zentner pro Hektar damit aufzuweisen. Bezüglich der Kartoffelvermehrung muß ich sagen, daß wir im Durchschnitt der letzten Jahre den sechs-

fachen Ertrag des Saatgutes in der Vermehrung zurückhalten haben und daß heuer eine Schwierigkeit in der Saatgutvermehrung nicht aufscheinen wird. Daß das Saatgut auf dem Getreidesektor gleich zu gleich getauscht werden soll, das glauben Sie wohl selbst nicht. Sie würden es ja sicher auch nicht tun. Saatgut muß gebeizt und triolt abgegeben werden an die Bezieher und wir müssen trachten, daß die Saatgutvermehrung vor allem auf größeren Besitzungen vor sich geht, da wir nicht tausende Parzellen betreuen und begutachten können. Und je kleiner der Betrieb ist, desto weniger Saatgut wird zur Abgabe zur Verfügung gestellt. Deshalb müssen da die größeren Betriebe herangezogen werden.

Bezüglich des Ankaufes weiblicher Rinder kann ich mitteilen, daß im vorigen Jahr etwas über 400 Tiere abgesetzt wurden und der Durchschnittspreis 4500 S betragen hat.

Es haben sich einige Redner befaßt mit der Notwendigkeit der Bergbauernhilfe.

Es ist hier ausgeführt worden, welche Vorschläge zu bringen wären, die geeignet sind, hier Abhilfe zu schaffen. Tatsache ist, daß die Bergbauernschaft in höheren Lagen unter besonderen Schwierigkeiten arbeiten muß und sie daher auch am ersten von der Bauernschaft in Schwierigkeiten kommt. Mit Förderungsmaßnahmen allein und Beihilfen wird es nicht möglich sein, unsern Bergwirtschaften zu helfen. Es ist notwendig, daß sie anderweitig entlastet werden, daß da Unterschiede gemacht werden in der Bewertung der Betriebe bei der Einkommensteuer, bei den Sozialversicherungen und bei verschiedenen anderen Zahlungen, die die Bauern leisten müssen. Die Versicherungsprämie ist gerade beim Bergbauernbetrieb sehr groß, so daß die meisten Betriebe sich nicht voll versichern können. Wenn er nun abbrennt, ist er in größten Schwierigkeiten, weil er förmlich nicht in der Lage ist, den Betrieb aufzubauen. Er gibt lieber den Betrieb her. Sie werden daraus ersehen, wie notwendig es heute ist, in der gesamten Steuerpolitik auf den Bergbauernbetrieb Rücksicht zu nehmen.

Bezüglich der Mechanisierung steht unsere Landwirtschaft vor großen Schwierigkeiten deshalb, weil wir nicht nur viele Kleinbauern, sondern auch eine Unmenge kleiner und kleinster Parzellen zur Verfügung haben. Mit der Zusammenlegung wurde bereits begonnen. Bei Ilz hat sich ein großes Gebiet zusammengeschlossen, auch bei St. Georgen an der Stiefing, aber es ist, wie ein Abgeordneter selbst ausgeführt hat, diese Aufgabe nicht leicht. Wenn eine Fläche mit gleichwertigen Grundstücken zur Verfügung steht, ist es ja leichter, aber durch Verschiedenartigkeit der Parzellen fühlt sich jeder überverteilt. Wir werden hier weiter fortfahren, das zu tun, was wir tun können und die diesbezüglichen Forderungen entsprechend unterstützen.

Abg. Schupfer hat mitgeteilt, daß bei der Ausgabe von Waldpflanzen Schwierigkeiten sind. Wir betreuen eine Pflanzenschule in Schloß Pichl im Mürtale, mir ist aber von solchen Schwierigkeiten oder Beschwerden nicht berichtet worden. Wir haben im ersten Jahre kein Saatgut für die Ein-

pflanzung dieser Pflanzen erhalten können und jetzt erst kommen die Pflanzen heraus.

Ich darf zusammenfassend feststellen, daß alle Redner positiv zu den Förderungsmaßnahmen, die wir bisher getätigt haben, eingestellt waren. Ich darf feststellen, daß die Landeskammer weiter bestrebt sein wird, die Förderung in einer Art und Weise durchzuführen, daß eine Kritik, von welcher Seite immer sie komme, nicht standhalten wird. Ich möchte Sie bitten, Hohes Haus, daß Sie der Forderung der Landwirtschaft, der Notwendigkeit, hier Hilfsmaßnahmen zu ergreifen, auch weiterhin volles Verständnis entgegenbringen. In diesem Sinne darf ich den Antrag stellen, Gruppe 7 im Landesvoranschlag mit den Abänderungsvorschlägen durch den Landtag anzunehmen. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen.)

Präsident: Ich bringe den Antrag des Herrn Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, welche diesem Antrage beistimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu

Gruppe 8, Abschnitt 86.

Berichterstatter ist Abg. Ertl, dem ich das Wort erteile.

Berichterstatter Abg. Ertl: Hohes Haus! Als Berichterstatter der Gruppe 8 darf ich das Hohe Haus versichern, daß sich der Finanzausschuß mit den Abschnitten und Unterabschnitten dieser Gruppe eingehend und verantwortungsbewußt befaßt hat. Die Vorschläge, die uns der Finanzreferent in Gruppe 8 erteilt hat, wurden vom Finanzausschuß unverändert angenommen.

Die größte Sorge in dieser Gruppe bereitete dem Finanzausschuß das ganz empfindliche Defizit der Landesbahnen. Auch hier ist der gesamte Ausschuß nach eingehenden und genauen Besprechungen zur einmütigen Überzeugung gekommen, daß alle zusammenhelfen sollen, dieses empfindliche, förmlich untragbare Defizit in der nächsten Zeit doch etwas herabzumindern.

Der Abschnitt 8 hat eine Gesamteinnahme von
S 6,261.800.—
eine Ausgabe von S 13,323.800.—
somit einen Abgang von S 7,062.000.—

Ich bitte, ihm die Genehmigung zu erteilen.

Abg. Hofmann: Hohes Haus! Ich würde wünschen, daß eine gewisse Seite, wenn man von einem, wie ich zugeben will, naturgegebenen Defizit bei einer Bahn spricht, jene Objektivität walten lassen würde, wie bei den Bahnen, die allein den Bund betreffen, wo sich Presse und andere Stellen nicht genug tun können aufzuzeigen, wie schlecht diese Bundesbahnen geführt sind, wie hoch das Defizit und wie unerhört die Belastung der Bevölkerung wegen dieses hohen Defizites ist. Daß die Landesbahnen auch ein Defizit haben, verstehe ich durchaus, obwohl ich nicht so sehr erfahrener Fachmann, sondern nur ein einfacher und schlichter Ab-

geordneter bin, der der Meinung ist, daß er das Recht hat, die Interessen seiner Wählerschaft im Landtag zu vertreten.

Wenn wir das Defizit bei den Landesbahnen ansehen, das fast 7 Millionen Schilling beträgt, so haben wir in den Erläuterungen im Finanzausschuß uns eingehend darüber unterhalten. Wir sind durchaus der Meinung, daß es bei allen Bahnen in der heutigen Zeit, gleichgültig welchen, kaum ohne Defizit abgehen wird. Wenn wir uns die Landesbahnen ansehen, nicht jetzt, sondern Jahre zurück, müssen wir feststellen, daß gerade auf Seite des Referates, das die Landesbahnen bei uns in der Steiermark verantwortlich verwaltet, bestimmt Unterlassungen feststellbar sind, die man nicht ohne weiters kritiklos zur Kenntnis nehmen soll. Mit Recht wurde seinerzeit ein neuer Direktor gesucht und bei den Landesbahnen auch gefunden. Wie man eben jemand findet, wenn man jemand sucht! Ich bin der letzte, der behaupten will, daß es die Schuld einer einzelnen Person, selbst eines Regierungsmitgliedes ist, daß dieser Direktor so gar nicht den Erwartungen entsprochen hat. Es wäre vielleicht nicht bei den 400.000 S geblieben, die der Rechnungshof uns in seinem Berichte als Schuld des abgetretenen Landeseisenbahndirektors zur Kenntnis gebracht hat. Es wäre aber viel, viel weniger an Defizit vorhanden, wenn man etwas aufmerksamer gewesen wäre und wenn man sich vor allem von anderen Gesichtspunkten hätte leiten lassen.

Wir haben gehört, daß dieser Landeseisenbahndirektor — bei den Bundesbahnen wäre das nicht möglich, bei dieser schlechten Führung wäre dieser Herr rechtzeitig entfernt worden —, ohne jemanden zu fragen, zwischen 100 und 150 Leute aufgenommen hat, nicht zu dem Zwecke allein, damit die Leute arbeiten, sondern um dem oder jenem gefällig zu sein, der jemand untergebracht wissen wollte.

Ich verstehe durchaus, daß sich die Menschen gedrängt haben, um unterzukommen. Aber ich glaube, eine kühle Überlegung hätte erkennen lassen müssen, daß es ein Leichtsinns ist, Menschen in ein Unternehmen hineinzunehmen, die man nicht braucht und die man dann letzten Endes in irgend einer Form wieder abstoßen muß, um sie dadurch zu zwingen, sich zu einer vielleicht schlechteren Konjunkturzeit anderswo wieder einen Erwerb suchen zu müssen. Und diese überflüssige Aufnahme kostet das Land Steiermark nicht 400.000 S, sondern einige Millionen Schilling, weil man ja die Leute von heute auf morgen nicht auf die Straße setzen kann und darf, weil die Sozialgesetzgebung mit Recht die Einhaltung von Kündigungsfristen und Abfertigungen erzwingt. Nun sehen Sie, Hoher Landtag, schon allein auf diesem Gebiete sind schwerste Fehler geschehen. Wenn auch seinerzeit im Zuge der großen Zerstörungen der Landesbahnen durch die Kriegereignisse diese vielen Instandsetzungen notwendig waren und diese natürlich ganz bedeutende Mittel erforderten, so haben wir diese Mittel, die in den letzten Jahren selbstverständlich bewilligt wurden, doch unter der Voraussetzung gegeben, daß sie so pfleglich angewendet

werden, wie man es in einem ordentlichen Haushalt erwarten kann.

Nur ein Beispiel von vielen! Es wurde eine Firma beauftragt, eine Eisenbahnbrücke über einen Fluß — die Brücke wurde im Kriege gesprengt — mit Minium zu streichen und dann natürlich noch mit dem üblichen Lackanstrich zu versehen. Die Arbeit wurde im Ausschreibungswege vergeben. Es hat sich aber herausgestellt, daß diese Firma eine besondere Form von Privatinitiative hervorgekehrt hat, auf kriminellem Gebiet allerdings, da sie die Brücke nur einmal gestrichen, aber den Anstrich zweimal verrechnet hat. Man hat jetzt einen Prozeß gegen diese Firma angestrengt. Ob die Direktion und die Verwaltung der Landesbahnen es an der pflichtgemäßen Obsorge habe mangeln lassen, das wird das Referat, dem die Landesbahnen unterstellt sind, ja wahrscheinlich viel besser wissen als wir.

Noch eines will ich erwähnen. Ich habe einmal bei Gelegenheit in einem Finanzausschuß darüber gesprochen, daß der an die Landesbahnen angeschlossene Autobusbetrieb nicht den Anforderungen entspricht und auch nicht so geführt ist, wie man es füglich verlangen soll. Ich habe dort mitgeteilt, daß mir zur Kenntnis gebracht wurde, einer der leitenden Beamten habe in Ruhe erklärt, daß ihn der Autobusverkehr nicht interessiere, da er Eisenbahnfachmann sei. Daß man natürlich bei einem leitenden Beamten, der verantwortlich ist für den Bahnbetrieb, kein besonderes Verständnis und keine besondere Liebe für den angeschlossenen Autobusbetrieb verlangen kann, ist verständlich. Es hat auch darnach ausgesehen. Ich habe zum Beispiel feststellen müssen, daß ein 10-t-Lastwagen angeschafft wurde, um auf der Strecke Feldbach—Gleichenberg Schotter und sonstiges Material führen zu können, das man eben für den Wiederaufbau benötigt. Gerade in der damaligen Zeit wurden derartige leistungsfähige Lastkraftwagen mit 10 Tonnen dringend gebraucht, weil der Schotterbedarf in der Oststeiermark durch die Kriegereignisse in der ersten Zeit ungeheuer groß gewesen ist. Es ist auch ein neues Vorkommen dort in der Oststeiermark bei den sogenannten Gleichenbergen in Gössendorf erschlossen worden, und zwar ein Traßvorkommen. Dieses Unternehmen hat Lastautos gesucht, um den Traß nach Feldbach zur Bahn bringen zu können. Ich habe nun bemerken müssen, daß der 10-t-Lastwagen der Landesbahn einen ganzen Herbst und Winter hindurch in Schnee und Regen gestanden ist. Die Landeseisenbahn hat daneben Kontrahenten aufgenommen, um ihre notwendigen Lasten befördern zu können. Auf meine Anfrage habe ich eine Antwort erhalten, die wie eine kalte Dusche gewirkt hat. Es hat, wie sich herausgestellt hat, bei dem Lastauto nicht mehr als ein Kupferröhr von 20 bis 30 cm Länge gefehlt und weil die Beschaffung eines Kupferröhrs auf bürokratischem Wege bei der Landeseisenbahndirektion nicht ohne weiters möglich war, ist das Lastauto ganz einfach über Herbst und Winter dort gestanden. Aber wenn Sie vielleicht glauben, Hohes Haus, daß der Erfolg meiner Anfrage der gewesen wäre, daß man diesen Übelstand sofort abgestellt hätte, oh nein, es wurde eine hochnotpeinliche Untersuchung nur darüber angestellt, wer mir denn

von dieser Sache überhaupt berichtet hat. Ich habe mich anlässlich einer Ausschusssitzung ganz energisch dagegen verwahrt — Sie waren ja dabei, Herr Landesrat Illig —, daß, wenn ein gewählter Abgeordneter — und schließlich bin ich gewählter Abgeordneter und fühle mich verantwortlich meinen Wählern gegenüber — eine Anfrage richtet und Mißstände aufzeigt, daß dann das zuständige Referat oder sonst eine mir unbekannt Stelle, statt die aufgezeigten Mißstände abzustellen, den Bediensteten zur Verantwortung zieht, weil er einem frei gewählten demokratischen Abgeordneten davon Mitteilung gemacht hat. (Abg. Operschall: „Betriebsgeheimnisverletzung!“) Das ist eine sehr gute und angenehme Ausrede in diesem Fall des 10-Tonnen-Lastwagens. (Abg. Wegart: „Gute Ausrede!“) Dann haben wir einen leitenden Ingenieur gehabt im Ausschuss, der hat herumgekrepzt — denn reden kann man das ja nicht nennen — (Landesrat Dr. Illig: „Wer?“) daß das Auto jetzt wieder, obwohl das Röhr eingebaut ist, steht, weil es sich beim Schotterfahren herausgestellt hat, daß es unbehquem ist. Es hieß auch, daß noch eine „schiefe Bahn“ eingebaut werden müsse. Das werde bald geschehen und dann werde es fahren. Es ist bald geschehen, aber jetzt sind wir so weit, daß dieser 10-Tonnen-Lastwagen verkäuflich ist für jeden, der so dumm ist, dieses Vehikel zu kaufen. Aber wenn wir eine Erfolgsrechnung aufstellen würden, was die Anschaffung, die Reparatur und dieses und jenes gekostet hat, dann würden wir feststellen, daß wir schon drei solche Lastwagen hätten bekommen können für dieses Geld, das dieser eine Wagen das Land gekostet hat, und zwar nur durch diese wunderbare Verwaltungstätigkeit einiger maßgeblicher Organe bei der Landesbahn.

Nun, Hohes Haus, es ist noch etwas anderes auch passiert. Was sagen Sie zur folgenden Verwaltungstätigkeit? Es wird von den Landeseisenbahnen eine Autobuslinie geführt von Feldbach über Raabau, Lödersdorf nach Unterlamm. Man würde denken, daß der Autobus von Unterlamm nach Feldbach-Stadt, wo die Mittelschulen sind, doch mindestens zu einer Zeit am Morgen ankommt, daß die Kinder in die Schule und die Arbeiter und Angestellten zeitgerecht zum Arbeitsplatz kommen. Nun, das gibt es nicht! Fahrplanmäßig kommt er 10 Minuten nach 8 Uhr an und fährt auch nicht nach 12 Uhr, wenn die Leute aus den Betrieben kommen und die Schulen beendet sind, ab, sondern genau pflichtgemäß 5 Minuten vor 12 Uhr. Der eine der Chauffeure ist auf Bitten etwas später gefahren, weil ein paar Leute gemeint haben, auf die 5 Minuten kommt es nicht an; er hat dafür einen Strafabzug bekommen. Sehen Sie, nach der Verordnung, der Dienstpragmatik, ist das in Ordnung, der Chauffeur im Unrecht, nach dem gesunden Menschenverstand aber, ich will keinen schärferen Ausdruck gebrauchen, müßte man mehr oder weniger nach dem Psychiater rufen. Wenn man nun die Fahrpläne so erstellt, daß der Autobus zu solch unmöglichen Zeiten ankommt und wegfährt, darf man sich nicht wundern, wenn mit dem Vehikel niemand fährt. Die Leute sagen, mit dem Autobus fahre ich nicht, da komme ich entweder zu früh, aber zu spät auf alle Fälle. Es sind andere Linien da, die sie dann benützen.

Im Betrieb draußen war eine große Feier und es hat sich da ergeben, daß der Landeseisenbahndirektor als Veranstalter dieser Feier eine Stunde zu spät gekommen ist. Er ist aber nicht mit der Bahn gefahren, er ist mit dem Personenkraftwagen gekommen, mit dem er auch sonst seine Dienstfahrten von Graz nach Wien unternommen hat, in einem Ausmaße, daß vom Rechnungshof sehr schwer beanstandet wurde. Es haben diese Dienstfahrten einige Hunderttausend Schilling gekostet.

Auch die Verbindung Feldbach mit Radkersburg und zurück wurde so geistreich erstellt, daß man Straden als Übernachtungssation wählte, während man früher in einem Tag entweder von Radkersburg nach Feldbach oder von Feldbach nach Radkersburg und zurück gekommen ist. Erst der neue Eisenbahndirektor, dessen Fähigkeit ich voll anerkenne und dessen Schuld es nicht ist, hat dies nach Rücksprache mit mir abgestellt. Er ist auch der Meinung, es sei zu verurteilen, Straden wegen der Gewinnsucht eines Wirtshauses als Mittelpunkt zu wählen, sondern es komme darauf an, daß die Linie nicht passiv sondern aktiv betrieben werde. Es hat sich auch schon diesbezüglich ein Erfolg gezeigt. Die Einnahmen sind dadurch bei einer Linie nur durch eine kleine Umgruppierung um 60 Prozent höher.

Es geht nicht immer an, auf den einen alles abzuwälzen und dem anderen die Verantwortung aufzulasten und bei jeder Gelegenheit festzustellen, daß das Referat mustergültig geführt werde. Das will ich bestreiten. Daß natürlicherweise die Referate selbstverständlich sauber geführt werden von den verantwortlichen Politikern, bezweifle ich bei keinem unserer Landesregierungsmitglieder, ich zweifle aber daran, ob das verantwortliche Landesregierungsmitglied seinerzeit jene Aufmerksamkeit geübt hat, die man aufbringen muß und zu der er verpflichtet erscheint. (Abg. Wegart: „Oststeirische Geschichten!“) Ich habe Ihren geistreichen Zwischenruf nicht verstanden (Zwischenruf: „Das sind oststeirische Geschichten!“) Oststeirische Geschichten? Das ist keine Geschichte, das ist keine Phantasie, denn das sind Tatsachen, die bekannt sind, über die wir schon oft gesprochen haben. Ich liebe keine Phantasiegeschichten, wenn ich etwas behauptete, überlege ich es gründlich, bevor ich im offenen Hause darüber rede. Ich will Sie nicht mehr länger aufhalten, sie wissen ja das alles selbst. Ich will nicht reden von Wasserleitungsbauten, die für eine Familie allein 48.000 S gekostet haben und wie überflüssig das war.

Ich muß aber die Gelegenheit wahrnehmen, über etwas noch zu reden, was uns in beweglichen Tönen im Ausschuss zur Kenntnis gebracht wurde und wovon man immer hört, und zwar von der Verwaltungsreform. Gerade hier wäre die Möglichkeit der Verwaltungsreform, nur möchte ich eines namens meiner Fraktion sagen. Mit einer Verwaltungsreform, die nur einzig und allein auf Kosten von Arbeitern und Angestellten geht, sind wir durchaus nicht einverstanden. Es erfordert mehr Grips und Nachdenken, eine Verwaltungsreform durchzuführen bei den Landeseisenbahnen, die nicht die Angestellten allein betrifft. Gerade bei solchen Menschen, wie ich sie vorhin geschildert habe, wäre eine Verwaltungsreform angebracht. Ich will nicht

erzählen, wo der Herr heute ist, Sie wissen es ja selbst. Aber darauf muß ich noch hinweisen, daß ich genau so wie Sie alle der Meinung bin, daß wir trachten müssen, das Defizit bei den Landesbahnen auf ein erträgliches Maß herabzudrücken. Ich halte es mit der Demokratie für unvereinbar, über Unzukömmlichkeiten nicht reden zu können, man soll offen und ehrlich reden, die Bevölkerung aufklären und es zugeben, wenn Fehler gemacht worden sind. Man soll nicht selbstgefällig sein, wie es oft auf der anderen Seite geschieht, zu meinen, wir allein nur verwalten ausgezeichnet, alle anderen aber verstünden nichts, haben nichts gelernt, seien unfähig und man könne ihnen nichts anvertrauen. Deshalb habe ich mir erlaubt, über das Kapitel zu reden und zu bitten, daß in Zukunft mit einer zweckentsprechenden Verwaltungsreform das bestmögliche aus den Landesbahnen herausgeholt werde. (Händeklatschen, Bravorufe bei SPÖ.)

Präsident: Abg. Hoffmann hat zum zweiten Teil der Gruppe 8 gesprochen. Da Abg. Ertl für beide Teile der Gruppe 8 Berichterstatter ist, so schlage ich vor, daß beide Gruppen gemeinsam behandelt werden. Wenn keine Einwendung erhoben wird, nehme ich an, daß das Hohe Haus damit einverstanden ist. (Nach einer Pause.) Es ist keine Einwendung, ich werde so vorgehen.

Landesrat **Dr. Illig:** Ich habe nicht vorgehabt, außerhalb der Generaldebatte während der diesjährigen Budgetverhandlung noch einmal das Wort zu ergreifen. Die Ausführungen meines Herrn Vordrängers, Abg. Hofmann, nötigen mich aber dazu, diesen Vorsatz fallen zu lassen.

Hoher Landtag! Wir sind es gewöhnt, uns der Reden des Herrn Abg. Hofmann zu erfreuen, weil sie immer mit viel Arabesken ausgeschmückt sind und die munteren Kapriolensprünge seiner Rede wie den Mitgliedern des Hohen Hauses erfahrungsgemäß viel Vergnügen bereiten. (Abg. **Opereschall:** „Kann man bei Ihnen nicht immer behaupten!“) Ich muß aber doch sachlicherweise einige Richtigstellungen zu den Bemerkungen des Herrn Abg. Hofmann vornehmen. Gleich vorwegnehmend möchte ich der Meinung Ausdruck geben, daß er durch seine Ausführungen der Sache bestimmt keinen guten Dienst erwiesen hat. Denn man soll nicht in einem Augenblick, wo eine neue Verwaltung ins Amt tritt, nachdem man den Finanzausschuß ausführlich über alle Maßnahmen informiert hat, die ins Auge gefaßt sind, um eine Besserung herbeizuführen im Status der Landesbahnen, diese dann vor der Öffentlichkeit heruntersetzen. Ob der Sache dadurch gedient wird, erscheint mir daher sehr zweifelhaft. Ich bin genötigt, als Referent für die Landesbahnen zu den Ausführungen des Abg. Hofmann Stellung zu nehmen, obwohl alles das nicht während meiner Amtsführung geschah, denn es sind dies meist längst vergangene Begebenheiten. Ich habe das Referat nach den Neuwahlen im Vorjahr, im Spätherbst sozusagen, als unerwünschtes Weihnachtsgeschenk zugewiesen erhalten mit dem Auftrag, einen Versuch zu machen, das überaus hohe Defizit bei den Landesbahnen durch geeignete Reformen auf ein erträgliches Maß herabzudrücken. Daß es gelingen könnte, den

Haushalt der steirischen Landesbahnen zu einem gänzlich ausgeglichenen zu machen, darauf dürfen wir, das möchte ich in aller Offenheit aussprechen, wohl nicht hoffen, denn es gibt beinahe in ganz Europa keine Eisenbahn, die aktiv ist, mit wenigen Ausnahmen, wozu die Schweiz gehört, deren Bundesbahnen zeitweise in gewissen Jahren eine aktive Gebarung aufweisen. Daß dort ganz andere Verhältnisse sind als in Österreich und speziell bei den steirischen Landesbahnen, ist wohl klar. Es ist auch nicht richtig, daß man ganz einfach die Verfehlungen des früheren Direktors, des Herrn Hillebrand, der ÖVP anlasten kann. Der frühere Referent, Landeshauptmannstellvertreter Udier, war genötigt, rasch einen Leiter für die Landesbahnen zu suchen und hat absichtlich nicht einen ÖVP-Mann ausgesucht — Hillebrand war kein ÖVP-Mann —, er hat einen Mann genommen, der ihm sowohl von Seite der Bundesbahnen, als auch von Seite des zuständigen Verkehrsministeriums als Fachmann warm empfohlen worden war. (Abg. **Hofmann:** „Ich mache Ihnen deshalb auch keinen Vorwurf!“) Dieser Beamte hat leider, wie festgestellt werden muß, versagt. Die Landesregierung hat daraus auch die nötigen Konsequenzen gezogen und diesen Direktor nicht nur enthoben, sondern gegen ihn auch die Anzeige beim zuständigen Gericht erstattet. Er war, so viel ich weiß, auch kurze Zeit in Haft. Das Gericht hat das Verfahren mangels strafbarer Tatbestände nach Paragraph soundso viel der Strafprozeßordnung eingestellt. Die Landesregierung hat natürlich die beschlossene Entlassung vollzogen.

Gegen die erwähnte Firma, die da den Betrug begangen hat, einen einmaligen Anstrich zweimal zu verrechnen, ist ebenfalls die Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet worden und außerdem ein Prozeß zur Hereinbringung des Schadensbetrages angestrengt. Es ist also in dieser Angelegenheit alles geschehen, um die festgestellten Fehler zu beseitigen. Nun aber liegt die Sache so auch wieder nicht, daß ohne diesen Direktor Hillebrand die Landesbahnen ein hochaktives Unternehmen wären. Das ist ein fundamentaler Irrtum des Abg. Hofmann (Zwischenruf Abg. Hofmann: „den ich nicht begangen habe!“). Die Landesbahnen waren schon passiv in der ersten Republik (Abg. **Hofmann:** „Das habe ich ja gesagt!“) und während der nationalsozialistischen Ära wurde nicht ein Schilling in die Landesbahnen investiert, daher ist heute sowohl der Oberbau als auch das rollende Material in einem Zustande der Verwahrlosung und nun sollen in der zweiten Republik alle diese Versäumnisse von Jahrzehnten aufgeholt werden zusätzlich zu dem sowieso selbstverständlichen Defizit einer Eisenbahn. Das sind Investitionen, die alle durch diese geschilderten Umstände auf eine äußerst kurze Zeit zusammengedrängt sind.

Eine wichtige Ursache für das empfindliche Defizit der steirischen Landesbahnen liegt auch darin, daß die dem Verkehrsministerium des Herrn Ministers Waldbrunner ebenfalls unterstehenden Kraftwagenbetriebe KÖB und auch die Post den steirischen Landesbahnen schärfste Konkurrenz machen. Was besonders passiv ist bei den Landesbahnen,

ist nämlich der Personenverkehr. Mit Ausnahme der einzigen Linie Unzmarkt—Mauterndorf, wo die Landesbahnen selbst eine bahnparallele Autobuslinie betreiben, wird auf allen anderen Linien in der Steiermark den Landesbahnen von diesen, dem Verkehrsministerium unterstehenden Autobusbetrieben schärfste Konkurrenz gemacht. Jahrelange Versuche, mit dem Verkehrsministerium diesbezüglich zu einem erträglichen Abkommen zu gelangen, um das Problem „Schiene—Straße“ für den Bereich der Landesbahnen zu einem erträglichen zu machen, sind bis jetzt gescheitert. Erst vor wenigen Monaten gelang es mir, nach neuerlichen, vielfältigen Bemühungen und nachdem der Landtag schon zweimal diesbezügliche Resolutionen beschlossen hat, das Verkehrsministerium soweit zu bringen, daß es nunmehr grundsätzlich seine Zustimmung gegeben hat, Verhandlungen über die Ausschaltung dieser Konkurrenzierung zwischen Bahn und bahnparallelen Autobuslinien aufzunehmen. Ich werde mich selbstverständlich gerne der Mühe unterziehen, diese Verhandlungen mit der Post und den österreichischen Bundesbahnen zu führen.

Diese Angelegenheit ist eine der unabdingbarsten Voraussetzungen, unter denen überhaupt an eine Sanierung der Landesbahn herangegangen werden kann. Wenn wir hier kein Entgegenkommen des Verkehrsministeriums finden, betrachte ich selbst die weitere Entwicklung der Landesbahnen als fast hoffnungslos. Ich muß die Partei des Herrn Vordredner schon heute bitten, mir bei diesen zu gewärtigenden Verhandlungen mit dem Staatssekretär Übeleis ihre tatkräftige Unterstützung zu leihen. Denn weitgehend wird der Erfolg dieser Bemühungen vom Ausgang dieser Verhandlungen abhängen.

Ein zweiter Umstand, der zu Unrecht meinem Vorgänger in die Schuhe geschoben wird, ist die durch Hillebrand vorgenommene Personalvermehrung. Der Mann hat seine Vorschriften übertreten und diese Personalvermehrung ohne Zustimmung der Landesregierung vorgenommen. (LR. Horvatek: „Würde das Ihnen passieren? Ich glaube kaum.“) Er hat uns vor die vollendete Tatsache gestellt und ich bin mit der sehr ungunstigen Aufgabe belastet, einen Personalüberhang von 150 Personen abzubauen. Auch hier, Hohes Haus, will ich einen Lichtblick für die zukünftige Entwicklung der Landesbahnen aufzeigen. Durch Verhandlungen mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund ist es gelungen, die grundsätzliche Zustimmung zu einer Umwandlung einer Anzahl pragmatisierter Posten in Vertragsposten zu erreichen, eine große Anzahl von Posten in künftig wegfallende umzuwandeln und außerdem weist schon der Dienstpostenplan für das heurige Jahr eine Verminderung um über 50 Bedienstete in diesem Bereich aus. Also auch hier hoffe ich, den früheren Stand, den normalen Personalstand, wieder zu erreichen. Daß ich hier nicht mit einem plötzlichen Diktat vorgehen kann, würden Ihren eigenen Wünschen gar nicht entsprechen, weil ich die soziale Lage der für einen Abbau in Betracht kommenden Bediensteten abwägen und dieses Moment irgendwie ins Gewicht fallen muß, wenn auch bei einem wirtschaftlichen Unternehmen wie den Landesbahnen, sonst wirt-

schaftliche Momente im Vordergrund stehen müssen.

Einen dritten Hoffnungsposten sehe ich darin, daß es uns vielleicht gelingen wird, für jene Linien der steiermärkischen Landesbahnen, die für den Fremdenverkehr von Bedeutung sind, wie etwa Unzmarkt—Murau—Mauterndorf, Kapfenberg—Thörl—Au—Seewiesen, Feldbach—Bad Gleichenberg aus ERP-Mitteln einen Zuschuß zu erhalten. Von vertrauenswürdiger Seite, im Handelsministerium habe ich erfahren, daß es Minister Waldbrunner gelungen sei, schon jetzt für die österreichischen Lokalbahnen einen Betrag von 15 Millionen Schilling aus ERP-Mitteln zugewiesen zu erhalten. Bei den Verhandlungen mit dem Verkehrsministerium werde ich selbstverständlich diesen Umstand zur Sprache bringen, wenn die Nachrichten, die mir zugekommen sind, den Tatsachen entsprechen, daß auf diesem Wege der Zillertalbahn und der Salzkammergutbahn Marshallgelder zugeführt werden. Sie können sich verlassen, daß ich selbstverständlich als neuer Eisenbahnreferent mit aller Energie darauf drängen werde, daß Steiermark nicht leer ausgeht und unsere steirischen Eisenbahnlinien etwas von dieser Marshallplanhilfe erhalten müssen.

Nun, Hohes Haus, die Ausführungen des Herrn Abg. Hofman waren nicht sehr freundlich. Er hat es nicht bei einer sachlichen Kritik bewenden lassen, sondern hat seine Ausführungen so akzentuiert, daß ich es beim besten Willen nicht „abzuschlucken“ kann, ganz zu schweigen davon, daß ich Ihnen zu dem bisher Mitgeteilten über die anrollenden Sanierungsmaßnahmen noch etwas mitteilen muß. Dieser Herr Hillebrand, der so sehr Ihren Unwillen erregt hat und von uns als unfähig befunden worden ist, kam von Ihren Bundesbahnen, die Ihrem Verkehrsministerium unterstehen. Wie wir aus Ihrem Munde gehört haben — ich habe das nicht gewußt, Sie haben uns das im Finanzausschuß erzählt —, ist er von Ihren Bundesbahnen wieder in Gnaden aufgenommen und dort in einer wichtigen Position wieder eingesetzt worden. Die Beurteilung dieses Sachverhaltes wollen wir der Öffentlichkeit überlassen, wenn schon die Öffentlichkeit mit diesen Dingen befaßt werden soll. (LR. Horvatek: „Ist die Bundesbahn von Ihnen über diese Vorgänge verständigt worden?“) Abg. Hofmann war es, der diese Diskussion nicht auf die Landesbahnen allein beschränkt, sondern gesagt hat, das gibt es nicht, daß die böse ÖVP immer auf die Bundesbahnen hinhackt, weil diese einen roten Referenten haben, aber die Landesbahnen, die sollen natürlich ungeschoren bleiben, weil sie einen ÖVP-Referenten haben. Dehnen wir diese Methode auf ein drittes Beispiel aus.

Neben Bundes- und Landesbahnen gibt es noch andere Bahnen. Die Grazer Straßenbahn (Heiterkeit) der Grazer Verkehrsgesellschaft ist ein Gegenstand, der nicht so sehr der Vergangenheit angehört, wie es der Herr Abg. Hofmann heute vorgebracht hat, ist ein Gegenstand, der viel aktueller ist, weil er heute noch den Landtag beschäftigen soll in einer dringlich zu behandelnden Vorlage, wodurch den Grazer Verkehrsbetrieben eine Anleihe von 15 Millionen Schilling und der Grazer

Teerverwertungsgesellschaft eine Anleihe von 2 Millionen Schilling, zusammen 17 Millionen Schilling, durch Beschluß des Landtages bewilligt werden sollen. Wenn wir in diesen Akt hineinschauen, kommen wir zur ewigen Wahrheit des alten Sprichwortes: „Man soll sich hüten, den Splitter im Auge des Nächsten zu suchen und dabei den Balken im eigenen Auge zu übersehen!“ Wir entnehmen nämlich diesem Akt, daß diese Anleihe unter anderem aufgenommen werden muß, um die große und sicher notwendige Bestellung von 50 Tramwayzügen teilweise zu finanzieren. Diese Bestellung beläuft sich, wie ich gehört habe, auf 30 Millionen Schilling oder belief sich auf 30 Millionen Schilling. Davon sind etwa 16 Millionen Schilling bezahlt, der Rest ist heute noch ausständig. Von diesem Rest ist ein Betrag von 7 Millionen Schilling fällig, daher die Dringlichkeit der zu behandelnden Vorlage. Es wäre weiter nichts dazu zu sagen, wenn nicht hier Fehler vorlägen. Wenn uns aber im Falle des Landeshauptmannstellvertreters Udier angebliche Fehler in der vergangenen Legislaturperiode vorgehalten werden, müssen wir auf aktuelle Fehler zwangsläufig eingehen, obwohl dies nicht in unserer Absicht lag. Man entnimmt dem Akte, daß 50 Straßenbahnzüge bei den Elin-Werken und bei der Fa. Simmering-Pauker A.-G. bestellt wurden, daß aber die Pläne und die Konstruktionen für diese Straßenbahnzüge nicht mit jener Sorgfalt durchdacht und ausgeführt waren, die Abg. Hofman vom Landeshauptmannstellvertreter Udier so nachdrücklich verlangte. Wäre das nämlich geschehen, hätte unmöglich der Fall eintreten können, daß es sich dann, als die Waggons geliefert und auf die Strecke gestellt wurden, herausstellte, daß sie der Elin zwecks Reparatur samt und sonders zurückgestellt werden mußten. Es stellte sich heraus, daß die Motoren im Werk Wien der Elin überholt werden mußten, weil sie nicht richtig konstruiert waren. Es stellte sich ferner heraus, daß die langen Waggons für die engen Kurven des Grazer Straßennetzes nicht besonders geeignet waren. Das war auch der Grund, warum die Wagen vorne und rückwärts abgechrägt wurden und so eine Form erhielten, die ursprünglich vielleicht nicht beabsichtigt war. Auch sollen die Waggons zu schwer für die Grazer Bahnanlagen sein, so daß angeblich auch der Oberbau einer Erneuerung und Festigung wird unterzogen werden müssen. Der Herr Präsident Stockbauer hat uns dahingehend aufgeklärt, daß das sowieso hätte geschehen müssen, weil es sich als zweckmäßig erwiesen habe, die Schienen in Beton zu legen, damit sie sich nicht von der Stelle rühren können. Sie haben sich zwar bisher, ehe diese neuen Wagen eingesetzt wurden, noch nie von der Stelle gerührt und man hätte meiner Meinung nach diesen Umstand unbedingt voraussehen müssen, als man die Wagen konstruierte.

Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir messen diesen Dingen gar keine übertriebene Bedeutung bei und sind selbstverständlich entschlossen, an der Sanierung dieser Angelegenheit teilzunehmen, weil wir ganz genau wissen, daß ein modernes Verkehrsnetz und moderne Verkehrsmittel in der Landeshauptstadt eine von uns freudig

anerkannte, selbstverständliche Notwendigkeit sind. Wir haben uns aber bemüht gefühlt, diese Dinge aufzuzeigen, damit man sieht, daß nicht nur in einem Laden Staub liegt, sondern daß überall abgestaubt werden kann, wenn man sich der Mühe unterzieht, in die verschiedenen Läden hineinzugucken. (Heiterkeit.) Dieser Mühe habe ich mich, angeregt durch die Ausführungen des Herrn Abg. Hofmann, unterziehen müssen. (Starker Beifall bei ÖVP.)

Abg. Hofmann: Sie gestatten wohl, daß nun auch ich den Staubwedel wieder zur Hand nehme und den Staub, den der Herr Landesrat Dr. Illig aufgewirbelt hat, wieder in die rechte Ecke zurückwedle. (LR. Elsnitz: „Nehmen Sie den Staubsauger!“) Hohes Haus! Der Herr Landesrat Illig ist bekanntlich sehr konservativ und er versteht es glänzend, nach der These „Halt's den Dieb, rennt's ihm nach“ von ganz etwas anderem zu reden, weil ihm etwas nicht gepaßt hat. Wir sprechen von den Landesbahnen und er antwortet mit der Grazer Straßenbahn. Ich weiß zwar nicht, was die Grazer Straßenbahn mit dem Defizit bei den Landesbahnen zu tun hat, aber ich weiß, daß gerade das Thema Grazer Straßenbahn nicht sehr geeignet gewählt war als Entgegnung und er bestimmt lieber darüber geschwiegen hätte, denn ich kenne einen Menschen, der einmal Wortführer bei der Straßenbahn war und der anno 1934 der Grund zu sehr unangenehmen politischen Kämpfen war und dem schließlich auch das Gericht bescheinigt hat, daß er nicht gerade ein Gentleman ist. (Landesrat Dr. Illig: „Haben Sie nichts Besseres gefunden?“) Daß man nun hier gerade dieses Beispiel anführt, ist sicher nur ein Gedächtnisfehler des Herrn Landesrates Dr. Illig gewesen. Der Herr Landesrat hat außerdem versucht, die Dinge etwas zu verdrehen. (Landesrat Dr. Illig: „Wenn Sie das sagen, haben Sie nicht zugehört!“) Er liebt es ja, in Ausschüssen sowohl als auch hier im Hohen Hause immer, etwas ein bißchen zu verdrehen, wenn man nicht ganz genau aufpaßt. Er denkt sich eben, etwas bleibt schon hängen und ein paar werden sich schon finden, die ihm glauben, was er sagt. Er hat unter anderem auch die Sache so hingestellt, als ob ich erklärt hätte, „ja, wenn man den Hillebrand nicht gehabt hätte bei der Landesbahn, dann hätten die Landesbahnen kein Defizit!“ Das habe ich natürlich nicht gesagt. Ich verstehe, daß, wenn die Bundesbahnen ein selbstverständliches Defizit haben, man auch den Landesbahnen ein solches zugestehen muß. In diese Dinge näher einzugehen, würde ja heute zu weit führen. Ich will nur feststellen, daß ich gesagt habe, es könne niemand, auch der politische Referent, nicht deshalb beschuldigt oder ihm verargt werden, weil er im guten Glauben einen Menschen gesucht hat, der sich dann später als Niete entpuppte. Das möchte ich festhalten und ich habe nicht versucht, in der ganzen Sache etwas zu verdrehen. Eines aber, meine Damen und Herren, ist sicher: Auch dem Herrn Landesrat Illig ist es nicht gelungen, auch nur ein Wort von dem, was ich vorher gesagt habe, zu widerlegen oder mir zu beweisen, daß nicht wahr wäre, was ich sagte. Sie sagten zwar (zu Herrn Landesrat Dr. Illig gewen-

det), der politische Referent könne nicht dafür verantwortlich gemacht werden, daß über 100 Leute zu viel eingestellt wurden bei den Landesbahnen. Besser wäre es gewesen, Sie hätten auch darüber geschwiegen. Ich weiß nämlich, daß eine ganze Reihe von Leuten nur deshalb eingestellt wurden, weil sie Empfehlungen von Politikern hatten, die allerdings nicht meiner Partei angehören. Und wenn Sie von den Konzessionen reden, so hat auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter Udier diese Konzessionen ausgegeben und gerade hier finden Sie einen der stärksten Konkurrenten der Landes-eisenbahnen in einem Mann, der in der Oststeiermark unrühmlich als Konzessions-Sammler bekannt ist und der auch nicht unserer Partei angehört. Wir wollen uns aber nicht näher verbreitern. Viel besser wäre es gewesen, wenn Sie die Sache gar nicht berührt und auf das geantwortet hätten, wovon einzig und allein die Rede war, nämlich von dem Defizit der Landeseisenbahnen und wenn Sie nicht immer nur versuchen würden, den anderen unbedingt ins Unrecht zu setzen. Sie haben bestimmt aus der Geschichte eines gelernt, nämlich, daß es im alten Athen Sophisten und Demagogen gegeben hat. (Beifall bei SPÖ.)

Abg. Dr. Speck: Hohes Haus! Ich war beim Anfang dieser Diskussion nicht anwesend und habe nicht gehört, was Herr Landesrat Illig über die Grazer Straßenbahn und ihre neuen Wagen gesagt hat. Landesrat Illig ist nicht so informiert darüber, es ist auch kein Wunder, er war in dieser Zeit nicht mehr Vizebürgermeister der Stadt Graz, als über die Wagen im Spätherbst des Jahres 1946 verhandelt worden ist. Er hat keine eigene Erfahrung in diesen Dingen. Es wäre falsch zu behaupten, daß die neu bestellten Wagen mißlungen oder verfehlt sind. Nein, die Wagen sind von vornherein mit Rücksicht auf die Kurven und Entfernungen der Geleise in Graz konstruiert worden. Tatsache ist, daß die Geleise der Straßenbahn in Graz 15 cm näher aneinander liegen, als es sonst üblich ist. Das brachte gewisse Schwierigkeiten bei den Kurven, wenn die Wagen länger sind, dann würden sie ineinanderstoßen. Wir müßten sonst darauf verzichten großräumige Wagen zu verwenden, was jedoch wirtschaftlich ist. Ein Wagenzug mit 2 großen Wagen hat mehr Raum, als ein Wagenzug mit 3 Wagen, die kürzer sind, ganz abgesehen davon, daß ich dann 3 Schaffner notwendig habe, während ich für den anderen nur 2 Schaffner brauche. Wer es weiß, wie hoch die Personalkosten sind, wird es selbstverständlich finden, daß man versucht, zu großräumigen Wagen zu kommen. Wenn Sie in Zürich die Straßenbahn ansehen, werden Sie finden, daß alle neuen Wagen Vierachser und verhältnismäßig lang sind. Wir konnten wegen der Tatsache, daß die Grazer Schienen 87 km lang sind und es uns nicht möglich war, alle Schienen zu verlegen, nicht die Neuausstattung der Straßenbahn auf den St. Nimmermannstag verschieben. Wir mußten uns anpassen, wir mußten zweiachsige Wagen mit 12½ m Länge schaffen, die vorn und rückwärts abgeschrägt sein müssen, um ein Anstoßen in gewissen Kurven zu vermeiden. Das ist vom ersten Moment an klar gewesen und man kann den Tech-

nikern nicht vorwerfen, daß sie so etwas nicht gesehen hätten (Landesrat Dr. Illig: „Warum haben Sie die Wagen dann aus dem Verkehr gezogen?“). Die Wagen wurden ja nicht von der Grazer Straßenbahn erzeugt; das Wagenmaterial wurde von der Weitzer Waggonfabrik geliefert und die elektrische Ausrüstung selbstverständlich von der Firma, die in Österreich in erster Linie in Frage kommt — die Brown-Boveri ist eigentlich keine österreichische Firma —, von den Elin-Werken in Weiz, ganz abgesehen davon, daß im Jahre 1946 die Stadtgemeinde Graz zur ihren 32% noch 47% der Aktien der Grazer Verkehrsgesellschaft, die bisher die Elin gehabt hat, mit der für Österreich selbstverständlichen Verpflichtung übernommen hat, einschlägige Arbeiten an diese steirische Firma zu vergeben. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, die Elin sei nicht in der Lage, einen richtigen Motor zu erzeugen, muß man sich überlegen, was das für eine der wichtigsten Exportfirmen in Österreich bedeutet (Zwischenruf: „Sie haben etwas Falsches bestellt!“). Wir haben nichts Falsches bestellt; die Konstruktion der Elektromotoren ist nicht Sache der Straßenbahn und ihrer Ingenieure, sondern Sache der Elin, die die Motoren erzeugt. Ich wiederhole, daß diese Motore gut sind. Zu den Motoren, die erzeugt werden, gehören die Controller, die einen werden im Sinne des Uhrzeigers betätigt, die anderen gegenteilig. Die neuen Controller stehen nun im Gegensatz zu den alten, die nach der anderen Seite gehen. Der eine große Unfall, der sich in der Moserhofgasse ereignet hat, geht auf das menschliche Versagen in einer Schrecksekunde zurück. Ich glaube, Sie wissen, was das bedeutet, wenn ein Mensch in einer Schrecksekunde, wenn er auch sonst ein guter Fahrer ist, falsch schaltet. Das ist eine Tatsache, wegen der man menschlich niemandem einen Vorwurf machen kann. Sie hängt nicht mit der Konstruktion zusammen; schließlich sind nicht nur diese 50 neuen Wagen, sondern auch 60 alte Wagen mit solchen neuen Motoren versehen und in kurzer Zeit werden sämtliche Grazer Straßenbahnwagen mit diesen neuen Motoren versehen sein. Es wäre eine naive Zumutung, daß der Konstrukteur der Grazer Straßenbahnwagen nicht gewußt hätte, daß unsere Geleise 15 cm näher aneinanderliegen als sonst und daß wir Kurven haben. Der Oberbau, verehrter Herr Landesrat Illig, ist sehr veraltet und nicht nur der Oberbau. Die letzten neuen Straßenbahnwagen stammen aus dem Jahre 1912; warum seither keine neuen Wagen gekauft und in Dienst gestellt worden sind, ist Ihnen allen genau so bekannt wie mir, die Ursache ist, daß der Heimfall an die Stadtgemeinde im Jahre 1949 die früheren Aktionäre der Grazer Verkehrsgesellschaft dazu bewogen hat, möglichst nichts mehr in den Betrieb hineinzustecken, sondern den Betrieb vollkommen veraltern zu lassen. Diese letzten neuen Tramwaywagen haben also aus dem Jahre 1912 gestammt, seither ist nichts angeschafft worden; sie sind natürlich alle veraltet, die Einwirkungen des Krieges kamen hiezu und wir standen vor der Tatsache, neues Fahrmaterial anzuschaffen oder den Betrieb in kurzer Zeit einzustellen. Mit den alten Wagen war nicht mehr zu fahren und das Eisenbahnmini-

sterium hätte uns wahrscheinlich den Betrieb einmal stillgelegt. Im Jahre 1946 war es nicht so leicht, solche Aufträge unterzubringen und daß man da den Auftrag ohnehin an die genannten zwei seriösen Firmen gegeben hat, daraus kann man heute niemandem einen Vorwurf machen. Jeder Kenner weiß, daß wir Stahlwagen nicht in Erwägung ziehen konnten, denn 1946 hätte niemand Eisen oder Stahl in genügender Menge bekommen und wir mußten bei den Holzwagen bleiben und haben gebundene Hände für die spätere Entwicklung. Der Oberbau ist veraltet und wird jährlich erneuert. Es werden jährlich streckenweise die Schienen ausgewechselt; es ist Ihnen allen bekannt, daß die neue elektrische Walzstrecke in Donawitz abmontiert worden und abgezogen ist nach einer anderen Himmelsgegend und wir Schienen fast nicht bekommen konnten. Ich erinnere mich, daß ich durch eine Intervention bei dem zuständigen Minister versucht habe, die entsprechende Zahl von Schienen für Graz zu bekommen, 3000 bis 4000 Tonnen hätte ich gebraucht und 300 Tonnen im Jahre habe ich wirklich bekommen. Bei der Sachlage war es von vornherein klar, daß einmal das gesamte Schienenmaterial in Graz ausgewechselt werden muß, daß wir mindestens auf Jahrzehnte hinaus mit einer steigenden Belastung zu rechnen haben werden. Es ist klar, wenn man neue Wagen bestellt, die schwerer sind als die alten und eine größere Geschwindigkeit haben, daß da die Belastung für den Unterbau wesentlich größer ist als bei den alten Wagen mit schwächeren Motoren. Die Reisegeschwindigkeit wirkt sich aber erst dann aus, wenn nicht alte und neue Wagen hintereinander auf den gleichen Strecken laufen, sondern erst dann, wenn neue Wagen auf den Strecken allein laufen. Zuerst werden die Strecken Mariatrost, Liebenau, St. Peter mit den neuen Wagen versehen; je mehr wir neue Wagen bekommen, desto mehr werden in Betrieb gesetzt; je mehr Linien mit diesen Wagen befahren werden, umso mehr werden sich diese neuen Wagen vorteilhaft auswirken. Wo schneller gefahren werden soll, wird der Oberbau neu hergestellt und mit neuen Schienen versehen; diese Arbeit ist eine zielbewußte Leistung; jeder hat gewußt, daß sie kommen wird und sie wird auch durchgeführt.

Wir sind in Gegenwart der Vertreter der Aufsichtsbehörde bei den Probefahrten mit den neuen Wagen auf der Strecke zum Hilmteich und nach Mariatrost mit 50 km Geschwindigkeit gefahren. Die Bremsen haben gut funktioniert. Es ist also unrichtig, daß die Elin schlechte Motoren geliefert hätte. Etwas ist passiert bei den sogenannten Kontrollern — das sind relativ kleine Teile —, da sind schlechte Kupferbänder verwendet worden. Dieses Kupfer ist aus dem Auslande bezogen worden und die Elin behauptet nun, daß dieses Material schlecht war. Sie hat nun diese Teile, und zwar hat das die Wiener Elin gemacht, ausgewechselt. Bei einem einzigen Wagen ist eine solche Schwäche durch das Durchbrennen einiger solcher Bänder aufgetreten, ohne daß es im Betrieb bemerkt worden wäre. Erst bei der Untersuchung, die gemacht worden ist, ist man darauf gekommen. Und wir haben sofort die Außerdienststellung sämtlicher Wagen angeordnet, damit nicht einmal doch etwas geschieht und man

uns dann den Vorwurf machen kann, wir hätten die Sicherheit der Bevölkerung aufs Spiel gesetzt. Diese Bänder wurden ausgewechselt und jetzt laufen die Wagen tadellos weiter. Es gibt kein Verkehrsmittel der Welt, bei dem nicht ab und zu eine Panne vorkommt, wahrscheinlich auch bei den neuen Wagen. So steht also die Sache. Es wird jetzt so dargestellt, als ob es falsch gewesen wäre, neue Konstruktionen — das ist übrigens ein Vorwurf, den ich noch nie gehört habe! — zu verwenden. Man kann doch nicht das Jahr 1912 zum Vorbild nehmen! Nach 30 Jahren hat doch die Technik eine ganze Reihe von wesentlichen Fortschritten gemacht, da ist es doch selbstverständlich, daß neue Konstruktionen verwendet werden (Landesrat Dr. Illig: „Das hat Ihnen auch niemand vorgehalten!“) Ich habe es wenigstens so gehört und so verstanden. Das ist nur ein Vorwurf gegen die Elin. Ich wiederhole, daß natürlich nur die zuständigen Elektro-Fachexperten für die Konstruktion der Motore und der Controller verantwortlich sein können. Die Firma hat diese Ergänzung der Kupferbänder auch auf ihre Kosten übernommen und ohne weiteres binnen 6 Wochen ungefähr durchgeführt. Ich glaube nicht, daß man hier ernstlich irgend einen Vorwurf gegen die technische Leitung der Straßenbahn erheben kann, denn Neues bedeutet immer, daß es erst erprobt werden muß und daß man dann bei der Erprobung erst sieht, wie sich das oder jenes bewährt. Noch auf eines will ich verweisen. Es ist in den neuen Wagen auf jeder Seite nur 1 Sitz, daher sind also weniger Sitzplätze vorhanden. Das ist in gewisser Beziehung ein Nachteil. Wir haben das aber deshalb so getan, weil wir den durchlaufenden Verkehr, das heißt Einsteigen hinten und Aussteigen vorne, mit geschlossenen Türen während der Fahrt, um die Unfälle durch das Auf- und Abspringen auf ein Minimum herabzudrücken, erreichen wollten. Und für diesen durchgehenden Verkehr muß man eine größere Bewegungsfreiheit haben. Nun muß man sich überlegen, was ist besser, entweder diesen durchlaufenden Verkehr und weniger Sitzplätze, dafür mehr Bewegungsfreiheit im Wagen und weniger Unfälle durch das Auf- und Abspringen oder umgekehrt. Man kann sich ja nach Geschmack für das eine oder andere entscheiden. Merkwürdigerweise sind eigentlich gegen die Vernehmung der Wagen mit weniger Sitzplätzen aus der Bevölkerung bisher keine Beschwerden gekommen. Die Bevölkerung hat sich an diese Wagentype schon gewöhnt.

Das wollte ich hier sagen, um irgend welchen falschen Beurteilungen, die aus den Worten des Herrn Landesrates Dr. Illig abgeleitet werden könnten, von vorneherein entgegen zu treten. Man soll solche Dinge sachlich beurteilen und dazu gehört Kenntnis der Tatsachen. Und diese genaue Kenntnis sich zu verschaffen, würde dem Herrn Landesrat Dr. Illig jederzeit Gelegenheit gegeben werden. (Bravorufe und Händeklatschen bei SPÖ.)

Abg. Stöffler: Hohes Haus! Weil der Herr Abg. Hofmann mit so sichtlicher Freude und Genugtuung in seinem Topf voll stinkender Gehässigkeiten herumgerührt hat, möchte ich ihm auch ein Ge-

rücherl unter seine Nase blasen. Er sagte, bei der Bundesbahn wäre das alles nicht möglich. Die Bundesbahn hat — wie wir gehört haben — sich diesen Mann doch wieder zurückgenommen. Daß sie angeblich über sein Treiben in der Steiermark nicht orientiert sei, ist umso schlechter für sie; man hätte sich im übrigen ja orientieren können und wohl auch müssen, als man den Mann von seiner Gastspielreise zurück bekam. (Landesrat Dr. Illig: „Sie war ja orientiert, es wurde alles nach Wien berichtet!“) Wenn man all die Dinge hört, die im Finanzausschuß zu vernehmen waren, bekommt man ein komisches Gefühl und man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß uns der gute Herr Hillebrand deshalb so aufgedrängt wurde, um hier eine bestimmte Mission zu erfüllen, sonst hätte ihn die Bundesbahn wohl nicht zurückgenommen in seinem ramponierten Zustand. (Abg. Operschall: „Um geheime Verbundlichung durchzuführen?“) (Landesrat Dr. Illig: „Das ist sachlich? Das ist sykophantisch!“) Man kann doch heute dem politischen Referenten keinen Vorwurf daraus machen, daß man uns diesen Mann geschickt hat. Wenn Sie, Herr Abg. Hofmann, die Geschichte mit dem Brückengeländer zum Anlaß nehmen, um auf die Privatwirtschaft im allgemeinen hinzu-schlagen und Pauschalverdächtigungen anstellen, so kann ich Ihnen darauf nur erwidern, daß es uns jedenfalls nicht einfällt zu behaupten, daß jeder sozialistische Betriebsrat stiehlt, weil einige solcher Herren in Donawitz gestohlen und geschoben haben. Wir sind weit davon entfernt, Pauschalverdächtigungen auszusprechen und Sie sollten sich das auch angewöhnen. Erst dann haben Sie ein Recht, von Sachlichkeit zu sprechen.

Nun zur Sache der Tramwaywagen: Ich kenne diese Angelegenheit jedenfalls aus eigener Anschauung und nur so weit ich sie aus eigener Anschauung kenne, will ich sie streifen. Es wurde jedenfalls eine so große Anzahl von Wagen, daß man sie als sogenannte Null-Serie, also als Erprobungsreihe, ansehen kann, in den Verkehr gestellt. Es hat sich dann ergeben, daß diese Wagen in den Kurven nicht aneinander vorbeifahren konnten. Hier ist also ein Fehler passiert. Dieser Fehler liegt aber nicht bei der Erzeugungsfirma, sondern dort, wo die Pläne konstruiert wurden. Die Erzeugungsfirma baut die Wagen ja nur so, wie sie die GVB bestellt hat und nicht nach ihrem eigenen Gutdünken. Die Pläne hiezu waren aber nun so, daß sie scheinbar mehr eine Lösung der inneren Bewegungsfreiheit und weniger die äußere Bewegungsfreiheit darstellten. Es mag die Konstruktion dieser Wagen sicher eine modernere und formschönere sein, als sie im Jahre 1912 üblich war. Aber im Jahre 1912 haben die Wagen aneinander vorbeifahren können, was im Jahre 1949 nicht mehr geglückt ist. Im übrigen hat man den Eindruck, als ob bei der Bestellung dieser Wagen die Zeit gedrängt hätte und es also nicht mehr möglich war, eine wirklich gründliche Überprüfung vor Verabschiedung der Pläne und Aufgabe der Bestellungen vorzunehmen. Ich erinnere mich, daß damals gleichzeitig mit den Nationalrats- und Landtagswahlen auch die Gemeinderatswahlen für Graz bevorstanden. Man hat also die Wahlen gebraucht, um mit ihnen Propa-

ganda machen zu können und deshalb mußten scheinbar gleich alle 50 bestellt werden. (Zwischenruf: „1946 wurden diese Wagen bestellt!“) Man hat diese Propaganda gebraucht, genau so wie die Ausgestaltung der Parkanlagen. Wir haben uns jedenfalls nicht dazu verleiten lassen, ob dieser Fehler bei der GVB die Anklage gegen jene zu erheben, die an der Spitze des Unternehmens stehen. Sie aber verwenden die Vergehen eines Beamten, der seinen Aufgabenkreis überschritten hat und sich nicht an die Vorschrift hielt, dazu, um in einer ausgesprochen gehässigen Weise die Ehre eines Regierungsmitgliedes zu beschneiden. Hüten Sie sich vor diesen Dingen, denn sie können leicht auf Sie zurückfallen, wenn wir uns über diese Tramwaygeschichte zu unterhalten beginnen. (Abg. Operschall: „Ich lasse mich nach der Sitzung von Ihnen informieren!“) Sie müssen sich schon vorher informieren lassen, denn sonst können Sie nicht mitreden. Jedenfalls haben Sie keine Ursache, dem Herrn Landesrat Dr. Illig Unsachlichkeit vorzuwerfen, wo Sie so deutliche Beweise reinsten Demagogie geliefert haben. (Starker Beifall, Händeklatschen bei ÖVP.)

Landesrat Dr. Illig: Hohes Haus! Da so oft der Apell zur Sachlichkeit an uns gerichtet oder gegenseitig ausgetauscht wird, möchte ich dem Kollegen Hofmann folgendes sagen: Wenn Sie wirklich den ernstlichen Willen zur Sachlichkeit, der Sache zu dienen und dem Lande zu helfen an den Tag legen wollen, hätten Sie sagen müssen, wenn Sie sich als Redner melden: „Es sind in der Vergangenheit durch einen Fehlgrieff in der Auswahl eines Direktors dem Lande bedauerliche Verluste zugefügt worden. Nun wurde aber nach langen eingehenden Diskussionen im Finanzausschusse festgestellt, daß alles vorgekehrt ist, um die Sanierung der Landesbahnen mit allen Mitteln zu betreiben. Es sind die besten Ansätze dafür vorhanden, wir wollen einträchtig diesem Ziele, dem Lande zu dienen und seine Lasten zu tragen und zu erleichtern, zustreben.“ Das hätte der Sache besser gedient, als in dem Topf herumzurühren und die Landesbahnen in der Öffentlichkeit ins schlechte Licht zu stellen.

Wenn ich Sie bitten darf, einen Blick auf die Seite 221 des Landesvoranschlages zu richten, so werden Sie finden, daß schon nach diesen wenigen Monaten der Leitung des Eisenbahnamtes unter dem neuen Direktor deutliche Ansätze einer Wendung zum Besseren vorhanden sind. Bisher ist der Abgang der Landesbahnen von Jahr zu Jahr um Millionenbeträge gestiegen. Noch im Jahre 1949 erhöhte sich gegenüber dem Jahre 1948 der voraussichtliche Abgang um 2,760.000 S. Heuer zum ersten Male haben wir mit großer Genauigkeit und mit großer Anstrengung alle Fehlerquellen aufgesucht, so daß es uns gelungen ist, einen Voranschlag zu erstellen, in dem der Abgang trotz der mittlerweile eingetretenen gewaltigen Material- und Preiserhöhungen, trotz des inzwischen eingetretenen 3. Lohn- und Preisübereinkommens und trotzdem 1949 die Einnahmen nicht höher sind als vorher, erstmalig schon eine kleine Senkung aufweist. Der voraussichtliche Abgang ist um 29.500 S niedriger als im Vorjahre, wobei noch zu bedenken ist, daß

in den Ausgaben enthalten sind: 700.000 S Abschreibungen gegenüber einer Abschreibung im Vorjahr von nur 450.000 S. Erweiterungen und Neuanlagen im Betrage von 1.878.000 S, Behebung von Kriegsschäden 265.000 S und außerordentliche Instandsetzungen im weiteren Betrage von 220.000 S. Wenn Sie diese Posten berücksichtigen, dann ist der Abgang, der uns hier tatsächlich vorliegt, zwar noch immer groß, noch immer bedenklich und zu Besorgnissen für die Zukunft Anlaß gebend, aber nicht mehr so katastrophal, daß wir nicht eine Hoffnung für eine Sanierung in der Zukunft fassen könnten. Wenn wir die 3 Hoffnungsposten, die ich aufgezählt habe, ins Auge fassen, die als sicher anzunehmende Personalreform, die ich schon als gesichert betrachtete, die zumindestens ziemlich sicher zu erhoffenden günstigen Vergleichsverhandlungen mit der Post und mit der Bundesbahn über die Konkurrenz Schiene und Straße und eine kleine Hilfe aus dem ERP-Fonds annehme, hätten wir mehr Anerkennung bei Behandlung dieses Kapitels erwartet, als eine Aufmischung all der Dinge und damit eine Diskriminierung dieses Landesunternehmens.

Jedenfalls habe ich mich dieser mißlichen Aufgabe unterzogen, einen Versuch der Sanierung der Landesbahnen zu machen, aus dem Gefühl heraus, daß ein letzter Versuch notwendig ist, den Verlust eines erheblichen Vermögens des Landes zu verhindern, denn es bestand die Gefahr, daß der Finanzausschuß angesichts dieser Defizitziffer zum Entschlusse kommt, die Landesbahnen an die Bundesbahnen zu veräußern, was nach meiner Meinung auf alle Fälle eine Schädigung des Landes Steiermark bedeutet hätte. Wir hätten einen momentanen Augenblickserfolg gehabt, keine oder eine geringere Defizitziffer erreicht, aber „ungeschaut“, steirisch ausgedrückt, gewaltige Vermögenswerte entschädigunglos hingegeben müssen. Wir haben noch keine Schillingseröffnungsbilanz der Landesbahn, es ist ein gewaltiges Vermögen, das darinnen steckt, wir können es nur annäherungsweise abschätzen; ich schätze es auf etwa 40 bis 50 Millionen Schilling, das dürfte der Wahrheit irgendwie nahekommen. Bevor ich mich nun entschließe, dem Finanzausschuß zu empfehlen, ein solches Vermögen wegzuschenken, um eines Augenblickserfolges willen, habe ich mich lieber dieser äußerst undankbaren Aufgabe unterzogen, in diesen sauren Apfel hineinzubeißen. Ich habe nicht erwartet, eine solche Quittung vom Kollegen Hofmann zu erhalten. (Sehr lebhafter Beifall bei ÖVP.)

Vizepräsident Abg. **Stockbauer**: Hohes Haus! Durch diese Diskussion wurde die Problemstellung verschoben. Gewiß, jeder Landesrat kann das Malheur haben, in der Auswahl seiner leitenden Beamten einen Mißgriff zu machen. Keiner von uns ist davor geschützt, bei der Neuaufnahme eines Mitarbeiters einen Mißerfolg in der Form zu verzeichnen, daß er sich in der Qualität und Leistungsfähigkeit des Mitarbeiters täuscht. Aber darum geht es nicht! Es geht darum, daß der zuständige politische Referent gerade das unterlassen hat, was man bei einer Neuaufnahme mit besonderer Sorgfalt pflegen müßte, nämlich den neuen Mitarbeiter und seine Leistung einer strengen Kontrolle zu unterziehen. Wenn ich von der Zu-

verlässigkeit und den Kenntnissen eines Mitarbeiters überzeugt bin, brauche ich mich über seine Arbeitsleistung in einem weit geringeren Maße zu kümmern als früher, da diese Überzeugung noch nicht begründet ist. Und daraus ergibt sich der Vorwurf. Und wenn der Herr Landesrat Illig jetzt in seinen Ausführungen darauf verweist, daß durch eingehende Überlegungen, getragen von dem Bestreben äußerster Sparsamkeit, es zum ersten Mal möglich war, den Zuschußbedarf herabzudrücken, obwohl ein Teil der Gestehungskosten oder sagen wir alle in der gleichen Zeit angestiegen sind, so beweist gerade dieser Erfolg, den Sie (zu Landesrat Dr. Illig gewendet) durch Ihre Tätigkeit jetzt erzielt haben, nur eines, daß mit dieser Sorgfalt und Hingabe dieser Erfolg vielleicht sogar im größeren Ausmaß schon früher erreichbar gewesen wäre. Das ist ein Beweis für und auch gegen unsere Ausführungen. Wenn die Dinge so sein würden wie Sie sie allgemein dargestellt haben, daß man eben mit dem Hillebrand ein Malheur gehabt habe, aber der politische Referent doch unschuldig sei, so ist diese Behauptung unrichtig. Das neue Referat hat sich scheinbar ja auch mit mehr Hingabe in den ganzen Fragenkomplex vertieft. Ich verstehe es vollkommen, daß Sie bemüht sind, Ihren Fraktionskollegen zu decken, ich verstehe, daß Sie für ihn eine Lanze brechen, aber was ich nicht begreife, ist, daß Sie Dinge heranziehen, die erstens falsch sind und dann überhaupt hier im Hause keine Bedeutung haben. Der Herr Bürgermeister der Stadt Graz war so liebenswürdig und hat den ganzen Komplex, der hier behandelt wurde, dargelegt. Ich glaube, daß wahrscheinlich niemand in dem Hause ist, er sei denn nicht bereit, sachlich zu urteilen, der sich seinen Darlegungen und der Richtigkeit derselben verschließen kann. Wir hätten auch nach der Richtung die Diskussion erstrecken können. Aber das, was wir angeklagt haben, nämlich, daß der Eisenbahn-Referent versagt hat, das ist von Ihnen nicht widerlegt, sondern, wie ich hervorheben möchte, gerade durch die Ausführungen des Herrn Landesrates Illig außerordentlich stark erhärtet worden.

Und jetzt gestatten Sie mir, auf etwas anderes zurückzukommen. Ich erinnere mich, daß sich bei den ersten Budgetberatungen in den Jahren 1946 und 1947 mit einer ganz besonderen Gewissenhaftigkeit der Finanzausschuß mit der Landeseisenbahn beschäftigt hat. Ich erinnere mich ferner, daß damals der Beschluß gefaßt worden ist, angesehene Fachleute aus dem Eisenbahnwesen heranzuziehen, die die Aufgabe gehabt hätten, unabhängig von der Landeseisenbahndirektion ein Gutachten auszuarbeiten, weil selbstverständlich alle Mitglieder des Finanzausschusses sich dessen bewußt waren, daß sie in diesen Fragen viel zu wenig Fachleute sind, um aus eigenem ein wohlbegründetes und stichhältiges Urteil abgeben zu können. Hätte der damalige Referent den Beschluß des Finanzausschusses beachtet, hätte er sich der Verpflichtung, die ihm in demokratischer Form auferlegt worden ist, nicht entzogen, sondern hätte er diese erfüllt, dann wäre wahrscheinlich ein solches Gutachten die Grundlage zu einer Anzeige gewesen. Aber weil es unterlassen worden ist, zusätzliche Kräfte, die unabhängig von

politischen Einstellungen ausschließlich nach fachlichen Gesichtspunkten die Landeseisenbahnen überhaupt beurteilen hätten sollen, heranzuziehen, war es um so leichter möglich, daß bei der Oberflächlichkeit der Kontrolle der zuständige politische Referent zumindest irreführt werden konnte. Es mag gerade dieser Fehler ein Schulbeispiel dafür sein, daß, wenn solche Beschlüsse mißachtet werden, sie sich in der Folgezeit gegen den, der sie mißachtete, richten. Wir wollen hoffen, daß die Ära dieser unerfreulichen Entwicklung im Kapitel Landeseisenbahn endgültig vorüber ist, deshalb, weil das Land sicher die bindende Aufgabe hat, auch auf dem Gebiet einzusparen, was irgendwie einzusparen möglich ist. Ich sage noch einmal: Es ist niemandem möglich, in allen Dingen die richtige Entscheidung zu treffen, aber die Fehlentscheidungen müssen durch geeignete Vorkehrungen auf ein absolut zulässiges Maß herabgedrückt werden. Diese Vorkehrungen haben gefehlt und dadurch war es möglich, zu den Opfern, die die Landesbahnen immer wieder fordern, zusätzlich Beträge zu beanspruchen, die wir für bessere Zwecke hätten verwenden können. (Lebhafter Beifall bei SPÖ und VdU.)

Abg. Taurer: Der Herr Abg. Stöffler hat bewegliche Klage darüber geführt, daß heute in dieser Form über das Kapitel Landeseisenbahnen gesprochen wurde und hat daraus das Recht abgeleitet, von weither Dinge herzuholen, die man dann in derselben Art behandeln könnte. Ich möchte dazu sagen, die Landesbahnen sind eine Landesangelegenheit und die Berechtigung, darüber zu reden, ist daher auf jeden Fall gegeben. Nun mag man darüber streiten, ob es richtig gewesen ist, die Frage des Direktors heute wieder in die Diskussion zu werfen und die Dinge so aufzuziehen, wie es geschehen ist. Aber ich möchte meinen, daß die Anregung, diese Frage hier zu behandeln, ja eigentlich vom Herrn Landesrat Dr. Illig selbst gekommen ist, denn er hat im Finanzausschuß in seiner gewohnten Art langsam über die Landesbahnen berichtet, er hat erzählt, was alles vorgekehrt wurde, damit dieser Betrieb einigermaßen so gestaltet wird, daß er wirtschaftlich erträglich ist. (Landesrat Dr. Illig: „Das war doch meine Pflicht! Das ist doch unerhört! Ich muß doch einen Lagebericht geben!“) Dieser Bericht ist so gewesen, daß mit jedem Argument immer deutlicher unterstrichen wurde, was vorher unterlassen worden ist. Und wenn mein Kollege, Präsident Stockbauer, jetzt gesagt hat, er verstehe, daß der Herr Landesrat Illig seinen Kollegen Udier hier verteidigt, dann muß ich sagen, manchmal drängt sich der Verdacht auf, daß in der Politik seltsame Wege gegangen werden. (Landesrat Dr. Illig: „Auf solche Verdächtigungen muß man reagieren!“) Ich kann nur wiederholen, daß wirklich die Anregung zur Behandlung dieser Frage von den Ausführungen des Herrn Dr. Illig gekommen sind, weil eine andere Schlußfolgerung einfach nicht möglich war. Ich bitte Sie also, meine Damen und Herren, wenn Sie davon reden, auch diese Tatsache zu beachten, damit die Dinge restlos klargestellt sind. Herr Landesrat Illig, Sie halten es kaum aus, wenn ein anderer auch einmal seine Meinung äußert, aber ich sage Ihnen, daß

ich mir von Ihnen das Recht nicht nehmen lassen werde, meiner Meinung beliebig Ausdruck zu verleihen. (Bravorufe, Händeklatschen bei SPÖ.)

Abg. Hirsch: Hohes Haus! Sie gestatten schon, daß ich vom rein fachlichen Standpunkte zu der Sache noch etwas sage. Ich habe das Gefühl bei der ganzen Debatte, als ob ich ein Bauer wäre, der zuhört, wie ein öffentlicher Angestellter oder ein Fabrikarbeiter über bäuerliche Probleme spricht. Da ist es teilweise so, daß man an den Problemen vorbeispricht. Gestatten Sie, daß ich zu einigen Fragen der Herren Stellung nehme. Wenn Abgeordneter Hofmann erwähnt hat, daß bei einem Wagen nur ein geringfügiger Schaden festzustellen war und man nachher den Mann ausforschen wollte, der das mitgeteilt hat, so ist das keine politische Schikane, sondern liegt im Dienstrecht der Bahn begründet. Die Landesbahnen haben die gleiche Geschäftsordnung, Geschäftsführung und Besoldung wie die Bundesbahnen. Wir könnten heute eine Parallele ziehen zwischen den Landesbahnen und den Bundesbahnen, wenn ich nicht ebenfalls durch dieses Dienstrecht gebunden wäre. Aber ich glaube, Sie werden selbst genau so wie ich so ähnliche Vorgänge bei der Bundesbahn im Gedächtnis haben, die einen derartigen Fall in Personalangelegenheiten betreffen. Es wurden auch bei den Bundesbahnen 1945/1946 größere Personalaufnahmen durchgeführt, als sie wirtschaftlich begründet gewesen wären. (Abg. Stöffler: „Da schau her!“) Die Bundesbahn steht auch heute vor dem Problem, wie bauen wir die in diesen Jahren aufgenommenen 10.000 Bediensteten ab, ohne soziale Härten zu schaffen. Es ist klar, daß die Bundesbahnen als sozialer Betrieb nicht daran interessiert sind, zusätzliche Härten zu schaffen, aber es ist unerhört schwer, jetzt Pensionierungen durchzuführen, nachdem sie jetzt schon einen Personalstand von 83.000 Pensionisten und von 80.000 Aktiven aufweisen, man also aus wirtschaftlichen Gründen absehen muß, das Problem zu lösen. Es ist dort genau derselbe Zustand. Obwohl von der Generaldirektion eine generelle Aufnahmeperrre verfügt wurde, ist dieser Grundsatz etwas durchbrochen worden, vielleicht in einzelnen Fällen aus purem sozialen Verständnis, um verschiedenen Leuten zu helfen, andererseits auch aus wirtschaftlichen Gründen. Es hat 1945/1946 ausgesehen, als ob man in kurzer Zeit keine Fachkräfte mehr bekommen und die Industrie alle aufsaugen würde; daher hat sich die Bundesbahn, die ein veraltetes Personal hatte, sofort auf die jungen Schlosser, Elektriker usw. gestürzt und sie aufgenommen. Heute wirkt sich das natürlich ungünstig aus. Ich glaube, das war wohl der Gedanke, der den ehemaligen Direktor der Landesbahnen bewogen hat, es ebenso zu machen. Sie müssen begreifen, daß der Mann vorsorgen mußte, denn es waren Lücken im Personalstand aufzufüllen, außerdem Kriegsschäden und die Schäden der zwei letzten Jahre zu beseitigen, die dadurch entstanden sind, daß man nichts mehr machen konnte. Dieser unerhörte Anfall von Arbeit mußte irgendwie bewältigt werden, das führte dazu, zusätzlich Personal aufzunehmen, zumal das alte Personal nur für den Betrieb gedacht war und nicht

für die Erhaltung. Das ist die eine Begründung, daß das Material vollständig überaltet und unbrauchbar war, ist eine weitere Begründung.

Bezüglich des Mietautos: Auch hier bestehen leider Gottes Parallelen. Sie müssen einsehen, daß an und für sich zwischen Landesbahnen und Bundesbahnen in jedem Fall Parallelen bestehen, daß jetzt aber Gott sei Dank beide Betriebe bestrebt sind, wirklich nur nach wirtschaftlichen Grundsätzen zu handeln und daß auch Sie, Herr Abgeordneter, wenn Sie sich um die Landesbahnen gekümmert haben, in der Direktion wahrnehmen mußten, daß dort bei der Verwaltung tatsächlich gespart wird, daß der Direktor beinahe schon lächerlich wird, weil er für jedes Blatt Papier, für jedes Heft sich die Bestellungen vorlegen läßt und abstreicht, wo es möglich ist. Ich glaube, daß man kaum mehr Einsparungen machen kann als es dort der Fall ist.

Bezüglich der Ausführungen des Herrn Bürgermeisters bin ich nicht ganz im Bilde. Ich habe mich als Eisenbahner für die Verkehrsbetriebe interessiert, weil es ein verwandter Betrieb ist. Ich bin aber nicht ganz von den betreffenden Ausführungen des Herrn Bürgermeisters überzeugt. Ich habe auch in der Industrie gearbeitet und kann mich erinnern, daß man bei Böhler Achsen für die Tramwaygesellschaft in Wien und Graz bestellt hat und daß die abnehmenden Ingenieure dabeigestanden sind und der betreffende Ingenieur schon im Erlachhammer genau kontrolliert hat, unter welchen Temperaturverhältnissen das Material verarbeitet, wie lange es vergütet und wie es bearbeitet wurde. Das war ja der ganzen Belegschaft bekannt. Der geringste Anstand führte zu Reklamationen und die ganze Sendung mußte zurückgehen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die abnehmenden Beamten und die technische Leitung der Verkehrsbetriebe die Motoren ohne weiteres von der Elin hingenommen haben. Es ist eine Tatsache, daß bei der Konstruktion wohl die Spurweite berücksichtigt wurde und daß es möglich war, mit demselben Radius bei größeren Kurven noch durchzukommen, daß aber tatsächlich die Änderung der Konstruktion nach der Lieferung erfolgt ist. Ich habe mich selbst überzeugen können, es stimmt daher etwas nicht. Im allgemeinen ist es ja üblich, bei größeren Bestellungen, daß man sich ein Probestück anfertigen läßt und erst, wenn der Versuch sich praktisch als gut erwiesen hat, wird definitiv bestellt. Änderungen kommen vor, es braucht alles seine Versuchszeit. (Abg. Dr. Speck: „Sie sind heute noch nicht endgültig übernommen.“) Mag schon sein, bei uns, bei den Bundesbahnen ist so etwas nicht möglich. Die Übernahme ist nicht das ausschlaggebende dabei. Es ist bei uns auf der Bundesbahn nicht möglich — und es gelten dieselben Betriebsvorschriften für Verkehrsbetriebe wie bei den Bundesbahnen — von Müzzzuschlag mit einer Lock 42 nach Kärnten zu fahren. Wir haben es versucht, mußten aber diesen Versuch aufgeben, weil die Achsdrücke für diese Strecke zu groß waren. Bei der Straßenbahn in Graz spielt das keine Rolle, obwohl ausschließlich Menschen damit befördert werden und die Gefährdung umso größer ist!! (Abgeordneter Dr. Speck: „Wo war eine Gefährdung durch den Oberbau!“)

Abg. Hofmann: (Abg. Stöffler: „Schon das dritte Mal!“) Das geht Sie, Herr Abg. Stöffler, so viel an, wie es mich angeht, wenn Sie sich dreimal melden. Ich nehme für mich dasselbe Recht in Anspruch, das Sie haben.

Hohes Haus! Ich will mich nur ganz kurz, um Ihre Geduld bei der vorgeschrittenen Zeit nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, zu einigen Berichtigungen melden und dabei auf das zurückkommen, was Kollege Hirsch gesagt hat. Er verdreht die Dinge, weil er die Verhältnisse nicht kennt. Das Kupferrohr hat ja mit Vorschriften nichts zu tun, sondern nur mit Böswilligkeit, Bürokratismus usw. Herr Landesrat Dr. Illig hat ja auch versucht, aus den Kollegen „herauszulaxeln“, ich hätte nicht im guten Sinne von den Landeseisenbahnen gesprochen. Es ist mir aber gar nicht eingefallen, die Landesbahnen herabzusetzen. Ich will daher noch einmal feststellen und erklären, daß das, was ich hier vorbringe, nicht dem jetzigen Referenten anzulasten ist und auch nicht dem jetzigen Direktor Holik, den ich persönlich kenne und schätze. Ich habe schon, glaube ich, bei meinen ersten Ausführungen erwähnt, daß ich sicher glaube, daß Direktor Holik imstande sein wird, Ordnung bei den Landeseisenbahnen zu machen. Daß soweit von einer Herabsetzung gar nicht die Rede sein kann, ist klar. Abg. Stöffler hat es beliebt, etwas zu behaupten, was schon im Finanzausschuß durch Herrn Bürgermeister Doktor Speck richtiggestellt worden ist. Mir aber ist es weder im Finanzausschuß noch heute eingefallen, einem Regierungsmitglied nahe zu treten. (Abgeordneter Stöffler: „Das kann man verschieden machen.“) Aber daß man ein Regierungsmitglied bezüglich seiner Handlung nicht kritisieren darf, dieser Meinung zu sein, überlasse ich Ihnen. (Abgeordneter Stöffler: „Aber wie man es macht, lieber Freund!“) Aber zur Auffassung, was ich sagte, sei ein Angriff auf die Ehre, muß ich wohl feststellen, daß mir die Ehre eines jeden Menschen, nicht nur die eines Regierungsmitgliedes, viel zu hoch steht, als daß ich damit Schindluder treiben würde. (Abg. Stöffler lacht.) Das ist meine Meinung, vielleicht haben Sie eine andere. (Abg. Stöffler: „Gott sei dank!“)

Ich aber möchte nun noch feststellen, daß Abgeordneter Stöffler behauptet hat, ich hätte alle Firmen verdächtigt, daß sie sich betrügerischer Manipulationen schuldig gemacht haben. Dagegen habe ich aber nur behauptet, daß eine bestimmte Firma den Anstrich einer Eisenbahnbrücke übernommen und dafür den zweimaligen Anstrich verrechnet hat, obwohl dieser nur einmal ausgeführt wurde, daß diese Firma daher an dem Lande einen Betrug begangen hat. Ich habe nie behauptet, alle Firmen hätten das getan. Ich will es dem Abg. Stöffler überlassen, das in eine Pauschalverdächtigung für alle steirischen Firmen zu verdrehen. (Zwischenruf: „Sie sind aber vergeßlich!“)

Ich will aber nun zum Schluß kommen mit diesem Kapitel und ich kann Ihnen, Herr Abg. Stöffler und allen anderen immer wieder nur versichern, daß ich mir, solange ich die Ehre habe, dem Hohen Haus anzugehören, weder, von Ihnen, noch von jemand anderem das Wort in irgendeiner Form verbieten

lasse. Ich bin gewöhnt, offen und ehrlich zu antworten, aber ich bin es nicht gewöhnt, was hier immer wieder geschieht, daß nämlich dem Gegner mit demagogischen Mitteln entgegengetreten wird. (Beifall bei SPÖ.)

Präsident : Abg. Stöffler wünscht das Wort.

Abg. **Stöffler** : Nach der Geschäftsordnung darf ein und derselbe Abgeordnete nur zweimal zu einem Thema sprechen.

Präsident : Wenn ich einem Abgeordneten das Wort auch ein drittes Mal erteile, so ist das meine Sache !

Ich erteile nun dem Berichterstatter das Schlußwort.

Das Wort hat Abg. Ertl.

Berichterstatter Abg. **Ertl** : Ich beantrage, den im Voranschlag aufscheinenden Beträgen der Gruppe 8, die ja bereits im Finanzausschuß eingehend behandelt wurden, von Seite des Hohen Hauses die Zustimmung zu erteilen.

Präsident : Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Abgestimmt wird über die Gruppe 8, Abschnitt 86, und die übrigen Abschnitte und ich bitte die Abgeordneten, die diesem Antrag ihre Zustimmung erteilen, die Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

Ich komme nun zur Gruppe 9.

Berichterstatter ist Präsident Abg. Stockbauer.

Vizepräsident Abg. **Stockbauer** : Hohes Haus ! In der sicheren Annahme, daß die Abgeordneten des Hohen Hauses die Unterlagen der Gruppe 9 auf das sorgfältigste studiert haben, kann ich mich darauf beschränken, Sie zu ersuchen, diese im Haushaltsvoranschlag enthaltene Gruppe ebenso wie die auf Seite 7 der Ergänzungen angeführten Abänderungsanträge anzunehmen.

Präsident : Zum Worte hat sich niemand gemeldet. Der Herr Berichterstatter hat noch das Schlußwort.

Vizepräsident Abg. **Stockbauer** : Das erübrigt sich und ersuche ich daher nochmals, den Antrag anzunehmen.

Präsident : Ich bringe den Antrag zur Abstimmung. Ich bitte diejenigen Abgeordneten, die dem Antrag ihre Zustimmung erteilen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen nun zum außerordentlichen Haushaltsvoranschlag, Berichterstatter ist Präsident **Stockbauer**. Ich erteile ihm das Wort.

Vizepräsident Abg. **Stockbauer** : Hohes Haus ! In der Generaldebatte und in den Ausführungen in der Spezialdebatte ist ein Großteil dessen behandelt worden, was im außerordentlichen Voranschlag enthalten ist. Ich kann es mir daher ersparen, im De-

tail darauf einzugehen. Ich möchte nur hervorheben, daß die im Voranschlag vorgesehenen Mittel im außerordentlichen Haushaltsplan um 11,170.000 S erhöht und um 2,400.000 S vermindert wurden, so daß sich das Gesamterfordernis um 8,770.000 S auf 42,904.600 S erhöht hat. Diesem Erfordernis steht eine Bedeckung von 25,600.000 S gegenüber, so daß ein unbedeckter Abgang von 17,304.600 S verbleibt. Ich ersuche Sie, auch diesem Voranschlag Ihre Zustimmung zu erteilen.

Abg. **Wegart** : Hohes Haus, sehr verehrte Damen und Herren ! Ich glaube, in der Kürze liegt die Würze und will daher Ihre Geduld nicht neuerdings auf die Probe stellen. Ich kann es mir aber nicht versagen, zu einigen Punkten ein paar kurze Bemerkungen zu machen.

Vor allem ist mit Freude festzustellen, daß im außerordentlichen Haushaltsplan 5 Millionen Schilling für den Straßenbau vorgesehen sind. Wie ich von Fachleuten höre, hat man von Seite des Landes die Absicht, damit ordentliche Betonstraßen zu bauen. Wenn man die Frostschäden des heurigen Winters betrachtet, so kann man feststellen, daß durch eine schlechte Grundierung der Straßen, durch schlechten Asphalt usw. die Frostschäden heuer einen Umfang angenommen haben, der, höre ich, seit den letzten 10 Jahren nicht mehr so groß gewesen ist. Wenn ich mir dagegen die Straße Gleisdorf—Fürstenfeld ansehe, die ja eine Betonstraße ist, so muß ich feststellen, daß diese, obwohl sie bereits 14 Jahre existiert und sich darauf auch manches ereignet hat, heute noch genau so intakt ist wie damals, als sie gebaut wurde. Es ist eine einmalige Anlage, die jedenfalls dem Lande dann nicht mehr zu schaffen macht und außerdem die Fahrzeuge sehr schont. Ich würde es begrüßen, wenn die verantwortlichen Herren der Landesregierung gerade diesem Gebiete in Zukunft mehr Aufmerksamkeit widmen würden, weil diese Anlage wesentlich sicherer ist als die sonstigen Weg- und Straßenbauten, die relativ viel mehr an Reparaturen kosten als die Betonstraßen.

Erfreulich ist, daß 900.000 S für die Ausgestaltung von Bad Aussee zur Verfügung gestellt werden. Ich brauche nichts besonderes zu sagen, es ist dies das Schmuckkästchen der grünen Mark und es ist besonders erfreulich, daß diesem Kurort, der das Einfallstor aus Nordwest und Westen darstellt, besonders geholfen wird.

Eine weitere Post im Betrage von 1,500.000 S dient zur Errichtung eines Fremdenverkehrsinvestitionsfonds. Über den Fremdenverkehr ist schon viel gesagt worden, wir dürfen aber nicht vergessen, daß wir gerade in Steiermark dem Fremdenverkehr mehr Bedeutung beimessen müssen als bisher.

Nun zur letzten Post : Errichtung eines Amtsgebäudes für die Bezirkshauptmannschaft Radkersburg. Ich selbst bin Radkersburger und, Hohes Haus, als ich 1945 aus der Kriegsgefangenschaft den Weg in die Heimat genommen habe, bot sich mir ein entsetzliches Bild. Ich kann es nur mit einem Worte beschreiben, es bot sich mir das Wiedersehen mit einer toten Stadt. Daß sie in diesen fünf Jahren wieder zu leben und zu atmen begonnen hat, ist letzten Endes dem

Fleiß dieser Bewohner und ihrem Glauben an Österreich zuzuschreiben. Sie haben damals, als diese Stadt und die angrenzenden Gemeinden von den Jugoslawen gefordert wurden, ein Bekenntnis zu Österreich abgelegt, das uns in der Steiermark mit besonderem Stolz erfüllt hat. Ich bitte die Mitglieder des Hohen Hauses, welcher Partei immer sie angehören, mitzuhelfen, dieser Stadt, die unter so schwierigen Bedingungen zu leben hat und die unter so ungünstigen wirtschaftlichen Bedingungen existieren muß, dieser Stadt von Seiten des Hohen Hauses, von Seiten der verantwortlichen Herren der Landesregierung jede Unterstützung angedeihen zu lassen. Wenn in einer Notzeit die Menschen so zusammenstehen und ein so schönes Bekenntnis zu diesem Lande und Österreich ablegen, verdienen sie auch jede Unterstützung. Ich begrüße es, daß eine Bezirkshauptmannschaft errichtet wird, ein neues Amtsgebäude, weil damit von uns die Beweise gegeben werden, daß wir in dieser Stadt bleiben wollen und sie zu uns gehört. Ich möchte dem Hohen Haus und dem Finanzausschuß für diese Hilfsbereitschaft besonderen Dank aussprechen. (Lebhafte Bravorufe und Händeklatschen.)

Abg. Scheer: Hohes Haus! Ich werde Ihre Aufmerksamkeit nur ganz kurz in Anspruch nehmen, möchte aber als Abgeordneter des Ausseerlandes nicht versäumen, dem Herrn Abg. Wegart, der gerade Bad Aussee als Schmuckkästchen im Oberlande bezeichnet hat, zu sagen, daß wohl der Betrag von 900.000 S im außerordentlichen Voranschlag vorgesehen ist, daß aber leider dieser Betrag unbedeckt erscheint, weshalb auch seine Flüssigstellung noch sehr fraglich ist. Für die Ausseer selbst stellt dieser Betrag eine erhebliche Summe dar, zumal dieser Markt durch die Kriegseinwirkungen als Lazarettstadt sehr ramponiert wurde. Es könnten damit auch die Kuranstalten wieder instand gesetzt und wieder aufnahmefähig werden. Ich will also sagen, daß dieser Betrag sehr in der Luft schwebt und wir nur hoffen können, daß hier oder dort die Mittel aufgebracht werden, um diesen Plan in die Tat umsetzen zu können. (Landesrat Horvatek: „Ich werde mich bemühen.“) Ich kann nicht genug an den Landesfinanzreferenten appellieren, er möge sich bemühen, diesen Betrag ganz besonders ins Auge zu fassen, damit diesem Juwel der steirischen Kurorte entsprechend geholfen werden kann.

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort.

Berichterstatter **Abg. Stockbauer:** Ich beschränke mich darauf, Ihnen die Annahme der vorliegenden Anträge zu empfehlen.

Präsident: Ich bitte die Abgeordneten, die der Gruppe 9 mit den durch den Berichterstatter vorgeschlagenen Anträgen ihre Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Gruppe 9 ist angenommen.

Wir kommen zum Dienstpostenplan.

Berichterstatter ist **Abg. Dr. Allitsch**, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dr. Allitsch: Hohes Haus! Der als Anlage zum Landesvoranschlag vorliegende Dienstpostenplan für das Jahr 1950 gliedert sich in einen allgemeinen und in einen besonderen Teil.

Der allgemeine Teil enthält in 8 Punkten Bestimmungen, die gleich wie in den Vorjahren allgemeine, die Handhabung des Dienstpostenplanes betreffende Richtlinien enthalten. Um eine möglichst straffe Einhaltung des Dienstpostenplanes zu gewährleisten, ist, abweichend von den Vorjahren, die im Punkt 3 des allgemeinen Teiles vorgesehene Bindung von freien Dienstposten für einen Dienstposten der gleichen oder einer niedrigeren Dienstpostengruppe in der gleichen oder in einer niedrigeren Verwendungsgruppe nur mit Zustimmung der Landesregierung möglich.

Der im Absatz 1 des Punktes 8 ausgesprochenen Forderung nach Erstellung von Normalstellenplänen ist für das Jahr 1950 insofern entsprochen, als von den insgesamt 9428 Dienstposten 379 als künftig wegfallend und daher als einzuziehen bezeichnet sind. Inwieweit in künftigen Jahren weitere Dienstposten eingezogen werden können, hängt im wesentlichen von der Durchführung einer Verwaltungsreform im Bereiche des Amtes der Landesregierung und der unterstellten Ämter und Behörden sowie Anstalten und Betriebe ab.

Die vielerörterte Verwaltungsreform wird nicht nur von legislativen Maßnahmen abhängen, es wird vielmehr möglich sein, durch ein genaues Studium der einzelnen Arbeitsvorgänge bei den verschiedenen Ämtern, Anstalten und Betrieben festzustellen, inwieweit eine Vereinfachung oder Verkürzung dieser Arbeitsvorgänge möglich ist und daß möglichst zeitsparende einfache Arbeitsmethoden gefunden werden. Diese Vereinfachung der Verwaltung ist möglich ohne gesetzgeberische Maßnahmen und ohne die Bevölkerung in ihren Rechtsansprüchen zu gefährden. Die Bevölkerung wird es im Gegenteil dankbar empfinden, wenn die Verwaltungsmanipulationen möglichst vereinfacht und dadurch auch zeitsparend werden. Wenn solche Maßnahmen richtig durchgeführt werden, so wird sich daraus auch eine Verringerung der öffentlichen Bediensteten ergeben. Hiemit bin ich zu einem zweiten Schlagwort gekommen, zum Beamtenabbau, der immer wieder von allen möglichen Kreisen der Bevölkerung gefordert wird. Wir sind hier der Auffassung, daß ein Beamtenabbau nur im Zusammenhang mit der vorgeschilderten Vereinfachung der Verwaltung, demnach nur schrittweise durchgeführt werden kann. Hierbei muß getrachtet werden, eine gewisse Auslese zu treffen und soziale Härten nach Möglichkeit zu vermeiden.

Im besonderen Teil enthält der Dienstpostenplan das Dienstpostenverzeichnis, und zwar gegliedert nach den Gruppen 0 bis 8, die allgemeine Verwaltung, ferner die Landesanstalten, Schulen und Betriebe und schließlich die Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten sowie Fürsorgeheime.

Der Dienstpostenplan 1950 weist für Bundes- und Landesbedienstete zusammen insgesamt 9428 Dienstposten gegenüber 9812 Dienstposten im Jahre 1948 aus, demnach um 384 Dienstposten weniger.

Für die allgemeine Verwaltung sind für das Jahr 1950 insgesamt 2639 Dienstposten vorgesehen, das

ergibt gegenüber dem Dienstpostenplan 1949 mit 2971 Dienstposten eine Verminderung um 332 Dienstposten, beziehungsweise 11·17 Prozent.

Im besonderen ist diese Verminderung auf das vollständige Wegfallen der Wirtschaftsämter und auf die bei den Ernährungs- und Aufbringungsämtern erzielte Personaleinsparung zurückzuführen. Weitere 334 Dienstposten sind als künftig wegfallend bezeichnet. Das gesamte Personalerfordernis für die allgemeine Verwaltung beträgt 33,541.300 S.

Für die Landesanstalten, Schulen und Betriebe sind insgesamt 3262 Dienstposten vorgesehen, gegenüber 3474 im Dienstpostenplan 1949. Es ergibt sich daher auch hier eine Verminderung der Dienstposten um 212, das sind 6·36 Prozent. Dreißig Dienstposten sind künftig als wegfallend bezeichnet.

Das Personalerfordernis für die Landesanstalten, Schulen und Betriebe beträgt 24,164.000 S.

Für die Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten sowie Fürsorgeheime sind insgesamt 3527 Dienstposten gegenüber 3376 Dienstposten im Jahre 1949 vorgesehen, demnach um 160 Dienstposten mehr, das ist gegenüber dem Jahre 1949 eine Vermehrung um 4·74 Prozent. Diese Vermehrung hat sich zwangsläufig durch die Vermehrung der Betten in verschiedenen Landesanstalten um 435 ergeben.

Das Personalerfordernis für die Landeskranken-, Heil- und Pflegeanstalten sowie Fürsorgeheime beträgt 32,886.200 S.

Insgesamt ergibt sich eine Verminderung der Dienstposten um 384, das sind rund 4 Prozent gegenüber dem Jahre 1949.

Das gesamte Personalerfordernis für die aktiven Bediensteten beträgt 90,591.500 S.

Hievon entfallen auf Lohnbedienstete 24·64 Prozent und für fallweise Arbeitsaufträge 5·80 Prozent.

Das Erfordernis für die Ruhe- und Versorgungsgenüsse beträgt 12,362.800 S.

Das Gesamtpersonalerfordernis beträgt sohin 102,954.300 S.

Hievon entfallen auf die Bezüge der Aktiven rund 88 Prozent, auf die Ruhe- und Versorgungsgenüsse 12 Prozent.

Von den für das Jahr 1950 vorgesehenen 9428 Dienstposten entfallen 3577 Dienstposten, das sind 37·98 Prozent auf Beamte, 2265 Dienstposten, das sind 23·97 Prozent auf Vertragsangestellte des Entlohnungsschemas I und 3586 Dienstposten, das sind 38·05 Prozent auf Lohnbedienstete beziehungsweise Vertragsbedienstete des Entlohnungsschemas II.

Das ordentliche Gesamterfordernis des Landesvoranschlags für das Jahr 1950 beträgt insgesamt 331,564.400 S. Hievon beträgt der Personalaufwand für Aktive 27·32 Prozent, der Personalaufwand für Aktive und Ruhe- und Versorgungsgenüß- sowie Gnadengabenempfänger zusammen 31·05 Prozent.

Nach dem Dienstpostenplan 1949 hat der gesamte Personalaufwand einschließlich der Ruhe- und Versorgungsgenüß- sowie Gnadengabenempfänger 41·3 Prozent vom gesamten für das Jahr 1949 veranschlagten Erfordernis betragen.

Als Anhang zum Dienstpostenplan 1950 wurde auch der Dienstpostenplan für das landwirtschaft-

liche Schulwesen vorbehaltenlich der gemäß § 6 Absatz 1a des Lehrer-Dienstrechts-Kompetenzgesetzes, BGBl. Nr. 86/1948, erforderlichen Zustimmung des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft erstellt.

Gemäß § 13 Absatz 1 des Finanzausgleichsgesetzes 1950, BGBl. Nr. 36/1950, haben die Länder 50 Prozent zum Personalaufwand der landwirtschaftlichen Fachschulen und bäuerlichen Fortbildungsschulen zu leisten. Die hiebei erforderlichen Zuschüsse sind im Sachaufwand, und zwar für das landwirtschaftliche Fachschulwesen unter Post 742,76 und für das bäuerliche Fortbildungswesen unter Post 745,76 des Landesvoranschlags 1950 ausgewiesen.

Ich habe mich auch um die entlohnungsmäßige Schichtung der Landesbediensteten interessiert und hiebei folgendes festgestellt: Von den am 1. Jänner 1950 im Dienste gestandenen 9190 Beamten, Vertrags- und Lohnbediensteten bezogen 564 oder 6·14 Prozent ein Einkommen, dessen oberste Grenze 400 S betrug. Es handelt sich hier um Bedienstete, die nicht voll beschäftigt sind und auch nicht voll entlohnt werden.

2825 Bedienstete oder 30·74 Prozent haben ein Einkommen von 401 bis 600 S, 4565 Bedienstete oder 49·76 Prozent haben ein Einkommen von 601 bis 800 S, 620 Bedienstete oder 6·75 Prozent haben ein Einkommen von 801 bis 1000 S, 242 Bedienstete oder 2·63 Prozent haben ein Einkommen von 1001 bis 1200 S, 196 Bedienstete oder 2·13 Prozent haben ein Einkommen von 1200 bis 1400 S, 121 Bedienstete oder 1·32 Prozent haben ein Einkommen von 1401 bis 1600 S und 57 Bedienstete oder 0·62 Prozent haben ein Einkommen über 1600 S. Rund 80 Prozent der Landesbediensteten haben demnach ein Einkommen zwischen 400 und 800 S. Nur etwa 14 Prozent haben ein über 800 S liegendes Einkommen. Diese Ziffern zeigen unwiderleglich, daß die Bezahlung der öffentlichen Angestelltenschaft unzureichend ist und daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um auch das Entlohnungsproblem der öffentlichen Angestellten einer sowohl im Interesse der öffentlichen Bediensteten als nicht minder im Interesse des Landes und des Staates gelegenen befriedigenden Lösung zuzuführen.

Ich habe mich auch um die altersmäßige Schichtung der Landesbediensteten interessiert. Von den schon vorerwähnten, am 1. Jänner 1950 im Dienste gestandenen 9190 Landesbediensteten waren 2310 oder 25·13 Prozent bis 30 Jahre alt, 2200 oder 23·94 Prozent standen in einem Alter von 31 bis 40 Jahren, 27 Prozent waren 41 bis 50 Jahre alt, 18·50 Prozent waren 51 bis 60 Jahre alt und 5·43 Prozent waren über 60 Jahre alt. Die altersmäßige Schichtung kann demnach im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden.

Von den 9190 Bediensteten des 1. Jänner 1950 waren 2728 Beamte oder 29·70 Prozent, 2468 Vertragsbedienstete oder 26·75 Prozent und 3994 Arbeiter oder 43·55 Prozent.

Die Übernahme der Beamten in den neuen Personalstand sowie die Vertragserneuerungen bei den Vertragsbediensteten und die Anrechnung der Vordienstzeiten für die Vorrückung in höhere Bezüge sind bis auf vereinzelte Fälle bei den Landes-

bediensteten durchgeführt. Ebenso ist auch die 85prozentige Angleichung der Ruhe- und Versorgungsgenüßempfänger an die Bezugsansätze des Gehaltsüberleitungsgesetzes bereits durchgeführt, die allerdings nicht die allgemeine erwartete Erhöhung der Ruhe- und Versorgungsgenüsse gebracht hat.

Auf dienst- und besoldungsrechtlichem Gebiete ist es im Interesse der Rechtssicherheit wünschenswert, daß die steirischen Landesbeamten auch durch ein Landesgesetz die ihnen zustehenden Ansprüche verankert erhalten.

Nachdem nunmehr der Verfassungsgerichtshof festgestellt hat, daß bezüglich der Erlassung eines Personalvertretungsgesetzes für die Landesbediensteten die Grundsatzgesetzgebung dem Bunde und die Erlassung des Ausführungsgesetzes dem Lande zusteht, ist zu erwarten, daß das bezügliche Grundsatzgesetz ehestens erlassen wird. Seitens der Bediensteten wird größter Wert darauf gelegt, daß endlich die ihrer Vertretung zukommenden Rechte auch gesetzlich verankert werden. Es wird daher Aufgabe der Landesregierung sein müssen, nach Erscheinen des Grundsatzgesetzes so rasch als möglich im Einvernehmen mit der provisorischen Personalvertretung das entsprechende Ausführungsgesetz auszuarbeiten.

Erlauben Sie mir, daß ich zum Schlusse meiner Ausführungen den Antrag stelle, der Hohe Landtag wolle dem vorliegenden Dienstpostenplan für das Jahr 1950 in der vom Finanzausschuß genehmigten Form gleichfalls seine Zustimmung geben. (Allgemeiner Beifall und Bravorufe.)

Präsident: Wir kommen zu den Einzelberatungen über die Beschlüßanträge des Finanzausschusses. Ich erteile dem Herrn Hauptberichterstatler Abg. Dr. Speck das Wort.

Hauptberichterstatler Abg. Dr. Speck: Ich erlaube mir im Namen des Finanzausschusses zunächst die auf den Seiten 17—21 des Heftes mit den Abänderungsanträgen verzeichneten Abänderungsanträge dem Hohen Hause zum Beschluß vorzulegen und zur Annahme zu empfehlen. Ich glaube, es ist nicht notwendig, daß ich die einzelnen Anträge hier wiederhole. Ich verweise auf den auf den Seiten 17 und 18 abgedruckten Antrag, in welchem die Bezüge der Mitglieder des Hohen Hauses und der Landesregierung geregelt werden und bemerke, daß diese Regelung erfolgt in Anlehnung an die Bestimmungen des Bundesgesetzes vom 12. Dezember 1946 über die Bezüge der Mitglieder des Nationalrates und des Bundesrates. Daß die Bezüge der Abgeordneten demnach 80 Prozent der Bezüge der Mitglieder des Bundesrates betragen, ist ebenfalls im genannten Gesetz geregelt. Der Landtag hat nicht über seine eigenen Bezüge Beschluß zu fassen, sondern obliegt dies dem Nationalrat. Es entfällt somit die unangenehme Notwendigkeit, hier über die eigenen Bezüge beschlußfassen zu müssen.

Ich bitte, diesem und allen anderen auf den Seiten 17 bis 21 abgedruckten Abänderungs- und Beschlüßanträgen Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Sie haben den Antrag des Herrn Hauptberichterstatlers gehört, zum Wort hat sich niemand gemeldet, ich bitte daher die Abgeordneten, die dem Antrage ihre Zustimmung geben, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Ich bitte um weitere Anträge.

Hauptberichterstatler Dr. Speck: In der ursprünglich gedruckten Beilage Nr. 18 über das Gesetz, betreffend den Landesvoranschlag und die Landesumlage 1950, waren im § 1 die Ziffern für den ordentlichen und außerordentlichen Voranschlag enthalten. Diese Ziffern haben sich nun auf Grund der Beratungen des Finanzausschusses und der Beschlüsse des Hohen Hauses von gestern und heute, die auf Seite 22 enthalten sind, folgendermaßen geändert. Im § 1 sind im ordentlichen Landesvoranschlag Ausgaben im Betrage von 331,564.400 S Einnahmen in derselben Höhe im außerordentlichen Voranschlag

Ausgaben von	42,904.600 S
Einnahmen von	25,000.600 S
sohin ein Abgang von	<u>17,904.000 S</u>

festgehalten.

Der § 2 der bedruckten Vorlage wird insoferne geändert, als im Absatz 1, dritte Zeile, nach dem Worte „produktiven“ ein Beistrich zu setzen und das Wort „sozialen“ einzufügen ist.

Dem Absatz 2 des § 2 wird angefügt: „Macht die Landesregierung von dieser Ermächtigung Gebrauch, so ist ein solcher Beschluß binnen 4 Wochen dem Steiermärkischen Landtag zur Bestätigung vorzulegen.“

Alle anderen, im gedruckten Heft, Beilage 18, vorliegenden Beschlüßanträge sollen unverändert bleiben. Ich bitte, mit diesen Abänderungen den Anträgen die Genehmigung zu erteilen.

Präsident: Ich ersuche die Abgeordneten, welche dem Antrage des Herrn Berichterstatlers ihre Zustimmung geben, die Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Damit ist Punkt 1 der Tagesordnung, das Gesetz über den Voranschlag 1950, erledigt.

Hauptberichterstatler Dr. Speck: Ich glaube der Zustimmung aller Mitglieder des Hohen Hauses sicher zu sein, wenn ich sage, daß diese Arbeit, die wir jetzt hinter uns gebracht haben, mit viel Mühe, Gewissenhaftigkeit, Fleiß und Erfolg erstellt wurde und ich möchte allen, die daran beteiligt waren, den Mitgliedern des Finanzausschusses, dem Finanzreferenten, aber auch allen den Beamten, die an diesem großen Werk beteiligt waren, den wärmsten Dank des Hohen Hauses aussprechen. (Allgemein sehr lebhafter Beifall.)

Präsident: Wir kommen zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Mündlicher Bericht des Finanzausschusses über die Regierungsvorlage, Einlaufzahl 10, betreffend den Ankauf der beiden Grundstücke, E.-Z. 47 und E.-Z. 59, KG. Feldbach.

Berichterstatter ist Abg. Hofmann, dem ich das Wort erteile.

Abg. Hofmann: Hohes Haus! Wie Sie im außerordentlichen Haushaltsplan, der soeben beschlossen wurde, feststellen konnten, wird in Feldbach ein Amtsgebäude gebaut. Den Grund hiezu hat die Stadtgemeinde Feldbach unter gewissen Bedingungen zur Verfügung gestellt. Diese Vorlage hat schon einmal den Finanzausschuß beschäftigt, mußte aber zurückgestellt werden. Man mußte Erkundigungen einholen, weil es sich ergab, daß der Grund für den Bau eines derart schweren Gebäudes angeblich nicht geeignet wäre. Es konnten jedoch nach einzelnen technischen Abänderungen, die die Techniker unseres Landesbauamtes vorgeschlagen haben, bestätigt werden, daß der Grund für diesen Bau geeignet ist. Ich erlaube mir nun, im Namen des Finanzausschusses diese Vorlage zur Annahme zu empfehlen.

Der Antrag lautet:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung über den Erwerb der beiden Grundstücke, EZ. 47 und EZ. 59, KG. Feldbach, zur Errichtung eines Amtsgebäudes für die Bezirkshauptmannschaft Feldbach wird genehmigend zur Kenntnis genommen.“

Präsident: Es ist niemand zum Worte gemeldet, ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und ersuche die Abgeordneten, die diesem Antrage zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

Zur Beratung der

Regierungsvorlage, Beilage Nr. 25, betreffend die Aufnahme eines Darlehens in der Höhe von 17 Millionen Schilling durch die Stadtgemeinde Graz zu Gunsten der protokollierten Firma „Gemeinde Graz Stadtwerke“ für Betriebsinvestitionen,

unterbreche ich die Sitzung. Der Gemeinde- und Verfassungsausschuß tritt im Anschluß an die Klubberatungen, die jetzt stattfinden, in 20 Minuten zusammen. Ich bitte, daß sich die Abgeordneten etwa bis $\frac{3}{4}$ 9 Uhr zur Fortsetzung der Landtagssitzung bereithalten.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 20¹ Uhr 10 Minuten bis 23 Uhr 25 Minuten.)

Präsident: Wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich erteile dem Berichterstatter Abg. Dr. Speck das Wort.

Berichterstatter Abg. Dr. Speck: Hohes Haus! Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz hat in seiner Sitzung vom 9. Februar 1950 einstimmig den Beschluß gefaßt, beim Landtage um die Genehmigung der Aufnahme eines Kredites von 17 Millionen

Schilling bei der Steiermärkischen Landesregierung einzukommen, die der Gemeinderat für Investitionen der Stadtwerke bei einem Bankinstitute aufnehmen will und zugesagt bekommen hat; weil aber die Stadtwerke nicht eine eigene Rechtspersönlichkeit sind, ist gemäß der Gemeindeordnung die Zustimmung des Landtages durch Landesgesetz notwendig.

Das Geld, das hier aufgenommen werden soll, soll folgenden Zwecken dienen: Der Hauptteil von 15 Millionen Schilling soll zur Abdeckung von Verpflichtungen dienen, die die Stadtwerke für die Grazer Verkehrsbetriebe eingegangen sind. Es handelt sich im wesentlichen um die Bedeckung der Hälfte der Kosten für 50 neue Wagenzüge, von denen die größere Hälfte bereits bezahlt ist. Ein kleiner Teil von 2 Millionen Schilling ist vorgesehen als Kapitalsdeckung des Anteiles der Stadtwerke bei der neu zu gründenden Tochtergesellschaft der Grazer Teerverwertungsgesellschaft, die wahrscheinlich den Namen „Alpenteer“ tragen wird. Es ist ein Industrieunternehmen, das unmittelbar im Zusammenhange mit dem Grazer Gaswerk steht, ein Unternehmen, das deshalb neu gegründet werden soll, weil bisher die Grazer Teerverwertungsgesellschaft nur zur Hälfte der Stadtgemeinde Graz gehörte, zur anderen Hälfte deutsches Eigentum ist. Die Geschäftsführung dieser Gesellschaft ist dadurch sehr erschwert. Wie mir berichtet wird, ist von der zuständigen Abteilung der Landesregierung eine Untersuchung über die Art dieses Planes durchgeführt worden. Gemeinsam mit dem Finanzreferenten, der Stadtgemeinde Graz und dem Ausschuß haben eingehende Beratungen stattgefunden, als deren Ergebnis ich mir erlaube, den Antrag auf Genehmigung dieses Gesetzes zu stellen, das in der vorliegenden Fassung mit nur einer Änderung anzunehmen wäre:

§ 1 (2) soll heißen: „Dieses Darlehen dient bis zum Betrage von 15 Millionen Schilling für betriebseigene Investitionen der genannten Firma und bis zum Betrage von 2 Millionen Schilling für Investitionen in eine Tochtergesellschaft der Grazer Teerverwertungsgesellschaft m. b. H.“

Das ist eine unter dem Namen „Alpenteer“ zu gründende Gesellschaft.

Die Verhandlungen sind in verhältnismäßig kurzer Zeit durchgeführt worden, der Abschluß des Darlehensvertrages mit dem Geldinstitut ist dringlich und ebenso auch die Zahlungen. Ich ersuche dieser von mir vorgetragenen Änderung die Zustimmung zu erteilen.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich schreite zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die diesem Antrag die Zustimmung geben, eine Hand zu erheben. (Geschicht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Regierungsvorlage, EZ. 21, betreffend Erweiterung der Haftung für ein Darlehen der Steirischen Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft auf 15 Millionen Schilling.

Berichterstatter ist Abg. Hofmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. **Hofmann**: Die Vorlage betrifft die Erhöhung eines Darlehens an die Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-Aktien-Gesellschaft von 12 auf 15 Millionen Schilling. Wie aus der Vorlage ersichtlich ist, ist der Betrag von 12 Millionen Schilling nicht ausreichend. Ich habe nun die Ehre, Ihnen im Auftrage des Finanzausschusses vorzuschlagen, folgenden Antrag zu genehmigen;

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

In Abänderung des Landtagsbeschlusses vom 5. Jänner 1949, Beschluß Nr. 293, wird die Steiermärkische Landesregierung ermächtigt, für Kredite, die die Steirische Wasserkraft- und Elektrizitäts-A.-G. für Zwecke der Errichtung einer neuen 60-kV-Leitung von Graz über Gleisdorf nach Oberwart aufnimmt, bis zum Höchstbetrage von 15 Millionen Schilling die Haftung für das Land Steiermark zu übernehmen.“

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe daher den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Beilage Nr. 23, Gesetz, mit welchem das Gesetz vom 20. Dezember 1925, LGBl.

Nr. 98, betreffend die Einhebung von Verwaltungsabgaben in den Angelegenheiten der Landes- und Gemeindeverwaltung (Landesverwaltungsabgabengesetz), in der Fassung des Gesetzes vom 25. November 1947, LGBl. Nr. 7/1948, abgeändert wird.

Berichterstatter ist Abg. Stockbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Vizepräsident **Stockbauer**: Hohes Haus! Dieser Abänderungsantrag wurde deswegen notwendig, weil die Bundesregierung gegen die Festlegung der Höchstgrenze von 3000 S Einwendungen erhoben hat. Es wurde jedoch von Seiten des Finanzministeriums in Aussicht gestellt, daß einer Festlegung der Höchstgrenze von 2000 S keine Bedenken entgegengebracht werden. Es erfolgt daher die Abänderung in der Form, daß die Höchstgrenze mit 2000 S festgesetzt wird. Im Auftrage des Finanzausschusses empfehle ich dem Hohen Hause die Annahme dieses Antrages.

Präsident: Eine Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bringe den Antrag des Berichterstatters zur Abstimmung und bitte die Abgeordneten, die dem Antrag zustimmen, eine Hand zu erheben. (Geschieht.)

Der Antrag ist angenommen.

Hiemit ist die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung werde ich schriftlich bekanntgeben. Ich schließe die 8. Sitzung des Steiermärkischen Landtages.

Schluß der Sitzung: 23 Uhr 30 Minuten.